

Termine:

Justizprüfungsamt?
Ja — Nein
Falls ja: P — K — V — R
Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn. MiStr.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. Vollmacht Bl.

gegen

wegen

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

R. VIII / 5
- / 5

Weggelegt

Aufzubehalten

Geschicht

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 3488

Freiburg H 24/12

Abschrift!

Oberkommando des Heeres
Der Chef der Heeresrüstung
und

Geheim

Berlin, den 30. Nov. 1939

Befehlshaber des Ersatzheeres
A. H. A. / Gruppe BdE (II) Nr. 66/39 E.

B_{1a}-101-

Bezug: W.Kdo. XXI I c 86/39 g. v. 23.11.39

Betrifft: Innere Lage im Harthogau.

An

O.K.W.

Nachrichtlich: GenSt. d.H. (Abt. z. b. V. / O. u. IV)

Beifolgend wird Abschrift eines Berichtes des Wehrkreiskommandos XXI übersandt.

Klare Verwaltungsverhältnisse und eine zwar bewusst strenge Behandlung der Bevölkerung, deren Durchführung aber in einer für die deutschen Bevölkerungsteile und die Truppe tragbaren und verständlichen Form erfolgen sollte, sind Voraussetzungen für echte staatliche Autorität. Geschieht dies nicht, so besteht die Gefahr, dass zur Sicherung der Ordnung militärische Kräfte in einem Masse gebunden werden, das unserer Gesamtlage nicht entspricht.

I. A.

gez. Unterschrift

1 Anlage

46

G e h e i m l

An

B.d.S.

Der Warthegau ist als befriedet anzusehen. Wiederholte Aufstandsgerüchte haben sich in keinem Fall bestätigt. Der Grund hierfür liegt nicht in einem Stimmungswechsel der polnischen Bevölkerung, sondern in der Erkenntnis der Hoffnungslosigkeit einer Auflehnung. Dass in der grossen Anzahl entlassener Gefangener und sonst heimgekehrter polnischer Soldaten eine Gefahr liegt, die ständiger Beobachtung bedarf, wird nicht verkannt, besonders da zahlreiche Offiziere noch nicht erfasst sind. Ein Niederhalten dieser Gefahr ist nur durch die militärische Besetzung des Landes in der jetzigen Form möglich, die zivilen Verwaltungsstellen sind dazu mit den vorhandenen Polizeikräften völlig ausser stande.

Die grosse Aufbauarbeit auf allen Gebieten wird nicht gefördert durch das Eingreifen von SS-Formationen, die mit "volkspolitischen Sonderaufträgen" eingesetzt, und darin dem Reichstatthalter nicht unterstellt sind. Hier macht sich die Tendenz geltend, über den Rahmen dieser Aufgaben hinaus, massgebend in alle Gebiete der Verwaltung einzugreifen und einen "Staat im Staat" zu bilden. Diese Erscheinung bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Truppe, die über die Formen der Aufgabendurchführung empört ist, und dadurch verallgemeinernd in einen Gegensatz zu Verwaltung und Partei gerät. Die Gefahr ernsthafter Auseinandersetzungen wird sich durch strenge Befehle ausschalten. Dass darin eine hohe Anforderung an die Disziplin der Truppe liegt, ist nicht von der Hand zu weisen.

Fast in allen grösseren Orten fanden durch die erwähnten Organisationen öffentliche Erschiessungen statt. Die Auswahl war dabei völlig verschieden und oft unverständlich, die Ausführung vielfach unwürdig.

44

In manchen Kreisen sind ärtliche polnische Gutsbesitzer verhaftet und mit ihren Familien interniert worden. Verhaftungen waren fast immer von Blünderungen begleitet.

In den Städten wurden Evakuierungen durchgeführt, bei denen wahllos Häuserblocks geräumt wurden, und die Bewohner nachts auf L.K.W.'s verladen und in Konzentrationslager verbracht wurden. Auch hier waren Blünderungen ständige Nebenerscheinungen. Die Unterbringung in Verpflegung in den Lagern war derart, dass vom Korpsarzt der Ausbruch von Leuchen, und damit eine Gefährdung der Truppe, befürchtet wurde. Auf meinen Einspruch hin wird Abhilfe geschaffen.

In mehreren Städten wurden Aktionen gegen Juden durchgeführt, die zu schwersten Übergriffen ausarteten. In Turok fuhren am 30.10. 39 3 SS - Kraftwagen unter Leitung eines höheren SS-Führers durch die Strassen, wobei die Leute auf der Strasse mit Ochsenziemern und langen Peitschen wahllos über die Köpfe geschlagen wurden. Auch Volksdeutsche waren unter den Betroffenen. Schliesslich wurden eine Anzahl Juden in die Synagoge getrieben, mussten dort singend durch die Bänke kriechen, wobei sie ständig von den SS-Leuten mit Peitschen geschlagen wurden. Sie wurden dann gezwungen, die Hosens herunterzulassen, um auf das nackte Gesäss geschlagen zu werden. Ein Jude, der sich vor Angst in die Hosens gemacht hatte, wurde gezwungen, den Kot den anderen Juden in ins Gesicht zu schmieren.

In Lodz ist vertraulich bekannt geworden, dass der SS-Oberführer Mehlhorn folgende Anordnungen getroffen hat:

- 1.) An Polen und Juden werden ab 9.11. keine Arbeitslosenunterstützungen mehr ausgezahlt, lediglich die Pflichtarbeit wird entschädigt. (Massnahme bereits bestätigt)
- 2.) Juden und Polen werden ab 9.11. von der Zuteilung der rationierten Lebensmittel und der Kohlen ausgeschlossen.
- 3.) Durch Provokation soll Unruhe und Zwischenfälle hervorgerufen werden, um die Durchführung der volkspolitischen Arbeit zu erleichtern.

48

- 4.) Die Feuerwehr ist sofort zu verstärken, um bei zufälligen Bränden in jüdischen und polnischen Wohnvierteln und Fabriken ein unerwünschtes Übergreifen auf andere Objekte zu verhindern.

(Die Maßnahmen zu 2.) und 4.) sind noch nicht bestätigt).

Während durch den Reichsstatthalter bei Reden und Kundgebungen das Verdienst der Wehrmacht stets in den Vordergrund gestellt wird, macht sich andererseits auf seiten der erwähnten Stellen unverkennbar die Tendenz geltend, dieses Verdienst zu verkleinern und herabzusetzen. Ein besonders krasser Fall in dieser Richtung wird mir aus Ostrowo von einer Siegesfeier am 5.11.39 gemeldet. Dort sprach der Reichsredner Bachmann. Er erwähnte die Wehrmacht - was den polnischen Feldzug betraf - überhaupt nicht. Er sprach von der Wehrmacht nur in einem Satz, der den Krieg gegen England betraf.

Bei Nennung der Zahl der Gefallenen wurden nur die ermordeten Volksdeutschen erwähnt, der gefallenen Soldaten wurde mit keinem Worte gedacht.

Den Volksdeutschen wurde die Anerkennung ausgesprochen, und die Zuhörer mussten den Eindruck gewinnen, dass die Wehrmacht bei der Befreiung eigentlich gar nicht beteiligt gewesen sei. Dies umso mehr, als der Redner ausführte, es sei gar kein Krieg gegen Polen gewesen, sondern der Führer habe nur veranlasst, dass den Polen die von England und Frankreich gelieferten Waffen, die sie doch nicht zu gebrauchen verstanden hätten, abgenommen würden.

Man gewann den Eindruck, dass es dem Redner darauf ankam, in der deutschen Bevölkerung nur keine Achtung vor der Armee aufkommen zu lassen.

Der Eindruck, den die Rede, bei welcher die gestellte Ehrenkompanie zuhörte, auf die Truppe machte, ist entsprechend.

Wie der Militärbefehlshaber von Posen s.Zt. bereits an O.K.H. gemeldet hat, wird von der Truppe das Missverständnis zwischen ihrem Gehalts und den um ein Vielfaches höheren Tagelöhnen der anderen Formationen sehr stark empfunden.

40

Die erwähnten Tatsachen liegen auf Gebieten, die sich der unmittelbaren Einwirkung des Reichsstatthalters zum grossen Teil entziehen. Abhilfe wäre darin nur höheren Orts zu erreichen. Ich glaube in der Annahme nicht fehl zu gehen, dass damit dem Reichsstatthalter in seiner zielbewussten, mit Tatkraft und Umsicht in Angriff genommenen Aufbauarbeit willkommene Hilfestellung geleistet würde.

gez. P e t z e l
General der Artillerie.

Für die Richtigkeit der Abschrift:


Oberstleutnant i.G.

80

Wehrkreiskommando XXI
I c 86/39 geheim.

Abschrift von Abschrift!
Posen, den 23.11.1939

G e h e i m l

An

B.d.E.

.. - - - -

Der Warthegau ist als befriedet anzusehen. Wiederholte Aufstandsgerüchte haben sich in keinem Fall bestätigt. Der Grund hierfür liegt nicht in einem Stimmungswechsel der polnischen Bevölkerung, sondern in der Erkenntnis der Hoffnungslosigkeit einer Auflehnung. Dass in der grossen Anzahl entlassener Gefangener und sonst heimgekehrter polnischer Soldaten eine Gefahr liegt, die ständiger Beobachtung bedarf, wird nicht verkannt, besonders da zahlreiche Offiziere noch nicht erfasst sind. Ein Niederhalten dieser Gefahr ist nur durch die militärische Besetzung des Landes in der jetzigen Form möglich, die zivilen Verwaltungsstellen sind dazu mit den vorhandenen Polizeikräften völlig ausser stande.

Die grosse Aufbauarbeit auf allen Gebieten wird nicht gefördert durch das Eingreifen von SS-Formationen, die mit "volkspolitischen Sonderaufträgen" eingesetzt, und darin dem Reichstatthalter nicht unterstellt sind. Hier macht sich die Tendenz geltend, über den Rahmen dieser Aufgaben hinaus, massgebend in alle Gebiete der Verwaltung einzugreifen und einen "Staat im Staate" zu bilden. Diese Erscheinung bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Truppe, die über die Formen der Aufgabendurchführung empört ist, und dadurch verallgemeinernd in einen Gegensatz zu Verwaltung und Partei gerät. Die Gefahr ernsthafter Auseinandersetzungen werde ich durch strenge Befehle ausschalten. Dass darin eine hohe Anforderung an die Disziplin der Truppe liegt, ist nicht von der Hand zu weisen.

Fast in allen grösseren Orten fanden durch die erwähnten Organisationen öffentliche Erschiessungen statt. Die Auswahl war dabei völlig verschieden und oft unverständlich, die Ausführung vielfach unwürdig.

- 2 -

In manchen Kreisen sind sämtliche polnischen Gutsbesitzer verhaftet und mit ihren Familien interniert worden. Verhaftungen waren fast immer von Plünderungen begleitet.

In den Städten wurden Evakuierungen durchgeführt, bei denen wahllos Häuserblocks geräumt wurden, und die Bewohner nachts auf L.K.W.'s verladen und in Konzentrationslager verbracht wurden. Auch hier waren Plünderungen ständige Nebenerscheinungen. Die Unterbringung in Verpflegung in den Lagern war derart, dass vom Korpsarzt der Ausbruch von Seuchen, und damit eine Gefährdung der Truppe, befürchtet wurde. Auf meinen Einspruch hin wird Abhilfe geschaffen.

In mehreren Städten wurden Aktionen gegen Juden durchgeführt, die zu schwersten Übergriffen ausarteten. In Turek fuhr am 30.10. 39 3 SS - Kraftwagen unter Leitung eines höheren SS-Führers durch die Strassen, wobei die Leute auf der Strasse mit Ochsenziemern und langen Peitschen wahllos über die Köpfe geschlagen wurden. Auch Volksdeutsche waren unter den Betroffenen. Schliesslich wurden eine Anzahl Juden in die Synagoge getrieben, mussten dort singend durch die Bänke kriechen, wobei sie ständig von den SS-Leuten mit Peitschen geschlagen wurden. Sie wurden dann gezwungen, die Hosen herunterzulassen, um auf das nackte Gesäss geschlagen zu werden. Ein Jude, der sich vor Angst in die Hosen gemacht hatte, wurde gezwungen, den Kot den anderen Juden ins Gesicht zu schmieren.

In Lodz ist vertraulich bekannt geworden, dass der SS-Oberführer Mehlhorn folgende Anordnungen getroffen hat:

- 1.) An Polen und Juden werden ab 9.11. keine Arbeitslosenunterstützungen mehr ausgezahlt, lediglich die Pflichtarbeit wird entschädigt. (Massnahme bereits bestätigt)
- 2.) Juden und Polen werden ab 9.11. von der Zuteilung der rationierten Lebensmittel und der Kohlen ausgeschlossen.
- 3.) Durch Provokation soll Unruhe und Zwischenfälle hervorge-rufen werden, um die Durchführung der volkspolitischen Arbeit zu erleichtern.

- 4.) Die Feuerwehr ist sofort zu verstärken, um bei zufälligen Bränden in jüdischen und polnischen Wohnvierteln und Fabriken ein unerwünschtes Übergreifen auf andere Objekte zu verhindern.

(Die Maßnahmen zu 2.) und 4.) sind noch nicht bestätigt). Während durch den Reichsstatthalter bei Reden und Kundgebungen das Verdienst der Wehrmacht stets in den Vordergrund gestellt wird, macht sich andererseits auf seiten der erwähnten Stellen unverkennbar die Tendenz geltend, dieses Verdienst zu verkleinern und herabzusetzen. Ein besonders krasser Fall in dieser Richtung wird mir aus Ostrowo von einer Siegesfeier am 5.11.39 gemeldet. Dort sprach der Reichsredner Bachmann. Er erwähnte die Wehrmacht - was den polnischen Feldzug betraf - überhaupt nicht. Er sprach von der Wehrmacht nur in einem Satz, der den Krieg gegen England betraf.

Bei Nennung der Zahl der Gefallenen wurden nur die ermordeten Volksdeutschen erwähnt, der gefallenen Soldaten wurde mit keinem Worte gedacht.

Den Volksdeutschen wurde die Anerkennung ausgesprochen, und die Zuhörer mussten den Eindruck gewinnen, dass die Wehrmacht bei der Befreiung eigentlich gar nicht beteiligt gewesen sei. Dies umsomehr, als der Redner ausführte, es sei gar kein Krieg gegen Polen gewesen, sondern der Führer habe nur veranlasst, dass den Polen die von England und Frankreich gelieferten Waffen, die sie doch nicht zu gebrauchen verstanden hätten, abgenommen würden.

Man gewann den Eindruck, dass es dem Redner darauf ankam, in der deutschen Bevölkerung nur keine Achtung vor der Armee aufkommen zu lassen.

Der Eindruck, den die Rede, bei welcher die gestellte Ehrenkompanie zuhörte, auf die Truppe machte, ist entsprechend.

Wie der Militärbefehlshaber von Posen s.Zt. bereits an O.K.H. gemeldet hat, wird von der Truppe das Mißverständnis zwischen ihrem Wehrsold und den um ein Vielfaches höheren Tagegeldern der anderen Formationen sehr stark empfunden.

- 4 -

Die erwähnten Tatsachen liegen auf Gebieten, die sich der unmittelbaren Einwirkung des Reichsstatthalters zum grossen Teil entziehen. Abhilfe wäre darin nur höheren Orts zu erreichen. Ich glaube in der Annahme nicht fehl zu gehen, dass damit dem Reichsstatthalter in seiner zielbewussten, mit Tatkraft und Umsicht in Angriff genommenen Aufbauarbeit willkommene Hilfestellung geleistet würde.

gez. P e t z e l
General der Artillerie.

Für die Richtigkeit der Abschrift:



Oberstleutnant i.G.

Freiburg H 24/12

B Ia - 102 -

O Qu IV

17. 9. 1939

V o r t r a g s n o t i z

für den Herrn Oberbefehlshaber.

Der Ic der Heeresgruppe Süd, Major i.G. Langhäuser, hat folgendes fernmündlich gemeldet:

Am 12.9. wurden bei der Vorverlegung des Hauptquartiers in Lublinitz 180 Zivilgefangene der Einsatzgruppe Tschenstochau übergeben. Am Abend des 12.9. wurde gesprächsweise bekannt, daß diese Leute von der Einsatzgruppe erschossen werden sollten. Der Ic hat darauf sofort angeordnet, daß die Leute dem Ortskommandanten übergeben werden sollten. Dieser Befehl wurde durchgeführt.

Am 13.9. hat der Ic eine heftige Auseinandersetzung mit einem Untersturmführer gehabt, der die Herausgabe der Gefangenen verlangte. Die Herausgabe wurde verweigert. Der Ic hat sich sofort zum Kommandeur der Einsatzgruppe in Tschenstochau (Obersturmbannführer Dr. Schäfer) begeben. Dieser hat erklärt, er habe den Befehl vom Reichsführer SS erhalten, alle Mitglieder der polnischen Insurgentenverbände zu erschießen. In Tarnow und Kattowitz sind die Erschießungen bereits erfolgt. Dem Ic ist es gelungen, die Gefangenen in Lublinitz weiter

44

unter der Bewachung des dortigen Ortskommandanten zu behalten.

Der Oberbefehlshaber der Herresgruppe Süd hat keinerlei Kenntnis von dem Befehl des Reichsführers SS erhalten.

Die Versuche des Ic, am 14. und 15.9. das Oberkommando des Heeres fernmündlich zu erreichen, waren erfolglos. Erst am 16.9. abends gelang es ihm, Verbindung mit der Abwehrabteilung zu bekommen.

Am 17.9. hat um 10.00 Uhr Dr. Best von der Geheimen Staatspolizei Berlin auf Befragen dem Heeresfeldpolizeichef geantwortet, ein Befehl des Reichsführers SS zur Erschießung von Insurgenten ohne Standrecht sei ihm nicht bekannt. Es seien lediglich scharfe Verfügungen im Sinne des Führers erlassen worden, gegen Insurgenten vorzugehen. Er würde die Angelegenheit aber nachprüfen.

Um 12.15 Uhr haben 2 höhere Polizeioffiziere dem Major Koßmann (Generalquartiermeister) Mitteilung gemacht, daß der Befehl, alle polnischen Insurgenten sofort zu erschießen (ohne Standrecht) unmittelbar aus dem Führerzug an die Einsatzkommandos der Gestapo und Kommandeure der Ordnungspolizei ergangen sei.

Handwritten note:
Kommunikation zwischen dem
Hauptquartier und dem
Führerzug.

2 1/2 1/2 1/2

25-

26a

O. Qu IV

17. 9.39

Vortragsnotiz

für den Herrn Oberbefehlshaber.

Der I c der Heeresgruppe Süd, Major i.G. Lenghäuser, hat folgendes fernmündlich gemeldet:

Am 12.9. wurden bei der Vorverlegung des Hauptquartiers in Lublinitz 180 Zivilgefangene der Einsatzgruppe Tschenschow übergeben. Am Abend des 12.9. wurde gesprächsweise bekannt, dass diese Leute von der Einsatzgruppe erschossen werden sollten. Der I c hat darauf sofort angeordnet, dass die Leute dem Ortskommandanten übergeben werden sollten. Dieser Befehl wurde durchgeführt.

Am 13.9. hat der I c eine heftige Auseinandersetzung mit einem Untersturmführer gehabt, der die Herausgabe der Gefangenen verlangte. Die Herausgabe wurde verweigert. Der I c hat sich sofort zum Kommandeur der Einsatzgruppe in Tschenschow (Obersturmbannführer Dr. Schäfer) begeben. Dieser hat erklärt, er habe den Befehl vom Reichsführer SS erhalten, alle Mitglieder der polnischen Insurgentenverbände zu erschliessen. In Tarnow und Kattowitz sind die Erschiessungen bereits erfolgt. Dem I c ist es gelungen, die Gefangenen in Lublinitz weiter unter der Bewachung des dortigen Ortskommandanten zu behalten.

Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd hat keinerlei Kenntnis von dem Befehl des Reichsführers SS erhalten.

Am 17.9. hat um 10.00 Uhr Dr. Best von der Geheimen Staatspolizei Berlin auf Befragen dem Heeresfeldpolizeichef geantwortet, ein Befehl des Reichsführers SS zur Erschiessung von Insurgenten ohne Standrecht sei ihm nicht bekannt. Es seien lediglich scharfe Verfügungen im Sinne des Führers erlassen worden, gegen Insurgenten vorzugehen. Er würde die Angelegenheit aber nachprüfen.

Um 12.15 Uhr haben 2 höhere Polizeioffiziere dem Major Koßmann (Generalquartiermeister) Mitteilung gemacht, dass der Befehl alle polnischen Insurgenten sofort zu erschliessen (ohne Standrecht

- 3 -

unmittelbar aus dem Führerzug an die Einsatzkommandos der Gestapo und Kommandeure der Ordnungspolizei ergangen sei.

Freiburg H 24/12

Geheim

Bia-103-14

Generalstab des Heeres

18.9.1939

O Qu IV, Abt. s. b. V. Nr. 125.9.39 geh

1579 ✓

Fernschreiben

von Gen. St. d. H. / O Qu IV, Abt. s. b. V.

an: Heeresgruppe Süd (Ic)
" " Nord (Ic)

Bei der Heeresgruppe Süd haben auf Befehl von SS-Dienststellen Erschießungen von Angehörigen des polnischen Insurgentenverbandes stattgefunden, ohne daß dem Oberbefehlshaber als Inhaber der vollziehenden Gewalt Kenntnis gegeben war.

Der Herr Oberbefehlshaber des Heeres hat folgende Entscheidung getroffen:

" Die Entscheidung in allen gerichtlichen Fragen liegt ausschließlich beim Inhaber der vollziehenden Gewalt.

Anweisungen jeder Dienststelle, die diese Gerechtsame berühren oder einschränken, sind nicht rechtswirksam."

gez. von Tippelskirch.

nachrichtl.:

Kriegstagebuch O. K. H.

F. d. R.

" O Qu IV, Abt. s. b. V.

73

Geheim

Freiburg H 24/12

B-9-104

A b s c h r i f t .

Krankentransport-Abt. 581
3. Komp.

Schwetz, den 9. Oktober 1939.

M e l d u n g !
=====

An den obersten Befehlshaber der Wehrmacht
und

Der Oberbefehlshaber des Heeres

Adjutantur. ur.

E.

10. Nov. 1939

Nr. 1305 /39 geh. Ob. d. H.

z. Zt. Hauptquartier.

Geheim

u. R.

10/11 2

an z. H. v.

[Signature]

An

die Adjutantur der Wehrmacht beim Führer
z. Hd. von Hauptmann E n g e l .

Betr.: Erschießungen in Schwetz.

- 7 Anlagen -
(u. R.)

[Signature]

3./Armee Kranken Trsp. Abtlg. 581

z. Zt. Bensberg, 31.10.39.

An

Armee-Arzt 4

Auf dem Dienstwege.

Als Anlage überreiche ich die Vernehmung-Protokolle der in
meiner Meldung vom 9. Oktober 1939 angeführten drei Zeugen.

Jch selbst kann als Ergänzung hinzufügen, daß nach Aus-

60

Geheim

A b s c h r i f t .

Krankentransport-Abt. 581
3. Komp.

Schwetz, den 9. Oktober 1939.

M e l d u n g !

=====

An den obersten Befehlshaber der Wehrmacht
und

Leub

Witt.

J. Phgst. 11^{9/11}

19. 11.

" Obtt.

10/11.

Pol am Adyl. d.
Leub. C.F.

Witt

9
11.

3./Armee Kranken Trsp. Abtlg. 581

z. Zt. Bensberg, 31.10.39.

An

Armee-Arzt 4

Auf dem Dienstwege.

Als Anlage überreiche ich die Vernehmungs-Protokolle der in meiner Meldung vom 9. Oktober 1939 angeführten drei Zeugen.

Ich selbst kann als Ergänzung hinzufügen, daß nach Aus-

61

Geheim

A b s c h r i f t .

Krankentransport-Abt. 581
3. Komp.

Schwetz, den 9. Oktober 1939.

M e l d u n g !
=====

An den obersten Befehlshaber der Wehrmacht
und
Führer des Deutschen Volkes Adolf Hitler .

Auf dem militärischen Dienstwege!

Jch melde:

Am Sonntag, den 8. Oktober 1939 gegen 13 Uhr berichteten mir der Unteroffizier Kleegraf, Gefreite Kluge, sowie der Gefreite Roschinski im Beisein aller Kompanieoffiziere (Stabsarzt Dr. Frenz, Stabsarzt Dr. Witte, Stabsarzt Dr. Bertram, Assistenzarzt Dr. Jürgens, Assistenzarzt Dr. Laarmann, Unterarzt Stausberg) was folgt:

Sie seien am Sonntag, den 8. Okt. gegen 9³⁰ Uhr mit etwa 150 Wehrmacht Kameraden auf dem Judenfriedhof in Schwetz Augenzeugen der standrechtlichen Erschießung von etwa 20 - 30 Polen gewesen. Die Exekution sei ausgeführt worden von einer Abteilung, bestehend aus einem Angehörigen der Schutzstaffel, zwei Männern in alter blauer Schupouniform und einem Mann in Zivilkleidern. Die Aufsicht habe ein Sturmbannführer der Schutzstaffel geführt.

Es seien bei der Exekution auch 5 - 6 Kinder im Alter von etwa 2 - 8 Jahren erschossen worden.

Die Obengenannten sind bereit, ihre Aussagen zu beedigen.

gez. Dr. Möller

Oberstabsarzt der Reserve
und Kompanieführer.

3./Armee Kranken Trsp. Abtlg. 581

z. Zt. Bensberg, 31.10.39.

An

Armee-Arzt 4

Auf dem Dienstwege.

Als Anlage überreiche ich die Vernehmung-Protokolle der in meiner Meldung vom 9. Oktober 1939 angeführten drei Zeugen.

Jch selbst kann als Ergänzung hinzufügen, daß nach Aus-

62

sage des Ortskommandanten von Schwetz, für die Art und den Umfang der Exekution verantwortlich waren der SS-Sturmbannführer Meier und SS-Sturmbannführer Tietzmann.

4 Anlagen.

gez. Dr. Möller
Oberstabsarzt d.R.
und Komp.Führer.

Kr.Trsp.Abt.581

Schwetz, den 8. Oktober 1939.

S t a b

An den

Armeearzt der 4. Armee

Herrn Generalarzt Dr. M e y e r

In der Anlage wird die Meldung des Oberstabsarztes Dr. Möller weitergereicht.

Nach meiner Erkundigung bei der Ortskommandantur in Schwetz ist die Erschießung auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei erfolgt.

gez. Dr. Kühl
Oberstabsarzt und Abteilungsführer

Armeearzt 4

A.H.Qu., den 24.10.1939.

U.R. Der

Krankentransp.Abt.581

Liblar

zurückgesandt zu einer ausführlicheren Schilderung des Vorgangs und Vernehmung der 3 Zeugen.

- 1 Anlage .

gez. Dr. Meyer

63

Kr.Trsp.Abt.581
S t a b

Liblar, den 1. 11. 39.

Dem
Armeearzt 4

erneut eingereicht mit den Vernehmungsprotokollen der 3 Zeugen. Eine genauere Schilderung des Vorganges ergibt sich aus diesen Protokollen. Eine Schilderung durch die Offiziere ist nicht möglich, da keiner von ihnen Augenzeuge war.

gez. Dr. Kühl
Oberstabsarzt und Abteilungsführer

Armeearzt 4

A.H.Qu., den 7. 11. 1939.

Dem
Heeresarzt beim OKH
B e r l i n

wird anliegende Akte vorgelegt.

Durch die in aller Öffentlichkeit erfolgten Erschießungen kann der Feindpropaganda u.U. durch Wort, Schrift und Bild Nahrung zugeführt und als Greuelnachrichten gegen Deutschland ausgewertet werden.

- 7 - Anlagen.

gez. Dr. Meyer

Für die Richtigkeit der Offiziere:

*Pulliger
Guzemann
f. Gm. OKH, d. 10. 11. 39.*

64

Abschrift.

/./3/. A.Kranken Transport Abtlg. 581

z.Zt. Jülich den 27.10.39

Auf Befehl des Armeearztes 4 vom 24.10.39 habe ich heute zur Ergänzung meiner Meldung an den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, den Führer des deutschen Volkes, vom 9.10.39 den Gefr. Paul Kluge geb. 19.11.96 zu Danzig im Beruf Kranführer bei der Ruhrstahl A.-G. Witten-Annen in der Kompanieschreibstube verantwortlich ~~ver~~nommen.

Der Vernehmung wohnten bei als Beisitzer:

1. Stabsarzt Dr. Heinrich ~~Be~~tram, geb. 26.3.95 zu Bochum im Beruf prakt. Arzt in Bochum
2. Hauptfeldwebel Otto Paulin geb. 30.3.05 Bochum (Beruf Stadtsek. und Militz- Anwärter.

sowie als Schreiber:

3. Walter Wetzels, Gefr. geb. 25.9.99 zu Mittweida Sa. im Beruf Kaufmann.

Der zur Vernehmung befohlene Gefr. Kluge gibt, nachdem er von mir zur Wahrheit ermahnt und auf die evtl. Vereidigung seiner Aussage aufmerksam gemacht worden ist, folgende Schilderung über die Vorgänge am 8. Oktober 39 auf dem Judenfriedhof in Schwetz:

Am Samstag den 7.10.39 hörte ich bei einem Rundgang durch die Stadt bei Gesprächen unter Kameraden, daß am Vormittag auf dem Judenfriedhof in Schwetz eine größere Anzahl Polen erschossen worden seien, und daß am Sonntag morgen nochmals eine Erschießung (stattfinden) von Polen stattfinden sollte. Das Gespräch über die bevorstehende Erschießung war unter den in Schwetz untergebrachten Soldaten allgemein.- Infolgedessen begab ich mich am Sonntagmorgen mit dem größten Teil meiner Kompaniekameraden zum Judenfriedhof, wo wir bis 9 Uhr zunächst vergebens warteten. Wir waren schon der Meinung, daß wir einer sogenannten Latrinenparole zum Opfer gefallen seien, und wollten uns schon wieder in unser Quartier begeben, als ein größerer Autobus beladen mit Frauen und Kindern zum Friedhof hineinfuhren. Wir gingen nun wieder zum Friedhof zurück. Wir sahen dann, wie eine Gruppe von einer Frau und drei Kindern, die Kinder im Alter von etwa 3 - 8 Jahren, von dem Omnibus zu einem ausgeschaukelten Grab von etwa 2 mtr. Breite und 8 mtr. Länge hingeführt wurden.- Die Frau mußte in dieses Grab hineinsteigen und nahm dabei ihr jüngstes Kind auf dem Arm mit. Die beiden andern Kinder wurden ihr von zwei Männern des Executions-Kommandos gereicht.- Die Frau mußte sich nun bäuchlings, mit dem Gesicht zur Erde flach ins Grab legen, ihre drei Kinder zur Linken in derselben Weise angereicht.- Danach stiegen 4 Mann des Kommandos ebenfalls in das Grab, legten ihre Gewehre so an, daß die Mündung der Gewehre etwa 30 ctm vom Genick entfernt waren und erschossen auf diese Weise die Frau mit ihren drei Kindern.- Ich wurde dann von dem Aufsichtführenden Sturmbannführer aufgefordert mit zuschaukeln zu helfen.- Ich kam diesem Befehl nach und konnte daher aus nächster Nähe jedesmal sehen, wie die nächsten Gruppen, Frauen und Kinder, in derselben Weise wie in der ersten Gruppe geschildert, erschossen wurden.- Im ganzen wurden etwa 9 - 10 Gruppen, Kinder und Frauen, jedesmal zu vierten, in denselben Massengrab erschossen.- Nach der Erschießung der 3. oder 4. Gruppe wurden noch 2 Kameraden zum Zuschaukeln herangezogen.- Der Erschießung sahen in einer Entfernung von etwa 30 mtr. etwa 200 Soldaten der Wehrmacht zu.-

Etwas

65

Etwas später kam ein zweiter Omnibus beladen mit Männern auf den Friedhof gefahren, darunter befand sich noch eine Frau.- Diese Männer wurden in Gruppen zu vierten eingeteilt, mußten in das Grab, in dem die frischen Leichen nur notdürftig mit Sand zugestreut waren, hineinsteigen, sich bäuchlings der Länge nach hinlegen, wo sie dann von den vier Männern des Kommandos durch Genickschuß erledigt wurden.-

Im ganzen sind am Sonntagmorgen auf dem Judenfriedhof in Schwetz etwa a c h t u n d z w a n z i g F r a u e n, etwa f ü n f u n d z w a n z i g M ä n n e r und z e h n K i n d e r im Alter von 3 - 8 Jahren, erschossen worden.-

v. g. u.

gez. Dr.Möller
Oberstabsarzt der Res.
u.Komp.Führer

gez.Paul Kluge
Gefreiter

.....
3. Armee Kranken Transport Abtlg.581

z.Zt.Jülich den 27.10.39

Auf Befehl des Armeearztes 4 vom 24.10.39 habe ich heute zur Ergänzung meiner Meldung an den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, den Führer des deutschen Volkes, vom 9.10.39 den

Uffz. Paul Roschinski, geb.8.5.97 zu Konnstadt-Ellgut,
von Beruf Maurer,

in der Kompanieschreibstube verantwortlich vernommen.- Der Vernehmung wohnten bei als Beisitzer:

1. Stabsarzt Dr.Heinrich ~~B~~etram, geb. 26.3.95 zu Bochum
prakt.Arzt in Bochum
2. Hauptfeldwebel Otto Paulin, geb. 30.3.05 zu Bochum
Beruf Stadtsekr.u.Mil.Anwärter,
als Schreiber:
3. Gefr.Walter Wetzels, geb. 25.9.99 zu Mittweida Sa.
Beruf Kaufmann.

Der zur Vernehmung befohlene Uffz. Roschinski gibt, nachdem er von mir zur Wahrheit ermahnt und auf die evtl.Vereidigung seiner Aussage aufmerksam gemacht worden ist, folgende Schilderung über die Vorgänge am 8.Oktober 1939 auf dem Judenfriedhof in Schwetz:

Am Samstagabend hörte ich von meinem Kompaniekameraden Böcker, daß am Samstag nachmittag auf dem Judenfriedhof zu Schwetz eine größere Anzahl Polen, man sprach von etwa 30, erschossen worden seien.- Das Gespräch über diese Tatsache ging wie ein Lauffeuer durch die ganze Kompanie.- Am Sonntagmorgen wollte ich mich durch eigenen Augenschein auf dem Judenfriedhof davon überzeugen, ob das Gerücht den Tatsachen entspräche.- Ich ging am Sonntagmorgen gegen 8 Uhr mit meinen Kompaniekameraden Gefr.Löffler und Sold.Rech zum Judenfriedhof.- Dort traf ich eine große Menge Soldaten, sowohl von den Kompanien unserer Abteilung, als auch von anderen Truppenteilen, die in Schwetz untergekommen waren.- Es mochten im ganzen etwa 200 - 300 Soldaten sich auf dem Friedhof getroffen haben.- Ich hörte dann gesprächsweise, daß in einer halben Stunde etwa eine erneute Erschießung von Polen stattfinden sollte.- Gegen 9 1/2 Uhr kam ein Omnibus beladen mit Frauen und Kindern. Ich stand in der Nähe des schon vorbereiteten Massengrabes und sah wie eine Frau an der rechten Hand einen kleinen Jungen und zur Linken 1 oder 2 Mädchen von dem Omnibus zu dem Grabe hingingen.- Ich sah dann weiter einige Sekunden später wie die Frau in dem Massengrab stand und wie ihr ein kleiner Junge von einem SS.Mann ins Grab hineingereicht wurde.- Darauf hin habe ich mich umgedreht und bin fortgegangen, weil ich der Erschießung dieser Kinder nicht zuschauen konnte und wollte.- Gleich darauf hörte

66

hörte ich dann Schüsse fallen. Als ich auf der Straße vor dem Judenfriedhof stand, hörte ich noch mehrere Salven. Kurze Zeit darauf kam ein zweiter Omnibus der mit Polen beladen war. Ein SS.Mann rief den umstehenden Soldaten zu: Jetzt könnt ihr alle hereinkommen und zuschauen. Ich bin dann nochmal mit hineingegangen und sah wie eine Gruppe von vier Männern in dasselbe Massengrab, in dem vorher die Frauen erschossen wurden, hineinstiegen, sich dort hinlegen mußten und dann aus nächster Nähe durch einen Genickschuß erledigt wurden. Fleisch, Gehirn und Sand spritzte dabei über die Brabesböschung hinaus und beschmutzte zum Teil die Kleidung der zuschauenden Soldaten. Diesen Vorgang des Erschiessens konnte auch die Civilbevölkerung aus den Fenstern der Häuser gegenüber dem Judenfriedhof einsehen.-

gez.Dr.Möller
Oberstabsarzt d.R. u.Komp.Führer

v. g. u.

gez. Paul Roschinski
Uffz.

3. Armee Kranken Transp.Abtlg. 581

z.Zt.Bensberg den 31.10.39

Auf Befehl des Armeearztes 4 vom 24.10.1939 habe ich heute zur Ergänzung meiner Meldung an den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht dem Führer des deutschen Volkes, vom 9.10.39 den

Unteroffizier Fritz Kleegraf geb.27.4.1914 zu Datteln i.Westf.
von Beruf Laborant

inder Kompanieschreibstube verantwortlich vernommen.

Der Vernehmung wohnten bei als Beisitzer:

1.Stabsarzt d.R. Dr.Heinrich Bertram, geb.26.3.1895 zu Bochum,
prakt.Arzt zu Bochum,

2. Hauptfeldwebel Otto Paulin, geb.30.3.05 zu Bochum, Beruf: Stadtsekretär und Mil.Anwärter,

und als Schreiber:

Soldat Friedr.Anapp, geb. 21.8.1897 zu Bichum, Beruf: Hauptschriftleiter zu Wattenscheid/Essen.

Der zur Vernehmung befohlene Unteroffizier Kleegraf gibt, nachdem er von mir zur Wahrheit ermahnt und auf die evtl.Vereidigung seiner Aussage aufmerksam gemacht worden ist, folgende Schilderung über die Vorgänge am 8.Oktober 1939 auf dem Jud nfriedhof in Schwetz:

Am Samstag d.7.Oktober 1939 hörte ich von meinen Kameraden, daß am Nachmittag des 7.Oktober auf dem Judenfriedhof in Schwetz eine Erschiessung von einer größeren Anzahl von Polen stattgefunden habe und dass am Sonntag d.8.Oktober 1939 wieder eine Erschiessung von Polen stattfinden sollte. Infolgedessen begab ich mich am Sonntagmorgen mit dem Soldaten Kraus von meiner Kompanie zum Judenfriedhof in Schwetz, wo wir gegen 8,45 Uhr eintrafen. Dort waren 200 bis 300 Wehrmichtsangehörige anwesend. Zwischen 9,15 und 9,30 traf ein Autobus, beladen mit Frauen und Kindern, auf dem Friedhof ein. Zunächst verliess eine Frau mit 3 Kindern den Wagen und ging zu einem ca. 30 m entfernten Massengrab von ungefähr 12 bis 15 mtr. Länge und 2,50 mtr. Breite und ebensolcher Tiefe. Da wir nicht direkt an dem Grab stehen durften, bestiegen wir naheliegende Gräber um besser sehen zu können. Ich stand in Richtung der Grablängsachse ungefähr 8 bis 10 mtr von dem Grabe entfernt. Während das Executions-Kommando bestehend aus einem SS.Mann, einem Zivilisten und 2 Männern in blauer Schupo-Uniform, die Gewehre

64

Gewehre laden, mußte die Frau mit ihren Kindern das Grab besteigen. 2 Kinder hob die Frau selbst in die Grube, während das dritte Kind ihr von einem SS.Manne, der im Anfang das Kommando hatte, nachgereicht wurde. Dann stieg das Executions-Kommando - 4 Mann - in das Grab, während eine Stimme der Frau und den Kindern befahl, sich hinzulegen. Ich sah dann, wie das Executions-Kommando die Gewehre tief nach unten anlegte und hörte dann auch eine Salve. Dann rief eine Stimme nach Leuten zum Zuschauern der Executierten. Kurz darauf gab der SS.Mann, der das Kommando führte mit einer Flöte ein Zeichen, worauf die nächste Gruppe den Wagen verließ, und sich zu dem Grabe begab. So habe ich 5 bis 6 Erschiessungen beigewohnt, bis ein SS-Offizier uns den Befehl gab, den Friedhof zu verlassen. Unter den Executierten befanden sich bis dahin etwa 5 bis 6 Kinder. Bei dem Verlassen des Friedhofes sah ich, daß sich in dem besagten Omnibus weitere Frauen und Kinder befanden.

v.g.u.

gez.Dr.Möller
Oberstabsarzt d.R. u.Komp.Führer

gez. Fritz Kleegraf
Uffz.

Für die Richtigkeit der Abschrift:
H.Qu.OKH, den 10.11.1939

Pulliger.
Hauptmann

68

Freiburg H 24/12

Geheim

Te - 105 -

Der Oberbefehlshaber Ost

Der Chef des Generalstabes

- O. An 258/40g -

Hauptquartier S p a l a ,

Den 9. April

19 40

An den
Oberbefehlshaber des Heeres
Herrn Generaloberst v. Brauchitsch

11. 6.
17/4/41

B e r l i n .

Der Oberbefehlshaber des Heeres.

Ob. d. H.

584 / 40g 11/4
- 2 Bw. -
- 1 Bw. -

In der Anlage wird ein Bericht über eine Polizeiaktion im Generalgouvernement vorgelegt.

Für den Oberbefehlshaber Ost
Der Chef des Generalstabes

Accit.
III
Beauftragter B. H. R.

3 Anlage

Arbeitsanweisung

Ob. II für 10. April

- 1) Ob. J. H. - R. Auffassung, dass die Auffassung der Aktion durch die Polizei - R. in Bezug auf die Aufklärung der Polizei einzuwirken.
- 2) In jedem Falle müssen die Oberst die Polizei einverstanden informiert werden.
- 3) Nach Rücksprache Oberbef. Ost. mit Generalgouvernement (vgl. an Brief) polizeuliche Verfahren eintragen.

22.4

50

Bericht über den Verlauf einer Polizeiaktion

VOM 29.3. - 2.4. 1940

1.) Vorgeschichte.

Im Februar tauchten in dem großen Waldgebiet südl. der Straße Radom - Opozno mehrfach Trupps uniformierter und berittener polnischer Freischärler auf. Da die hohe Schneelage und das unübersichtliche Waldgelände jede Bewegung unmöglich machten, kam die Truppe trotz verstärkten Streifendienstes zu keinem Erfolg. Im März verdichteten sich die Nachrichten. Da ~~am~~ die zuständige 372. Division den Aufenthalt einer Bande in dem Walddorf Golki ermittelt hatte, befahl sie dem zunächst liegenden Infanterieregiment sie am 16.3. auszuheben.

Gegen diesen Plan erhob der Höhere Polizei- und SS-Führer in Radom am 15.3. mit der Begründung Einspruch, der Truppeneinsatz gefährde die kurz nach dem 20.3. beabsichtigte Großaktion gegen die poln. Aufstandsbewegungen im ganzen Generalgouvernement. Außerdem sei die Beseitigung von Freischärlern Sache der Polizei.

Leider erfuhr Oberost erst am 20.3.40, daß der Divisionskommandeur in Unkenntnis der größeren Zusammenhänge von seiner Unternehmung, das unbedenklich hätte durchgeführt werden können Abstand genommen hatte.

Auf Grund weiterer Übergriffe der Bande hat die Division nochmal am 26.3. die Sipo Radom verständigt, daß wenn die angekündigte Großaktion nicht bald einsetze, die Division die Bande von sich aus beseitigen würde.

In mehreren Rücksprachen mit der Sipo Radom war in den nächsten Tagen eine Beteiligung der Truppe, die hierfür ausdrücklich wiederholt angeboten wurde, zugesagt und außerdem versprochen den Termin des Unternehmens rechtzeitig mitzuteilen. Diese Versprechungen sind nicht gehalten. Vielmehr wurde alles getan, um die Durchführung geheimzuhalten und die Truppe nicht zu beteiligen. Erst am 30.3. um 16 Uhr teilte die Sipo Radom mit, daß das Unternehmen bereits begonnen habe.

2.) Durchführung des Polizeiunternehmens.

(Die nachstehenden Angaben gründen sich auf z.T. unbestätigte und nicht nachprüfbare Meldungen.)

Bei dem Einsatz der Polizei gegen Freischärler in dem Waldgebiet ostw. Konskie handelt es sich um zwei Unternehmungen.

571

Der erste Einsatz findet am 29. und 30.3. statt. Entgegen den gegebenen Zusagen und ohne Wissen der militärischen Kommandobehörden werden am 29.3. unter dem Befehl des SS-Oberführers Katzmann, Radom, zwei Polizeibataillone gegen polnische Banden, die sich südlich Gielniow (25 km. nördl. Konskie) und bei Hucisko (15 km nordostw. Konskie) aufhalten sollten, angesetzt. Während das eine Btl. anscheinend ohne Ergebnis bereits am 30.3. wieder abrückt, geht das andere Btl. am frühen Morgen des 30.3. beim Wegräumen einer Sperre an dem Dorf Chlewiska in einen Hinterhalt und hat Verluste. Ein Teil des Btl. kann bis Hucisko vordringen, findet dort aber heftigen Widerstand der Freischärler, die angeblich über s.M.G. verfügen. Der Versuch einer Umfassung muß wegen Munitionsmangels (jeder Mann hatte nur 2 Rahmen bei sich) aufgegeben werden. Als unterdessen die Freischärler die auf der Straße rastenden Polizeiwagen mit Handgranaten überfallen, wobei es ihnen gelingt, 3 Wagen zu verbrennen, wird die Polizei noch im Lauf des 30.3. zurückgezogen, zumal auch der Gegner, der zahlreiche Waffen und Geräte auf Panjewagen mitführt, abzieht.

Die Verluste betragen am 29. und 30.3. bei der Polizei 4 Tote und 5 Verwundete.

Die zweite Unternehmung.

Am 31.3. 09.00 Uhr wird bei der Gendamerie in Konskie festgestellt daß die Aktion fortgesetzt werden soll. Zu dieser Zeit schwanken die Angaben über die Stärke der Bande zwischen 80 - 100 und 400 Mann. Als Führer wird ein Major Hubala bezeichnet, der ehemalige polnische Offiziere und Unteroffiziere bei sich haben soll. Inzwischen haben Offiziere des Grz.Abschn. Mitte, der 372. und der 221.Div. Verbindung mit den Polizeiführern aufgenommen. Auch hat Oberost (30.3.) Aufklärungs- und Sicherungsdienst im Gebiet Kamienna - Kielce - Konskie - Smogorzow befohlen. Er wird von der 372. und 221.Div. durchgeführt. Der von der Polizei vorgeschlagene Einsatz von Kampffliegern muß unterbleiben, da zur Erkundung keine Zeit zur Verfügung steht. Trotzdem wird die Luftaufklärung durch Oberost sofort eingeleitet. Eine Mitwirkung der Truppe unterbleibt auf ausdrücklichen Wunsch der Polizei.

Am 31.3. abends erfahren sowohl Grz.Abschn.Mitte wie die 372.Div. daß die Polizei, durch weitere SS-Verbände verstärkt, unter Führung des Obgruf. Krüger die Aktion fortsetzen solle. Wie verlautet, habe der Führer selbst eine Vergeltungsaktion befohlen.

52

Die sofort eingeleitete Verbindungsaufnahme glückte zu den Standartenführern, die ihren Verbänden vorausgeeilt waren. Obgruf. Krüger lehnte zunächst eine Unterrichtung der Offizier mit dem Hinweis ab, daß er seinen Plan habe ändern müssen.

Am 1.4. gegen 02.00 Uhr erhielt Grz.Abschn.Mitte die Unterlagen für das Vorgehen der Polizei. Danach sind bis zum 31.3. herangezogen

2 SS-Standarten,

1 Pol.Btl. (mot.),

2 - 3 Schwadronen der SS-Reiterstandarte.

Sie sollten am 1.4. 06.00 Uhr aus einer Bereitstellung auf den Straßen Kamienna - Zagnansk - Mniow - Wolow - Kamienna konzentrisch antreten. Infolge verschiedener Umstände war aber die Bereitstellung erst am 1.4. 11.00 Uhr beendet. Es wurde dann nur von den auf den westlichen Straßen bereitgestellten Verbänden nach Osten, infolge Mängeln in der Befehlsübermittlung nicht gleichzeitig angetreten.

In dem sehr schwierigen Waldgelände kam die Polizei langsam vorwärts, die Verbindung riß bald ab. Gegen Mittag erreichten die vordersten Teile die Straße Samsanow - Odrowaz. Hier stieß die mittleren Teile auf eine feindliche Verteidigung bei Szalas. Der Gegner zeigte M.G. und Granatwerfer. Die Kompanie blieb liegen, das Herankommen der Nachbarn und den Einsatz der nicht mitgekommenen schweren Waffen abwartend. Es entstanden bei der SS wie auch beim Gegner Verluste.

Am Nachmittag faßte Obgruf. Krüger den Entschluß, den Angriff am 2.4. vorzutragen, nachdem von allen westlichen Polizeiteilen die Straße Samsonow - Odrowaz erreicht worden sei.

Der vom Gelände und seiner Kenntnis begünstigte, von den Einwohnern der zerstreuten Dörfer und Gehöfte stets unterstützte Gegner muß um diese Zeit die Aussichtslosigkeit seines Widerstandes angesichts der Umzinglung erkannt haben. Er gab am Nachmittag des 1.4. seine Stellung bei Szalas auf. In der Nacht vom 1./2.4. versuchte er an mehreren Stellen, die SS-Front zu durchbrechen und zu entkommen. Dabei mußte er Fahrzeuge mit Waffen und Munition, einige Tote und Verwundete sowie 40 - 50 Mann als Gefangene zurücklassen. Westlich Odrowaz glückte es einigen Reitern, anscheinend dem Stab Major Hubalas, zu entkommen.

53

Am 2.4. kam es an verschiedenen Stellen noch zu Kugelwechsel jedoch löste sich der Rest der Bande anscheinend allmählich auf. Die von der Straße Samsanow - Odrowaz zur letzten Einkesselung angetretene Polizei konnte mit äußerem Flügel am Nachmittag die Straße südl. Kamienna erreichen. Im Laufe des Tages wurden einige Freischärler erschossen oder gefangen genommen.

Die SS-Führung hatte am 2.4. nachm. selbst den Eindruck, daß es sich beim Gegner um eine Bande von etwa 100 Mann gehandelt hat, die etwa zur Hälfte gefangen genommen oder tot, zur Hälfte entkommen sei.

Infolgedessen wurde die Aktion als beendet angesehen, die Polizei kehrte - bis auf die Teile der SS-Reiter-Standarte und geringe Polizeikräfte - in ihre Standorte heim.

Nach den neusten Meldungen hat es sich nicht bestätigt, daß es der Standarte Fegelin und einem Polizei-Batl. an 44. gelunge sei, den Rest der Bande in Stärke von 40 Mann einzukesseln. Viel mehr scheint der Major Hubala mit einem großen Teil seiner Leute entkommen zu sein.

Am 5.4. wird noch gemeldet, der SS-Obergruppenführer Krüger sei zur Leitung einer Vergeltungsaktion im Gelände. Es sei beabsichtigt, die gesamte männliche Bevölkerung der im Kampfgebiet liegenden polnischen Dörfer zu erschließen.

Zu dem Polizeiunternehmen muß folgendes festgestellt werden:

- a) Die Polizeiführung hat die Truppe bewußt von einem Unternehmen gegen eine poln. Bande abgehalten und es selbst durchgeführt, um den erwarteten Erfolg für sich in Anspruch nehmen zu können.
- b) Die höhere Polizeiführung hat entgegen ihrer Zusage, das beabsichtigte Unternehmen vor der Truppe geheimgehalten. Sie hat als im weiteren Verlauf Verstärkungen notwendig wurden, diese nicht von den angebotenen und in unmittelbarer Nähe bereitstehenden Divisionen angefordert, sondern mit Kraftwagen und Eisenbahn von weither aus Warschau, Krakau und Lublin weitere SS- und Polizei-Batl. herangezogen. Auch als die Kämpfe diesen größeren Einsatz erforderten und nach Ansicht des SS-Obergruppenführer Krüger sogar ein Eingreifen der Luftwaffe notwendig machten, wurde eine Unterrichtung der in unmittelbarer Nähe liegenden Truppe nicht für notwendig gehalten. Vielmehr wurde alles getan um eine Orientierung der Wehrmacht zu verhindern und darüberhinaus versucht, die sich in ihrem Bereich sichernde Truppe fernzuhalten.

Verbindungsoffiziere des Heeres wurden anfänglich gemieden, dann unzureichend unterrichtet. Maßnahmen der Wehrmacht wurden kritisiert. Der Ton gegenüber den Verb. Offz. war ostentativ kühl, zurückhaltend z.T. ablehnend.

SS-Obergruppenführer Krüger äußerte sogar, er sei erstaunt, daß die Wehrmacht sich an das ihm vom Führer übertragene Unternehmen eingeschaltet habe.

- c) Die Schwierigkeiten des Unternehmens in unübersichtlichem Waldgelände wurde unterschätzt. Vorbereitungen, Ausstattung und Ausbildung der Truppe, Führung, Befehlsgebung und Nachrichtenverbindung entsprachen in keiner Weise den Anforderungen. Bezeichnend ist, daß SS-Formationen eingesetzt wurden, die nach Angabe ihrer Führer zu 50 % aus Wolhynien-Deutschen bestanden, die nicht einmal die deutsche Sprache beherrschten.

An Karten standen nur solche im Maßstab 1 : 300 000 zur Verfügung. Auch diese reichten nicht aus um zumindestens die Komp.Führer auszustatten.

Das Verhalten der eingesetzten Polizeitruppe im Bezug auf Aufklärung, Sicherung und Benehmen auf dem Gefechtsfeld entsprach in keiner Weise den primitivsten Anforderungen.

Geschossen wurde auf alles, was sich irgendwie zeigte, auf Frauen und Krähen. Angeblich sollten die Waffen eingeschossen werden.

- d) Die zunächst eingesetzten Kräfte waren dem zwar zahlenmäßig weit unterlegenen, aber zu allem entschlossenen poln. Gegner anscheinend nicht gewachsen. Sie erlitten Verluste an Toten Verwundeten und verbrannten Autos, verloren die Fühlung und den Zusammenhalt. Es besteht kein Zweifel, daß diese poln. Erfolge, die sich am 2.4. wiederholt haben, Zutrauen und Selbstbewußtsein der Polen sehr gestärkt haben und über die Flüsterpropaganda schnell die Runde machen werden.

Mißerfolge eines deutschen Truppenverbandes gegen zahlenmäßig weit unterlegene Freischärler muß für die poln. Aufstandsbewegung starke Werbekraft haben und das deutsche Ansehen bei der poln. Bevölkerung schädigen.

65

Hier findet der durch Laufzettel verbreitete Aufruf einer poln. Aufstandsorganisation eine rasche und schlimme Bestätigung, daß der Deutschen Polizei, die nur gewöhnt sei, wehrlose Menschen zu erschießen aus diesem Grunde erfahrungsgemäß keinerlei Kampfwert beizumessen sei.

3.) Auswirkung des Polizeiunternehmens auf die innerpolitische Sicherheit im Generalgouvernement.

Die Tragweite des Polizeiunternehmens kann nur gewürdigt werden im Rahmen der innerpolitischen Gesamtlage im Generalgouvernement. Seit geraumer Zeit wurde das Entstehen und Anwachsen von Geheimorganisationen beobachtet, die eine bedrohliche Stärke annahmen.

Es sollte deshalb seitens der Polizei eine großer Schlag gegen die Spitzen der bekannten aufständigen Organisationen durch Festnahme von über 1 000 bekannten Führern erfolgen. Dies war nach Ansicht der Sipo zeitlich nunmehr notwendig, daß die Polen anfangen, ihre Waffendepots zu verteilen.

Diese im Gange befindliche Verhaftungsaktion wurde auf Befehl des Obergruppenführer Krüger am 31.3. wesentlich eingeschränkt. Man begnügte sich lediglich mit der Festnahme einzelner Persönlichkeiten.

Der Grund für diese zunächst unverständliche Maßnahme ist folgender:

Als nach den Mißerfolgen des 29. und 30.3. Verstärkungen notwendig waren, wurden diese aus Prestige Gründen nicht bei den umliegenden und bereitstehenden Divisionen angefordert, sondern Polizei- und SS-Kräfte von weither herangeholt. Diese Kräfte waren für die Durchführung der großen Verhaftungsaktion vorgesehen. Da sie damit hierfür ausfiel wurde die "große Aktion", die bereits lief, am 31.3. in eine "Kleine" umbefohlen. Es besteht kein Zweifel, daß die Verhaftung von 1 000 Führern der poln. Aufstandsbewegung unendlich wichtiger war, als die Beseitigung einer kleinen poln. Bande von etwa 100 Mann. Dem äußeren Erfolge zuliebe ist die Hauptaufgabe zurückgestellt worden.

56

Bei der großen Geschicklichkeit der poln. Aufstandsbewegung ist mit den wenigen Verhaftungen die Masse der Nichtverhafteten gewarnt. Sie wechselt Wohnung, Name, Versammlungsorte und Kennworte auf Grund der jahrhundertalten Schule der polnischen Aufstandserfahrungen. Alle Vorarbeit ist umsonst. Die Sippe ist zunächst blind und braucht erneute mühselige Vorarbeit, um einen wirklich großen Schlag führen zu können.

Inzwischen wächst die poln. Aufstandsbewegung weiter.

Der Generalgouverneur ist durch anl. Schreiben auf die bei der Polizeiaktion in Erscheinung getretenen Mißstände aufmerksam gemacht worden.

Es wird ferner bei der für den 22.4.40 anberaumten Besprechung nochmals seitens Oberost die Forderung nach engster Zusammenarbeit unter Hinweis auf die Zutage getretenen Unzulänglichkeiten gestellt werden.

Es bleibt abzuwarten, ob bei den im Generalgouvernement vorliegenden besonderen Verhältnissen dieser Forderungen von Oberost Rechnung getragen wird.

54

8. April

40

An

den Generalgouverneur
f.d. bes.poln. Gebiete
Herrn Reichsminister Dr. Frank

K r a k a u

Sehr verehrter Herr Generalgouverneur !

Das Bandenunwesen in Gegend Konskie hatte einen solchen Umfang angenommen, daß in einem Standort polnische Reiter es wagen konnten, gegen 2 Soldaten ~~anzugehen~~. Für die Truppe waren diese Zustände derart unhaltbar geworden, daß sich die 372. Division entschloß, die polnische Bande in Gegend Konskie bereits am 16.3.40 aus militärischen Sicherheitsgründen unschädlich zu machen. Leider wurde dieses schon vorbereitete Unternehmen auf Einspruch der Sipo Radom nicht durchgeführt, weil hierdurch die seitens der Polizei beabsichtigte große Verhaftungsaktion gefährdet würde. Der auf baldige Durchführung dringenden Truppe wurde in mehreren Rücksprachen eine Beteiligung und rechtzeitige Benachrichtigung in Aussicht gestellt. Dies ist leider nicht geschehen, sodaß sowohl Oberost wie die Truppe durch die Polizeiaktion überrascht wurden. Auch als nach den Ereignissen des 30.3. eine erhebliche Verstärkung notwendig und nach Ansicht der Polizeiführung sogar der Einsatz von Kampfflugzeugen erforderlich war, wurden die militärischen Kommandostellen garnicht oder unzureichend verständigt. Die auf das Gefechtsfeld geschickten Verbindungsoffiziere der Truppe wurden zurückhaltend und z.T. ablehnend behandelt. Ein klares Bild von der Lage konnten sie nicht gewinnen; und mithin auch nichts melden.

Es trat hierdurch der bedauerliche Zustand ein, daß im Befehlsbereich des Grenzabschnittes Mitte und Süd eine Polizeiaktion größerer Stärke durchgeführt wurde, deren

654/409. G. d. B.

203

58

Zeitpunkt, Umfang und Zweck der Truppe zu spät und dann noch unzureichend bekannt wurde. Die Truppe war deshalb gezwungen, von sich aus Aufklärung anzusetzen und die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, die erst später mit der Polizeiaktion in Einklang gebracht werden konnten.

Ich weiß mich mit Ihnen eins in der Auffassung, daß gegen polnische Aufständische die schärfsten Mittel zum Einsatz gebracht werden müssen und daß hierbei Prestigefragen bei Seite zu lassen sind.

Im Interesse einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gegenüber dem gemeinsamen Feind lenke ich Ihr Augenmerk auf den bei dieser Aktion zutage getretenen Mangel an Unterrichtung und Verbindung, der nach meiner Auffassung nachteilige Folgen gehabt hat.

Ich werde Gelegenheit nehmen, die Angelegenheit bei meiner Anwesenheit in Krakau zur Sprache zu bringen und Vorschläge für die vom militärischen Standpunkt zu fordernde Zusammenarbeit machen.

H e i l H i t l e r !

Markus

59

IA 2 a

Verzeichnisder ins Generalgouvernement abgeordneten
höheren Beamten.

1. 1/1-Oberführer Bierkamp, Oberst der Polizei,
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau
2. 1/1-Sturmbannführer Ebert, Regierungsrat,
Leiter IV beim Befehlsh.d.Sicherheitspolizei u.d.SD i.Krakau
3. 1/1-Obersturmbannführer Batz, Oberregierungsrat,
Kommandeur und Vertreter d.Befehlsh.d.Sipo u.d.SD in Krakau
4. 1/1-Sturmbannführer Dr. Pütz, Regierungsrat,
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD in Lublin
5. 1/1-Sturmbannführer Illmer, Regierungsrat,
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD in Radom
6. 1/1-Hauptsturmführer Schneider, Hans, Regierungsrat,
beim Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD in Radom
7. 1/1-Obersturmbannführer Dr. Hahn, Oberregierungsrat,
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD in Warschau
8. 1/1-Obersturmbannführer Dr. Witiska, Oberregierungsrat,
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD in Lemberg.

516
FOI

372

№ 3928

Geheime Reichsliste

Auswärtiges Amt

Berlin, den 31. März 1940.

83-60 B (g.Rs.) 27/3. (165 g.Rs.)

Gesandtschaft

B1a-
1107-

It 695

7. d. A.
K814

In Ausführung des Absatzes 1 des Erlasses vom 3. Januar d.J. - 83-78 21/10. (263 g.Rs.)- wird mitgeteilt, daß Hauptbevollmächtigter des SD. für die baltischen Staaten (Lettland, Estland, Litauen) H-Sturmbannführer Regierungsrat Dr. G r a e f e ist.

Im Auftrag

Scunberg

*/rt 56

die Deutsche Gesandtschaft

in R i g a

7.3.4471

485

Li Dringling
Am 7



Bla
- 108 -

KI C lo --

Krakau, den 1. Sept. 1944

Aufstellung

der zu den Dienststellen der Sipo u. d. SD in Krakau
gehörenden SD-Angehörigen mit dem Stand vom 1.9.1944.

Lfd. Nr.	N a m e	Vorname	Dienstgrad	Dienststelle	Bemerkungen:
1.	Arend	Eugen	Ustuf.	KdS III	
2.	Arndt	Friedrich	Ostuf.	KdS III	
3.	Assmann	Wilhelm	Ustuf.	KdS III - Ast Jaslo	
4.	Bernhard	Willi	Ostuf.	KdS III - Ast Tarnow	
5.	Biciste	Alfred	Vertr. Angest.	BdS III	Ustuf. Verg.
6.	Brumpreiksz	Wilhelm	Ustuf.	KdS III	
7.	Brückner	Helmut	Oscha.	BdS III	Waffen-#
8.	Cymoch	Heinrich	Oscha.	KdS III	
9.	Dammeier	Stani	Steno.	KdS III	
10.	Dressler	Anneliese	Steno.	KdS III	
11.	Effer	Josef	Hscha.	BdS III	
12.	Frackmann	Karl-Th.	Hstuf.	BdS III	
13.	Frenk	Josef	Oscha.	BdS II	
14.	Freund	Willi	Hscha.	BdS Funk	
15.	Fromm	Helmut	Hstuf.	BdS III	
16.	Fuhr	Hans	Schulrat	BdS IV	Ostuf. Verg
17.	Glunz	Josef	Hscha.	KdS III - Ast. Neu'Sandez	
18.	Golonka	Josef	Vertr. Angest.	KdS III	Uoscha. Verg
19.	Haase	Alfred	Scharf.	BdS Gesch. St.	
20.	Hänsch	Werner	Ostuf.	BdS I B	z. Zt. Rabka
21.	Haller	Sidonie	Steno.	BdS I	
22.	Hanzen	Josef	Hstuf.	BdS III	
23.	Harlfinger	Jakob	Ustuf.	KdS III	
24.	Heia	Grete	Steno.	BdS L III	
25.	Heinrich	Günter	Ooscha.	KdS III	
26.	Herrmann	Heinz	Hscha.	BdS I	
27.	Hildebrandt	Erwin	Ostuf.	BdS III	
28.	Horn	Heinz	Ostuf.	BdS IV	
29.	Jansen	Elisabeth	Steno.	BdS III	
30.	Jüterbock	Werner	Hstuf.	BdS I	
31.	Kirachke	Ernst	Hstuf.	KdS III	
32.	Knorr	Herbert	Hstuf.	KdS III	
33.	Könker	Wilhelm	Ustuf.	BdS II	Waffen-#
34.	Kolf	Alfred	Ostuf.	KdS III	

Blatt 2.

Nr.	Name	Vorname	Dienstgrad	Dienststelle	Bemerkungen:
35.	Koller	Hans	Ustuf.	BdS III	
36.	Kommer	Hilde	Steno.	KdS III	
37.	Kordts	Gerda	Steno.	BdS III	
38.	Krebsbach	Senta-Maria	Steno.	KdS III - Tarnow	
39.	Krüger	Wilhela	Hstuf.	KdS III	
40.	Lamm	Fritz	Hscharf.	BdS III	früher Leberg
41.	Luckau, Dr.	Josef	W-Schütze	BdS IV	Waffen-#
42.	Lützelberger	Rudi	Ustuf.	BdS I	
43.	Milbradt	Arnold	Ustuf.	BdS III	
44.	Milchthaler	Karl	Hscharf.	BdS Fahrer	
45.	Müller	Herbert	Hscharf.	BdS III - Ast.Bochnia	
46.	Münster	Ernst	Oscharf.	KdS III - Ast Jaslo	Waffen-#
47.	Müsse	Hanna	Steno.	BdS III	
48.	Pajung	Alfred	Hascharf.	BdS III	
49.	Pauler, Dr.	Klmar	Hstuf.	BdS pers.Ref.	Waffen-#
50.	Podlasly	Käthe	Steno.	BdS II	
51.	Prinz	Bernhard	Oscharf.	BdS Schule Rabka	
52.	Quaschny	Hartmut	Hscharf.	BdS III	Waffen-#
53.	Radtke	Oskar	Stubaf.	BdS L.II	
54.	Rämisch	Wilhelm	Ostuf.	KdS I	
55.	Rehder	Dietrich	Stubaf.	KdS III - Ast Krakau	
56.	Roscher	Hanna	Steno.	BdS Schule Rabka	
57.	Ruck	Georg	Hscharf.	BdS II	
58.	Ruske	Fritz	Oscharf.	KdS III Fahrer	Waffen-#
59.	Schenk	Walter	Stubaf.	KdS L.III	
60.	Schindler	Emme	Steno.	BdS C.	halbtags.
61.	Schilling	Walter	St.Scharf.	DdS II	
62.	Schmidt	Margarete	Steno.	BdS III	
63.	Schmitz	Anny	Steno.	BdS III	
64.	Schoatak	Gerhard	Oscharf.	KdS III - Ast Tarnow	
65.	Siepmann	Inge	Steno.	BdS C.	
66.	Speidel	Alfred	Oscharf.	KdS III Ast Miechow	
67.	Stelzle	Lina	Steno.	KdS III	
68.	Thomsen	Käthe	Steno.	BdS III	
69.	Theilmann	Georg	Rttf.	BdS I	
70.	Vögel	Gustav	Rttf.	KdS III - Ast Bochnia	
71.	Voise	Otti	Steno.	KdS III - Ast Krakau	
72.	Wahlmann	Horst	Ustuf.	BdS III	
73.	Wahrlich	Mangold	Ustuf.	KdS III - Ast Sanok	



Blatt 3.

Nr.	Name	Vorname	Dienstgrad	Dienststelle	Bemerkungen:
74.	Waldenburg, v.	Annemarie	Steno.	KdS III	
75.	Weichelt	Herbert	Hstuf.	KdS III - Ast Sanok	
76.	Wilhelm	Kurt	Hscha.	BdS I	
77.	Wilms	Josef	Hscha.	BdS I	
78.	Zmlewski	Hilde	Steno.	KdS III	

Für die Richtigkeit:

Mull
 St-Hauptstabsführer u.
 Verwaltungsführer

79. Faskot

Ladislau Angest. l. KdS-III - Ast. Bochnia.

B Ia- 109

Gliederung und Stellenbesetzung des Ostheeres am

1. September 1939

(mit Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei)

(Die in der nachfolgenden Aufstellung enthaltenen Angaben entstammen den Veröffentlichungen von Wolf Keilig "Das Deutsche Heer 1939 - 1945", erschienen im Podzun-Verlag Bad Nauheim, und dem Buch "Der Feldzug 1939 in Polen" von Nikolaus v. Vormann, erschienen 1958 im Prinz-Eugen-Verlag Weißenburg. Die Angaben über die Wohnorte der genannten Personen stammen aus den Jahren 1957-59. Die Geburtsdaten sind angegeben, um eine Ermittlung der derzeitigen genauen Anschriften durch Anfragen bei den jeweiligen Einwohnermeldeämtern zu erleichtern. Eine Liste mit den Namen und Anschriften von Führern und Unterführern der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos wird den Staatsanwaltschaften gesondert übersandt.

Es sind jeweils die Dienstränge genannt, die die betreffenden Personen bei Kriegsbeginn 1939 hatten.)

I. Heeresgruppe Süd

Generaloberst Gerd v. Rundstedt
(1953 verstorben);

Chef des Stabes:

Generalleutnant Erich v. Manstein,
(jetzt wohnhaft in Essen, Goldammerweg 9.)

A. 14. Armee

Generaloberst Wilhelm List
(jetzt wohnhaft in Garmisch)

Chef des Stabes: Generalmajor Eberhard von
Mackensen (geb. 23.9.89,
wohnhaft in Altmühlendorf);

I a: Oberst Otto Wöhler
(geb. 12.7.94, wohnhaft in
Großburgwedel);

Korück 520: Generalmajor Karl Maderholz
(geb. 29.10.85, wohnhaft in München);

Korück 570: Generalmajor Maximilian von
Renz (geb. 4.11.83, wohnhaft
in Herrsching);

Chef der Zivil-
verwaltung: Ministerialdirektor Dr. D i l l

Einsatzgruppe I: SS-Brigadeführer Bruno S t r e c k e n -
b a c h (siehe Anschriftenliste)

Polizeigruppe I
(Ordnungspolizei)

1.) XVIII. Armeekorps

General der Infanterie Eugen B e y e r
(1940 gefallen)

Chef des Stabes: Generalmajor Rudolf K o n r a d
(geb. 7.3.91, wohnhaft in
München)

Einsatzkommando
3/I: Regierungsrat SS-Sturmbann-
führer Dr. H a s s e l b e r g,
Alfred (1950 verstorben)

- a) 1. Gebirgsdivision
- b) 2. Gebirgsdivision.

2.) XXII. Armeekorps

General der Kavallerie Ewald v. K l e i s t
(1954 verstorben)

Chef des Stabes: Oberst Kurt Z e i t z l e r
(geb: 9.6.95, wohnhaft in
Hamburg)

I a: Hauptmann P e t e r s e n;

Einsatzkommando
4/I: Regierungsrat SS-Sturmbann-
führer Dr. Carl-Friedrich
B r u n n e r

- a) 3. Gebirgsdivision
- b) 4. (leichte) Infanteriedivision
- c) 2. Panzerdivision.

3.) XVII. Armeekorps

General der Infanterie Werner K i e n i t z
(geb. 3.6.85, wohnhaft in Hamburg)

Chef des Stabes: Oberst Dr. Lothar R e n d u -
l i c (geb. 3.11.87, wohnhaft
in Seewalchen am Attersee/
Österreich)

Ia: Oberstleutnant Henning v.
Thaddeus (1945 verstorben)

Einsatzkommando
2/I: Regierungsrat SS-Sturmbann-
führer Dr. Bruno Müller
(1960 verstorben)

- a) 7. Infanteriedivision
- b) 44. Infanteriedivision
- c) 45. Infanteriedivision.

4.) VIII. Armeekorps

General der Infanterie Ernst Busch
(1945 verstorben)

Chef des Stabes: Generalmajor Erich Marks
(1944 gefallen)

Ia: Oberstleutnant Bernhard
Steinmetz (geb. 13.8.96,
wohnhaft in Minden/Westf.)

Einsatzkommando
1/I: Regierungsrat SS-Sturmbannführer
Dr. Ludwig Hahn (siehe
Anschriftenliste)

- a) 5. Panzerdivision
- b) 8. Infanteriedivision
- c) 28. Infanteriedivision.

B. 10. Armee

General der Artillerie Walter v. Reichenau
(1942 verstorben)

Chef des Stabes: Generalmajor Friedrich Paulus
(1957 verstorben)

Ia: Oberst Eduard Metz
(geb. 28.11.91, wohnhaft in
Bad Tölz)

Korück 540: -

Chef der Zivil-
verwaltung: Regierungspräsident Rüdiger

Einsatzgruppe II:
(mit 6 EK's) Oberregierungsrat SS-Obersturmbann-
führer Dr. Emanuel Schäfer
(siehe Anschriftenliste)

Polizeigruppe II
(Ordnungspolizei)

1.) XV. Armeekorps.

General der Infanterie Hermann H o t h
(geb. am 12.4.85, wohnhaft in Goslar)

Chef des Stabes: Generalmajor Johann Joachim
S t e v e r (vermißt seit 1945)

I a: Oberstleutnant Theodor Graf von
S p o n e c k (geb. 24.1.96,
wohnhaft in Bächingen/Dillingen)

Einsatzkommando: Bezeichnung des Kommandos und
Name des Kommandoführers bisher
nicht ermittelt

a) 2. (leichte) Infanteriedivision

b) 3. (leichte) Infanteriedivision.

2.) IV. Armeekorps

General der Infanterie Viktor v. S c h w e d l e r
(1954 verstorben)

Chef des Stabes: Generalmajor Walter M o d e l
(1945 verstorben)

I a: Oberstleutnant Otto B e u t -
l e r (1944 gefallen)

Einsatzkommando: Bezeichnung des Einsatzkomman-
dos und Name des Kommandoführers
bisher nicht ermittelt

a) 4. Infanteriedivision

b) 46. Infanteriedivision.

3.) XVI. Armeekorps

General der Kavallerie Erich H o e p n e r
(1944 im Zusammenhang mit dem Attentat vom
20. Juli hingerichtet)

Chef des Stabes: Oberstleutnant Ferdinand
H e i m (geb. 27.2.95, wohnhaft
in Ulm)

I a: Oberstleutnant Walter C h a -
l e s de B e a u l i e u
(geb. 14.9.1898, wohnhaft in
Hamburg)

Einsatzkommando: Bezeichnung des Kommandos
und Name des Kommandoführers
bisher nicht ermittelt

- a) 1. Panzerdivision
- b) 4. Panzerdivision
- c) 14. Infanteriedivision
- d) 31. Infanteriedivision.

4.) XI. Armeekorps

General der Artillerie Emil L e e b
(geb. 17.6.81, wohnhaft in München)

Chef des Stabes: Generalmajor Erwin V i e r o w
(geb. 15.5.1890, wohnhaft in
Bremen)

I a: Oberstleutnant Erwin G e r -
l a c h (geb. 29.6.94, wohn-
haft in Hannover)

Einsatzkommando: Bezeichnung des Kommandos und
Name des Kommandoführers bis-
her nicht ermittelt

- a) 18. Infanteriedivision
- b) 19. Infanteriedivision.

5.) XIV. Armeekorps

General der Infanterie Gustav v. W i e t e r s -
h e i m (geb. 11.2.84, wohnhaft in Wallersburg
bei Bonn)

Chef des Stabes: Generalmajor Friedrich Wilhelm
v o n C h a p p i u s
(1942 verstorben)

I a: Oberstleutnant Hansgeorg
H i l d e b r a n d t
(geb. 15.6.96, wohnhaft in
Frankfurt (Main))

Einsatzkommando: Bezeichnung des Kommandos und
Name des Kommandoführers bis-
her nicht ermittelt

- a) 1. (leichte) Infanteriedivision
- b) 13. Infanteriedivision
- c) 29. Infanteriedivision

6.) VII. Armeekorps

General der Infanterie Eugen Ritter v.
S c h o b e r t (1941 tödlich verunglückt)

Chef des Stabes: Oberst Hermann v. W i t z l e-
b e n (geb. 19.9.92, wohnhaft
in München)

I a: Oberstleutnant Emil V o g e l
(geb. am 20.7.94, wohnhaft in
München)

Einsatzkommando: Bezeichnung des Kommandos und
Name des Kommandoführers bisher
nicht ermittelt

a) 27. Infanteriedivision

b) 68. Infanteriedivision.

C. 8. Armee

General der Infanterie Johannes v. B l a s k o w i t z
(1948 verstorben)

Chef des Stabes: Generalmajor Hans F i l b e r
(geb. 8.7.89, wohnhaft in
Frankfurt (Main))

I a: Oberstleutnant S c h i l l i n g
(1943 gefallen)

Korück 530: -

Chef der Zivil-
verwaltung: Regierungsvizepräsident v.
K r a u B h a a r

Einsatzgruppe III: Oberregierungsrat SS-Obersturm-
bannführer Dr. F i s c h e r

Polizeigruppe 3
(Ordnungspolizei)

1.) X. Armeekorps

General der Artillerie Wilhelm U l e x
(geb. am 15.7.80, wohnhaft in Bremen-Oberneuland)

Chef des Stabes: Oberst Gerhard K ö r n e r
(1941 verstorben)

I a: Oberstleutnant Richard Hein-
rich v. R e u B (1942 gefallen)

Einsatzkommando
1/III: Regierungsrat SS-Sturm-
bannführer
Dr. S c h a r p w i n k e l
(siehe Namens- und Anschriften-
liste)

a) 24. Infanteriedivision

b) 30. Infanteriedivision.

2.) XIII. Armeekorps

General der Kavallerie Maximilian v.
W e i c h s (verstorben 1954)

Chef des Stabes: Oberst Wilhelm S t e m-
m e r m a n n (gefallen 1944)

I a: Oberstleutnant Rudolf H o f-
m a n n (geb. 4.9.95, wohn-
haft in Karlsruhe)

Einsatzkommando
2/III:

Regierungsrat SS-Sturmbann-
führer Dr. L i p h a r d t
(siehe Namens- und Anschrif-
tenliste)

a) 10. Infanteriedivision

b) 30. Infanteriedivision

3.) Grenzschutzkommando 13

Generalleutnant Max v. S c h e n c k e n -
d o r f f (1943 verstorben)

Chef des Stabes: Generalmajor Justin von
O b e r n i t z (1956 ver-
storben)

I a: Hauptmann Erich D e t h l e f f
s o n (geb. 2.8.04, wohnhaft
in Frankfurt (Main))

4.) Grenzschutzkommando 14

General der Kavallerie Ludwig v. G i e n a n t h,
(geb. am 6.12.76, wohnhaft in Heidelberg)

Chef des Stabes: Oberst Edwin Graf v.
Rothkirch und Trach
(geb. 1.11.88, wohnhaft in
Oberurff)

D. Heeresgruppenreserven

a) 62. Infanteriedivision

b) 221. Infanteriedivision

c) 239. Infanteriedivision

d) 213. Infanteriedivision.

II. Heeresgruppe Nord

Generaloberst Fedor von B o c k (1945 gefallen)

Chef des Stabes: Generalmajor Hans v. S a l -
m u t h (geb. 29.11.88, wohn-
haft in Wiesbaden)

I a: Oberst Wilhelm H a s s e
(1945 verstorben)

A. 4. Armee

General der Artillerie Günther v. K l u g e
(1944 verstorben)

Chef des Stabes: Generalmajor Kurt B r e n -
n e c k e (geb. 16.12.91,
wohnhaft in Bonn)

I a: Oberstleutnant Rudolf W u t h -
m a n n (geb. 26.8.93, wohnhaft
in Minden/Westf.)

Korück 560: Generalleutnant Curt von
K r e n z k i (geb. 18.2.38,
wohnhaft in Hildesheim)

Chef der Zivil-
verwaltung: Polizeipräsident SS-Oberführer
H e r m a n n

Einsatzgruppe IV: SS-Brigadeführer Lothar
B e u t e l (siehe Anschriften-
liste)

Polizeigruppe V
(Ordnungspolizei)

1.) II. Armeekorps

General der Infanterie Adolf S t r a u ß
(geb. 6.9.1899, wohnhaft in Lübeck)

Chef des Stabes: Generalmajor Bruno B i e l e r
(geb. 18.6.88, wohnhaft in
Dorfmark/Hannover)

I a: Oberstleutnant Hermann B ö h m e
(geb. 29.11.96, wohnhaft in
München)

a) 3. Infanteriedivision

b) 32. Infanteriedivision

2.) III. Armeekorps

General der Artillerie Curt H a a s e
(1943 verstorben)

Chef des Stabes: Generalmajor Curt G a l l e n-
k a m p (geb. 17.2.1890,
wohnhaft in Süstringen)

I a: Oberstleutnant Ernst Felix
F a e c k e n s t e d t
(geb. 17.12.96, wohnhaft in
Höxter)

Einsatzkommando 1/IV: Regierungsrat SS-Sturm-
führer H a m m e r

- a) 50. Infanteriedivision
- b) Brigade "Netze".

3.) XIX. Armeekorps

General der Panzertruppen Heinz G u d e r i a n
(1953 verstorben)

Chef des Stabes: Oberst Walter N e h r i n g
(geb. 15.8.92, wohnhaft in
Düsseldorf)

I a: Oberstleutnant v.d. B u r g

Einsatzkommando 2/IV: Regierungsrat SS-Sturm-
führer Dr. B i s c h o f f
(siehe Anschriftenliste)

- a) 3. Panzerdivision
- b) 2. mot. Division
- c) 23. mot. Division.

4.) Grenzschutzkommando 1

General Leonhard K a u p i s c h
(1945 verstorben)

5.) Grenzschutzkommando 2

Generalleutnant Fritz B ü c h s
(geb. 9.3.85, wohnhaft in Dortmund)

6.) Grenzschutzkommando 12

Generalleutnant Hermann M e t z
(geb. 9.6.78, wohnhaft in Berlin)

7.) Selbständig operierende Divisionen

- a) 73. Infanteriedivision
- b) 207. Infanteriedivision.

8.) Armeereserven

- a) 23. Infanteriedivision
- b) 218. Infanteriedivision
- c) 268. Infanteriedivision
- d) 10. Panzerdivision.

B. 3. Armee

General der Artillerie Georg K ü c h l e r,
(geb. am 30.5.81, wohnhaft in Garmisch)

Chef des Stabes: Generalmajor v. B r e c k m a n n

I a: Oberstleutnant Herbert
W a g n e r (geb. am 19.1.96,
wohnhaft in Stuttgart)

Korück 501: Generalmajor Günther v.
N i e b e l s c h ü t z
(1945 verstorben)

Chef der Zivil-
verwaltung: SS-Oberführer J o h s t

Einsatzgruppe V: SS-Brigadeführer Ernst
D a m z o g (verstorben)

Polizeigruppe Eberhard;
(Ordnungspolizei)

1.) I. Armeekorps

Generalleutnant Walter P e t z e l
(geb. 28.12.83, wohnhaft in Hameln)

Chef des Stabes: Oberst Walter W e i ß
(geb. 5.9.90, wohnhaft in
Aschaffenburg)

I a: Oberstleutnant Wolfgang
B u c h e r (1944 gefallen)

Einsatzkommando: Bezeichnung des Kommandos und
Name des Kommandoführers bisher
nicht ermittelt.

- a) 11. Infanteriedivision
- b) 61. Infanteriedivision
- c) Panzerverband Ostpreußen.

2.) XXI. Armeekorps

Generalleutnant Nikolaus v. F a l k e n h o r s t
(geb. 17.1.85, wohnhaft in Detmold)

Chef des Stabes: Oberst Erich B u s c h e n -
h a g e n (geb. 8.12.95,
wohnhaft in Oberstdorf)

I a: Oberstleutnant Eberhard v.
K u r o w s k i (geb. 10.9.95,
wohnhaft in Hannover

Einsatzkommando: Bezeichnung des Kommandos und
Name des Einsatzkommandoführers
bisher nicht ermittelt

- a) 21. Infanteriedivision
- b) 228. Infanteriedivision.

3.) Korps "Wodrig" (XXVI. Armee Korps)

Generalleutnant Albert W o d r i g
(geb. 16.7.83, wohnhaft in Essen-Stadtwald)

Chef des Stabes: Generalmajor Hans B o e c k h-
B e h r e n s (verstorben 1955)

I a: bisher nicht ermittelt

Einsatzkommando: Bezeichnung des Kommandos und
Name des Kommandoführers bis-
her nicht ermittelt

- a) 1. Infanteriedivision
- b) 12. Infanteriedivision.

4.) 1. Kavalleriebrigade

Einzelheiten bisher nicht ermittelt

5.) Armeereserven

- a) 206. Infanteriedivision
- b) 217. Infanteriedivision.

Doc. M A R - 1511

Abschrift von Ablichtung

A. O. K. 10
O. Qu. (Qu.2) Nr.121/39 geh.

Oppeln, den 1. September 1939

G E H E I M

Besondere Anordnungen
für die
Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei.

Die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf unmittelbare Zusammenarbeit mit den in vorderer Linie eingesetzten Gen.Kdos. angewiesen.

Ihr Aufgabengebiet wird gegenüber der Geheimen Feldpolizei, mit der sie stets in enger Fühlung bleibt, wie folgt abgegrenzt:

Geheime Feldpolizei: Abwehr im Bereiche der fechtenden Truppe und an den Standorten der Stäbe.

Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei: Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente in Feindesland rückwärts der fechtenden Truppe.

Die Einsatzkommandos folgen hierzu der fechtenden Truppe dichtauf und sind berechtigt notfalls unmittelbare Verbindung mit den Kdeuren aller den Gen.Kdos. unterstehenden Einheiten (bis einschl. Führern selbständiger Bataillone) aufzunehmen.

Sämtliche Truppenteile (einschl. Ordnungsdienste) sind verpflichtet Anforderungen der Einsatzkommandos, sobald es die taktische Lage erlaubt, weitgehendst nachzukommen.

Die Einsatzkommandos sind berechtigt im Armeebereich das militärische Fernsprechnet in Anspruch zu nehmen (Verbindung zur Einsatzgruppe über Vermittlung A.O.K. 10: Ruf-Nr. Oppeln 3360) und bei allen militärischen Tankstellen gegen Ausweis des A.O.K. Betriebsstoff zu empfangen.

Für die Verpflegung, ärztliche Versorgung u. Instandsetzung ihrer Kraftfahrzeuge sind sie durch die Gen.Kdos. auf Einrichtungen der Truppe anzuweisen.

Die Führer der Einsatzkommandos bzw. Kommissariate haben Weisung im Laufe des 2.9.39 Verbindung mit den Gen.Kdos. vorderer Linie aufzunehmen.

Die Bearbeitung aller Spionage - u. Sabotagefälle (Landesverrat) erfolgt nach Weisung des Ic/A.O. der Armee, zu dem die Einsatzgruppe einen Verbindungsbeamten kommandiert.

Verteiler B mit:

Oberbaustab 11	=	1
" 12	=	1
Abschn. Baustab 31	=	1
Kat.rückw.Armeegebiet	=	6
Feldgend.Abt. 541	=	1
" " 571	=	1
" " 683	=	1
Armeenachsch.Fhr.	=	1
Einsatzgruppe der Sipo.	=	2
Ic / A.O.	=	10
Reserve	=	30
		<hr/>
		55

Für das Armee-Oberkommando 10
Der Oberquartiermeister
(gez.) Kretschmer

N O K W 1006

Abschrift von Ablichtung

"Berlin Nr. 189 617, 3.9.39, 1930 an Stapo.
An SS-Obergruppenführer Udo von Wyrach, z.Zt. Pol.Präsi-
dium Gleiwitz.

- 1.) Mit sofortiger Wirkung setze ich Sie als Sonderbefehls-
haber der Polizei ein.
- 2.) Ihre Aufgabe ist die radikale Niederwerfung des auf-
flammenden Polenaufstandes in neu besetzten Teilen
Oberschlesiens mit allen zur Verfügung stehenden Mit-
teln.
- 3.) Als polizeiliche Einsatzkräfte stehen Ihnen zur
Verfügung:
 - a) Von der Ordnungspolizei:
4 Batl. unter Führung des Oberst der Sicherheits-
polizei Dr. Wolfstieg als Kommandeur der Ordnungs-
polizei mit seinem Stab.
 - b) Von der Sicherheitspolizei:
1 Sonderkommando in Stärke von 350 Mann unter
Führung des SS-Oberführers Dr. R a s c h als
Befehlshaber der Sicherheitspolizei mit seinem
Stab.
- 4.) Sie unterstehen im Rahmen Ihrer Aufgabe dem Befehls-
haber des VIII. Armeekorps bei dem Sie sich schnell-
stens zu melden haben.
- 5.) Ich ersuche Sie, hervorragend mit den Dienststellen
der Wehrmacht, dem C.d.Z. dieser Armee und den dieser
Armee zugeteilten Kommandos der Sicherheits- und Ord-
nungspolizei zusammenzuarbeiten.

6.) Letztere haben die Weisung, Ihnen jede Unterstützung zuteil werden zu lassen und Ihnen notfalls weitere Kräfte auf Anforderung zur Verfügung zu stellen. Die Befehls- und Organisationsverhältnisse dieser Einsatzgruppen werden durch Ihre Einsätze nicht berührt.

7.) Ihr Kommandositz ist zunächst das Polizeipräsidium Gleiwitz.

Ich ersuche Sie, zunächst dreistündlich über besondere Ereignisse und Maßnahmen zu berichten. Meldezentrale hierfür ist die Dienststelle des Chefs der Sicherheitspolizei, Berlin, Geheimes Staatspolizeiamt. Sie ist für die Weiterleitung an mich bzw. den von mir eingesetzten Vertreter verantwortlich.

OKW und OKH sind unterrichtet.

Der RF-SS und Ch.d.Dt.Pol. im RMdJ.

gez. Himmler

Quitt. Vor. 7

1 RR für Gestapo Berlin Nr. 189617
3.9.39 1945 Stapo Gleiwitz/1 "Winkel".

Der Chef der Sicherheitspolizei

Berlin, den 4. September 1939

S-V 1 - S - 55/39

28/9

A b s c h r i f t

Fernschreiben

Staatspolizeiamt	
- 6. SEP. 1939 N	

Betrifft: Unternehmen Tannenberg - hier: die Bezeichnung der Einsatzgruppen.

Da die Namen der früheren Sammelplätze zur Bezeichnung der sicherheitspolizeilichen Einsatzgruppen nicht mehr geeignet sind, sind von jetzt an die folgenden Bezeichnungen zu verwenden:

Die frühere Einsatzgruppe Wien wird als Einsatzgruppe I bezeichnet;

die frühere Einsatzgruppe Oppeln wird als Einsatzgruppe II bezeichnet;

die frühere Einsatzgruppe Breslau wird als Einsatzgruppe III bezeichnet;

die frühere Einsatzgruppe Dramburg wird als Einsatzgruppe IV bezeichnet;

die frühere Einsatzgruppe Allenstein wird als Einsatzgruppe V bezeichnet;

die neu gebildete Einsatzgruppe unter Führung des $\frac{1}{2}$ -Oberführers Oberregierungsrats Dr. Rasch wird als Einsatzgruppe z.b.V. bezeichnet.

An die Chefs der sicherheitspolizeilichen Einsatzgruppen.

Abschrift

an

- a) das SD-Hauptamt,
- b) die Referate des Hauptamtes Sicherheitspolizei, des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Reichskriminalpolizeiamtes.

In Vertretung:

gez. D r . B e s t .

Beglaubigt:

Kager
Vollangestellte.

BG



1110

216

Abschrift
Original im Bundesarchiv

Berlin, den 4. Sept. 1939

Der Chef der Sicherheitspolizei
S-V 1 - S - 55/39

A b s c h r i f t

Fernschreiben

Betrifft: Unternehmen Tannenberg - hier: die Bezeichnung der Einsatzgruppen.

- - - - -

Da die Namen der früheren Sammelplätze zur Bezeichnung der sicherheitspolizeilichen Einsatzgruppen nicht mehr geeignet sind, sind von jetzt an die folgenden Bezeichnungen zu verwenden:

- Die frühere Einsatzgruppe Wien wird als
 Einsatzgruppe I bezeichnet;
- die frühere Einsatzgruppe Oppeln wird als
 Einsatzgruppe II bezeichnet;
- die frühere Einsatzgruppe Breslau wird als
 Einsatzgruppe III bezeichnet;
- die frühere Einsatzgruppe Dramburg wird als
 Einsatzgruppe IV bezeichnet;
- die frühere Einsatzgruppe Allenstein wird als
 Einsatzgruppe V bezeichnet;

die neu gebildete Einsatzgruppe unter Führung des SS-Oberführers Oberregierungsrats Dr. Rasch wird als Einsatzgruppe z.b.V. bezeichnet,

An die Chefs der sicherheitspolizeilichen Einsatzgruppen.

=====

Abschrift

an

- a) das SD-Hauptamt,
- b) die Referate des Hauptamtes Sicherheitspolizei, des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Reichskriminalpolizeiamtes.

In Vertretung:
 gez. Dr. B e s t.

(L.S.)

Beglaubigt:
 gez. Hagen
 Kanzleiangestellte

Bg

Bia-113-

Doc. WB 3139

Auszugsweise Abschrift von Ablichtung

Armeeoberkommando 8

A.H.Qu. Bieradz, den 9.9.39

O. Qu.

- 1 Anlage -

Besondere Anordnungen Nr. 16

für die Versorgung der 8. Armee.

1.) - 5.)

6.) Ordnungsdienste:

a) Dem Kdt.d.rückw.A.Geb. sind unterstellt die neu eingetroffenen Verbände

aa) III/Pol.Btl.(Dresden), Oberstlt. der Schupo, Franz,
Adj.: Oblt.Krausmann

bb) Landeschützen-Rgt. 11, Oberst Buchrucker,
Rgt.-Stab u. 2. Btl.

Diese Verbände sind auf der Vormarschstrasse des XIII.A.K. Richtung Lodz in Marsch gesetzt.

b) Einsatzgruppe 3 der Sipo, SS-Sturmbannführer
Dr. Fischer.

Stab Einsatzgruppe
Einsatzkommando 1 Scharpwinkel } am 10.9.39 in Lodz.
Einsatzkommando 2 Lipphardt }

Aufgabe: Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente rückw. der fechtenden Truppe. Insbesondere Spionageabwehr, Festnahme von politisch unzuverlässigen Personen, Beschlagnahme von Waffen, Sicherstellung von abwehrpolizeilich wichtigen Unterlagen usw., Unterstützung der Ortskdtrn. bei der Erfassung von Flüchtlingen und Wehrpflichtigen.

.....
.....

2.) Behandlung von Freischärlern und Geiseln:

(1) Über die Behandlung von Freischärlern bestehen bei der Truppe nach den gewonnenen Eindrücken noch Zweifel. Zu deren Behebung wird unter entsprechender Änderung von Ziff. 1.) a) der "Bes.Anordn. Nr. 11" vom 4.9.39 auf folgende Gesichtspunkte hingewiesen: Freischärler dürfen ohne weiteres nur während einer Kampfhandlung erschossen werden. Nach beendetem Kampfe festgenommene Freischärler sind dem nächst erreichbaren Kriegsgericht zur Aburteilung zuzuführen. Ist ein Kriegsgerichtsrat nicht sofort erreichbar, dann sind sie dem nächsten Kommandeur eines Regiments oder einem mit derselben Disziplinarstrafgewalt versehenen militärischen Befehlshaber vorzuführen. Diese können sofort ein Feldkriegsgericht unter Leitung eines Offiziers berufen, der mindestens im Hauptmannsrange stehen muß. Von den beiden Beisitzern muß einer Offizier sein, der andere kann dem Mannschaftsstande angehören. Die Anklage muß von einem Offizier vertreten werden. Der angeklagte Freischärler ist kurz zur Anklage zu hören, und zum letzten Wort zuzulassen. Das Urteil, das bei der Verurteilung nur auf Todesstrafe lauten kann, muß mit Stimmenmehrheit erzielt, schriftlich abgefaßt und mit kurzer Begründung versehen werden. Die Vollstreckung des Urteils ist erst zulässig, wenn es vom Oberbefehlshaber der Armee bestätigt worden ist.

(2) Das Geiselnahmen ist statthaft, wenn die Sicherheit der Truppe sonst nicht gewährleistet ist. Geiseln dürfen nur auf Befehl eines Rgts.--, selbständigen Btl.-Kdrs. oder eines gleichgestellten Kommandeurs festgenommen werden. Über Erschießen und Freilassen von Geiseln können nur Vorgesetzte, mindestens in der Stellung eines Div.Kdrs., entscheiden. . .

.....

B_{1a}-114-

Doc. M A R 1512

Auszugsweise Abschrift von Ablichtung.

Armeeoberkommando 14
O.Qu.Nr. 1614/39 off.

Bochnia, den 12.9.1939.

Besondere Anordnungen Nr. 14.

1.)

2.) Industriegebiet in Ostoberschlesien.

a) Ab 13.9. 00,00 Uhr geht die Befugnis zur Ausübung vollziehender Gewalt in Ostoberschlesien vom Oberbefehlshaber der 14. Armee auf den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd über. Damit scheidet Ostoberschlesien aus dem Armeegebiet der 14. Armee aus.

b) Zu Ostoberschlesien gehören: Die Landkreise Rybnik-Pleß-Kattowitz-Tarnowitz-Lublinitz - und den Teilendes Landkreises Bendzin, sowie die Städte Kattowitz-Königshütte (Cherzow). Den Verlauf der Grenzen im Landkreis Bendzin bestimmt auf Vorschlag des Kommandeurs des Grenzschutzabschnittskommandos 3 der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd.

c) Die Regelung der Zollgrenzfragen und des Personenverkehrs wird durch die obersten Reichsbehörden im Benehmen mit O K H geregelt.

d) Die zivile Verwaltung leitet der Präsident Fitzner als Außenstelle und Sonderbeauftragter des C.d.Z. der Heeresgruppe Süd.

3.)

4.) Sonderbefehlshaber der Polizei für den Bereich der 14. Armee.

SS-Obergruppenführer v. Woyrsch wurde der 14. Armee als

Sonderbefehlshaber der Polizei zugeteilt. SS-Obergruppenführer v. Woyrsch untersteht dem Oberbefehlshaber der 14. Armee unmittelbar. Seine Stellung entspricht der des Chefs der Zivilverwaltung Feindesland. Dem Sonderbefehlshaber der Polizei untersteht ein Polizeiregiment (mot) und Kräfte der Sicherheitspolizei.

Aufgabe des Sonderbefehlshaber der Polizei: Vor allem Niederkämpfung und Entwaffnung polnischer Banden, Exekutionen, Verhaftungen in unmittelbarer Zusammenarbeit mit dem Chef der Zivilverwaltung in Krakau und den Kommandanten des rückwärtigen Armeegebiets.

Bereich: Rückwärtiges Armeegebiet.

Dienstszitz: Ab 11.9.1939 Krakau.

Weisungen und Befehle für den Sonderbefehlshaber ergehen durch den Oberquartiermeister der Armee.

- 5.)
- 6.)
- 7.)
- 8.)
- 9.)
- 10.)
- 11.)
- 12.)
- 13.)
- 14.)
- 15.)
- 16.)
- 17.)
- 18.)

Für das Armeeoberkommando 14
Der Oberquartiermeister:

(gez.) Zellner
Oberst im Generalstab

Verteiler wie besondere
Anordnungen Nr. 14

Abschrift
Original im DC Berlin
Akten von Alvensleben

SS-Oberführer v. Alvensleben

Bromberg, den 17. Sept. 1939

Reichsführer!

Nachdem ich nun schon einige Tage hier unten bin, möchte ich doch etwas von mir hören lassen und insbesondere über meine Erlebnisse berichten.

Am Mittwoch früh gegen 3 Uhr kam ich in Berlin an und habe dann im Laufe des Tages mit Brigadeführer Berger alle dienstlichen Dinge durchgesprochen und mich um 17 Uhr bei General Daluege gemeldet. Ich bin dann am Donnerstag früh, nachdem ich noch am Abend mit Frau und Kindern gemütlich zusammengewesen bin, und auch Ihrer Gattin von Ihrem Wohlergehen berichtet hatte, abgefahren und zwar über Schneidemühl, Nackel, was mich besonders interessierte, da es ja die Heimat Ihrer Gattin ist, nach Bromberg, um mich dort mit General Mülverstedt in Verbindung zu setzen. Am nächsten Tag Quartier gesucht; eine sehr nette kleine Villa von einem ausgerissenen Polen eingerichtet. Ich habe dann das Gebiet aufgeteilt. Es sind im ganzen 23 Kreise, wovon 4 Kreise auf Grund der geographischen Lage von Danzig aus bearbeitet werden. Diese Kreise wiederum habe ich zu 5 Inspektionen zusammengefasst. Heute warte ich noch sehnsüchtig, dass mir Brigadeführer Berger noch einige Führer schickt, damit in jedem Kreis beim Landrat ein Führer des Selbstschutzes für den Kreis sitzt. So hoffe ich, dass im Laufe einer weiteren Woche fast überall Selbstschutz aufgestellt ist. Dies ist umso wichtiger, als jetzt der Strom der polnischen Rückwanderer verstärkt eingesetzt hat und die größten Halunken nach und nach in die Ortschaften zurückkehren und dort wieder von neuem, insbesondere in den Dörfern, wo nur vereinzelte Deutsche leben, dieselben bedrohen.

Die Arbeit macht, Reichsführer, wie Sie sich das ja denken können, eine riesige Freude und ist einerseits dankbarer wie im Sudetenland, da man unendlich viel Unglück wenigstens etwas lindern kann. Andererseits ist es, SS-mässig gesehen, sehr schlecht. Einmal ist dies rassistisch bedingt, andererseits ist gut ein Drittel aller Deutschen getötet. Sie sind nicht erschossen, sondern im wahrsten Sinne des Wortes geschlachtet. Die Brutalität und Gemeinheit der Handlungen ist nur auf Grund der minderwertigen Rasse möglich. Hochschwangeren Frauen wurden mit dem Bajonett die Leiber aufgeschnitten, andere wieder an Scheunentore angenagelt, gevierteilt usw. Dann mussten die Angehörigen sehr oft bei diesen Ermordungen zusehen. Gestern war ich im Kreise Schuppin; dort ist in der Stadt die Müllerstochter Elfriede Hartwig irrsinnig geworden, weil sie das mit erleben musste. In jedes Dorf, Reichsführer, in das man kommt, findet man bei den deutschen Bauern ein solch furchtbares Leid, dass man wirklich hier die letzte Härte erhält.

Leider wird nicht so durchgegriffen, wie es nötig wäre und zwar liegt das an den sogenannten Kriegsgerichten und an den Ortskommandanten der Wehrmacht, die Reserveoffiziere und auf Grund ihrer bürgerlichen Berufe zu schwach sind. Brigadeführer Beutel und auch SS-Obersturmbannführer Meisinger, die hier sehr gut gewirkt haben, mussten mit der IV. Armee abrücken und zwar in ein Gebiet, in dem es so gut wie keine Volksdeutschen gibt. General Mülverstedt ist hier geblieben, während man sein Bataillon auch mitgenommen hat.

Die Landwirtschaft liegt restlos brach. Die Deutschen sind, wie ich ja schon sagte, entweder erschlagen oder verschleppt; im übrigen ist ihnen das gesamte Inventar ge-

- 160 -

(- 3 -)

stohlen und ihnen ihre Einrichtungen zerschlagen.

Ich hoffe, dass es Ihnen, Reichsführer, gut geht und
bitte um Grüsse an Gruppenführer Wolff.

Ich bin mit den gehorsamsten Grüssen und

H e i l H i t l e r!
Reichsführer treuer und ergebener

(gez.)Alvensleben

-161-

908

WB-2754 (3)

Kdt. rückw. A. Geb. 581
Qu. Nr. 14/39

24/9 O.B.

Armeekorps		
Stab Nr. 5227		
Wloclawek, den 25. 9. 1939		
Chef: <i>B</i>		
Eingeg. 26. 9. 1939		
Beauf. von	Post. Nr.	St. Nr.
A. O. K. 8	<i>7</i>	<i>687</i>
<i>IC</i>	<i>L. O. d.</i>	

An

Kriegsm. Am 22

Im Anschluß an meine Meldung vom 24. 9. über die Aktion der SS- Standarte 2 gegen die hiesigen Juden melde ich:

Für den 24. 9. Vormittags war mit der Standarte vereinbart, daß in Wloclawek und Umgegend Durchsuchungen stattfinden, und vor allem der Wald südlich der Weichselstrecke Wloclawek- Plock durchforscht werden sollte. Stattdessen wurden, wie mir nachträglich gemeldet wurde, "gemäß einem neuen Befehl vom Führerhauptquartier, durchgegeben vom SS-Gruppenführer Eicke" zwei Sturmabteilungen nach Bromberg in Marsch gesetzt, während der noch verbleibende Sturmabteilung Ruhetag hatte.

Am 24. 9. Nachmittag sind dann 2 Synagogen in Wloclawek nebst zwei Häusern niedergebrannt. Auf Grund einer Meldung des Oberbürgermeisters an die 2. Standarte, daß die Juden die Häuser aus Rache für das Niederbrennen der Synagogen angesteckt hätten, wurden 800 Juden festgesetzt, davon 2 auf der Flucht erschossen, einer angeschossen.

Diese Aktion leitete der SS-Standartenführer Nostitz bei einbrechender Dunkelheit ein, ohne mir vorher Meldung zu erstatten. Erst nach Beginn schickte er seinen Adjutanten zu meiner Dienststelle und ließ dem mich vertretenden Quartiermeister, Oberst Wilck, erklären, er beabsichtige, sämtliche männlichen Juden in der Stadt festzusetzen. Auf den Hinweis, daß dann vielleicht 10 000 Menschen oder mehr festgenommen werden müßten, deren Inhaftierung unmöglich sei, antwortete der Adjutant, daß dann eben so viele verhaftet werden würden, wie die Gefängnisse faßten, im Übrigen würden sie ja doch totgeschossen. Der Q.M.-erwiderte, er wolle die Aktion nicht verhindern, weil die Aufhebung einer eben erst begonnenen Handlung dem Ansehen der Wehrmacht bezw. der SS Schaden würde. Er ersuchte aber, den Umfang der Aktion einzuschränken. Im Übrigen drückte er sein Bedauern darüber aus, daß er nicht vor Beginn Meldung erhalten hätte. Die Absicht, sämtliche Juden zu erschießen, wäre wohl kaum im Sinne des Führers.

Die darauf "eingeschränkte" Aktion bestand dann in der Verhaftung der genannten 800 Juden. Über das Weitere wird der nunmehr für den Bezirk Wloclawek verantwortliche Generalmajor Müller zu entscheiden haben.

Das Verhalten der SS-Standarte veranlaßt mich, jedoch zu einigen allgemeinen Bemerkungen.

Die Standarte erschien am 22. 9. in Wloclawek, ohne daß mir vorher etwas von ihrem Eintreffen gemeldet worden war. Der Führer erklärte, er habe Auftrag, den Bezirk, vor allem die Wälder um Wloclawek, durchzukämmen. Er bleibe aber nur 1-2 Tage, um dann nach Deutschland zurückzugehen. Nach Rücksprache mit dem am 23. 9. hier eingetroffenen SS-Gruppenführer Pancke blieb er dann

000335

-2- WB 2754/3

aber noch bis zum 25. 9. hier. Den von ihm selbst angegebenen und von mir bestätigten Auftrag, den Bezirk Wloclawek auszukämmen, hat er nicht ausgeführt. Er hat sich vielmehr auf Aktionen gegen die hiesigen Juden beschränkt.

Jch habe den Eindruck, daß-im Gegensatz zu dem mir Gemeldeten und mit mir Besprochenem -die Standarte von vornherein mit der Absicht hierher gekommen ist, etwas gegen die Judenschaft als Ganzes zu unternehmen. Wieweit der Standartenführer hierzu Weisungen von einer nicht militärischen Stelle erhalten hat, kann ich nicht übersehen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden und die anscheinend bereits an einzelnen Stellen zwischen SS und Heer bestehende Mißstimmung- der Standartenführer sprach wenigstens davon- nicht anwachsen zu lassen, erscheint es dringend erforderlich, vor Eintreffen von SS- Formationen mitzuteilen, für welche Aufgaben-vor allem nicht militärischer Art- sie vorgesehen sind, und welche Weisungen sie von höherer Stelle erhalten haben. Der SS-Standartenführer bestätigte zwar auf meine Frage, daß er der 8. Armee unterstellt sei, er hat sich aber - trotz und entgegen meinen Befehlen - nicht mit Aufgaben im Interesse der Armee beschäftigt, sondern mit Sonderaufgaben außerhalb des Rahmens der Armee.

Die Juden hier und überhaupt in Polen verdienen zweifellos scharfes Anfassen und Einschreiten, sobald sie sich Übergriffe erlauben. Eine solche Aktion, wie sie hier von der 2. SS-Standarte ausgeführt worden ist, erscheint jedoch unangebracht, zumal jetzt bei der außerordentlich schwachen militärischen Besetzung der hiesigen Gegend und dem Fehlen jeglicher polizeilichen Überwachung. Sie bringt zudem Unruhe und Aufregung in die Bevölkerung, die sich bisher völlig ruhig verhalten hatte. Viel richtiger erscheint mir zunächst das Ausfindigmachen von deutschfeindlichen Elementen in der polnischen und jüdischen Bevölkerung durch die dazu berufenen Organe (SS-Sicherheitsdienst und sonstige Polizeikräfte.)

Der Kommandant

Generalleutnant. *H. H.*

Abschrift

Amerika Dokumente
Film Nr. 4, Bl. 362

Kdt.rückw. A. Geb. 581
Qu. Nr. 14/39

Wloclawek, den 25.9.1939

An

A. O. K. 8

L o d z .

Im Anschluß an meine Meldung vom 24. 9. über die Aktion der SS-Standarte 2 gegen die hiesigen Juden melde ich:

Für den 24. 9. Vormittags war mit der Standarte vereinbart, daß in Wloclawek und Umgegend Durchsuchungen stattfinden, und vor allem der Wald südlich der Weichselstrecke Wloclawek-Plock durchforscht werden sollte. Stattdessen wurden, wie mir nachträglich gemeldet wurde, "gemäß einem neuen Befehl vom Führerhauptquartier, durchgegeben vom SS -Gruppenführer Eicke" zwei Sturmpanne nach Bromberg in Marsch gesetzt, während der noch verbleibende Sturmpanne Ruhetag hatte.

Am 24. 9. Nachmittag sind dann 2 Synagogen in Wloclawek nebst zwei Häusern niedergebrannt. Auf Grund einer Meldung des Oberbürgermeisters an die 2. Standarte, daß die Juden die Häuser aus Rache für das Niederbrennen der Synagogen angesteckt hätten, wurden 800 Juden festgesetzt, davon 2 auf der Flucht erschossen, einer angeschossen.

Diese Aktion leitete der SS-Standartenführer Nostitz bei einbrechender Dunkelheit ein, ohne mir vorher Meldung zu erstatten. Erst nach Beginn schickte er seinen Adjutanten zu meiner Dienststelle und ließ dem mich vertretenden Quartiermeister, Oberst Wilck, erklären, er beabsichtige, sämtliche männlichen Juden in der Stadt festzusetzen. Auf den Hinweis, daß dann vielleicht 10.000 Menschen oder mehr festgenommen werden müßten, deren Inhaftierung unmöglich sei, antwortete der Adjutant, daß dann eben so viele verhaftet werden würden, wie die Gefängnisse faßen, im Übrigen würden sie ja doch totgeschossen. Der Q.M. erwiderte, er wolle die Aktion nicht verhindern, weil die Aufhebung einer eben erst begonnenen Handlung dem Ansehen der Wehrmacht bzw. der SS schaden würde. Er versuche aber, den Umfang der Aktion einzuschränken. Im Übrigen drückte er sein Bedauern darüber aus, daß er nicht vor Beginn Meldung erhalten hätte. Die Absicht, sämtliche Juden zu erschießen, wäre wohl kaum im Sinne des Führers.

Die darauf " eingeschränkte " Aktion bestand dann in der Verhaftung der genannten 800 Juden. Über das Weitere wird der nunmehr für den Bezirk Wloclawek

verantwortliche Generalmajor Müller zu entscheiden haben.

Das Verhalten der SS-Standarte veranlaßt mich, jedoch zu einigen allgemeinen Bemerkungen.

Die Standarte erschien am 22. 9. in Wloclawek, ohne daß mir vorher etwas von ihrem Eintreffen gemeldet worden war. Der Führer erklärte, er habe Auftrag, den Bezirk, vor allem die Wäler um Wloclawek, durchzukämmen. Er bleibe aber nur 1 - 2 Tage, um dann nach Deutschland zurückzugehen. Nach Rücksprache mit dem am 23. 9. hier eingetroffenen SS-Gruppenführer Pancke blieb er dann aber noch bis zum 25. 9. hier. Den von ihm selbst angegebenen und von mir bestätigten Auftrag, den Bezirk Wloclawek auszukämmen, hat er nicht ausgeführt. Er hat sich vielmehr auf Aktionen gegen die hiesigen Juden beschränkt.

Ich habe den Eindruck, daß -im Gegensatz zu dem mir Gemeldeten und mit mir Besprochenen - die Standarte von vornherein mit der Absicht hierher gekommen ist, etwas gegen die Judenschaft als Ganzes zu unternehmen. Wieweit der Standartenführer hierzu Weisungen von einer nicht militärischen Stelle erhalten hat, kann ich nicht übersehen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden und die anscheinend bereits an einzelnen Stellen zwischen SS und Heer bestehende Mißstimmung - der Standartenführer sprach wenigstens davon - nicht anwachsen zu lassen, erscheint es dringend erforderlich, vor Eintreffen von SS-Formationen mitzuteilen, für welche Aufgaben - vor allem nicht militärischer Art - sie vorgesehen sind, und welche Weisungen sie von höherer Stelle erhalten haben. Der SS-Standartenführer bestätigte zwar auf meine Frage, daß er der 8. Armee unterstellt sei, er hat sich aber - trotz und entgegen meinen Befehlen nicht mit Aufgaben im Interesse der Armee beschäftigt, sondern mit Sonderaufgaben außerhalb des Rahmens der Armee.

Die Juden hier und überhaupt in Polen verdienen zweifellos scharfes Anfassen und Einschreiten, sobald sie sich Übergriffe erlauben. Eine solche Aktion, wie sie hier von der 2. SS-Standarte ausgeführt worden ist, erscheint jedoch unangebracht, zumal jetzt bei der außerordentlich schwachen militärischen Besetzung der hiesigen Gegend und dem Fehlen jeglicher polizeilichen Überwachung. Sie bringt zudem Unruhe und Aufregung in die Bevölkerung, die sich bisher völlig ruhig verhalten hatte. Viel wichtiger erscheint mir zunächst das Ausfindigmachen von deutschfeindlichen Elementen in der polnischen und jüdischen Bevölkerung durch die dazu berufenen Organe (SS-Sicherheitsdienst und sonstige Polizeikräfte.)

Der Kommandant
gez. Unterschrift
Generalleutnant

- 4.) Oberst Pokrowsky: "Es ist ein Bericht von Hauptmann Dr. Koch, der von ihm persönlich unterschrieben ist. Vielleicht bestätigen Sie, daß dort ganz klar er = wähnt ist, daß wegen der Brände in Kiew, für welche Koch die Zivilbevölkerung verantwortlich macht, die ganze jüdische Bevölkerung der Stadt vernichtet wurde, und zwar insgesamt 35 000 Menschen, darunter die Hälfte Frauen"?
- GenOberst Jodl: "Das ist mir wohlbekannt. Ich habe das Dokument, das ich im Dokumentenraum hier fand, als gutes Beweismittel für die Vorgänge in Kiew benutzt"
- (Aussage vor dem IMT am 7. Juni 1946, aus dem engl. Text rückübersetzt)
- 5.) "Die Erbitterung der ukrainischen Bevölkerung gegen die Juden ist ausserordentlich groß, da man ihnen die Schuld an den Sprengungen in Kiew zuschreibt. Auch sieht man in ihnen die Zuträger und Agenten des NKWD, die den Terror gegen das ukrainische Volk heraufbeschworen. Als Vergeltungsmaßnahmen für die Brandstiftungen in Kiew wurden sämtliche Juden verhaftet und am 29. und 30. September 1941 insgesamt 33 771 Juden exekutiert".
- (Bericht der Einsatzgruppe C der Sicherheitspolizei, Dok. R - 102)
- Die Erschießung erfolgte auf Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers bei der Heeresgruppe Süd, Jeckeln, im Einvernehmen mit dem Stadtkommandanten von Kiew durch Sicherheits- und Ordnungspolizei mit Unterstützung durch Dienststellen des Heeres.
- (Siehe auch Meldung Jeckeln an A.O.K.6 über eine auf Befehl des OB der 6. Armee bereits früher durchgeführte "Säuberungsaktionen").
- Vgl. weiter Befehl des Bfh. im rückw. Heeresgebiet Süd vom 16. August und Erlaß OKW vom 16. September 1941.
- 6.) "Berechtigte Sorge, daß dasselbe, was uns in Kiew passierte, sich auch in Leningrad ereignen würde, und.... die Ankündigung des sowjetischen Rundfunks, daß sich das ereignen werde", seien die Gründe für die deutschen Maßnahmen bzw. Befehle gegen Leningrad gewesen
- (Aussage GenOberst Jodl vor dem IMT am 7. Juni 1941, vgl. auch Befehl OKW - Jodl v. 7.10.1941, Dok. C-123)
- In einer "Vortragsnotiz" vom 21. September 1941 hatte Warlimont bereits die verschiedenen Möglichkeiten für die Behandlung der Stadtbevölkerung von Leningrad erörtert und gegeneinander abgewogen.
- Er sprach sich wegen der Unmöglichkeit der Ernährung der Bevölkerung gegen eine Besetzung der Stadt aus.

Bia-118-

Doc. MAR - 1513

Abschrift von Ablichtung

Der Oberbefehlshaber
der 14. Armee
=====

A.H.Qu. Rzeszow, 1.Okt.1939.

G E H E I M
=====

An die Kommandeure!

Auf Grund der wiederholten Anforderungen der fechtenden Truppe wurde ein besonderer Polizeiverband zur Säuberung des besetzten Gebietes von Baden, Freischärlern und Plünderern eingesetzt. Diese inzwischen zurückgezogenen Polizeikräfte unter dem Befehl des SS-Obergruppenführers v. Woysch haben mit rücksichtsloser Hand durchgegriffen und ihre Aufgabe im wesentlichen gelöst. Wo es dabei angeblich zu Übergriffen (unrechtmäßige Erschießungen pp.) gekommen ist, ist Nachprüfung im Gange.

Die scharfe Durchführung dieser Aktion ist häufig in übertriebener Form - auch der fechtenden Truppe bekannt geworden. Dadurch ist an vielen Stellen eine offensichtliche Mißstimmung entstanden, die sich in Äußerungen von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften gegenüber allen Persönlichkeiten, die SS-Felduniform tragen, ergeht.

Es ist nachdrücklich festzustellen, daß die in enger Zusammenarbeit mit den A.K.'s arbeitenden "Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei" an den im Zuge der genannten Aktion durchgeführten Maßnahmen bzw. etwaigen Übergriffen völlig unbeteiligt waren.

Über die im Interesse der Truppe bisher außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit dieser Einsatzkommandos, sowie über ihre Gliederung und Aufgaben sind die Ic der A.K. und Div. anlässlich einer am 30.9. beim A.O.K. stattgefundenen Besprechung eingehend unterrichtet worden.

Es wird gebeten, die unterstellten Einheiten hierüber in geeigneter Form aufzuklären. Eine weitgehende Unterstützung der Einsatzkommandos bei ihren grenz- und staatspolizeilichen Aufgaben liegt im Interesse der Truppe.

(gez.) List
Generaloberst

Abschrift
von
Abschrift

Bia-119-

A b s c h r i f t
G n a d e n e r l a s s
vom 4. Oktober 1939.

Aus Anlass der siegreichen Beendigung des uns aufgezwungenen Feldzuges in Polen bestimme ich:

§ 1

- (1) Taten, die in der Zeit vom 1. September 1939 bis zum heutigen Tage in den besetzten polnischen Gebieten aus Erbitterung wegen der von den Polen verübten Greuel begangen worden sind, werden strafgerichtlich nicht verfolgt.
- (2) Anhängige Strafverfahren wegen solcher Straftaten sind eingestellt.
- (3) Rechtskräftig erkannte Strafen sind erlassen; der Erlass erstreckt sich auch auf Nebenstrafen und gesetzliche Nebenfolgen.

§ 2

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht und der Reichsminister der Justiz werden zur Durchführung des Gnadenerlasses ermächtigt.

Berlin, den 4. Oktober 1939

Der Führer und Reichskanzler
gez. Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der
Wehrmacht
gez. Keitel

Der Reichsminister der Justiz
in Vertretung
gez. Dr. Freisler

Auszugsweise Abschrift von Ablichtung.

Armeeoberkommando 14
O. u. (Qu. I) Nr. 1070/39 g. Kdos.

Rzeszow, den 7. Oktober 1939

GEHEIME KOMMANDOSACHE!

370 Ausfertigungen.

316. Ausfertigung.

Besondere Anordnungen für die rückw. Dienste
betreffend die Neugliederung im Osten.

I. Versorgung.

1.)

II. Territoriale Unterteilung des
Militärbezirkes und Einsatz
der Ordnungsdienste.

a) Der Militärbezirk Krakau wird gegliedert in:

Oberfeldkdtur Rzeszow	Kdt.	Oberst Hewelke
" Tarnow	"	Gen.Lt. Streccius
" Myslenice	"	Gen.Lt. Renz
" Czenstochau	"	Gen.d.Kav. v. Pogrell
Kommandant von Krakau	"	Gen.Major v. Höberth.

Bereiche der Oberfeldkommandanturen und des Kdt. Krakau sowie unterstellte Einheiten siehe Anlage 3.

Anlage 3

b) Aufgaben der Oberfeldkommandanturen:

Die Aufgaben der Oberfeldkommandanten sind die eines Kommandanten des rückwärtigen Armeegebietes und zwar:

Militärische Sicherung des Gebietes einschließlich der Armeeeinrichtungen; Durchführung von Abwehrmaßnahmen nach den Weisungen des Militärbefehlshabers Krakau (Ic); Unterbringung von Truppen und Armeeeinrichtungen; Einsatz der unterstellten Ordnungsdienste; Unterhalt und Ausbau der für die Kriegsführung wichtigen Straßen, Heranziehung der Zivilbevölkerung zu Dienstleistungen mit Hilfe der zivilen Verwaltungsbehörden; Versorgung und Abschub

von Gefangenen sowie deren Einsatz zu Arbeitsleistungen; der Bahnschutz. Weitere Aufgaben werden vom Militärbefehlshaber Krakau von Fall zu Fall übertragen werden.

- c) Übersicht der Gefangenenlager im Bereich des Militärbefehlshabers Krakau siehe Anlage 4.

III.) Verwaltung.

1.) Vollziehende Gewalt:

Die Befugnis zur Ausübung vollziehender Gewalt hat der Oberbefehlshaber des Heeres übertragen:

- a) für das gesamte Operationsgebiet Ost auf den Oberbefehlshaber Ost;
- b) für den Grenzabschnitt Süd (Militärbezirk Krakau) auf den Oberbefehlshaber des Grenzabschnittes.

2.) Verwaltung:

Die gesamte Verwaltung leiten nach den Weisungen der militärischen Befehlshaber:

- a) für die Grenzabschnitte Mitte und Süd, die Militärbezirke Westpreußen und Posen sowie für Südostpreußen der Oberverwaltungschef, Reichsminister Dr. F r a n k;
- b) im Grenzabschnitt Süd (Militärbezirk Krakau) der Verwaltungschef beim Militärbefehlshaber, Reichsminister Dr. S e y s s - I n q u a r t.

3.) Organisation:

a) Kommando- und Verwaltungsstäbe:

Der Stab des Oberbefehlshabers Ost gliedert sich in den Kommandostab unter einem Chef des Generalstabes (verstärkter Stab der bisherigen Heeresgruppe Süd) und den Verwaltungsstab unter dem Oberverwaltungschef (Sitz zunächst Lodsch);

der Stab des Mil.Bef. im Grenzabschnitt Süd (Militärbezirk Krakau) gliedert sich ebenfalls in den Kommandostab unter einem Chef des Generalstabes und den Verwaltungsstab unter dem Verwaltungschef;

dem Mil.Bef. im Grenzabschnitt Süd ist zunächst für territoriale Aufgaben der Kommandostab z.B.V. (Chef d.Gen.St. Oberst i.G. K e w i s c h) zur Verfügung gestellt.

b) Polizeiliche Kräfte:

aa) Dem Oberbefehlshaber Ost (Oc/AO) ist ein Feldpolizei-Kommando unter einem Feldpolizeichef unterstellt. Er leitet die Geheime Feldpolizei im gesamten Befehlsbereich O.B.Ost.

Dem Militärbefehlshaber Krakau (Ic/AO) ist ein Feldpolizeiabschnittskommando (unter einem Feldpolizeidirektor) mit einer Anzahl Feldpolizeikommissariaten unterstellt.

Die Tätigkeit der Geheimen Feldpolizei regelt sich nach H.Dv. g 150. Dienstvorschrift für die Geh.Feldpolizei. Ihr obliegt ferner das gesamte Paßwesen.

bb) Dem Oberbefehlshaber Ost (Oberverwaltungschef) ist ein höherer SS- und Polizeiführer unterstellt, dem die im Grenzabschnitt Süd eingesetzten Kräfte der Ordnungs- und Sicherheitspolizei unterstehen.

Dem Militärbefehlshaber Krakau (Verwaltungs-
chef) sind ein Befehlshaber der Ordnungspolizei nebst 2 Polizeibtl. und eine polizeiliche Einsatzgruppe (400 Mann) mit einem Chef unterstellt.

c) Verwaltungspersonal:

Die für die Besetzung der Verwaltungsstellen der Land- und Stadtkommissare erforderlichen Beamten werden ausschließlich vom O K H (Gen. Qu) zugewiesen. Der Bedarf ist über den Oberbefehlshaber Ost anzumelden.

Zuverlässige eingessene Volksdeutsche, insbes. die bisherigen Träger des Deutschtumskampfes, sind in den Verwaltungsstäben und nachgeordneten Behördenstellen bevorzugt zu verwenden.

b) Wehrwirtschaft:

Beim Oberbefehlshaber Ost wird die Wehrwirtschaftsinspektion Oberost (W.In.Oberost) eingerichtet. Sie ist dem Oberbefehlshaber Ost als Berater und Sachbearbeiter in allen wehrwirtschaftlichen Fragen unterstellt.

Dem Mil.Bef.im Grenzabschnitt Süd (Militärbezirk Krakau) ist der Leiter der Wehrwirtschaftsstelle Krakau als Berater und Sachbearbeiter für alle wehrwirtschaftlichen Fragen unterstellt. Die Richtlinien für die Bearbeitung rüstungswirtschaftlicher Fragen erhält er von der W.In.Oberost unmittelbar.

4.) Land- und Stadtkommissare:

Die z.Zt. im Grenzabschnitt Süd (Militärbezirk Krakau) eingesetzten Land- und Stadtkommissare sowie ihren Amtsbereich, siehe Anlage 5.

Anl.5

5.) Arbeitsämter:

.....

Anl.6

6.) Richtlinien für Verwaltung und Wirtschaft:

.....

Anl.7

Für das Armeeoberkommando 14:
Der Oberquartiermeister.

(gez.) Zellner
Oberst im Generalstab

B_Ia-121-

Auszug aus der Broschüre "War Crimes in Poland, Genocide 1939 - 1945" von Szymon Datner, Janusz Gumkowski und Kazimierz Leszczynski, erschienen bei Wydawnictwo Zachodnie, Warszawa - Posnan im Mai 1962:

"Magistrat Neuenburg/Westpr. Neuenburg, den 21. Okt. 1939

An den

Herrn Ortskommandanten Major Steifensand

Abschnitt Baustab 5

N e u e n b u r g .

Der Führer des Selbstschutzes Neuenburg, Herr W e b e r erschien heute früh auf dem Magistrat und machte nachstehende Meldung:

Am 20. Oktober, 24.⁰⁰ Uhr, erhielt er durch Sonderkurier von dem Bezirksführer des Selbstschutzes, K e r b e r, Sanzkau, nachstehenden Befehl:

An die Ortsführer des Bezirkes II

Auf Befehl des Sturmbannführers ist morgen, den 21. frühmorgens, die gesamte polnische Intelligenz, also Ärzte, Lehrer, Geistliche, Rechtsanwälte, Gutsbesitzer, ehemalige Offiziere sowie ehemalige Beamte zu verhaften und an das zuständige Amtsgerichtsgefängnis abzuliefern mit der Angabe, dass die Inhaftierung auf Weisung der Staatspolizei erfolgt. Weisung über das Verbringen der Inhaftierten erfolgt später. Erste Vollzugsmeldung bis spätestens morgen einhalb elf Uhr mittags durch Sonderkurier.

(gez.) G. Kerber

Aufgrund dieses Befehls wurden in der Stadt Neuenburg heute Nacht 13 Personen verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Neuenburg, den 21. Oktober 1939
Der Komm. Bürgermeister
(gez.) Unterschrift

(Das Originaldokument befindet sich im Archiv der Zentralkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen (Warschau).

u d p i s

Protokół oględzin

z dnia 23.VII.1947

Tom V K. 1206

Magistrat Neuenburg wpr.

Neuenburg, den 21. Okt

an

den herrn Ortskommandanten Major Steifensand
Abschn. Baustab 5

Neuenburg

Der Führer des Selbstschutzes Neuenburg, Herr Weber erschien heute früh auf dem Magistrat und machte nachstehende Meldung.

Am 20. Oktober, 24 Uhr erhielt ich durch Sonderkurier von dem Bezirksführer des Selbstschutzes G. Kerber, Sanskau nachstehenden Befehl:

An die Ortsführer des Bezirkes II.

Auf Befehl des Sturmbannführers sind morgen den 21. früh morgens die gesamte polnische Intelligenz, also Ärzte, Lehrer, Geistliche, Rechtsanwälte, Gutsbesitzer, ehem. Offiziere sowie ehem. Beamte zu verhaften und an das zuständige Gerichtsgefängnis abzuliefern, mit der Angabe, dass die Inhaftierung auf Weisung der Staatspolizei erfolgt. Weisung über das Verbringen der Inhaftierten erfolgt später. Erste Vollzugsmeldung bis spätestens morgen, einhalb elf Uhr mittags durch Sonderkurier an mich.

Der Bezirksführer
gez. G. Kerber

Auf Grund dieses Befehles wurden in der Stadt Neuenburg heute Nacht 13 Personen verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis überführt.

Neuenburg, den 21. Oktober 1939

Der kom. Bürgermeister

Zgodność z przepisami polskimi
świadczonego w tym celu

Nowe Miasto, dnia 6 marca 1947 r



[Handwritten signature]
Burmistrz.

750

A u s z ü g e

aus den Wochen-Lageberichten des EK 16 (Stapo) in Bromberg an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Danzig (Ablichtung bei ZStL.).

Lagebericht vom 24. 10. 1939.

". . . In der Nacht vom 18. zum 19. Oktober wurde die bereits angekündigte Aktion gegen die Mitglieder des Westmarken-Verbandes durchgeführt. Zur Verfügung standen außer den hiesigen Beamten 3 Hundertschaften Selbstschutz. Es wurden von den 280 Mitgliedern des Westmarken-Verbandes in Bromberg bei dieser Festnahmewelle 91 Personen festgenommen, darunter 21 Frauen. Es handelt sich fast ausschließlich um Vertreter der polnischen Intelligenz, die jetzt von der Flucht zurückgekehrt sind und glaubten, unbehelligt zu bleiben. Das Ergebnis dieser Aktion kann, da ein Grossteil der Westmarken-Verband-Mitglieder geflüchtet bzw. bereits erschossen ist, als äusserst günstig angesehen werden.

In den frühen Morgenstunden des 20. Oktober wurde zusammen mit einer Abteilung Luft-Nachrichten-Truppe und hiesiger Ordnungspolizei planmässig die Kujawierstrasse in Bromberg mit den dazugehörigen Nebenstrassen durchsucht und nach verdächtigen Elementen durchkämmt. Die Kujawierstrasse ist etwa 3 km lang und wird fast ausschliesslich von polnischen Arbeitern bewohnt. 1.196 männliche Personen sind bei dieser Festnahmeaktion festgenommen worden. Sie wurden bis auf 27 Männer, die auf Grund der geheimen Fahndungsliste und der hier angelegten Suchkartei sowie auf Angaben Volksdeutscher ermittelt und festgenommen werden konnten, nach Überprüfung entlassen. Es sind dann bei den Durchsuchungen 2.300.-- Zl., 150.95 RM sowie 25 amerikanische Dollar beschlagnahmt worden,

ausserdem 12 Rundfunkgeräte. Die Geldbeträge werden auf das sog. Wiedergutmachungskonto der Stadt Bromberg zu Gunsten der hiesigen Volksdeutschen eingezahlt werden.

Auch die zusammen mit dem Selbstschutz durchgeführte Aktion gegen die polnischen Lehrer brachte einen vollen Erfolg. In Bromberg-Stadt wurden allein 195 polnische Lehrer festgenommen, die nach den Gesichtspunkten

- a) Pommereller,
- b) Kongresspolen,
- c) Hasser und Hetzer gegen das Deutschtum - sowie
- d) Angehörige der polnischen Verbände, insbesondere Westmarken-Verband,

behandelt wurden. Die Grundlage zur Überprüfung dieser Polen bilden an erster Stelle die Personalakten, soweit sie noch vorhanden sind, an zweiter Stelle die persönliche Kenntnis der hier tätigen volksdeutschen Lehrer. Es ist beabsichtigt, die Brauchbaren der zu a) Genannten mit Rücksicht auf den jetzt eingetretenen Lehrermangel wieder einzustellen, die zu b) Genannten in den Reichsghetto abzuschieben, sofern nichts gegen sie vorliegt, und die radikalen polnischen Elemente der zu c) und d) Genannten zu liquidieren. Diese beabsichtigte Massnahme sowie alles bisher zurzeit der Stapo Geschehene fand volle Billigung des RF SS, dem ich am 20. ds. abends im "Danziger Hof", hier, Vortrag halten durfte. Bei der Gelegenheit ordnete der RF SS an, dass von Bromberg aus sämtliche Abschiebungen nach Radom zu erfolgen haben.

. . . .
Das Zusammenarbeiten mit den anderen Behörden hat jetzt erfreulicherweise keinerlei Anlass zu Klagen

gegeben. Auch mit dem Selbstschutz scheint nunmehr ein erspriessliches Zusammenwirken gewährleistet zu sein, da Oberführer von Alvensleben planlos und eigenmächtig durchgeführte Handlungen in keiner Weise bei seinem Selbstschutz duldet.

gez. L ö l g e n "

Lagebericht vom 4. 11. 1939

"

Die gegen die polnische Intelligenz eingeleitete Aktion ist so gut wie abgeschlossen. Durch entsprechend eingeleitete Fahndungsmassnahmen ist gewährleistet, dass zum Kreise der polnischen Intelligenz zählende Flüchtlinge bei ihrer Rückkehr festgenommen werden können. Von der polnischen Intelligenz (Lehrern, Angehörigen des Westverbandes) und als Deutschenhasser und -Hetzern gegen das Deutschtum hervorgetretenen Personen sind 250 im Laufe der letzten Woche liquidiert worden.

.

Von den durch die Geheime Staatspolizei internierten Personen wurden 200 Kongresspolen in die Gegend von Radom abgeschoben.

Das in der Artillerie-Kaserne in Bromberg eingerichtet gewesene Internierungslager mußte am 1. November 1939 geräumt werden, da die Kaserne zur Unterbringung der für die Garnison Bromberg bestimmten Truppen von der Wehrmacht beansprucht wurde. Die noch verbundenen internierten Personen sind in Baracken in Jagdschutz untergebracht worden. Bei der plötzlich mit kürzester Frist notwendig gewesenen Räumung der Artillerie-Kaserne zeigten die verantwortlichen Wehrmachtsstellen gegenüber der Staatspolizei wenig Entgegenkommen.

. "

Lagebericht vom 10. 11. 1939.

" . . .

Unbeschadet dessen wurden die staatspolizeilichen Aufgaben im Bereich des Einsatzkommandos 16 -Abtlg. Bromberg - weiter erledigt. Insbesondere werden die Aktionen gegen gesuchte Personen weiter durchgeführt. So fand am 8. November 1939 eine Überholung des Stadtteiles Thornerstrasse und deren Nebenstrassen statt. An der Aktion waren die Schutzpolizei und Angehörige des Selbstschutzes Bromberg beteiligt. Die äussere Absperrung des zu durchsuchenden Stadtteiles wurde von der Luft-Nachrichtentruppe, die innere Absperrung durch 45 Angehörige des NSKK übernommen. Bei dieser Aktion wurden 1.486 Personen zur Überprüfung sistiert. Hierbei wurden 10 Personen auf Grund von Suchvermerken angehalten. 2 Personen, die als Mit-täter am Bromberg Blutsonntag Volksdeutsche bewacht und ihre Erschiessung gefordert hatten, wurden wiedererkannt und ebenfalls festgenommen.

Für diese Aktion glaubte die Ordnungspolizei, die für Durchsuchungen stark miteingesetzt war, verantwortlich zeichnen zu müssen. In einer von mir anbe-raumten Besprechung habe ich die Ordnungspolizei da-von überzeugt, dass die Auffassung unzutreffend ist und die Verantwortung für derartige Aktionen bei der Sicherheitspolizei liegt, die derartige Aktionen auch anregt und einleitet. Auf gute kameradschaftliche Zu-sammenarbeit, die auch besteht, wurde besonders hin-gewiesen.

. . . .

In der Berichtswoche wurden 1.186 Kriegsgefangene, die nach Bromberg zur Entlassung kamen, überprüft. Unter ihnen befanden sich 2 Offiziere und 3 Lehrer. Diese wurden festgehalten und dem Internierungslager

zugeführt. An 340 Personen, die teilweise ausgewiesen wurden bzw. freiwillig abwandern, wurden Passierscheine ausgestellt. Ferner wurden in der Berichtswoche 740 Angestellte und Arbeiter Bromberger Betriebe überprüft. Dabei wurden 3 Personen auf Grund von Suchvermerken in Haft genommen. Weiter wurden 57 Anzeigen aufgenommen und 3 Täter auf Grund dieser Anzeigen festgenommen.

Das Internierungslager in Jagdschütz war am 3.11.1939 mit 308 Personen belegt. Am genannten Tage wurden 193 Personen (178 Männer und 15 Frauen) nach Ostpolen abgeschoben. Aus dem Gerichtsgefängnis Bromberg wurden am 9.11.1939 35 Männer und 5 Frauen dem Internierungslager Jagdschütz zugeführt. Die augenblickliche Belegungsstärke des Internierungslagers Jagdschütz beträgt 287 Personen.

Am 6. November 1939 wurden 145 Internierte, die bisher als Landarbeiter auf den Gütern Gondes und Słopowo beschäftigt waren und ihre Arbeit beendet hatten, dem Einsatzkommando zurückgeführt. Bei der erfolgten Überprüfung wurden 4 Personen, die als gesucht verzeichnet waren, festgenommen. Die restlichen 141 Personen wurden nach Überprüfung entlassen. Von einem weiteren zurückgeführten Arbeitskommando in Stärke von 35 Personen konnten 34 entlassen werden, während eine gesuchte Person ebenfalls dem Lager Jagdschütz zugeführt wurde.

Im Zuchthaus Krone sitzen z.Zt. 91 Personen ein, darunter 44 ehemalige polnische Polizeibeamte, und im hiesigen Polizei- und Stapogefängnis 150 Häftlinge.

Die Internierten und Inhaftierten setzen sich aus Geiseln, Hetzern gegen das Deutschtum und aus Personen zusammen, gegen die Anzeigen wegen verschiedener Straftaten laufen.

Von dem Arbeitsgebiet des Referates II G (Morde, Attentate, Überfälle auf Deutsche, Misshandlung von Volksdeutschen, Beleidigungen und Schmähungen, Plünderungen und Terrorakte) sind z.Zt. etwa 400 Vorgänge wegen Mord, Verrat und Misshandlung von Volksdeutschen, Plünderungen und Landfriedensbruchs in Bearbeitung. In der Berichtswoche sind 25 dieser Vorgänge abgeschlossen und 17 Beschuldigte dem Sondergericht zur Aburteilung zugeführt worden. 20 Personen, deren Schuld nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, wurden zwecks späterer Abschiebung interniert.

Die gegen die polnische Intelligenz durchgeführte Aktion ist als abgeschlossen zu betrachten. In der Zeit vom 30.10. bis 10.11. wurden

	liquidiert	evakuiert	entlassen
Lehrer u. Lehrerinnen	73	68	66
Rechtsanwälte u. Notare	3	2	1
Apotheker	2	-	5
Richter	-	1	1
Finanzbeamte	13	3	10
Stadtverwaltung	1	-	4
verschiedene Berufe	2	1	4

8 ehemalige polnische Offiziere wurden dem Offiziers-Sammellager zugeführt.

....."

Lagebericht vom 17. 11. 1939.

" Die vergangene Woche stand im Zeichen der Großaktion, welche am 11.11.39 in Bromberg durchgeführt wurde. Die Aktion erstreckte sich auf das Innere der Stadt. An ihr waren beteiligt 370 Angehörige der Wehrmacht von A.A.III, die die äußere Absperrung des Aktionsgebietes durchführten. 150 NSKK-Männer, welche in dem Aktionsgebiet Passantenkontrollen und Abtransporte der Sistierten zur Hauptprüfungsstelle vornahmen, 80 Schutzpolizeibeamte und 150 Männer des Selbstschutzes. Die letzteren und die Beamten der Staats- und Schutzpolizei wurden auf 120 Durchsuchungstrupps aufgeteilt und zwar in der Art, dass jeder Trupp von einem Stapo- bzw. Schutzpolizeibeamten geleitet wurde. Bei dieser Razzia wurden ca. 3.000 Personen sistiert und überprüft. Es konnten 3 Festnahmen auf Grund des Fahndungsbuches erfolgen, während 13 Festnahmen auf Grund der Suchkartei vorgenommen wurden. Weiterhin wurden mehrere Geiseln aus den Kreisen der polnischen Intelligenz und auch Kongresspolen festgenommen, deren Anschickung bereits in die Wege geleitet ist.

Die Aktion konnte reibungslos im besten Einvernehmen mit der Ordnungspolizei, dem Selbstschutz und den Wehrmachtsteilen, sowie den NSKK-Männern durchgeführt werden. Die Überprüfung, die an 15 besonderen Prüfstellen erfolgte, ging laufend und ohne jede Stockung von statten. Gegen 14 Uhr war die Aktion mit der gesamten Überprüfung der 3000 sistierten Personen beendet.

In den nächsten Tagen ist eine weitere Aktion in Aussicht genommen, die die Vorstadt Schleuse-
nau betreffen soll. Die Aktion wird ebenfalls mit Unterstützung der Wehrmacht, des Selbstschutzes und der Schutzpolizei durchgeführt werden. Der genaue Termin dieser Aktion ist noch nicht fest-
gesetzt, weil zunächst die Mehrarbeit auf Grund der letzten Aktion / 11.11.39 / bewältigt werden muss.

Obwohl am 11.11.39, dem früheren polnischen Nationalfeiertag, mit Ausschreitungen gerechnet wurde, verblieb jedoch alles ruhig und ohne besondere Vorkommnisse. Dieses gilt sowohl für den Stadt- als auch für den Landkreis Bromberg. Im Einvernehmen mit dem Kreisleiter Kampe wurde an diesem Tage der frühere polnische Stadtpräsident von Bromberg, Leon B a r c i s z e w s k i, standrechtlich erschossen, weil nach den Erhebungen feststand, dass der Genannte als übelster Deutschenhasser zu betrachten ist und seine Dienststellung und Persönlichkeit nicht dafür verwandt hat, die hier herrschenden Unruhen am 3. und 4.9.39 zu verhindern. Die Bevölkerung wurde durch Plakatanschläge hiervon in Kenntnis gesetzt.

. . . .

Das Internierungslager Jagdschütz ist z.Zt. mit 207 Personen belegt. Die Schutzpolizei steht zur Überwachung des Lagers nicht mehr zur Verfügung, sodass Beamte der Grenzpolizei für den Wachtdienst herangezogen werden müssen. Es ist vorgesehen, das Lager durch Hilfspolizeibeamte später bewachen zu lassen. Im Zuchthaus Crone kamen am 15.11.39 nach genauer Überprüfung insgesamt 95 Personen und zwar

60 Männer, 14 Frauen und 1 Kind zur Entlassung. Weiterhin wurden aus dem Bestand 30 Kongresspolen und 44 aus dem Lager Jagdschütz zur Abschiebung nach Ostpolen abgestellt.

Die in dem Stadtkreis Bromberg noch vorhandene polnische Intelligenz zieht es teilweise vor, Bromberg zu verlassen, um nach Kongresspolen auszuwandern. 3 polnische Ärzte wurden in der Berichtswoche liquidiert. Polnische Intelligenz von der anzunehmen ist, dass sie sich im besonderen Masse aktiv betätigen könnte, ist in Bromberg nicht mehr vorhanden. Auch in Nakel und Fordon ist die Überprüfung und Liquidierung der polnischen Intelligenz und der Angehörigen des Westmarken-Verbandes restlos durchgeführt. 4 Polen, die sich zu deutsch- bzw. staatsfeindlichen Äusserungen hinreissen liessen, wurden festgenommen.

....."

Sicherheitspolizei
Erfassungskommando

BROMBERG, den 9. November 1939.

An die

Gebiet:
Kreisleitung der NSDAP,
z.Hd.d. Kreisleiters Pg. K a m p e

Personen:
B r o m b e r g .
.....

Zeitsche
g.
In der Anlage überreiche ich Abschriften der dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Danzig vorgelegten beiden letzten Wochen-Lageberichte mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum Verbleib.

*1. d. die Rheinbattung insbesondere hinsichtlich des
Rathes Polak; darf ich bitten hierauf hinzuweisen.*

2 Anlagen

Julian

RI a 122

BROMBERG, den 4. November 1939.

Lagebericht.

Die Ruhe und Ordnung in Bromberg sowie auch in der Umgebung Brombergs hat sich weiter gefestigt. Infolge dieses Umstandes konnte das bisher bestehende Alkoholverbot aufgehoben werden. Bis auf 21,00 Uhr festgesetzte Polizeistunde bleibt bis auf weiteres bestehen.

< Die in meinem letzten Lagebericht angekündigte Anordnung des Kreisleiters hinsichtlich des Verbotes, in der Öffentlichkeit sich der polnischen Sprache zu bedienen, ist in der Zwischenzeit ausgesprochen worden. Es festgestellt werden konnte, wird mehr als bisher nur deutsch gesprochen.>

Wenn durch die Inbetriebnahme der Verkehrsmittel nunmehr auch die zur Befriedigung der Bevölkerung erforderlichen Lebensmittel beschafft werden können, so ist doch an einzelnen Geschäften immer noch das Schlange-stehen zu beobachten. Eine spürbare Verknappung an Lebensmitteln ist zwar noch nicht beobachtet worden. In der Hauptsache ist das Schlange-stehen vor Milch- und Fleischwarengeschäften beobachtet worden. Dieser Zustand ist den Hausfrauen selbst zuzuschreiben, da sie annehmen, bei einem nicht rechtzeitigen Anstellen vor den Geschäften die erforderlichen Lebensmittel nicht zu erhalten. Entsprechende Belehrungen der Schlange-stehenden Hausfrauen durch die dem Referat Wirtschaft zugeordneten Beamten brachten schon Erfolg.

Die gegen die polnische Intelligenz eingeleitete Aktion ist so gut wie abgeschlossen. Durch entsprechend eingeleitete Fahndungsmassnahmen ist gewährleistet, dass zum Kreise der polnischen Intelligenz zählende Flüchtlinge bei ihrer Rückkehr festgenommen werden können. Von der polnischen Intelligenz (Lehrern, Angehörigen des Gestverbandes) und als Deutschenhasser und -hetzern gegen das Deutschtum hervorgetretenen Personen sind 250 in Laufe der letzten Woche liquidiert worden.

In der Berichtswodie wurden etwa 1200 Kriegsgefangene, die nach Bromberg entlassen wurden, überprüft. Etwa 200 Personen, die zum Verlassen Brombergs aufgefordert wurden oder Bromberg freiwillig

VERLASSEN

wollen, erhalten Passierscheine ausgestellt. Auf Grund der stärke-
richteten Sechskartei konnte eine größere Zahl von geeigneten Per-
sonen festgenommen werden. Ein Teil der Festgenommenen gehören der
polnischen Intelligenz an.

Durch die Wiederaufnahme der Arbeit in bisher still liegenden
größeren Betrieben wurden auf Wunsch der Treuhänder eine Ein-
Personen staatspolizeilich überprüft. Bei dieser Überprüfung konnten
2 Polen, die wegen begangener Straftaten gesucht wurden, ermittelt
und festgenommen werden.

Über die kommunistische und marxistische Bewegung in Bromberg
auf ich auf den beiliegenden Bericht hinweisen.

Angelegenheiten der Wirtschaft

Um einen Überblick über die wirtschaftliche Lage des Bezirks
zu bekommen, wurde mit den hierfür verantwortlichen Stellen

Industrie- und Handelskammer,
Kreisbauernschaft und Reichsaufsicht,
Arbeitsamt.
Finanzamt,
Preisprüfungsstelle und
Vertretern von Handel und Gewerbe

Verbindung aufgenommen. Durch diese Führungsstelle ist gewährleistet,
dass in Zukunft die Gehäuse Staatspolizei in allen an der Wirtschaft
interessierten Fragen schnellstens unterrichtet wird.

Von Großbetrieben in Bromberg betrafen sich 95 % in polni-
schen Händen. Nur ein ganz geringer Teil ist im Laufe der Kriegsjahre
zerstört worden. einen Teil der polnischen Betriebe hat die
Industrie- und Handelskammer entweder wegen Überbesetzung des Volkswir-
twirtschaftlichen oder weil den Betrieben die notwendige Voraussetzung für eine
sichere Fabrikation fehlt, geschlossen. Für die übrigen polnischen
Betriebe sind von der Industrie- und Handelskammer volkswirtschaftliche
Treuhänder eingesetzt worden. Vereinsamt fehlt hier und da bei ausge-
sprochenen Spezialbetrieben es an geeigneten Fachkräften, die als
Betriebsleiter eingesetzt werden könnten.

Städtische deutsche Betriebe in Bromberg haben nach kurzer
Unterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen. Auch die Nachfrage nach
Arbeitskräften konnte in vollen Umfang befriedigt werden. Auch das

Kreditwesen

Kreditkrisis kennt, denn die deutschen Gewerbetreibenden diese Lösung eröffnet hatten. Durch niedrige Zinsen und Sparkassenzufuhr wird. Rohstoffe sind z. B. noch vorhanden, jedoch können Schwierigkeiten dadurch eintreten, da Kohlen, Petroleum, Kalk und Soda knapp sind und den Produktionsprozess hindern. Die vorgenannten Rohstoffe sind nur deshalb knapp, weil die Eisenbahn vorwiegend von der Wehrmacht in Anspruch genommen werden. Eine Besserung in den Transportmöglichkeiten wird aber auch bald diesen Mangel beseitigen. Die Wehrmacht hat in größerem Umfang über Lagernde Rohstoffe nicht gestellt. Diese beschlagnahmten Vorräte werden bisher der Produktion zugeführt. Die Industrie- und Handelskammer hat in Interesse der Produktion bereits Schritte unternommen, um einen Teil der beschlagnahmten Vorräte freizubekommen. Bis in die letzte Zeit sind nur wenig gewisse Rohstoffe geliefert worden; der zuständige Chef der Vertreter der Chefs der Zivilverwaltung hat aber bereits für die Zukunft solche Hilfsmassnahmen absehen können.

Im Kleinhandel und Kleingewerbe haben sich irgendwelche Schwierigkeiten bisher nicht ergeben. Das Wirtschaftsamt Breslau glaubt nicht, mit der Gefahr eines Anverkaufes in überschaubarer Zeit rechnen zu müssen, da die eröffneten kleineren Geschäfte aus polnischen Lagern mit den notwendigen Waren versehen werden können.

Übermäßige Preissteigerungen sind nur vereinzelt festgestellt worden. Der Preisminister hat durch Festsetzung von hohen Zinsen in Unterverfügungsverhandlungen entsprechende Preissteigerungen gehindert. In Wiederholungsfälle bzw. in schwereren Fällen wird staatspolizeilicherweise eingeschritten werden.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist als ernst zu beurteilen. Es sind alle Volkseinstellungen untergebracht oder können es in kurzer Zeit werden, aber es sind z. B. in Breslau schätzungsweise

etwa 6 000 männliche und

5 000 weibliche Arbeitslose

vorhanden, die keinerlei Unterstützung erhalten. Von morgens um 6.00 Uhr stehen zu Hunderten diese Arbeitslosen auf den Hofe des Arbeitsamtes. Unter diesem Mitleidensdruck ist die Gefahr der Flüchtlingsbewegung sehr gross. Der Leiter des Arbeitsamtes beabsichtigt, in Kürze etwa 1000 nur polnische sprechende Arbeitslose nach Radom abzuschicken. Auch sollen die Arbeitslosen in Kolonnen zusammengefasst und beim Bau der Reichsautobahn eingesetzt werden. Eine genaue Zählung der Arbeitslosen soll in Kürze stattfinden.

Von den durch die Schweizer Staatspolizei internierten Personen wurden 200 Kongresspolen in die Gegend von Baden abgeschoben.

Das in der Artillerie-Kaserne in Bromberg eingerichtete gewesene Internierungslager musste am 1. November 1939 geräumt werden, da die Kaserne zur Unterbringung der für die Garnison Bromberg bestimmten Truppen von der Wehrmacht beansprucht wurde. Die noch verbleibenden internierten Personen sind in Baracken in Jagelwitz untergebracht worden. Bei der plötzlich mit kürzester Frist erfolgten Räumung der Artillerie-Kaserne zeigten die verantwortlichen Wehrmachtsteile gegenüber der Staatspolizei wenig Entgegenkommen.

Das Zusammenarbeiten mit anderen Behörden ist gut. Besondere Vorkommnisse sind nicht zu melden.

gez. L ö l g e n

**Sicherheitspolizei
Einsatz-Kommando**

Bromberg, den 11. November 1939.

An die

Geheim!

Kreisleitung der NSDAP,
z.Hd.d. Kreisleiters Pg. K a m p e

Bromberg.

In der Anlage überreiche ich Abschrift des dem Befehlshaber
der Sicherheitspolizei in Danzig vorgelegten Wochen-Lageberichtes
mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum Verbleib.

1 Anlage

*Heil Hitler
Jäger*

247

B I a 122

BROMBERG, den 16. November 1959.

Lagebericht

In der abgelaufenen Berichtswoche ist es zu Störungen der Ruhe und Ordnung in Bromberg und Umgebung nicht gekommen. Seitens der Ordnungs- und Sicherheitsorgane waren daher besondere Massnahmen nicht erforderlich.

Unbeschadet dessen wurden die staatspolizeilichen Aufgaben im Bereich des Einsatzkommandos 16 - Abt. Bromberg - weiter erledigt. Insbesondere werden die Aktionen gegen gesuchte Personen weiter durchgeführt. So fand am 8. November 1959 eine Überholung des Stadtteiles Zhernerstrasse und deren Nebenstrassen statt. An der Aktion waren die Schutzpolizei und Angehörige des Selbstschutzes Bromberg beteiligt. Die äussere Absperrung des zu durchsuchenden Stadtteiles wurde von der Luft-Nachrichtentruppe, die innere Absperrung durch 45 Angehörige des NKRI übernommen. Bei dieser Aktion wurden 1 486 Personen zur Überprüfung sistiert. Hierbei wurden 16 Personen auf Grund von Sachvermerken angehalten. 2 Personen, die als Mittäter am Bromberg Blutsonntag Volksdeutsche besucht und ihre Freilassung gefordert hatten, wurden wiedererkannt und ebenfalls festgenommen.

Für diese Aktion glaubte die Ordnungspolizei, die für Durchsuchungen stark mit eingesetzt war, verantwortlich zeichnen zu müssen. In einer von mir anberaumten Besprechung habe ich die Ordnungspolizei davon überzeugt, dass die Auffassung unzutreffend ist und die Verantwortung für derartige Aktionen bei der Sicherheitspolizei liegt, die derartige Aktionen auch anregt und einleitet. Auf gute kameradschaftliche Zusammenarbeit, die auch besteht, wurde besonders hingewiesen.

Am 11. November 1959 - früherer polnischer Nationalfeiertag - wird eine weitere Gross-Aktion durchgeführt. Diese Aktion umfasst den Stadtkern Brombergs. Für die Durchführung dieser Aktion sind 115 Durchsuchungskommandos zusammengestellt worden. Die Aktion wird von Beamten der Geheimen Staatspolizei, der Kriminalpolizei, der Schutzpolizei und Angehörigen des Selbstschutzes Bromberg durchgeführt.

Die innere Absperrung wird wiederum durch etwa 350 Angehörige der Wehrmacht durchgeführt. >

Über den Erfolg dieser Aktion wird zu gegebener Zeit berichtet werden.

In der Berichtswoche wurden 1 186 Kriegsgefangene, die nach Bronberg zur Entlassung kamen, überprüft. Unter ihnen befanden sich 2 Offiziere und 3 Lehrer. Diese wurden festgehalten und dem Internierungslager zugeführt. An 340 Personen, die teilweise angewiesen wurden bzw. freiwillig abwandern, wurden Passierscheine ausgestellt. Ferner wurden in der Berichtswoche 740 Angestellte und Arbeiter Bronberger Betriebe überprüft. Dabei wurden 3 Personen auf Grund von Buchvermerken in Haft genommen. Weiter wurden 57 Anzeigen aufgenommen und 3 Täter auf Grund dieser Anzeigen festgenommen.

Das Internierungslager in Jagdschütz war am 3.11.1939 mit 308 Personen belegt. Am genannten Tage wurden 193 Personen (170 Männer und 15 Frauen) nach Ostpolen abgeschoben. Aus dem Gerichtsgefängnis Bronberg wurden am 9.11.1939 35 Männer und 3 Frauen dem Internierungslager Jagdschütz zugeführt. Die augenblickliche Belegungszahl des Internierungslager Jagdschütz beträgt 287 Personen. >

Am 6. November 1939 wurden 145 Internierte, die bisher als Landerbeiter auf den Gütern Gondes und Słapowo beschäftigt waren und ihre Arbeit beendet hatten, dem Einsatzkommando zurückgeführt. Bei der erfolgten Überprüfung wurden 4 Personen, die als gesucht verzeichnet waren, festgenommen. Die restlichen 141 Personen wurden nach Überprüfung entlassen. Von einem weiteren zurückgeführten Arbeitskommando in Stärke von 35 Personen konnten 34 entlassen werden, während eine gesuchte Person ebenfalls dem Lager Jagdschütz zugeführt wurde.

In Zuchthaus Krone sitzen z.Zt. 91 Personen ein, darunter 44 ehemalige polnische Polizeibeamte, und in hiesigen Polizei- und Stapegefängnis 150 Häftlinge. >

Die Internierten und Inhaftierten setzen sich aus Geiseln, Hetzern gegen das Deutsche und aus Personen zusammen, gegen die Anzeigen wegen verschiedener Straftaten laufen.

Von dem Arbeitsgebiet des Referates II C (Morde, Attentate, Überfälle auf Deutsche, Misshandlung von Volksdeutschen, Beleidigungen und Schaffungen, Plünderungen und Terrorakte) sind z.Zt. etwa 400 Vorgänge wegen Mord, Verrat und Misshandlung von Volksdeutschen, Plünderungen und Landfriedensbruchs in Bearbeitung. In der Berichtswoche sind 25 dieser Vorgänge abgeschlossen und 17 Beschuldigte dem Sondergericht zur Aburteilung zugeführt worden. 20 Personen, deren

Schuld nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, wurden früher späterer Abschiebung interniert.

Die gegen die polnische Intelligenz durchgeführte Aktion ist als abgeschlossen zu betrachten. In der Zeit von 30.10. bis 10.11. wurden

	liquidiert	evakuiert	entlassen
Lehrer u. Lehrerinnen	75 ✓	68	68
Rechtsanwälte u. Notare	3 ✓	2	1
Apotheker	2	-	5
Richter	-	1	1
Finanzbeamte	15	3	10
Stadtverwaltung	1	-	4
verschiedene Berufe	2	1	4

8 ehemalige polnische Offiziere wurden dem Offiziers-Sammellager zugeführt.

Kirchenangelegenheiten

Der Probst Johann K o s z e p e l i n s k i, Bromberg - Weiden-gasse 16 wohnhaft, wurde festgenommen. K. wird beschuldigt, am Samstag an polnische Morden Waffen verteilt zu haben. Weiter wurde der amerikanische Staatsangehörige Pfarrer Adalbert T o p o l i n s k i aus Rom festgenommen. T. hatte sich längere Zeit in der Bromberger Gegend aufgehalten und wird beschuldigt, Hetzschreiben gegen das deutsche Reich gesammelt zu haben, um es später als Grenzlandungen zu verwenden. T. wurde nach seiner Vernehmung mit dem Auftrage entlassen, sich bei der dortigen Staatspolizei zu melden. Vorgang ist bereits nach dort übersandt worden. T. sitzt dort ein.

Eine Anzahl von Wohnungen geflüchteter Geistlicher wurde überholt.

Der berüchtigte Deutschenhasser und Anhänger der Durchbruchbewegung Pfarrer Waldemar P r e i s s von der polnischen evangelischen Gemeinde in Bromberg ist festgenommen worden. Nach Abschluss der Ermittlungen wird Bericht vorgelegt.

Der Bibelforscher Franz S t a c h o w i a k aus Bromberg wurde festgenommen. Bei der Durchsichtung seiner Wohnung wurden Schriften der Bibelforscher (in polnischer Schrift) vorgefunden. Da es sich um ältere Schriften handelte, wurde St. nach eingehender Vernehmung entlassen. Bemerkenswert wird hierbei, dass der Kreis der Bibelforscher in Bromberg ein kleiner war.

Ende

Juden

Die Juden sind zum größten Teil flüchtig. Es ist kaum damit zu rechnen, dass sie an ihren früheren Wohnorten zurückkehren. Es sind Vorkehrungen getroffen, dass etwa zurückkehrende Juden in staatlich-seitlichen Interesse behandelt werden. Der Stadt- und Landrat Brouberg sind als fast judenfrei anzusehen.

Angelegenheiten der Wirtschaft

Handel und Wandel haben in der Berichtswache weitere Fortschritte gesucht. Störend macht sich nach wie vor die Schmierigkeit im Transportwesen bemerkbar. In erster Linie wirkt sich der Mangel an Petroleum, Kohlen, Gas- und Rohöl für den Produktionsprozess sehr hemmend aus. Durch diesen Umstand war es bisher nicht möglich, Betriebe in dem unbedingt erforderlichen Maß in Gang zu bringen. Die bei der Industrie und im Handel eingesetzten Treuhänder werden erst am 15. November herum mit den notwendigen Arbeiten der Bestandsaufnahme und Bilanz fertig sein. Und erst dann werden die bisher geschlossenen Betriebe ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können.

Die Einbringung der Kartoffelernte ist beendet, die Säbenernte wird etwa Mitte November beendet sein. Die Ernährung der Bevölkerung ist sichergestellt, sofern nicht größere Bestände durch die Militärbehörden beschlagnahmt werden.

Der Eingang an Steuern hat sich gebessert, reicht jedoch zur Befriedigung des Ausgabenbedarfs nicht aus.

Allgemeines

Die Aktion hinsichtlich Umsiedlung volkdeutscher Familien aus Kongresspolen, Wolhynien und dem Baltikum ist eingeleitet. Ausgenommen von 4 Lehrern aus Galizien und Wolhynien sind bisher Transporte volkdeutscher Familien im Bezirk Brouberg nicht eingetroffen, werden aber in den nächsten Tagen erwartet.

Das Zusammenarbeiten mit anderen Behörden ist nach wie vor gut. Besondere Vorkommnisse sind nicht zu melden.

Der SS-Bewerber Heinz Rogall vom Selbstschutz Brouberg hat gemeinsam mit dem SS-Bewerber Paul Lindner durch den

Selbstschutts beschlagnahmte Wertgegenstände und Bargeld in grösseren
Mengen unterschlagen bzw. zu Privatzwecken verwandt. Bogall hat die
Verfehlungen zugegeben und ist auch die treibende Kraft, der für die
Verfehlung des Lindner zum grossen Teil mitverantwortlich ist. Die
beiden Vorgesetzten sind wurden von dem Führer des Selbstschuttes
Westpreussen, SS-Oberführer von A l v e n s l e b e n , dem Einsatz-
kommando Eronberg zwecks Zuführung in das Konzentrationslager Buchau
auf die Dauer von einem halben Jahre übergeben. Die Abschiebung der
beiden Selbstschuttsmänner erfolgt in Laufe der kommenden Woche.

gg. Lilgen.

267

**Sicherheitspolizei
Ein[et]-Kommando**

Bromberg, den 19. November 1939

3

An die

Kreisleitung der NSDAP
z.H.v. Kreisleiters Pg. Kamp e

in Bromberg

Handge

In der Anlage überreiche ich Abschrift des dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Danzig vorgelegten Wochenlageberichts mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum Verbleib.

I.A.

M. M. M.
Kriminal-Rat

1 Anlage

Bl. Nr. 22

Bromberg, den 17. November 1939

L a g e b e r i c h t.

Die vergangene Woche stand im Zeichen der Grossaktion, welche am 11.11.39 in Bromberg durchgeführt wurde. Die Aktion erstreckte sich auf das Innere der Stadt. An ihr waren beteiligt 370 Angehörige der Wehrmacht von A.A.III, die die äussere Absperrung des Aktionsgebietes durchführten, 150 NSKK-Männer, welche in dem Aktionsgebiet Passantenkontrollen und Abtransporte der Sintierteilnehmer zur Hauptprüfungsstelle vornahmen, 80 Schutzpolizisten und 150 Männer des Selbstschutzes. Die letzteren und die Beamten der Staats- und Schutzpolizei wurden auf 120 Durchsuchungstrupps aufgestellt und zwar in der Art, dass jeder Trupp von einem Stape - bzw. Schutzpolizisten geleitet wurde. Bei dieser Massia wurden ca 3 000 Personen sinstiert und überprüft. Es konnten 3 Festnahmen auf Grund des Fahndungsbuches erfolgen, während 13 Festnahmen auf Grund der Sachkartei vorgenommen wurden. Weiterhin wurden mehrere Geiseln aus den Kreisen der polnischen Intelligenz und auch Kongresspolen festgenommen, deren Anschlebung bereits in die Wege geleitet ist.

Die Aktion konnte reibungslos im besten Einvernehmen mit der Ordnungspolizei, dem Selbstschutz und den Wehrmachtsteilen, sowie den NSKK-Männern durchgeführt werden. Die Ueberprüfung, die an 15 besondern Prüfstellen erfolgte, ging laufend und ohne jede Stockung von statten. Gegen 14 Uhr war die Aktion mit der gesamten Ueberprüfung

962

der 3 000 registrierten Personen beendete.

In den nächsten Tagen ist eine weitere Aktion in Aussicht genommen, die die Vorstadt Schlausenau betreffen soll. Die Aktion wird ebenfalls mit Unterstützung der Wehrmacht, des Selbstschutzes und der Schutzpolizei durchgeführt werden. Der genaue Termin dieser Aktion ist noch nicht festgesetzt, weil zunächst die Mehrarbeit auf Grund der letzten Aktion / 11.11.39/ beseitigt werden muss.

Obwohl am 11.11.39, dem früheren polnischen Nationalfeiertag, mit Ausschreitungen gerechnet wurde, verlief jedoch alles ruhig und ohne besondere Vorkommnisse. Dieses gilt sowohl für den Stadt- als auch für den Landkreis Bromberg. Im Einvernehmen mit dem Kreisleiter Kempe wurde an diesem Tage der frühere polnische Stadtpräsident von Bromberg, Leon Barciszewski, standrechtlich erschossen, weil nach den Erhebungen feststand, dass der Genannte als übelster Deutschenhasser zu betrachten ist und seine Hinstellung und Persönlichkeit nicht dafür verwandt hat, die hier herrschenden Unruhen am 3. und 4.9.39 zu verhindern. Die Bevölkerung wurde durch Plakatanschläge hiervon in Kenntnis gesetzt.

In der Berichtswoche wurden weiterhin insgesamt 3 775 Kriegs- und Zivilinternierte überprüft und listensmäßig erfasst. Bei dieser Gelegenheit konnten auf Grund der Suchartei mehrere Festnahmen getätigt werden. Ca 500 ^{Personen} kamen um Passierscheine für ihre Abwanderung nach Kongresspolen eig, die ihnen in jedem Falle auch gewährt wurden. Ein Teil der Bromberger Firmen und öffentlichen Betriebe liess ihre Angestellten und Arbeiter ebenfalls überprüfen, damit diese die Ge-

währ haben, dass ihre Angestellten und Arbeiter bei weiteren Razzien nicht festgenommen werden. Es handelt sich hierbei um bisher etwa 5.600 Personen. Nach der Aktion am 11.11.39 und der mit ihr verbundenen Personalkontrolle fanden sich täglich mehrere 100 Personen freiwillig in dem Dienstgebäude ein, um sich zur Überprüfung zu stellen.

In dem Referat II G sind noch immer 400 Vorgänge wegen Mord, Verrat und Misshandlung von Volkdeutschen, Plünderungen und Landesfriedensbruch in Bearbeitung. Es sind in der Berichtswoche eine Reihe von Vorgängen neu eingegangen, sodass der Bestand sich bisher nicht verringert hat. Es wurden in der vergangenen Woche 33 Vorgänge bearbeitet, wozu 107 Vernehmungen und 78 Durchsuchungen erforderlich waren. 11 Beschuldigte wurden dem Sondergericht zur Aburteilung zugeführt. Weiterhin waren 66 Sistierungen zur Aufklärung der Straftaten erforderlich.

Der im letzten Lagerbericht erwähnte Priester Johann Konopczynski musste nach genauer Prüfung und Vernehmung von Zeugen entlassen werden, da nicht er, sondern sein Vikar, namens Kolackowski an dem Blutsonntag Waffen auf der Schwedenhöhe verteilt haben soll. Kolackowski ist flüchtig, nach ihm wird gefahndet. Der Pfarrer der national-polnischen Kirche, Rakoczi wurde festgenommen, weil er nach Aussagen von Volkdeutschen sich zur als Deutschenhasser gezeigt hat.

In dem Landkreise, der 65.500 Einwohner zählt, sind von 75 Geistlichen noch 17 in Amt und Würden. Es handelt sich um solche Leute, die sich loyal ^{verhalten} benommen haben.

Bis

264

Bis vor 4 Wochen wohnten im Landkreis Bromberg noch 39 Juden. Heute ist der Landkreis judenfrei .

Das Arbeitsamt in Bromberg hat in der Gneisenstrasse ein Arbeitslager errichtet, in welchem sich z.Zt. 400 männliche Personen befinden. Es handelt sich in der Hauptsache um polnische arbeitslose junge Burschen im Alter bis zu 20 Jahren, die in ihrem Leben bisher einerwerbringenden Tätigkeit noch nicht nachgegangen sind. Die Leitung des Lagers liegt in den Händen eines Arbeitsamtsführers. Die Insassen des Erziehungslagers werden zu gemeinschaftlichen Arbeiten herangezogen.

Das Internierungslager Jądschütz ist z.Zt. mit 207 Personen belegt. Die Schutzpolizei steht zur Überwachung des Lagers nicht mehr zur Verfügung, sodass Beamte der Grenzpolizei für den Nachtdienst herangezogen werden müssen. Es ist vorgesehen, das Lager durch Hilfspolizeibeamte später bewachen zu lassen. Im Zuchthaus Crone kamen am 15.11.39 nach genauer Überprüfung insgesamt 95 Personen und zwar 60 Männer, 14 Frauen und 1 Kind zur Entlassung. Weiterhin wurden aus dem Bestand 30 Kongresspolen und 44 aus dem Lager Jądschütz zur Abschiebung nach Ostpolen abgestellt.

Die in dem Stadtkreis Bromberg noch vorhandene polnische Intelligenz sieht es teilweise vor, Bromberg zu verlassen, um nach Kongresspolen auszuwandern. 3 polnische Ärzte wurden in der Berichtswoche liquidiert. Polnische Intelligenz, von der anzunehmen ist, dass sie sich im besonderen Masse aktiv betätigen könnte, ist in Bromberg nicht mehr vorhanden. Auch in Nakel und Fordon ist die Überprüfung und Liquidierung der polnischen Intelligenz und der Angehörigen des Westmarken-Verbandes restlos durchgeführt. 4 Polen, die

- 3 -
sich zu deutsch- bess. staatsfeindlichen Äußerungen hin-
reissen liessen, wurden festgenommen. >

Der Landrat hat nunmehr für jede Landgemeinde
einen volkdeutschen Gemeindeverwalter eingesetzt, wobei
die Gewähr dafür vorhanden ist, dass besonders Vertriebenen
sofort den in Frage kommenden Polizeistellen zur Kenntnis
gelangen.

Der Abteilung III ist es gelungen, eine Liste der
polnischen Polizei-Brigade Bromberg sicher zu stellen, auf
welcher 70 Personen "Informanten" verzeichnet sind.
Diese Konfidentenliste wird besonders ausgewertet, insbeson-
dere werden die jetzigen Anschriften und Wohnungen der in
der Liste Verzeichneten festgestellt. In einer geschlossenen
Aktion soll alsdann die Festnahme dieser "Informanten"
erfolgen.

zu treffen.

- 17.) Jegliches Besorgen, Verschaffen, Requirieren usw. von Wohnungen, Einrichtungen und Ausstattungsgegenständen auch für Offizier-Heime wird ausdrücklich verboten. Noch etwa benötigte Wohnungen dürfen, in Verbindung mit dem Wohnungsamt und dem Kreisleiter nach deren Genehmigung gesucht werden und ist diesen Stellen innerhalb von 48 Stunden die Entscheidung, ob die Wohnung genommen wird oder nicht, anzustellen.
- 18.) Sämtliche Soldaten sind darüber zu belehren, dass Aufkauf und Hamsterei strengstens verboten sind.
- 19.) Verschüsse für die Einrichtung von Kantinen sind ^{im} beschränkten Umfang vorhanden und können bei der Wehrkreisverwaltung beantragt werden.
- 20.) Besorgungsscheine für Taschentücher für Unteroffiziere und Mannschaften dürfen ausgestellt werden und zwar pro Kopf für jeweils 6 Taschentücher.
- 21.) Die Sanitäts-Offiziere haben für die Ausstattung der Revierstuben mit Schutzmitteln das Erforderliche zu veranlassen.
- 22.) Für den Gau Westpreussen gilt das deutsche Jagdgesetz. Diejenigen passionierten Offiziere können durch Vermittlung des Herrn Landrates den Abschuss von früher polnischen Revieren erhalten ^{und} genehmigt. Jedwede Übertretung ist Wilddieberei und wird durch Tatbericht von den Kriegsgerichten geahndet.
- 23.) Es wird noch darauf hingewiesen, dass sämtliche Soldaten darüber zu belehren sind, dass das Mithingen von Schlagerliedern usw. in Lokalen, in denen Musikkapellen spielen, streng verboten ist.

Ich hoffe, dass auf Grund vorstehender Anordnungen, über die durch die Batterie-Chefs persönliche Belehrung abgehalten ist, erreicht wird, dass die unhaltbaren Zustände der letzten Zeit damit ihr Ende gefunden haben und erwarte, dass sämtliche Angehörige des Regiments von jetzt ab in jeder Weise als Vorbilder der Mannessucht und soldatischen Pflichtauffassung in und ausser Dienst auftreten. Von vorstehendem Befehl ist von sämtlichen Offizieren durch Namensunterschrift Kenntnis zu nehmen.

Verteiler:

1. Kommandeur der Standortkommandantur, Bromberg.
2. Kommandeur des Inf.-Ers.-Regt. 254, Bromberg.
3. Kreisleiter, Bromberg.
4. Polizei-Präsident, Bromberg.

gez. S c h e n k .

Für die Richtigkeit:

Boymanns.

Leutnant w. Ordonnanz-Offizier.

Lagebericht.

Da in Bromberg die Ruhe und Ordnung z.Zt. gewährleistet erscheint, ist die Polizeistunde auf 24.00 Uhr verlängert worden, so dass bis zu dieser Zeit Soldaten und Zivilisten die Strasse passieren können. Es hat den Anschein, als ob sich namentlich der grösste Teil der Polen mit der Tatsache, dass Polen restlos erschlagen ist, abgefunden hat und versucht, sich mit den deutschen Behörden und sonstigen deutschen Stellen gut zu stellen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich vereinzelt die Polen auch bereit finden, gegen ihre hiesigen Volksgenossen Anzeigen zu erstatten, falls diese sich irgendwie an Ausschreitungen gegen Deutsche beteiligt haben. Vermutlich erhoffen sie durch solche Anzeigen für sich eine etwas günstigere Beurteilung.

Da sich die Polen in den Strassen Brombergs und auch in Cafés ungeniert der polnischen Sprache bedienen, ist eine Verordnung bezügl. Unterbindung der polnischen Sprache vonseiten des Kreisleiters in Vorbereitung.

In letzter Zeit sollen verschiedentlich Ehen zwischen Polen und Deutschen, und zwar Wehrmachtangehörigen, geschlossen worden sein. Hierbei erhoffen die Polen, dass ihr Vermögen durch die Heirat deutscher Staatsangehöriger ihnen erhalten bleibt.

In der Nacht vom 18. zum 19. Oktober wurde die bereits angekündigte Aktion gegen die Mitglieder des Westmarken-Verbandes durchgeführt. Zur Verfügung standen ausserhalb hiesigen Beamten 3 Hundertschaften Selbstschutzes. Es wurden von den 290 Mitgliedern des Westmarken-Verbandes in Bromberg bei dieser Festnahmeaktion 91 Personen festgenommen, darunter 21 Frauen. Es handelt sich fast ausschliesslich um Vertreter der polnischen Intelligenz, die jetzt von der Flucht zurückgekehrt sind und glaubten, unbehelligt zu bleiben. Das Ergebnis dieser Aktion kann, da ein Grossteil der Westmarken-Verband-Mitglieder geflüchtet bzw. bereits erschossen ist, als äusserst günstig angesehen werden.

In den frühen Morgenstunden des 20. Oktober wurde zusammen mit einer Abteilung Luft-Nachrichten-Truppe und hiesiger Ordnungspolizei planmäßig die Kujawierstrasse in Bromberg mit den dazugehörigen Nebenstrassen durchsucht und nach verdächtigen Elementen durchkämt. Die Kujawierstrasse ist etwa 3 km lang und wird fast ausschliesslich von polnischen Arbeitern bewohnt. 1 196 männliche Personen sind bei dieser Festnahmeaktion festgenommen worden. Sie wurden bis auf 27 Männer, die auf Grund der gemeinsamen Fahndungsliste und der hier angelegten Suchkartei sowie auf Angaben Volksdeutscher ermittelt und festgenommen werden konnten, nach Überprüfung entlassen. Es sind dann bei den Durchsuchungen 2.300.- Zl. 150.95 RM sowie 25 amerikanische Dollar beschlagnahmt worden, ausserdem 12 Runifunkgeräte. Die Geldbeträge werden auf das sog. Wiedergutmachungskonto der Stadt Bromberg zu Gunsten der hiesigen Volksdeutschen eingezahlt werden.

Auch die zusammen mit dem Selbstschutz durchgeführte Aktion gegen die polnischen Lehrer brachte einen vollen Erfolg. In Bromberg-Stadt wurden allein 196 polnische Lehrer festgenommen, die nach den Gesichtspunkten

- a) Pommereller,
- b) Kongresspolen,
- c) Hassler und Hetzer gegen das Deutschtum - sowie
- d) Angehörige der polnischen Verbände, insbesondere Westmarken-Verband,

behandelt werden. Die Grundlage zur Überprüfung dieser Polen bilden an erster Stelle die Personalakten, soweit sie noch vorhanden sind, an zweiter Stelle die persönliche Kenntnis der hier tätigen volksdeutschen Lehrer. Es ist beabsichtigt, die Brauchbaren der zu a) Genannten mit Rücksicht auf den jetzt eingetretenen Lehrermangel wieder einzustellen, die zu b) Genannten in den Reichsghetto abzuschieben, sofern nichts gegen sie vorliegt, und die radikalen polnischen Elemente der zu c) und d) Genannten zu liquidieren. Diese beabsichtigte Massnahme sowie alles bisher zurzeit der Stapo Geschehene fand volle Billigung des RF 33, dem ich am 20. ds. abends im "Danziger Hof", hier, Vortrag halten durfte. Bei der Gelegenheit ordnete der RF 33 an, dass von Bromberg aus sämtliche Abschiebungen nach Radom zu erfolgen haben.

In dem letzten Lagebericht ist über eine sich bildende Terrorgruppe berichtet worden. In dieser Angelegenheit hat sich jetzt einige Klarheit schaffen lassen. In dem hiesigen Werk "Kabel Polaki" sind zum größten Teil ehemalige polnische Reservisten tätig. Diese Reservisten wurden in den letzten Tagen von einem bisher noch unbekanntem Polen aufgesucht, der die zuverlässigsten dieser Reservisten zu einer Gruppe zusammengefasst hat. Diese Zusammenfassung soll auch bereits in anderen ehemals polnischen Städten erfolgt sein. Die Reservisten sollen noch nach Aussage eines einwandfreien V-Mannes, der das Werk unauffällig überwacht, über Waffen verfügen, die in der Umgebung verborgen sein sollen. Als Leiter sämtlicher Terrorgruppen wird der polnische General S i k o r s k i, der sich z.Zt. in Paris aufhält, genannt. Unser V-Mann, ein ehemaliger russischer Offizier, steht in engerer Fühlungnahme mit dem Leiter der Bromberger Terrorgruppe und will einwandfrei erfahren haben, dass die Terrorgruppe täglich in den Abendstunden, und zwar gegen 21.30 Uhr, durch englischen und französischen Rundfunk auf einer besonderen Welle Anweisungen erhält. Da in polnischen Kreisen bisher die Auffassung vertreten wurde, Frankreich würde in der nächsten Zeit den deutschen Westwall überrennen, hofften die polnischen Reservisten auf ein baldiges Losschlagen. Insbesondere haben die Mitglieder der Terrorgruppe den Auftrag erhalten, sich in Bromberg die Wohnungen führender Deutscher (Wehrmacht, Gestapo, Zivilverwaltung usw) genauestens zu merken, damit diese Männer bei dem geplanten Aufstand sofort aktionsunfähig gemacht werden können. Unser V-Mann überwacht weiter die Bildung der Bande, gegen die in Augenblick ein Einschreiten noch nicht geboten ^{er}scheint.

Das Zusammenarbeiten mit den anderen Behörden hat jetzt erfreulicherweise keinerlei Anlass zu Klagen gegeben. Auch mit dem Selbstschutz scheint nunmehr ein erspriessliches Zusammenwirken gewährleistet zu sein, da Oberführer von Alvensleben planlos und eigenmächtig durchgeführte Handlungen in keiner Weise bei seinem Selbstschutz duldet.

Abschrift

Original im Bundesarchiv
in Koblenz

Der Befehlshaber der
Ordnungspolizei im
Generalgouvernement Polen.

Lodsch, den 31.10.1939

B e f e h l Nr. 15.

- 1.) Unter Bezugnahme auf den Gruppenbefehl Nr. 9 vom 28.9. 1939 werden dem Pol.-Rgt. Warschau, den Pol.-Bataillonen und der SS-Reiterabteilung für die nächste Zeit folgende Aufgaben zugewiesen:
 - a) Regt. Warschau führt seinen bisherigen Auftrag der Befriedung von Warschau fort. In diese Aktion ist auch der nordwestliche Teil des Landkreises Warschau mit einzubeziehen.
 - b) Pol.-Batl. 42 beendet die Durchsuchung in den Kreisen Petrikau und Radomako und befriedet zusammen mit Pol.-Batl. 41 das Schlachtfeld an der Bzura. Leitung der gemeinsamen Durchsuchungsaktion an der Bzura hat Major der Schutzpolizei W a l t h e r, Pol.-Batl. 42.
 - c) Pol.-Batl. 71 setzt die Befriedung der Kreise Radom und Kozienice fort.
 - d) Pol.-Batl. 101 beendet die Durchsuchung im Kreise Opocno und befriedet mit Teilen und im Einvernehmen mit den zuständigen Landräten und nach Rücksprache mit O.-Feldkommandantur 540 die Kreise Kielce, Wloszczowa und Opatow.
 - e) Pol.-Batl. 102 befriedet mit Teilen die Gegend nördlich und südlich Lublin im Einvernehmen mit den zuständigen Landräten und nach vorheriger Anfrage bei der Wehrmacht, welche Teile von dieser bereits durchsucht sind.
 - f) SS-TV-Reiterabteilung befriedet mit Teilen den Raum zwischen Lodsch und Brecziny. Die übrigen Aufträge bleiben unberührt.

2.) Bei den 4 Distriktchefs sind SS- und Polizeiführer eingesetzt worden, welche die Dienstbezeichnung Polizeikommandeure tragen. Diese Pol.-Kdeure. müssen schon jetzt in die Lage versetzt werden, Weisungen an die örtlichen obersten Dienststellen der Ordnungs- und Sicherheitspolizei erteilen zu können. Bei der Ordnungspolizei sind hierfür 4 Regts.-Kdeure. vorgesehen, die den gleichen Dienstsitz wie die Distriktschefs haben werden.

Bis auf weiteres bestimme ich als die Kommandeure, welche unverzüglich in dem vorstehend erwähnten Sinne Verbindung mit den Polizeikommandeuren aufzunehmen haben, für den Distrikt Warschau den Kdeur. des dortigen Pol.-Regts. Oberst Brenner, für den Distrikt Lublin den Kdeur. des Pol.-Batl. 102 den Major Major Ziehe, für den Distrikt Radom den Kdeur. des Pol.-Batl. 71 Major Platz, für den Distrikt Krakau den Kdeur. des Pol.-Regts. Krakau Oberst Höring.

(Durch Funkspruch voraus.)

(gez.) B e c k e r.

Beglaubigt:

gez. Dangerl
Pol.-Rev.-Oberwachtm.

Verteiler:

Pol.-Regt. Warschau	= 1
Pol.-Batl. 42	= 1
" " 71	= 1
" " 101	= 1
" " 102	= 1
" " 41	= 1
SS-TV-Rtr. Abtlg.	= 1
Höh. SS- u. Pol. Führer	= 1
Entwurf	= 1
	<hr/>
	= 9

Original

Abschrift aus

Documenta Occupationis V
von Karol Marian Pospieszalski:
HITLEROWSKIE "PRAWO" OKUPACYJNE W
POLSCE; WYBÓR DOKUMENTÓW CZĘŚĆ I
ZIEMIE "WCIEŁONE";
POZNAN; INSTYTUT ZACHODNI 1952.

8. (Seite 101 - 103).

Organisation der Geh. Staatspolizei in den Ostgebieten. Rd.
Erl. d. RFSSu ChdDtPol. im RmDI. v. 7.11.1939.

I. Behörden und Dienststellen.

In den eingegliederten Ostgebieten werden gemäss dem Erlass
des Führers und Reichskanzlers über die Gliederung und Ver-
waltung der Ostgebiete v. 8.10.1939 (RGBl. I, S. 2042) die
folgenden Behörden der Geh. Staatspol. errichtet:

a) (1) Im Reichsgau Danzig-Westpreussen

die Staatspol.-Leitstelle D a n z i g mit Zuständigkeit
für den Reg.-Bez. Danzig,

die Staatspol.-Stelle Graudenz mit Zuständigkeit für den
Reg.-Bez. Marienwerder,

die Staatspol.-Stelle Bromberg mit Zuständigkeit für den
Reg.-Bez. Bromberg.

(2) Die Staatspol.-Leitstelle Danzig übt im Rahmen der
Dienstanweisung für die Staatspol.-Leitstellen die Leit-
befugnis über die Staatspol.-Stellen Graudenz und Brom-
berg aus.

(3) Die bisherige Staatspol.-Stelle Elbing übernimmt die
Geschäfte der neuen Staatspol.-Stelle Graudenz; sie scheidet
aus dem Bereich der Staatspol.-Leitstelle Königsberg
aus und tritt zum Bereich der Staatspol.-Leitstelle Danzig.
Ihr Dienstsitz ist sobald als möglich von E l b i n g
nach G r a u d e n z zu verlegen.

- b) (1) Im Reichsgau Posen
die Staatspol.-Leitstelle P o s e n mit Zuständigkeit für den Reg.-Bez. P o s e n,
die Staatspol.-Stelle H o h e n s a l z a mit Zuständigkeit für den Reg.-Bez. Hohensalza,
die Staatspol.-Stelle L o d s c h mit Zuständigkeit für den Reg.-Bez. K a l i s c h,
- (2) Die Staatspol.-Leitstelle P o s e n übt im Rahmen der Dienstanweisung für die Staatspol.-Leitstellen die Leitbefugnis über die Staatspol.-Stellen H o h e n s a l z a und L o d s c h aus.
- c) (1) In der Prov. Schlesien
die Staatspol.-Stelle K a t t o w i t z mit Zuständigkeit für den Reg. Bez. K a t t o w i t z (vgl. den Rd.-Erl. v. 20.10.1939 - S-I V 1 Nr. 697 III/39-151).
- (2) Die Staatspol.-Stelle K a t t o w i t z gehört zum Leitstellenbezirk der Staatspol.-Leitstelle Breslau.
- d) (1) In der Prov. Ostpreussen
die Staatspol.-Stelle Z i c h e n a u mit Zuständigkeit für den Reg.-Bezirk Zichenau.
- (2) Die Staatspol.-Stelle Z i c h e n a u gehört zum Leitstellenbezirk der Staatspol.-Leitstelle Königsberg.
- e) Das Geh. Staatspol.-Amt errichtet auf Vorschlag der zuständigen Inspektoren der Sicherheitspol. und des SD nach Bedarf Aussendienststellen, Grenzpol.-Kommissariate und Grenzpol.-Posten, die den Staatspol.-Leitstellen und Staatspol.-Stellen nachgeordnet sind.

II. Verhältnis zum Geh. Staatspol.-Amt.

Die Staatspol.-Leitstellen und Staatspol.-Stellen erhalten vom Chef der Sicherheitspol. und des SD. (Reichssicherheitshauptamt) bzw. vom Geh. Staatspol.-Amt unmittelbare Weisungen und haben unmittelbar zu berichten.

III. Verhältnis zu den Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung.

- (1) Die Leiter der Staatspol.-Leitstellen sind zugleich die politischen Referenten der Reichsstatthalter. Die Leiter der Staatspol.-Stellen sind zugleich die politischen Referenten der Reg.-Präs. ihres Reg.-Bezirks. Sie haben die Reichsstatthalter und die Reg.-Präs. über die wichtigen politisch-polizeilichen Angelegenheiten zu unterrichten.
- (2) Die Staatspol.-Leitstellen und Staatspol.-Stellen haben den Weisungen der Reichsstatthalter und der Reg.-Präs. ihres Bezirks zu entsprechen, sofern nicht Weisungen des Geh.Staatspol.-Amtes oder höherer Stellen entgegenstehen. In Zweifelsfragen entscheidet der Chef der Sicherheitspol. und des SD.
- (3) Die Behörden der Geh.Staatspol. können sich zur Erledigung ihrer Aufgaben der Kreis- und Ortspol.-Behörden als ihrer Hilfsorgane bedienen. Die Kreis- und Ortspol.-Behörden haben den Ersuchen und Weisungen der Geh.Staatspol. zu entsprechen.
- (4) Alle Pol.-Behörden haben von sich aus politisch-polizeiliche Angelegenheiten unverzüglich und unmittelbar der örtlichen zuständigen Behörde der Geh.Staatspol. zu berichten und gegebenenfalls deren Entschliessung einzuholen. Die Pflicht der Pol.-Behörden ihre vorgesetzten Dienststellen gleichzeitig zu unterrichten, bleibt unberührt.

Original

SD-Einsatzkommando Bromberg

Bromberg, den 15. November 1939.

An den

Stadtkommissar der Stadt Bromberg
Kreisleiter K a m p e ,

H i e r .

Betr.: Lagebericht.

In der Anlage überreicht die hies. Dienststelle den lfd.
Lagebericht mit dem Stand vom 14.11.39 zur gefl. Kenntnis-
nahme und dort. Verbleib.

Anl.: 1.

Wronisch
SS-Obersturmführer.

956

RTa 125

L a g e b e r i c h t .

(Stand vom 14.11.39.)

- 1a) Die in der Vorwoche sich bemerkbar gemachte Unruhe unter der deutschen Bevölkerung über eine angeblich geplante Aktion der Polen am 11.11.39 ist nunmehr endgültig behoben. Durch eine großangelegte Razzia der Gestapo in Zusammenarbeit mit SD, Schutzpolizei und Wehrmacht wurde am 11.11.39 morgens um 5 Uhr eine Durchsuchung sämtlicher Häuser vorgenommen und alle männlichen Personen im Alter von 18-65 Jahren, die nicht in Besitz eines von der Sicherheitspolizei abgestempelten Ausweises waren sistiert. Es wurden dabei 3.800 Personen sistiert von denen lediglich 1% durch Fahndungslisten bzw. Kartei erfaßt worden sind. Dieser niedrige Prozentsatz ergibt sich aus der Tatsache, daß die Stadt Bromberg bereits eine ähnliche Aktion erlebt hat und hierbei gründliche Arbeit geleistet worden war. An Geld wurden etwa 1.000 Mark sichergestellt. Waffen wurden nicht gefunden.
- 1b) Die Stimmung unter der polnischen Bevölkerung hat auf Grund der genannten Aktion eine weitere Befestigung hervorgerufen. Man ist nun stolz, einen Stempel der gefürchteten Gestapo zu besitzen, der als eine Art Freibrief für ein weiteres Leben in Bromberg gewertet wird. Die Polen bleiben jedoch weiterhin bemüht, ihre Habe zusammenzuraffen und damit endgültig nach dem Osten auszuwandern.
- 2a) Die hier am 1.11.39 eingetroffenen baltendeutschen Ärzte sind z.Zt. noch mit dem Aufbau ihrer Praxen beschäftigt, so daß in Kürze mit einer ernstlichen Behandlung der Bevölkerung zu rechnen ist.

2b)

Die Stadt Bromberg beging den 9. November mit einer Fest-
stunde im hiesigen Stadttheater. Es sprach Gemeindeführer
B e y l. Die anwesenden Deutschen Brombergs, die in den ver-
gangenen 19 Jahren gesehen hatten, wie in dem von Deutschen
erbauten Stadttheater deutschfeindliche Kundgebungen statt-
gefunden hatten, waren tiefbewegt.

Eine besondere Anzeichnung wird dem Bromberger Ruderklub
"Frithjof" in-soweit zuteil, als das Anrudern für das Jahr
1940 von Bromberg aus gestartet wird. Der Reichssportführer
hat hierzu seine Zustimmung gegeben.

Am 15.11.39 ist vom hiesigen Kreisleiter die DAF-Kreisleitung
Bromberg in Beisein der deutschen Betriebsführer gegründet
worden. Der Bromberger Pg. Z i e g l e r ist mit dem Auf-
bau beauftragt. Die polnischen Arbeiter werden in der DAF
auch erfasst, und zwar als schland Mitglieder mit allen Pflich-
ten, jedoch ohne alle Rechte.

2c)

Die bearbeitende und verarbeitende Nährstandsindustrie ist
durch treuhänderische Bewirtschaftung sichergestellt. Der
Kartoffelbedarf Brombergs ist bereits vollkommen gesichert.
Die Brotgetreideverrähte reichen für 4 Monate. Hier ist in
Kürze eine erhebliche Preissteigerung zu erwarten.

Da der Landkreis Bromberg sich als Ernährungsgrundlage für die
Stadt als zu klein erwiesen hat, hat man den Landkreis Virsitz
als Nahrungsmittellieferanten für Bromberg bereits mit einbe-
zogen. Verhandlungen mit anderen Bezirken sind noch im Gange.
Nachdem nunmehr die notwendigsten Arbeiten zur Sicherung der
Ernährung der Stadt Bromberg beendet sind, geht man an die
Organisation des Nährstandes. Die einzelnen Fachgruppen, wie
Gärtner, Müller, Fischer usw. werden auf Versammlungen erfasst
und hier werden die Richtlinien für die Aufbauarbeit gegeben,
sowie die Sorgen und Wünsche der einzelnen Betriebe und Grup-
pen nach Möglichkeit behandelt.

Der Aufbau von Genossenschaften im Anschluß an den Danziger Raiffeisen wird begonnen. Kredite an landwirtschaftliche Betriebe werden erteilt. In den abgebrannten Ortschaften sind z.T. schon Notwohnungen und Notstallungen errichtet. Der Pferdebesitz unterliegt einer Genehmigung, die in Polen nicht erteilt wird.

Bei der Aufstellung von Kundenlisten in den Fleischereien hat die Prüfung für Bromberg eine Bevölkerungsziffer von rund 163.000 Menschen bei einem Ist-Bestand von 90.000 ergeben. Die Einwohnerschaft hat demnach, trotz angedrohter schwerer Bestrafung die Einschreibung in mehreren Läden vorgenommen. Das Ernährungsamt nimmt nun genaue Prüfungen der Kundenlisten vor und wird die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Der Mangel an Fachkräften macht sich insofern bemerkbar, als viele Geschäfte nicht geführt werden können, obwohl es noch eine Reihe notwendigster Waren, wie Spinnstoffe u.a. auf dem Markt bringen könnten.

Die Brennstoffversorgung hat im wesentlichen infolge der weiterhin bestehenden Transportschwierigkeiten keine Änderung erfahren.

Das Wirtschaftsamt hat über die vorhandenen Vorräte keine Übersicht und gibt Besorgungsbefehle ohne Prüfung auf bestehende Notwendigkeit heraus, die dann infolge Warenmangel nicht erledigt werden können.

Gaststätten dürfen grundsätzlich nur noch gegen Bescheinigung vom Ernährungsamt Essen verabfolgen. Ausgenommen hiervon sind Beauftragte der Zivilverwaltung mit reichsdeutschem oder Danziger Paß.

Die Lage auf kirchlichem Gebiet ist in der Zwischenseit unverändert geblieben. Die Kirchenüberwachungen werden laufend weiter fortgesetzt, jedoch hat bisher das Verhalten der Geistlichen

Geistlichen keinen Anlaß zum Einschreiten. / Überhaupt sind hier-
zu grundsätzlich festgestellt werden, daß durch das Anstreben
der radikal-polnischen Pfarrer das Schüren eines ständigen
passiven Widerstandes auf kirchlichem Gebiet so gut wie unmg-
lich gemacht wurde; die übrigen Geistlichen sind als
gemäßigt anzusehen und zeigen sich in jeder Hinsicht sehr zu-
rückhaltend.

Ein Judenproblem in Bromberg gibt es nicht mehr, da die Stadt
vollkommen judenfrei ist. Bei der Säuberungsaktion sind sämt-
liche Juden, die es nicht vorgesogen hatten vorher zu flüchten,
beseitigt worden.

Von einer besonderer Aktivität der hier ehemals vorhandenen
Logen auf politischem Gebiet kann auf Grund des bisher beschlag-
nahnten und geachteten Logenmaterials nicht gesprochen werden.
Als grüteste deutsche Loge bestand hier die Jehanis-Loge genannt
"Janus-Loge" ; daneben gab es die "Schlaraffia" und die
"Odd Fellows"; letztere setzte sich fast nur aus jüdischen
Mitgliedern zusammen. Anhand eines hier erfassten Mitglieder-
Verzeichnisses der Janus-Loge wurden sämtliche hier nach an-
stehenden Logenangehörige ihrer heutigen Stellung nach und ihrem
Einfluß auf Wirtschaft und Politik einer entsprechenden Bes-
ichtigung unterzogen werden. -Einselberichte werden vom Fall
zu Fall nach dort gereicht.-

Kriegsleiter Kampfe z. k.

Original über St-Hauptamt
zur Vorlage bei Reichspropa-
ganda-Ministerium.

Nachzutragen wäre noch, daß
die hohe moralische Wider-
standskraft der Polen u. a.
daran hervor geht, daß sie
bei der „Liquidierung“ zunächst
einfach fürchtlos, tapferen Ver-
halten an den Tag legen.

10. 10. 41.

Dr. Debye - Roder
Verf. München

Notwendigkeit der propagandistischen Bearbeitung der Polen in Westpreussen.

Nach dem Willen des Führers soll in kürzester Zeit aus den polenbestimmten Territorien ein deutsches Westpreussen entstehen. Zur Durchführung dieser Aufgaben machen sich nach übereinstimmender Ansicht aller zuständigen Stellen folgende Maßnahmen notwendig:

1. physische Liquidierung aller derjenigen polnischen Elemente die,
 - a) in der Vergangenheit auf polnischer Seite irgendwelche führende hervorgetreten sind oder
 - b) in Zukunft Träger eines polnischen Widerstandes sein können.
2. Ansiedlung bzw. Umsiedlung aller "anständigen Polen" und "Kongresser" aus Westpreussen.
3. Verpflanzung rassisch und sonstig wertvoller Polen nach der Mitte des Altreiches, soweit es sich um untergegangenes deutsches Bluterbe handelt und anzunehmen ist, daß die Aufnahme in den deutschen Volkkörper selbstverständlich verstatet geht.

Die angeführten Maßnahmen sind von Anfang an in Angriff genommen worden. Es erscheinen jedoch folgende Bemerkungen nötig, und die Notwendigkeit weiterer Vorschläge zu erörtern:

Zu 1: Die Liquidierung wird nur noch kurze Zeit durchgeführt werden können. Dann werden die deutsche Verwaltung sowie andere ausserhalb der NSDAP liegenden Faktoren direkte Aktionen unmöglich machen. Auf jeden Fall wird es Ende trotz aller Mühe nur ein Bruchteil der Polen in Westpreussen vernichtet sein (schätzungsweise 20 000).

Zu 2: Naturgemäß wird sich die Ansiedlung bzw. Umsiedlung über Monate und Jahre erstrecken, da umfangreiche, technische und sonstige Arbeiten zu erledigen sind.

Zu 3: Die bewusste planmäßige Verschickung rassisch wertvoller Polen nach dem Altreich ist bisher kaum angelaufen. Schwierigkeiten wird die Auswahl der rassisch wertvollen Polen bieten (Beispiel: Ein polnischer Arzt, international anerkannter Krebsforscher, der erklärt hat, wenn er sich schon unterordnen müsse, dann lieber den Deutschen als den Juden usw., der in Ruhe seiner Forschung nachgehen möchte).

Die Zahl der so zu verschickenden wird gering sein.

Aus den Bemerkungen zu 1 - 3 geht somit hervor, daß zu rechnen ist, daß auch in den nächsten Monaten und Jahren noch mit einer erheblichen Zahl reiner und bewusster Polen zu rechnen sein wird. Die Polen werden entsprechend ihrer durch die Geschichte bewiesener Geisteshaltung auch in Zukunft stets das meiste,

konspirativ zu arbeiten, Sabotageakte durchzuführen und Verschwörungen anzusetzen. Noch heute nach der Zerschlagung des polnischen Staates ist die überwiegende Mehrheit der polnischen Bevölkerung überzeugt von der Befreiung und Wiederauferstehung durch englische und französische Hilfe. Wer an der Wahrheit dieser Feststellungen zweifelt, braucht nur einen serlumpig gekleideten, polnisch sprechenden Gewährsmann in die "Schlangen" zu entsenden, die sich täglich vor den Ladengeschäften der westpreussischen Städte bilden.

Zur Zerschlagung polnischer Umtriebe sind naturgemäß in erster Linie politische, wirtschaftliche, sicherheitspolizeiliche usw. Maßnahmen erforderlich. Darüber hinaus muss jedoch nach hiesigen Ermessen die moralische Widerstandskraft der Polen durch geeignete, propagandistische Maßnahmen zerschlagen werden. Somit dürften folgende Mittel zu erwägen sein:

Einrichtung einer "polnischen Ecke" in den bisherigen volkdeutschen Zeitungen mit Wiedergabe der deutschen Meeresberichte und anderer Kurzmeldungen, welche die polnische Widerstandskraft schwächen, Maueranschläge und Landzeitungen mit viel Bildern etwa entsprechend dem bekannten Plakate: "England Dein Werk", usw./f. Dabei ist zu beachten, dass die Polen kaum mehr Radioapparate besitzen und zu einem immerhin beachtenswerten Umfange die deutsche Sprache nicht beherrschen.

Nach hiesigen Ermessen müssen demnach sofort Besprechungen zwischen dem Reichspropagandaamt Danzig/Westpreussen und dem Reichspropaganda-Ministerium in Angriff genommen werden.

Mr. Köber,
Sturmabteiler

B e r i c h t e
des SD - Einsatzkommandos Bromberg
(Fotokopien bei ZStL)

Lagebericht (Stand vom 14.11.39.)

1a) ". . .

Durch eine großangelegte Razzia der Gestapo in Zusammenarbeit mit SD, Schutzpolizei und Wehrmacht wurde am 11.11.39 morgens um 5 Uhr eine Durchsuchung sämtlicher Häuser vorgenommen und alle männlichen Personen im Alter von 18-65 Jahren, die nicht im Besitz eines von der Sicherheitspolizei abgestempelten Ausweises waren sistiert. Es wurden dabei 3.800 Personen gestellt, von denen lediglich 1% durch Fahndungslisten bzw. Kartei erfaßt worden sind. Dieser niedrige Prozentsatz ergibt sich aus der Tatsache, daß die Stadt Bromberg bereits eine ähnliche Aktion erlebt hat und hierbei gründliche Arbeit geleistet worden war. . .

. . . "

Lagebericht vom 14. 11. 1939.

" . . .

Ein Judenproblem in Bromberg gibt es nicht mehr, da die Stadt vollkommen judenfrei ist. Bei der Säuberungsaktion sind sämtliche Juden, die es nicht vorgezogen hatten vorher zu flüchten, beseitigt worden.

. . . . "

Bericht an das Reichspropagandaministerium.

Betr.: - Notwendigkeit der propagandistischen Bearbeitung der Polen in Westpreußen.

Nach dem Willen des Führers soll in kürzester Zeit aus den polnisch bestimmten Pommerellen ein deutsches Westpreußen entstehen. Zur Durchführung dieser Auf-

gaben machen sich nach übereinstimmender Ansicht aller zuständigen Stellen folgende Maßnahmen notwendig:

1. physische Liquidierung aller derjenigen polnischen Elemente die,
 - a) in der Vergangenheit auf polnischer Seite irgendwie führend hervorgetreten sind oder
 - b) in Zukunft Träger eines polnischen Widerstandes sein können.
2. Aussiedlung bzw. Umsiedlung aller "ansässigen Polen" und "Kongresser" aus Westpreußen.
3. Verpflanzung rassisch und sonstig wertvoller Polen nach der Mitte des Altreiches, soweit es sich um untergegangenes deutsches Bluterbe handelt und anzunehmen ist, dass die Aufnahme in den deutschen Volkskörper reibungslos vonstatten geht.

Die angeführten Maßnahmen sind von Anfang an in Angriff genommen worden. Es erscheinen jedoch folgende Bemerkungen nötig, um die Notwendigkeit weiterer Vorschläge zu erhärten:

- Zu 1: Die Liquidierung wird nur noch kurze Zeit durchgeführt werden können. Dann werden die deutsche Verwaltung sowie andere ausserhalb der NSDAP liegenden Faktoren direkte Aktionen unmöglich machen. Auf jeden Fall wird am Ende trotz aller Härte nur ein Bruchteil der Polen in Westpreußen vernichtet sein (schätzungsweise 20.000).
- Zu 2: Naturgemäss wird sich die Aussiedlung bzw. Umsiedlung über Monate und Jahre erstrecken, da umfangreiche, technische und sonstige Arbeiten zu erledigen sind.
- Zu 3: Die bewusste planmässige Verschickung rassisch wertvoller Polen nach dem Altreich ist bisher kaum angelaufen. Schwierigkeiten wird die

Auswahl der rassistisch wertvollen Polen bieten (Beispiel: Ein polnischer Arzt, international anerkannter Krebsforscher, der erklärt hat, wenn er sich schon unterordnen müsse, dann lieber den Deutschen als den Juden usw., der in Ruhe seiner Forschung nachgehen möchte). Die Zahl der so zu verschickenden wird gering sein.

Aus den Bemerkungen zu 1 - 3 geht somit hervor, daß zu rechnen ist, daß auch in den nächsten Monaten und Jahren noch mit einer erheblichen Zahl reiner und bewußter Polen zu rechnen sein wird. Die Polen werden entsprechend ihrer durch die Geschichte bewiesener Geisteshaltung auch in Zukunft stets dazu neigen, konspirativ zu arbeiten, Sabotageakte durchzuführen und Verschwörungen anzustellen. Noch heute nach der Zerschlagung des polnischen Staates ist die überwiegende Mehrheit der polnischen Bevölkerung überzeugt von der Befreiung und Wiederauferstehung durch englische und französische Hilfe. Wer an der Wahrheit dieser Feststellungen zweifelt, braucht nur einen zerlumpt gekleideten, polnisch sprechenden Gewährsmann in die "Schlangen" zu entsenden, die sich täglich vor den Ladengeschäften der westpreussischen Städte bilden.

Zur Zerschlagung polnischer Umtriebe sind naturgemäß in erster Linie politische, wirtschaftliche, sicherheitspolizeiliche usw. Maßnahmen erforderlich. Darüberhinaus muss jedoch nach hiesigem Ermessen die moralische Widerstandskraft der Polen durch geeignete, propagandistische Maßnahmen zerschlagen werden. Somit dürften folgende Mittel zu erwägen sein:

Einrichtung einer "polnischen Ecke" in den bisherigen volksdeutschen Zeitungen mit Wiedergabe der deutschen Heeresberichte und anderer Kurzmeldungen, welche die polnische Widerstandskraft schwächen, Maueranschläge und Wandzeitungen mit viel Bildern etwa entsprechend den bekannten Plakate: "England Dein Werk", usw. Dabei ist zu beachten, daß die Polen kaum mehr Radioapparate besitzen und zu einem immerhin beachtenswerten Umfange die deutsche Sprache nicht beherrschen.

Nach hiesigem Ermessen müssen demnach sofort Besprechungen zwischen dem Reichspropagandaamt Danzig-Westpreußen und dem Reichspropagandaministerium in Angriff genommen werden.

(gez.) Dr. Röder
SS-Sturmbannführer

(Eine Abschrift dieses Berichts wurde mit folgendem Begleitschreiben dem Kreisleiter der NSDAP vorgelegt:

" Kreisleiter Kampe z.K.

Original über SD-Hauptamt zur Vorlage bei Reichspropagandaministerium.

Nachzutragen wäre noch, dass die hohe moralische Widerstandskraft der Polen u.a. daraus hervorgeht, daß sie bei der "Liquidierung" zu meist ein furchtloses, tapferes Verhalten an den Tag legen.

(gez.) Dr. Röder)

-Abschrift im Bundes-
archiv Koblenz -.

Abschrift v. Abschrift

17. November 1939
3/39 I c

Sehr geehrter Herr Reichsstatthalter und Gauleiter!

Der Vorfall in Pr. Stargard zusammen mit den Berichten, die mir von meinem unterstellten Kommandeuren zugegangen sind, geben mir Veranlassung, zu der Tätigkeit der im ehemals polnischen Gebiet eingesetzten Verbände des Selbstschutzes grundsätzlich Stellung zu nehmen.

Mein Chef des Generalstabes hat mir beim Bericht über die Angelegenheit Major Sahla gemeldet, dass Sie beabsichtigen, die bisher stillschweigend geduldete, selbständige Tätigkeit des Selbstschutzes aufzuheben. Ich begrüße Ihre Absicht um so mehr, als ich aus Meldungen und Berichten habe entnehmen müssen, dass es bisher nicht gelungen ist, den Selbstschutz auf die Aufgaben zurückzuführen, die in einer Besprechung meines Chefs des Generalstabes mit dem SS-Gruppenführer Hildebrandt und dem SS-Oberführer von Alvensleben am 13.10.39 besprochen waren. Das wesentliche dieser Besprechung war damals, die Aufgaben und die Tätigkeit des Selbstschutzes zu klären. Danach sollte neben der Aufgabe der eigenen Sicherung der Volksdeutschen der Selbstschutz als Hilfsorgan der Sicherheits- und Ordnungspolizei derart wirken, dass Erschiessungen von ihm überhaupt nicht, sondern nur durch entsprechende Kommandos des Höheren SS- und Polizeiführers erfolgen sollten. Im Notfall konnten nach standgerichtlichem Urteil und nach Genehmigung durch den Führer des Selbstschutzes, SS-Oberführer von Alvensleben Erschiessungen durchgeführt werden, weil damals die Polizeikräfte nicht ausreichten.

Die an der Besprechung beteiligten Herren waren sich darüber einig, dass jede andere Lösung zu schweren Übergriffen führen könnte und müsste und auch mit Rücksicht auf die spätere Entwicklung der den Selbstschutz angehörenden Männer tunlichst zu vermeiden sei.

Ich habe bei den mir von meinen vorgesetzten Dienststellen in dieser Beziehung vorgelegten Fragen bisher immer auf diese Regelung verwiesen. Ich muss aber doch feststellen, dass der Selbstschutz trotzdem in größerem Umfange Erschiessungen durchgeführt hat und noch durchführt, bei denen mir zweifelhaft sein muss, ob die vorgenannten Gesichtspunkte Berücksichtigung fanden. Ich führe nur als Beispiel hier den Vorfall in Pr.-Stargard an, dessen gerichtliche Klärung abzuwarten bleibt, sowie den Fall des Geistlichen Rates Schütt-Pelplin, um dessen Klärung sich sein Bruder, ein Beamter des Oberkommandos der Wehrmacht, bemüht. Die bisherigen Nachforschungen der geheimen Staatspolizei führten zu keinem Ergebnis. Ich erwähne ferner den Fall des Verschwindens des Vaters eines Gefreiten der Luftwaffe, Alexander Ellass, Schönfliess, Krs. Berent, den ich dem Höheren SS- und Polizeiführer am 16.11.39 mit der Bitte um Klärung mitteilen liess.

Es sind dieses nur 3 Fälle, um die ich mich pflichtgemäss bemüht habe, weil sie Angehörige der Wehrmacht bzw. nähere Verwandte von solchen betreffen. Gerade der letztere Fall zeigt, dass anscheinend leider auch Volksdeutsche den von ihnen erwarteten Schutz des Reiches noch nicht überall geniessen.

Darüber hinaus muss ich als für den Geist und die Schlagkraft der mir unterstellten Truppen verantwortlicher Kommandierender General bitten, Vorgänge, wie die z.Zt. noch immer mehr oder minder öffentlich stattfindenen Erschiessungen, beschleunigt abzustellen. Auch Berichte von Angehörigen der Exekutionskommandos über

solche Vorkommnisse an Angehörige des Ersatzheeres oder gar Einladungen von Wehrmachtsangehörigen zur Exekution sind unmöglich, da sie nach übereinstimmender Meldung sämtlicher Kommandeure eine ungeheure Erregung und starke seelische Belastung der mir anvertrauten jungen Truppe hervorgerufen haben.

Als für die Sicherheit dieses Landes verantwortlicher militärischer Befehlshaber sehe ich mich aber auch gezwungen, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass bei Fortsetzung der bisherigen Aktionen mit einer schweren Gefährdung der Sicherheit des Reichsgaues gerechnet werden muss.

Sie würde die Bindung stärkerer deutscher Truppen im Osten zur Folge haben und damit eine Schwächung der Gesamtkriegsführung bedeuten.

Es darf nicht übersehen werden, dass die Polen, abgesehen von den notwendigen harten Massnahmen der Enteignung und Aussiedlung, durch Schliessung der Kirchen, Erschiessung der Pfarrer, durch die vor ihren Augen erfolgte Zerstörung der Heiligen-Bilder, durch die ständige Drohung, dass alle Polen so schnell wie möglich aus diesem Lande verschwinden müssen und durch die ständige Unsicherheit des eigenen Lebens in eine Verzweiflungsstimmung getrieben werden, die bei herannahendem Winter und zunehmender Not sich nur steigern kann. Da etwa nur 10 vom Hundert Deutsche, z. Teil weit verstreut auf Einzelhöfen im Lande leben, ist ihr Schutz gegen Verzweiflungsakte der Polen bei der bisherigen Belegung des Wehrkreises mit Truppen und Polizei auf das äusserste gefährdet. Es bliebe dann nur übrig, durch Einsatz weiterer Truppen die Sicherheit des Landes wiederherzustellen. Damit würden der Wehrmacht Kräfte, die sie für den Kampf im Westen und für die Ausbildung der Rekruten benötigt, in stärkstem Masse entzogen werden müssen. Brände

auf dem Lande, Sabotageakte gegen Eisenbahnen, Flucht von Gefangenen sind die ersten Anzeichen für die in noch verstärktem Umfange zu erwartenden Verzweiflungstaten der Polen, die nichts mehr zu verlieren haben.

Ich fühle mich daher verpflichtet, Sie zu bitten, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, einer solchen Entwicklung der Lage entgegen zu wirken. Eine der wichtigsten Voraussetzungen hierzu sehe ich darin, dass der Selbstschutz in Zukunft nur noch als wirkliches Selbstschutzkorps und als Hilfsorgan der Polizei wirkt. Jede selbständige Aburteilung durch ihn muss grundsätzlich ausgeschlossen sein. Alle aus Sicherheitsgründen notwendigen Exekutionen sollten nur noch im ordentlichen Verfahren ohne Beteiligung des Selbstschutzes durchgeführt werden.

Ich glaube, dass wir durch derartige Maßnahmen schwere Rückschläge dem Reich ersparen können, und damit der Gesamtkriegsführung am besten dienen. Ich fühle mich Ihrer zustimmenden Antwort sicher und würde sie umsomehr begrüßen, als ich auf Grund des Vorfalles Major Sahla dem Herrn Oberbefehlshaber des Heeres über die Zusammenhänge zu berichten habe.

Heil Hitler!

gez. Bock
Generalleutnant

Abschrift von Abschrift

17. November 1939

3/ 39 I c

Sehr geehrter Herr Reichsstatthalter und Gauleiter!

Der Vorfall in Fr.Stargard zusammen mit den Berichten, die mir von meinem unterstellten Kommandeuren zugegangen sind, geben mir Veranlassung, zu der Tätigkeit der im ehemals polnischen Gebiet eingesetzten Verbände des Selbstschutzes grundsätzlich Stellung zu nehmen.

Mein Chef des Generalstabes hat mir beim Bericht über die Angelegenheit Major Sahla gemeldet, dass Sie beabsichtigen, die bisher stillschweigend geduldete, selbständige Tätigkeit des Selbstschutzes aufzuheben. Ich begrüße Ihre Absicht um so mehr, als ich aus Meldungen und Berichten habe entnehmen müssen, dass es bisher nicht gelungen ist, den Selbstschutz auf die Aufgaben zurückzuführen, die in einer Besprechung meines Chefs des Generalstabes mit dem SS.Gruppenführer Hildebrandt und dem SS.Oberführer von Alvensleben am 13.10.39 besprochen waren. Das wesentliche dieser Besprechung war damals, die Aufgaben und die Tätigkeit des Selbstschutzes zu klären. Danach sollte neben der Aufgabe der eigenen Sicherung der Volksdeutschen der Selbstschutz als Hilfsorgan der Sicherheits- und Ordnungspolizei derart wirken, dass Erschießungen von ihm überhaupt nicht, sondern nur durch entsprechende Kommandos des Höheren SS und Polizeiführers erfolgen sollten. Im Notfall konnten nach standgerichtlichem Urteil und nach Genehmigung durch den Führer des Selbstschutzes, SS.Oberführer v. Alvensleben Erschiessungen durchgeführt werden, weil damals die Polizeikräfte nicht ausreichten.

- 2 -

Die an der Besprechung beteiligten Herren waren sich darüber einig, dass jede andere Lösung zu sicheren Übergriffen führen könnte und müsste und auch mit Rücksicht auf die spätere Entwicklung der den Selbstschutz angehörenden Männer tunlichst zu vermeiden sei.

Ich habe bei den mir von meinen vorgesetzten Dienststellen in dieser Beziehung vorgelegten Fragen bisher immer auf diese Regelung verwiesen. Ich muss aber doch feststellen, dass der Selbstschutz trotzdem in grösserem Umfange Erschiessungen durchgeführt hat und noch durchführt, bei denen mir zweifelhaft sein muss, ob die vorgenannten Gesichtspunkte Berücksichtigung fanden. Ich führe nur als Beispiel hier den Vorfall in Pr. Stargard an, dessen gerichtliche Klärung abzuwarten bleibt, sowie den Fall des Geistlichen Rates Schütt-Pelplin, um dessen Klärung sich sein Bruder, ein Beamter des Oberkommandos der Wehrmacht, bemüht. Die bisherigen Nachforschungen der geheimen Staatspolizei führten zu keinem Ergebnis. Ich erwähne ferner den Fall des Verschwindens des Vaters eines Gefreiten der Luftwaffe, Alexander Elass, Schönfliess, Krs. Berent, den ich dem Höheren SS.- und Polizeiführer am 16.11.39 mit der Bitte um Klärung mitteilen liess.

Es sind dieses nur 3 Fälle, um die ich mich pflichtgemäss bemüht habe, weil sie Angehörige der Wehrmacht bzw. nähere Verwandte von solchen betreffen. Gerade der letztere Fall zeigt, dass anscheinend leider auch Volksdeutsche den von ihnen erwarteten Schutz des Reiches noch nicht überall geniessen.

Darüber hinaus muss ich als für den Geist und die Schlagkraft der mir unterstellten Truppen verantwortlicher Kommandierender General bitten, Vorgänge, wie die z.Zt. noch immer mehr oder minder öffentlich stattfindenden Erschiessungen, beschleunigt abzustellen. Auch Berichte von Angehörigen der Exekutionskommandos über solche

- 3 -

Vorkommnisse an Angehörige des Ersatzheeres oder gar Einladungen von Wehrmachtangehörigen zur Exekution sind unmöglich, da sie nach übereinstimmender Meldung sämtlicher Kommandeure eine ungeheure Erregung und starke seelische Belastung der mir anvertrauten jungen Truppe hervorgerufen haben.

Als für die Sicherheit dieses Landes verantwortlicher militärischer Befehlshaber sehe ich mich aber auch gezwungen, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass bei Fortsetzung der bisherigen Aktionen mit einer schweren Gefährdung der Sicherheit des Reichsgaues gerechnet werden muss.

Sie würde die Bindung stärkerer deutscher Truppen im Osten zur Folge haben und damit eine Schwächung der Gesamtkriegsführung bedeuten.

Es darf nicht übersehen werden, dass die Polen, abgesehen von den notwendigen harten Massnahmen der Enteignung und Aussiedlung, durch Schliessung der Kirchen, Erschiessung der Pfarrer, durch die vor ihren Augen erfolgte Zerstörung der Heiligen-Bilder, durch die ständige Drohung, dass alle Polen so schnell wie möglich aus diesem Lande verschwinden müssen und durch die ständige Unsicherheit des eigenen Lebens in eine Verzweiflungsstimmung getrieben werden, die bei herannahendem Winter und zunehmender Not sich nur steigern kann. Da etwa nur 10 vom Hundert Deutsche, z. Teil weit verstreut auf Einzelhöfen im Lande leben, ist ihr Schutz gegen Verzweiflungsakte der Polen bei der bisherigen Belegung des Wehrkreises mit Truppen und Polizei auf das Äusserste gefährdet. Es bliebe dann nur übrig, durch Einsatz weiterer Truppen die Sicherheit des Landes wiederherzustellen. Damit würden der Wehrmacht Kräfte, die sie für den Kampf im Westen und für die Ausbildung der Rekruten benötigt, in stärkstem Maße entzogen werden müssen. Brände

- 4 -

auf dem Lande, Sabotageakte gegen Eisenbahnen, Flucht von Gefangenen sind die ersten Anzeichen für die in noch verstärktem Umfange zu erwartenden Verzweiflungstaten der Polen, die nichts mehr zu verlieren haben.

Ich fühle mich daher verpflichtet, Sie zu bitten, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, einer solchen Entwicklung der Lage entgegen zu wirken. Eine der wichtigsten Voraussetzungen hierzu sehe ich darin, dass der Selbstschutz in Zukunft nur noch als wirkliches Selbstschutzkorps und als Hilfsorgan der Polizei wirkt. Jede selbstständige Aburteilung durch ihn muss grundsätzlich ausgeschlossen sein. Alle aus Sicherheitsgründen notwendigen Exekutionen sollten nur noch im ordentlichen Verfahren ohne Beteiligung des Selbstschutzes durchgeführt werden.

Ich glaube, das wir durch derartige Maßnahmen schwere Rückschläge dem Reich ersparen können, und damit der Gesamtkriegsführung am besten dienen. Ich fühle mich Ihrer zustimmenden Antwort sicher und würde sie umsomehr begrüßen, als ich auf Grund des Vorfalles Major Sahla dem Herrn Oberbefehlshaber des Heeres über die Zusammenhänge zu berichten habe.

Hiel Hitler!
gez. Bock
Generalleutnant

B Ia 127 85

Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Danzig

464 66

Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen Monat Jahr Zeit		Rang für Eintragung		Beideert Tag Monat Jahr Zeit	
1939 14		Oberstabsarzt Weichsel Nr. 45739		an durch	
3259		Abt.		Verdachtungsnummer	
Nr.		Telegramm - Fernspruch		Fernschreiben	

+ DR. BERLIN NUE 215 447 28.11.39 1830 = KR. =
 DRINGEND - SOFORT VORLEGEN - GEHEIM. -
 1.) A. DEN HOEHEREN SS- UND POLIZEIFUEHRER IN KRAKAU.
 - B. DEN BEFEHLSHABER DER SICHERHEITSPOLIZEI IN KRAKAU.
 2.) A. DEN HOEHEREN SS- UND POLIZEIFUEHRER IN BRESLAU.
 - B. DEN INSPEKT. DER S. POL. IN BRESLAU. - -
 3.) A. DEN HOEHEREN SS.- P UND POLIZEIFUEHRER IN POSEN.
 - B. DEN INSP. DER S. POL. IN POSEN. - -
 4.) A. DEN HOEHEREN SS.- UND POLIZEIFUEHRER IN DANZIG. -
 - B. DEN INSP. DER S. POL. IN DANZIG. - -
 5.) A. DEN HOEHEREN SS. UND POLIZEIFUEHRER IN
 KOENIGSBERG. - B.) DEN INSP. DER S. POL. IN KOENIGSBERG.
 - BETR.: RAEUMUNG IN DEN NEUEN OSTPROVINZEN. - - -
 AUF GRUNDSAETZLICHEN BEFEHL DES RFSS. WIRD DIE
RAEUMUNG VON POLEN UND JUDEN IN DEN NEUEN OSTPROVINZEN
 DURCH DIE SICHERHEITSPOLIZEI DURCHGEFUEHRT. HIERFUER
 SIND DEN HOEHEREN SS. UND POLIZEIFUEHRERN DIE INSP.
 DER S. POL. UND DIE DIESEN UNTERSTEHENDEN DIENSTSTELLEN
 VERANTWORTLICH. ZU DEN VON DEN INSP. DURCHZUFUEHRENDEN
 AUFGABEN GEHOEREN NEBEN REINEN EVAKUIERUNGSMASSNAHMEN
 AUCH DIE MIT DER RAEUMUNG VERBUNDENEN (UNTERSTRICHEN)
 AUFGABEN. INSOERN ALSO HAT DER INSP. AUCH MIT DEN
 ZUSTAENDIGEN REICHSEBAHNDIREKTIONEN IN BEZUG AUF DEN
 ABTRANSPORTFAHRPLAN ZU VERHANDELN UND IHN DURCHZUSETZEN

12 GRUNDSAETZLICH SIND DIE TRANSPORTFRAGEN VON DEN INSP
OERTLICH ZU REGELN, DA DAS VERKEHRSMINISTERIUM BEZW. I
REICHSEBAHNZENTRALE DIE REGELUNG OERTLICHER
TRANSPORTFRAGEN DEN OERTLICHEN REICHSEBAHNDIREKTIONEN
UEBERTRAGEN HAT. BEI ENTSTEHENDEN SCHWIERIGKEITEN IS
DEM REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT MITTEILUNG ZU MACHEN,
NOTFALLS SCHWIERIGKEITEN MIT DEN ZENTRALSTELLEN BEHE
ZU KOENNEN. ANSIEDLUNGS-, BETREUUNGS- UND
UNTERBRINGUNGS-AUFGABEN VOLKSDEUTSCHER GEHOEREN NICHT
(UNTERSTRICHEN) IN DEN AUFGABENBEREICH DER
SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD. - - -

ES IST VOM REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT EIN RAEUMUNGS
VORGEGEHEN, DER AUS EINEM NAH- UND FERNPLAN BESTEHT.
N HPLAN IST BIS ZU DEM BEGINN DER VOLKSZAEHLUNG AM
17.12.39 DURCHZUFUEHREN. NACH IHM SIND SOVIEL POLEN
JUDEN ABZUTRANSPORTIEREN, DASS DIE HEREINKOMMENDEN
BALTENDEUTSCHEN UNTERGEBRACHT WERDEN KOENNEN.

- DER NAHPLAN (UNTERSTRICHEN) WIRD NUR FUER DEN WART
DURCHGEFUEHRT, DA ZUNAECHST LEDIGLICH DORTHIN
BALTENDEUTSCHE GEBRACHT WERDEN. DER NAHPLAN IST DURCH
SONDERBEFEHL DEM HOEHEREN SS. UND POLIZEIFUEHRER IN
KRAKAU, DEM HOEHEREN SS. UND POLIZEIFUEHRER IN POSEN
SOWIE DEM INSP. DER SICHERHEITSPOLIZEI IN POSEN
ZUGEGANGEN. - - -

DER FERNPLAN (UNTERSTRICHEN) WIRD VON HIER ENTWORFEN
UND NACH EINER BEI MIR STATTFINDENEN BESPRECHUNG FUEHRT
DIE GESAMTEN OSTPROVINZEN ENDGUELTIG FESTGELEGT. DIE
DURCHFUEHRUNG DER RAEUMUNG IN DEN EINZELNEN GAUEN
ERFOLGT DURCH DIE EI INSP. DER SICHERHEITSPOLIZEI IN
AUFTRAGE DER HOEHEREN SS.- UND POLIZEIFUEHRER.

ENTSCHEIDEND FUER DAS TEMPO DER RAEUMUNG IST DER
RAEUMUNGSPLAN. FUER DIE UNTERBRINGUNG IM GOUVERNEMENT
SIND NICHT DIE DEUTSCHEN VERWALTUNGSS- UND

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Danzig

465

166

Nachrichten-Übermittlung

Telegramm Monat Jahr Zeit durch	Raum für Eingangskontrolle	Selbst Tag Monat Jahr Zeit an durch
		13 0.
		Verpfändungsnummer
Nr.	Telegramm — Fernspruch — Fernschreiben Fernspruch	

POLIZEIBEHÖRDEN ZUSTAENDIG, SONDERN DIE POLNISCHEN STAROSTEN UND BUERGERMEISTER. DIESEN WIRD DURCH DIE DEUTSCHEN BEHOERDEN LEDIGLICH MITGETEILT, FUER WIEVIEL PERSONEN SIE AUFNAHMEMAESSIG SORGEN MUESSEN. - DIE RAEUMUNG NACH DEM FERNPLAN (UNTERSTRICHEN) MUSS HEISSEN - NACH DEM FERNPLAN ERFOLGT NACH DEN UNTERLAGEN DER VOLKSZAEHLUNG. NACH DIESSR BESITZEN ALLE PERSONEN IN DEN NEUEN PROVINZEN EIN EXEMPLAR, DAS VOLKSZAEHLUNGSFORMULAR GILT ALS VORLAEUFIGER AUSWEIS, DER ZUM AUFENTHALT BERECHTIGT. DAHER MUESSEN VOR DEM ABTRANSPORT ALLEN PERSONEN DIESE FORMULARE ABGENOMMEN WERDEN. DER AUFENTHALT NACH DER VOLKSZAEHLUNG OHNE DIESES FORMULAR WIRD IN DEN NEUEN PROVINZEN AUF BEFEHL DES RFSS. MIT ERSCHIESSEN BEDROHT. DURCH DIESE MASSNAHME WIRD ES MOEGLICH SEIN, DIE RUECKKEHR DER AUSGESIEDELTEN PERSONEN ZU VERHINDERN, NACHDEM EINE WIRKSAME GRENZKONTROLLE ZUM GOUVERNEHMENT PRAKTISCH KAUM VOLL ERFOLGREICH ERSCHEINT. VORAUSSICHTLICH WIRD DIE VOLKSZAEHLUNG AM 17.12.39 STATTFINDEN, SO DASS DER GROSSE RAEUMUNGSPLAN ERST NACH DIESEM ZEITPUNKT ALSU EIVA AB 1.1.40 BEGINNEN WIRD. -

DER CHEF DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD. GEZ.
 H E Y D R I C H, SS. GRUPPENFUEHRER.

Abschrift

Original im Bundesarchiv
in Koblenz

Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Danzig
Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen

Zeit 19.30

durch Träger fng

Nr. 3259

Telegramm - Funkspruch - Fernschreiben -
Fernspruch

+- DR. BERLIN NUE 215 447 28.11.39 1830 = KR. =
DRINGEND - SOFORT VORLEGEN = GEHEIM. -
1.) A. DEN HOEHEREN SS- UND POLIZEIFUEHRER IN KRAKAU.
- B. DEN BEFEHLSHABER DER SICHERHEITSPOLIZEI IN KRAKAU.
2.) A. DEN HOEHEREN SS- UND POLIZEIFUEHRER IN BRESLAU!
- B. DEN INSPEKT. DER S. POL. IN BRESLAU. - -
3.) A. DEN HOEHEREN SS.- P UND POLIZEIFUEHRER IN POSEN.
- B. DEN INSP! DER S. POL. IN POSEN. - -
4.) A. DEN HOEHEREN SS.- UND POLIZEIFUEHRER IN DANZIG.-
- B. DEN INSP. DER S. POL. IN DANZIG. -
5.) A. DER HOEHERE SS.- UND POLIZEIFUEHRER IN
KOENIGSBERG. - B.) DEN INSP. DER S. POL. IN KOENIGSBERG!
+ BETR.: RAEUMUNG IN DEN NEUEN OSTPROVINZEN. - - -
- AUF GRUNDSAETZLICHEN BEFEHL DES RFSS. WIRD DIE
RAEUMUNG VON POLEN UND JUDEN IN DEN NEUEN OSTPROVINZEN
DURCH DIE SICHERHEITSPOLIZEI DURCHGEFUEHRT. HIERFUER
SIND DEN HOEHEREN SS.- UND POLIZEIFUEHRERN DIE INSP.
der S. Pol. UND DIE DIESEN UNTERSTEHENDEN DIENSTSTELLEN
VERANTWORTLICH. ZU DEN VON DEN INSP. DURCHZUFUEHRENDEN
AUFGABEN GEHOEREN NEBEN REINEN EVAKUIERUNGSMASSNAHMEN
AUCH DIE MIT DER RAEUMUNG VERBUNDENEN (UNTERSTRICHEN)
AUFGABEN. INSOERN ALSO HAT DER INSP. AUCH MIT DEN ZU-
STAENDIGEN REICHSBAHNDIREKTIONEN IN BEZUG AUF DEN AB-
TRANSPORTFAHRPLAN ZU VERHANDELN UND IHN DURCHZUSETZEN

GRUNDSAETZLICH SIND DIE TRANSPORTFRAGEN VON DEN INSP. OERTLICH ZU REGELN. DA DAS VERKEHRSMINISTERIUM BEZW. DER REICHSBAHNZENTRALE DIE REGELUNG OERTLICHER TRANSPORTFRAGEN DEN OERTLICHEN REICHSBAHNDIREKTIONEN UEBERTRAGEN HAT. BEI ENTSTEHENDEN SCHWIERIGKEITEN IST DEM REICHS-SICHERHEITSHAUPTAMT MITTEILUNG ZU MACHEN. NOTFALLS SCHWIERIGKEITEN MIT DEN ZENTRALSTELLEN BEHEBEN ZU KOENNEN. ANSIEDLUNGS-, BETREUUNGS- UND UNTERBRINGUNGS-AUFGABEN VOLKSDEUTSCHER GEHOEREN NICHT (UNTERSTRICHEN) IN DEN AUFGABENBEREICH DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD.---

ES IST VOM REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT EIN RAEUMUNGSPLAN VORGESEHEN, DER AUS EINEM NAH- UND FERNPLAN BESTEHT. NAHPLAN IST BIS ZU DEM BEGINN DER VOLKSZAEHLUNG AM 17.12.39 DURCHZUFUEHREN. NACH IHM SIND SOVIEL POLEN UND JUEDEN ABZUTRANSPORTIEREN, DASS DIE HEREINKOMMENDEN BALTENDEUTSCHEN UNTERGEBRACHT WERDEN KOENNEN.

- DER NAHPLAN (UNTERSTRICHEN) WIRD NUR FUEER DEN WARTHEGAU DURCHGEFUEHRT, DA ZUNAEBCHST LEDIGLICH DORTHIN BALTEN-DEUTSCHE GEBRACHT WERDEN. DER NAHPLAN IST DURCH SONDERBEFEHL DEM HOEHEREN SS. UND POLIZEIFUEHRER IN KRAKAU, DEM HOEHEREN SS.- UND POLIZEIFUEHRER IN POSEN SOWIE DEM INSP. DER SICHERHEITSPOLIZEI IN POSEN ZUGEGANGEN. - - DER FERNPLAN (UNTERSTRICHEN) WIRD VON HIER ENTWORFEN UND NACH EINER BEI MIR STATTFINDENDEN BESPRECHUNG FUR DIE GESAMTEN OSTPROVINZEN ENDGUELTIG FESTGELEGT. DIE DURCHFUEHRUNG DER RAEUMUNG IN DEN EINZELNEN GAUEN ERFOLGT DURCH DIE EIINSP. DER SICHERHEITSPOLIZEI IM AUFTRAGE DER HOEHEREN SS.- UND POLIZEIFUEHRER. ENTSCHEIDEND FUEER DAS TEMPO DER RAEUMUNG IST DER RAEUMUNGSPLAN. FUEER DIE UNTERBRINGUNG IM GOUVERNEMENT SIND NICHT DIE DEUTSCHEN VERWALTUNGS- UND POLIZEIBEHOERDEN ZUSTAENDIG, SONDERN DIE POLNISCHE STAROSTEN UND BUERGERMEISTER. DIESEN WIRD DURCH DIE DEUTSCHEN BEHOERDEN LEDIGLICH MITGETEILT, FUEER WIEVIEL PERSONEN SIE AUFNAHMEMAESSIG SORGEN MUESSEN. -

DIE RAEMUNG NACH DEM FERNPLAN (UNTERSTRICHEN) MUSS HEISSEN - NACH DEM FERNPLAN ERFOLGT NACH DEN UNTERLAGEN DER VOLKSZAEHLUNG. NACH DIESER BESITZEN ALLE PERSONEN IN DEN NEUEN PROVINZEN EIN EXEMPLAR. DAS VOLKSZAEHLUNGS-FORMULAR GILT ALS VORLAEUFIGER AUSWEIS, DER ZUM AUFENTHALT BERECHTIGT. DAHER MUESSEN VOR DEM ABTRANSPORT ALLEN PERSONEN DIESE FORMULARE ABGENOMMEN WERDEN. DER AUFENTHALT NACH DER VOLKSZAEHLUNG OHNE DIESES FORMULAR WIRD IN DEN NEUEN PROVINZEN AUF BEFEHL DES RFSS. MIT ERSCHIESSEN BEDROHT. DURCH DIESE MASSNAHME WIRD ES MOEGLICH SEIN, DIE RUECKKEHR DER AUSGESIEDELTEN PERSONEN ZU VERHINDERN, NACHDEM EINE WIRKSAME GRENZKONTROLLE ZUM GOUVERNEMENT PRAKTISCH KAUM VOLL ERFOLGREICH ERSCHEINT. VORAUSSICHTLICH WIRD DIE VOLKSZAEHLUNG AM 17. 12. 39 STATTFINDEN, SO DASS DER GROSSE RAEUMUNGSPLAN ERST NACH DIESEM ZEITPUNKT, ALSO ETWA AB 1. 1. 40 BEGINNEN WIRD. =

DER CHEF DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD. GEZ.
H E Y D R I C H, SS. GRUPPENFUEHRER.

Original

Mündliche Orientierung am 22.9.
durch Major Radke

4.

1. Unterredung Ob.d.H mit Heydrich:

Heydrich ist geschickt vom Reichsführer SS zur Entgegennahme von Wünschen des Ob.d.H. Wünsche sind:

- a. Orientierung des Heeres über alle Befehle der SS
- b. Bei allen Massnahmen müssen auf Befehl des Führers die wirtschaftlichen Belange zunächst den Vorrang haben. Also keine zu schnelle Beseitigung der Juden u.s.w.
- c. Volkspolitische Bewegungen erst nach Beendigung der Operationen.
- d. Keine Massnahmen, die ungünstig im Ausland wirken können.

Heydrich gab die Zusage, dass alle Befehle der SS bekannt gegeben wären und dass örtliche Verbindungsaufnahme erfolgen sollte. Der Befehl zur Erschiessung der Insurgenten ist zurückgenommen. Ob.d.H. hat Einsatz von Standgerichten bis zu den Bat. herab befohlen. Standgerichte sind auch bei der Polizei geduldet. Nachprüfung der Urteile erfolgt beim Heer durch die Kriegsgerichte, bei der Polizei auf dem polizeilichen Dienstwege. Ob.d.H. sagt, er habe von sich aus schärfste Massnahmen gegen Insurgenten u.s.w. angeordnet. --Heydrich sagt, dass Freischärler nicht mehr ohne Standgericht erschossen werden sollen, ausser wenn sie im Kampf ständen. --Klage Heydrichs über zu langsames Arbeiten der Kriegsgerichte wird vom Ob.d.H. zurückgewiesen. Internationale Rücksichten müssten genommen werden u.s.w. --Heydrich lobt die gute Zusammenarbeit mit den I c/A O. --Betr. der wirtschaftlichen Belange sagt Heydrich, es könne keine Rücksicht genommen werden auf Adel, Geistlichkeit, Lehrer und Legionäre. Das seien aber nur wenige, ein paar Tausend. Diese müssten sofort verhaftet werden und in die K.Z. gebracht werden. Ob.d.H. erkennt gewisse Unterschiede an, will aber ein langsames Vorgehen haben. --Heydrich berichtet über beabsichtigt

tigte Massnahmen:Zunächst jüdische Deportation vom Lande in die Städte im Einklang mit Landwirtschaftsministerium.Dabei muss aber Bebauung des Landes sichergestellt werden.Führerschaft der Juden wird für diese Bewegung eingeschaltet.Ob.d.H.verlangt,dass diese Bewegung von militärischer Seite gesteuert würde unter Ausschaltung der Civilbehörden.Er verlangt kein eigenmächtiges Vorgehen der Civilstellen Sonst käme es zu Reibungen.-Heydrich wehrt sich gegen das Misstrauen des Ob.d.H.,der seine rein sachlichen Gründe unterstreicht.Heydrich lädt Ob.d.H.ein den ganzen Polizeiapparat einmal gründlich zu besichtigen.Ob.d.H.entschuldigt sich aus Mangel an Zeit.Kurze Verabschiedung

Heydrich äussert sich Radke gegenüber sehr unbefriedigt über den Besuch und spricht von Voreingenommenheit.

Bei Oberst Wagner werden noch Einzelheiten besprochen
Kongresspolen sollen allmählich nach Osten herausgedrängt werden
An Reichsgrenze möglichst bald nur noch Deutsche, die dann langsam nach Osten vorgeschoben werden sollen.

Ein Judenstaat unter deutscher Verwaltung bei Krakau
Dahinein auch alle Zigeuner und sonstige Unliebsame.

Wöchentliche bzw. 14 tägige Fühlungnahme mit Get apa
durch Major Kossmann und Major Radke vereinbart

2. Herausnahme der Heeresbeamten aus der Partei während des Krieges wird vorbereitet. Beabsichtigt auch im Frieden beizubehalten. Vorsichtiges Vorgehen des Ob.d.H. durch persönliche Rücksprache bei Hess.

3. Bei Pultusk sind 80 Juden durch die Truppe niedergeknallt in viehischer Weise. Kriegsgericht ist eingesetzt, ebenso gegen 2 Leute, die in Bromberg geplündert, gemordet und vergewaltigt haben.

4. Verluste werden auf Wunsch des Führers zahlenmäßig bekannt gegeben, nicht nur prozentual, wie Ob.d.H. wollte.

5. Kriegsgräberangelegenheit ist von General Reihecke zu erledigen. Er muss gebeten werden die notwendigen Anordnungen an die Truppe zu erlassen. (Ort, Lage der Gräber schon jetzt durch die Truppe melden)

Ob.d.H. wünscht Zuteilung eines Heereschriftstellers zur Abt. z. b. V. Luft hat sich Beumelburg verschrieben. Vortrag erforderlich.

§. Major Hartl soll abgelöst werden. Ein Österreicher sei ungeeignet für I c Angelegenheiten. Ob.d.H. wünscht Rücksprache mit O. Qu. IV

8. Es soll ein Interview des Ob.d.H. mit einem amerikanischen Journalisten stattfinden. Vorherige schriftliche Festlegung.

9. Ein polnischer Oberst ist gegen Ehrenwort nach Warschau geschickt, um dort die wahre Lage zu schildern. Ist zurückgekehrt. Hat von energischer Führung General Rommels berichtet. Näheres noch nicht bekannt.

10. Dr. Ley soll sich gestern in einer Rede darüber geäußert haben, dass Operationsplan allein vom Führer gemacht sei und nicht von den Schlieffen-Schülern. Muss vorsichtig nachgeprüft werden.

11. Von W Pr beabsichtigte Einfügung des Merkblättes wird für technisch undurchführbar gehalten und soll nicht erfolgen.

In Soldbüchern der Luftwaffe ist Einfügung erfolgt.

12. In Nachtausgabe ist folgende Zusammenstellung über die Wünsche der H J betr. Waffengattung erfolgt:

Flieger	17 %	Kavallerie	4 %
Mot. Truppen	15	Nachr. Tr.	3
Flak	13	Infanterie	2
Panzertruppen	13	Pioniere	2
Marine	13	besp. Art	1
Fallschirmtr.	6	Keine Wünsche	6
mot. Art.	5		

Ob. d. H. hat bei Führerzug Einspruch erhoben gegen Veröffentlichung und Einstellung der H J

13. Veröffentlichung des Todes von Generaloberst v. Fritsch war um 17.00 Uhr noch vom Führerzug vorläufig vorbehalten.

WB-2753 (1) NOKKO 2664

Ic

SICHERHEITSPOLIZEI
DER FÜHRER DER EINSATZGRUPPE III

Lodz, den 29. 9.39

Tgb. Nr. 10 /39

*Brth auf Kommando
O-Com. ins Delay
T. M. 3/4*

Post. Nr.	
Abt.	
30. SEP 1939	
Tgb.-Nr.	116/39

An das

Armee-Oberkommando 8
- Oberquartiermeister -
z.Hd. des Herrn Oberst J ä n e c k e

in B o d z

Betrifft: Tätigkeitsbericht für den 28.9.39

I. Tätigkeitsbericht der Kriminalpolizei:

Die Tätigkeit beschränkt sich zunächst nur auf Einzelaktionen, die gegen die verschiedensten Typen von Rechtsgrechern durchgeführt werden. Systematische Aktionen werden weiter gegen die Dirnen durchgeführt mit Rücksicht auf die schwere Gefahr, die sie insbesondere für die Angehörigen der Wehrmacht darstellen.

In organisatorischer Beziehung wurde die weitere Sichtung und Ordnung der Karteien durchgeführt, insbesondere wurde die sogenannte Informationskartei erfaßt, die etwa 50 - 60 000 vorbestrafte Personen enthält. Auch das Fahndungswesen ist soweit wieder hergestellt, daß es in den Diensten kriminalpolizeilicher Tätigkeit gestellt werden kann.

II. Staatspolizeiliche Tätigkeit:

a) Bei der Erfassung des politischen Aktenmaterials, das in der Hauptsache durch die 5. Polizeibrigade in Lodz bearbeitet wurde, ist reichhaltiges Material über die Arbeit der kommunistischen Partei in der Wojewodschaft Lodz und über kommunistische Funktionäre gefunden worden. Die Auswertung und Sichtung dieses Materials wird zur Zeit durchgeführt, und die Fahndungen nach kommunistischen Funktionären, die fast sämtlich flüchtig sind, wurden aufgenommen.

Besondere Ermittlungen sind eingeleitet gegen eine Gruppe von sogenannten polnischen "Unabhängigen" bei der Lodz Strassenbahngesellschaft, die die Entlassung aller Volksdeutschen verlangt und auch bei der Stadtverwaltung erreicht haben.

b.)

NPS 2753(1)

NO KW 2664

b) Die Einzelaktionen gegen jüdische Verbände, Vereinigungen usw. wurden auch in der Berichtszeit fortgesetzt. So wurde u.a. die "Allgemeine Zionistische Organisation" in Lodz, Srodniejska 29 aufgelöst und sachdienliches Material beschlagnahmt. Der Vorsitzende dieser Organisation, ein gewisser Jezy Rosenblatt, hält sich mit seiner Familie in der Schweiz auf, dagegen konnten die beiden Vorstandsmitglieder Markus Marchew u. Osser Szapiro festgenommen werden. Ferner wurde jüdische Organisation "Kibbutz Gordonia" - Lodz, Kilinskiego 86, überholt. Auch hier wurde Schriftmaterial beschlagnahmt. Die Vorstandsmitglieder dieser Vereinigung sind geflohen.

Nach vertraulichen Mitteilungen beginnen die Juden damit, ihre Wertgegenstände bei arischen Personen zu verstecken. Im Zuge der Ermittlungen wurden bei dem Volksdeutschen und portugiesischem Vizekonsul Paul Schulz, Srodniejska 36, die von einer Jüdin verborgenen Wertsachen beschlagnahmt, u.zw. u.a. 15 Goldstücke zu 20 Golddollar, 8 Goldstücke zu 10 Goldrabel, verschiedene andere ausländische Goldmünzen und 1 Koffer mit Silbergegenständen.

Ein besonders freches Benehmen haben die Juden in Wloclaweck an den Tag gelegt. Obwohl hier durch die VT fast 1000 Juden festgenommen und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert waren, standen nach der Festnahmeaktion die Juden in grossen Gruppen auf den Bürgersteigen herum und behinderten dadurch den Fussgängerverkehr der deutschen Wehrmachtangehörigen. Es wurde ihnen daher aufgegeben, in Zukunft nur die Fahrbahn zu benutzen. Weiter haben die Juden in Wloclaweck, das eine starke jüdische Minderheit besitzt, durch Ankauf grösserer Mengen von Nahrungs- und Genussmitteln die Verknappung von Lebensmitteln herbeigeführt. Die jüdische Gemeinde wurde durch die Stadtverwaltung angelesen, die Lebensmittel sofort anzumelden. Wegen ihres Gesamtverhaltens wurde den Juden von der Stadtverwaltung eine Geldbusse von 100 000 Zl. auferlegt.

c) In dem Gefangenenlager in Krosniewice, in dem sich z.Zt. etwa 10500 poln. Kriegsgefangene befinden, werden mit Hilfe der volksdeutschen Gefangenen umfangreiche Ermittlungen durchgeführt, da sich unter den Gefangenen zahlreiche Polen befinden, die an der Ermordung Volksdeutscher beteiligt gewesen sind.

d) Besonders zahlreiche Fälle von Verschleppungen Volksdeutscher haben sich in Wloclaweck ereignet. Im Einvernehmen zwischen

Wehrmacht

000356

Film Nr. 4

Wehrmacht und Kommandos der Sicherheitspolizei werden Ausgrabungsaktionen in der Umgebung von Wloclawek durchgeführt, da mit Sicherheit angenommen wird, dass ein grosser Teil der Verschleppten von den Polen ermordet und verscharrt wurde.

Der Führer der Einsatzgruppe III.

gez. Dr. Fischer

W - Obersturmbannführer

Beglaubigt :



[Handwritten signature]
W - Stabsführer.

33.

Gespräch mit Berliner Polizeipräsident

Graf Helldorf am 5.1.1940

Major d.G. R a d k e hatte angeregt, dass Chef d.Abt.z.b.V. Führung aufnehmen solle mit Graf Helldorf, um von ihm fortlaufend über die Stimmung in Berlin unterrichtet zu werden. Die erste Besprechung mit dem mir bereits persönlich bekannten Graf Helldorf fand am 5.1.40 bei der Abwehrabteilung in Gegenwart des Oberst Oster statt.

Graf Helldorf machte zunächst längere Ausführungen über die Lage im Osten. Er bezeichnete sie als katastrophal. Nicht die Erschiessungen seien das Schlimmste, sondern am bedenklichsten seien die sonstigen Unterdrückungsmassnahmen, die durch einen neuen verschärften Befehl der SS noch zunehmen würden. Der Polizeivizepräsident Canstein, selbst höherer SS-Führer, habe sich kürzlich selbst von den Zuständen in Krakau überzeugt. Er habe sich eingehend und offen mit dem dortigen höheren SS-Führer Streckenbach unterhalten der völlig verzweifelt gewesen sei und in einen Weinkrampf ausgebrochen sei. Seine Leute könnten die Befehle nur noch unter starker Alkoholwirkung durchführen.

Der Major d.Res. S.A.-Gruppenführer Reimann habe festgestellt, dass aus einem Offz.-Gefangenenlager 4 polnische Offiziere durch SS-Leute abgeholt und erschossen seien. Er habe die Leichen selbst gesehen

Graf Helldorf befürchtet, dass die SS - Leute aus Polen bei der Rückkehr nach Deutschland nicht mehr den Anschluss an ein bürgerliches Leben finden werden. Er hat Besorgnisse wegen der ihm aufgenötigten Einstellung von 500 Leuten des "Heimatschutzes" in die Berliner Polizei. Einer zurückgekehrten Polizeihundertschaft

- 2 -

wurde ein Erlass des Innenministeriums verlesen, wonach die Polizeibeamten nunmehr wieder nach Recht und Gesetz zu handeln hätten und sie über alle Vorgänge in Polen absolut zu schweigen hätten.

Graf Helldorf berichtete über die bereits von anderer Seite gemeldete Bildung von 3 Machtzentren der SS, eins im Osten, eins in Mitteldeutschland, eins im Westen hinter der Front. (vermutlich SS- und Polizeidivisionen). Er sprach von der unerhört starken Materialausstattung, auch mit Panzern. Bei der Polizeidivision in Warschau sollen nach Aussage seines früheren Adjutanten Skowronnek, jetzigen II a der Division, tollste Zustände herrschen. Kommandeur sei General v. Pfeffer-Wildenbruch, der alles bedingungslos täte, was Himmler anordne. (Meines Wissens ist der General bei der Besetzung des Sudetenlandes in Karlsbad von Generaloberst v. Reichenau abgelöst). I a der Division sei ein höherer SS-Führer. Es besteht der Eindruck, dass die Division im Gegensatz zum Heer erzogen wird.

Auf die von Oberst Oster gestellte Frage, ob Graf Helldorf bekannt sei, dass Angehörige der SS in der Wehrmacht für die SS freigestellt würden, entgegnete Graf H., davon wisse er nichts, er wundere sich nur, dass zahlreiche Flieger jetzt in den Osten zur Ausbildung kämen.

Graf Helldorf berichtete weiter über die gerade von SS-Seite ausgestreuten Gerüchte über die phantastischen Wirkungen neuer geheimer Waffen, an die das Volk fest glaube und daher auch den Sieg über England erwarte.

Zur Lage in Berlin gab Graf Helldorf an:
Die Stimmung sei sehr misstrauisch und skeptisch. Bei Verlusten

- 3 -

und Rückschlägen würde sie zweifellos raschestens absinken. Er schätzt, dass heute noch höchstens 35 - 40 % der Bevölkerung für den Krieg und für die Partei sei. Die Kriminalität sei nur bei kleinen Delikten im Anwachsen, schwere Delikte seien infolge der scharfen Strafen im Zurückgehen. Unruhen, Ansammlungen usw. seien nirgends erfolgt. Die Neujahrsnacht sei infolge der frühen Polizeistunde und des fehlenden Alkohols völlig ruhig verlaufen. Die Begeisterung für den Führer sei stark zurückgegangen. Das hätte das Attentat bewiesen, das völlig gleichgültig aufgenommen sei. Alle Rundfunk- und Pressenachrichten würden in starken Zweifel gezogen. Selbst wirkliche Erfolge würden nicht mehr geglaubt. Die Versorgungslage Berlins sei schlecht, vor allem fehlen Kohlen und Kartoffeln. Auf meinen Einwand, dass doch jetzt mehr Kohlen durch die Bahn angeliefert würden, wurde entgegnet, das sei ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal die Anfuhr auf den Kanälen ausbliebe. Auch die vom Wehrkreis bereitgestellten Lkw könnten die Lage nicht bessern. Berlin habe Vorräte, die für 1/2 - 1 Tag ausreichten. In den letzten Tagen seien auf den Polizeirevieren des Nordens und Ostens zahlreiche Leute erschienen um mit der Bitte sich erwärmen zu dürfen. Die Kartoffelanfuhr sei unzureichend, auch erfröre alles.

Die Stärke der Polizei wurde mit 14 000 Mann angegeben, von diesen seien nur 6 000 Mann aktive Leute, hiervor seien 2 000 Mann alt und auf Büros beschäftigt. Die Haltung der 4 000 Mann sei gut, sie würden niemals gegen das Heer eingesetzt werden können. Die Haltung der 8 000 neuen Leute sei ungewiss. Panzerwagen und Geschütze ständen nicht zur Verfügung.

Die allgemeine SS sei ein völliger "Sauhaufen". Die SS v. T sei gut ausgerüstet.

- 4 -

Graf Helldorf bat, dass ihm durch ein Schreiben des O.K.H. oder des Stadtkommandanten die Bildung eines kleinen Beamtensches zur Beobachtung der Stimmung der Bevölkerung und Urlauber ermöglicht würde. Die Gestapa erblicke ihre Aufgabe nur in der Verhaftung von Pastoren und 175 ern. Die eigentlichen Staatsfeinde blieben unberücksichtigt.

Weiter berichtete Graf Helldorf noch, dass Frau Lutze wegen des SS-Befehls bei Göring vorstellig geworden sei, dieser aber erklärt habe, er sei nicht in der Lage sich durchzusetzen.

Aus der italienischen Botschaft sollen Bilder und sonstige wertvolle Gegenstände nach Italien verbracht sein.

Es wurde verabredet, eine regelmässige Fühlungnahme aufrechtzuerhalten.

Verhalten eines Ministers!

Fromm

TAJNE I JAWNE WYPOWIEDZI O GENERALNEJ GUBERNI

1¹

LIV

Berlin, den 20. Oktober 1939

Einzig Ausfertigung

Durch Offz. geschrieben.

P unl. 20.

10.

Chef-Sache

Besprechung des Führers mit Chef OKW über die künftige Gestaltung
der polnischen Verhältnisse zu Deutschland
(Vom 17. 10. 1939 abds.)

1. Die Wehrmacht soll es begrüßen, wenn sie sich von den Verwaltungsfragen in Polen absetzen kann.

Grundsätzlich können nicht 2 Verwaltungen bestehen.

2. Polen soll selbständig gemacht werden. Es wird kein Teil des Deutschen Reiches und auch kein Verwaltungsbezirk des Reiches werden.
3. Die Verwaltung hat nicht die Aufgabe, aus Polen eine Musterprovinz oder einen Musterstaat nach deutscher Ordnung zu schaffen oder das Land wirtschaftlich und finanziell zu sanieren.

Es muss verhindert werden, dass eine polnische Intelligenz sich als Führungsschicht aufmacht. In dem Lande soll ein niederer Lebensstandard bleiben: wir wollen dort nur Arbeitskräfte schöpfen. Zur Verwaltung des Landes sollen auch Polen eingesetzt werden. Eine nationale Zellenbildung darf aber nicht zugelassen werden.

4. Die Verwaltung muss mit eigenen klaren Befehls-kompetenzen arbeiten und darf nicht von Berlin abhängig sein. Wir wollen dort nichts machen, was wir im Reiche tun. Die Verantwortung tragen nicht Berliner Ministerien, da es sich nicht um eine deutsche Verwaltungseinheit handelt.

Die Durchführung bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet. Die Methoden werden mit unseren sonstigen Prinzipien unvereinbar sein.

Der Generalgouverneur soll der polnischen Nation nur geringe Lebensmöglichkeiten geben und die Grundlage für die militärische Sicherheit erhalten.

5. In Krakau haben deutsche Offiziere beim Bischof Besuch gemacht, Fürst Radziwill Besitzer seiner Latifundien.

Man kann diese Probleme nicht gesellschaftlich lösen.

6. Unsere Interessen bestehen in Folgendem: Es ist Vorsorge zu treffen, dass das Gebiet als vorgeschobenes Glacis für uns militärische Bedeutung hat und für einen Aufmarsch ausgenutzt werden kann.

¹ Przedruk dok. 864—PS Trial XXVI, 378; tłumaczenie w Biul. Gł. Kom. IV, 109.

Dazu müssten die Bahnen, Strassen und Nachr. Verbindungen für unsere Zwecke in Ordnung gehalten und ausgenutzt werden.

Alle Ansätze einer Konsolidierung der Verhältnisse in Polen beiseitigt werden. Die „polnische Wirtschaft“ muss zur Blüte kommen. Die Führung des Gebietes muss es uns ermöglichen, auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen. Zusammenarbeit mit neuen Reichsgauen (Posen und Westpreussen) nur für Umsiedlungen. (Vergl. Auftrag Himmler).

Zweck: Klugheit und Härte in diesem Volkstumskampf müssen es uns ersparen, dieses Landes wegen noch einmal auf das Schlachtfeld zu müssen.

P unl. 20.

10.

OKH

Berlin, den 17. Oktober 1939

Für die Weiterführung der Militärverwaltung müssen von Seiten des Oberbefehlshabers des Heeres folgende Forderungen gestellt werden:

1. Die Verantwortlichkeit des Oberbefehlshabers des Heeres darf durch keinerlei, an 3. Stellen gegebene Sondervollmachten beeinträchtigt werden.
2. Die Berufung der Beamten für die Zivilverwaltung erfolgt allein durch ObdH auf Vorschlag der Fachministerien und des Oberverwaltungschefs.
3. Die Umsiedlung erfolgt, wie bereits mit dem Reichsführer SS abgesprochen, nur im Einvernehmen mit dem ObdH bzw. Ober Ost und muss mit den militärischen Belangen in Einklang stehen.
4. Die Verwaltung und das Verfügungsrecht über Eisenbahnen, Wasserstrassen und Fernmeldewesen sowie Postverkehr obliegt allein den militärischen Dienststellen.
5. Der Oberverwaltungschef hat sich sofort mit seiner Dienststelle nach Lodz zu begeben und dort seine Tätigkeit unverzüglich aufzunehmen.
6. Die Stellung des Reichsministers Seyss-Inquart muss genau festgelegt werden.

Zu 1) Gegenvorschlag

Der ObdH u. in seinem Auftrag der Ober Ost sind als Inhaber der Vollz. Gewalt dem Führer allein für die Durchführung der Mil. Verwaltung verantwortlich.

1. Stellv. Frank: Tumer
2. Dauer d. Mil. Verw.: Bereit weiter zu führen, wenn.....
3. Beskidengau oder nicht, — Struktur (Seyss-Inquart)

Stuckart wird heute abend Ob und H unterrichten,
Schmundt wohnt bei

17/10. 20

Von einer deutschen Verwaltung oder Verw. Einheit darf nicht gesprochen werden. 1. Ob d H will abgeben, zuletzt 16/10. Chef OKW an Wagner.

9. Die anzuwendenden Methoden werden mit allen unseren Prinzipien unvereinbar sein. Klugheit u. Härte soll ersparen, noch einmal mit deutschem Blut für die Zustände im Osten eintreten zu müssen. Demnach Beseitigung aller Ansätze zu einer Konsolidierung dieses Landes: Poln. Wirtschaft höchster Blüte.

10. Nur eine Aufgabe — Umsiedlung — führt zu Verkehr mit Reichsf. SS.

Generalgouvernement als einzige Befehlsgewalt

Massnahmen f. mil. Sicherheit (Ordensburgen)

Totale Desorganisation („Teufelswerk“)

Westpr/Posen bleiben (Übergabe, sobald Apparat d. Verw. steht)

Auftrag OKH: Welche „Befugnisse“ für Ob Ost nötig?

Äussere Sicherheit

Bahn

Post

Strassen

Innere Unruhen: Befehlshaber allein

2. Zwo Verwaltungen nebeneinander unmöglich.

3. Kein Verw. Bezirk des Reichs, kein Musterbezirk, nicht sanieren, finanzieren, organisieren. Dagegen Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Gebiet als mil. Sicherungsgebiet genügen kann.

4. Infolgedessen für mil. Belange Eisenbahn, Post, Strassen usw. in Ordnung bringen und halten. — Ist deutsches mil. Aufmarschgebiet f. d. Zukunft.

5. Polen soll selbständig u. sich selbst überlassen werden. Problem ist nicht sozial oder verw.technisch lösbar.

6. Verhindern, dass poln. Intelligenz Führerschicht wird. Führung muss ermöglichen, das alte u. neue Reichsgebiet zu säubern von Juden, Polacken u. Gesindel. Niederer Lebensstandard.

Unser einziges Interesse, dass Dichte d. Bevölkerung uns billige Arbeitskräfte liefert.

7. Zusammengefasst: Ungeheuer harter, aber bewusster Volkstumskampf.

8. Verwaltung soll in einer Hand alle Befehlskompetenz ausser mil. vereinigen u. von keiner Zentralbehörde abhängig sein.

Abds.

17. X. 39

Führer:

1. Militär froh, wenn los!
2. Grundsätzlich können nicht 2 Verwaltungen bestehen!
3. Kein Teil deutsch. Reiches, kein Verwaltungsbezirk des Reiches.
4. Verwaltung soll auch nicht Musterprovinz deutscher Ordnung zu schaffen! nicht Polen wirtschaftl. u. finanziell zu sanieren.
5. Nur Vorsorge treffen, dass Gebiet als vorgeschob. Glacis militärische Bedeutung hat. Verkehrswesen und Nachr. Wesen nötig für unsere milit. Belange.
6. Deutsches Aufmarschgebiet, also Bahnen, Strassen in Ordnung bringen u. halten.

7. Polen selbständig machen!!
 - a) Krakau haben deutsche Offiz. Besuch gemacht bei Bischof.
 - b) Fürst Radziwill Pass!? Besitzer seiner Latifundien.
8. Man kann Probleme nicht gesellschaftlich lösen!
9. Wir wollen keinen Poln. „Musterstaat“ bilden.
sondern:
 1. Voraussetzung für militärischen Aufmarsch.
 2. Verhindern, dass poln. Intelligenz sich als Führerschicht aufmacht!
10. Führung des Gebietes muss ermöglichen, das Reichsgebiet zu reinigen von
Juden u. Polacken.
Es soll niedriger Lebensstandard dort bleiben. Wir nur Arbeitskräfte dort
schöpfen!
11. Harter Volkstumskampf gestattet keine gesetzliche Bindungen. Gouverne-
ment soll poln. Nation geringe Lebensmöglichkeiten geben u. der milit.
Sicherheit die Grundlage erhalten!
12. Für Verwaltung in Polen auch Polen einsetzen u. das Gebiet verwalten las-
sen, also keine nationale Zellenbildung zulassen.
13. Verwaltung klar in Befehlskompetenzen u. nicht von Bln abhängig!!
Wir wollen nichts dort machen, was wir hier machen! Verantwortung
nicht ein Ministerium von Bln. u. keine deutsche Verwaltungsein-
heit!
Keine Abhängigkeit v. Bln. u. Ob. d. H!
Die Methoden werden mit unseren Prinzipien unvereinbar sein!
14. Ob. d. H. hat um Enthebung gebeten!
15. Beseitigung aller Ansätze einer Konsolidierung in Polen!
„Poln. Wirtschaft“ zur Blüte kommen lassen!
Klugheit u. Härte sollen uns ersparen nochmal aufs Schlachtfeld zu müssen.
16. Zusammenarbeit nur mit anderen Reichsgauen für Umsiedelung.

2²

Proklamation des Generalgouverneurs
Vom 26. Oktober 1939

Bia-132-

Der Führer und Kanzler des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, hat mir durch Erlass vom 12. Oktober 1939 mit Wirkung vom 26. Oktober 1939 die Regierung des Generalgouvernements in den besetzten polnischen Gebieten übertragen. Mit der Errichtung des Generalgouvernements hat nunmehr, nach der militärisch durchgeführten Sicherung der polnischen Gebiete innerhalb des deutschen Interessenbereiches, eine geschichtliche Episode ihren Abschluss gefunden, für die die Verantwortung ebenso von der verblendeten Regierungsclique des ehemaligen Landes Polen wie von den heuchlerischen Kriegstreibern in England getragen werden muss. Der Vormarsch der deutschen Truppen hat in den pol-

² VBIGG. 1939, 1.

nischen Gebieten die Ordnung wiederhergestellt; eine neuerliche Gefährdung des europäischen Friedens durch ungerechtfertigte Forderungen eines Staatsgebildes, das einst auf dem Versailler Gewaltfrieden aufgebaut wurde und niemals wiedererstehen wird, ist damit ein für allemal beseitigt.

Polnische Männer und Frauen!

Ich habe vom Führer den Auftrag erhalten, als Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete in entschiedener Form dafür zu sorgen, dass in alle Zukunft ein friedlicher Zustand in diesem Lande gewährleistet bleibt und dass die nachbarlichen Beziehungen der Polen zu dem mächtigen Weltreich der deutschen Nation sich organisch entwickeln. Ihr sollt getreu den von Euch seit geraumen Zeitläufen gepflegten Sitten Euer Leben führen. Ihr sollt in allen Ausstrahlungen der Gemeinschaft Eure polnische Eigenart beibehalten dürfen. Allein, das durch die verbrecherische Schuld Eurer bisherigen Machthaber völlig zerstörte Land bedarf der entschiedensten organisatorischen Heranziehung Eurer gemeinschaftlichen Arbeitskraft. Befreit von dem Zwang der Abenteuerpolitik Eurer intellektuellen Regierungsschicht, werdet Ihr unter dem starken Schutz des Grossdeutschen Reiches in der Erfüllung einer allgemeinen Arbeitspflicht hierfür Euer Bestes tun. Unter einer gerechten Herrschaft wird jeder durch Arbeit sein Brot verdienen. Für politische Hetzer, Wirtschaftsschieber und jüdische Ausbeuter dagegen wird kein Platz mehr in einem unter deutscher Oberhoheit stehenden Gebiet sein.

Jeder Versuch einer Widersetzlichkeit gegen die getroffenen Anordnungen und gegen die Ruhe und Ordnung in den polnischen Gebieten wird mit den starken Waffen des Grossdeutschen Reiches und mit rücksichtsloser Schärfe vernichtet. Wer sich aber den gerechten Geboten unseres Reiches fügt, die durchaus Eurer Lebensart entsprechen, soll ungefährdet arbeiten können. Sie werden Euch von vielen entsetzlichen Misständen befreien, die Ihr als die Folgen einer unglaublichen Misswirtschaft Eurer bisherigen Machthaber heute noch zu tragen habt.

Der Generalgouverneur
für die besetzten polnischen Gebiete
Frank

BTa-133-

3³

Geheim!

Berlin, den 2. 10. 1940
Bo-An.

Aktenvermerk.

Am 2. 10. 1940 entspann sich nach Tisch in der Wohnung des Führers eine Unterhaltung über den Charakter des Gouvernements, über die Behandlung der

³ Przedruk dok. 172—USSR Trial XXXIX, 425; tłum. w *Biul. Gł. Kom.* IV, 128.

Polen und über die vom Führer bereits angeordnete Abtretung der Kreise Petrikau und Tomaschow an den Warthegau⁴.

Die Unterhaltung wurde dadurch ausgelöst, dass Reichsminister Dr. Frank dem Führer berichtete, die Tätigkeit im Generalgouvernement könne als durchaus erfolgreich bezeichnet werden. Die Juden in Warschau und anderen Städten seien jetzt in Ghettos abgeschlossen, Krakau werde in ganz kurzer Zeit judenrein sein.

Reichsleiter von Schirach, der an der anderen Seite des Führers Platz genommen hatte, warf ein, er habe in Wien noch über 50 000 Juden, die Dr. Frank ihm abnehmen müsse. Pp. Dr. Frank bezeichnete dies als nicht möglich! Gauleiter Koch wies darauf hin, dass auch er bisher weder Polen noch Juden aus dem Zichenauer Gebiet abgeschoben habe; selbstverständlich müssten diese Juden und Polen aber vom Generalgouvernement nunmehr aufgenommen werden. Auch hiergegen erhob Dr. Frank Widerspruch; er betonte, es sei unmöglich, dass man ihm in derartiger Mengen Polen und Juden ins Gouvernement schicke, wenn keinerlei Unterbringungsmöglichkeiten hierfür vorhanden seien. Andererseits sei es unmöglich, dass man ihm, wie bisher vorgesehen, die Kreise Tomaschow und Petrikau fortnehme.

Der Führer nahm nun grundsätzlich zu dem Gesamtproblem in folgender Weise Stellung:

Er betonte, es sei ganz gleichgültig, wie hoch die Bevölkerungsdichte im Gouvernement sei; die Bevölkerungsdichte in Sachsen betrage 347 Menschen auf den qkm, in der Rheinprovinz seien es 324 und im Saarland sogar 449 Menschen je qkm. Es sei durchaus nicht einzusehen, warum die Bevölkerungsdichte im Gouvernement niedriger sein müsse. Von dem Grund und Boden könnten weder im Saargebiet, noch in Sachsen die dort wohnenden Menschen leben; sie müssten Maschinen usw. herstellen und exportieren, um sich den notwendigen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Menschen des Generalgouvernements, die Polen also, seien nun nicht qualifizierte Arbeiter wie unsere deutschen Volksgenossen und sollten es auch gar nicht sein; sie müssten, um leben zu können, ihre eigene Arbeitskraft, d. h. sozusagen sich selbst exportieren. Die Polen müssten also nach dem Reich kommen und dort Arbeit in der Landwirtschaft, an Strassen und sonstigen niedrigen Arbeiten leisten, um sich dadurch ihren Lebensunterhalt zu verdienen; ihr Wohnsitz bliebe aber Polen, denn wir wollten sie ja gar nicht in Deutschland haben und wollten gar keine Blutsvermischung mit unseren deutschen Volksgenossen.

Der Führer betonte weiter, der Pole sei im Gegensatz zu unserem deutschen Arbeiter, gradezu zu niedriger Arbeit geboren; unserem deutschen Arbeiter müssten wir aber alle Aufstiegsmöglichkeiten gewähren, für den Polen komme dies keinesfalls in Frage. Das Lebensniveau in Polen müsse sogar niedrig sein, bzw. gehalten werden.

Das Generalgouvernement solle nun keinesfalls ein abgeschlossenes und einheitliches Wirtschaftsgebiet werden, das seine notwendigen Industrie-Produkte

⁴ Powiaty te pozostały jednak przy Generalnej Guberni (patrz wyżej wstęp do nin. rozdz. — Nazwa i granice).

ganz oder zum Teil selbst erzeuge, sondern das Generalgouvernement sei unser Reservoir an Arbeitskräften für niedrige Arbeiten (Ziegeleien, Strassenbau usw. usw.). Man könnte, betonte der Führer, in den Slawen nichts anderes hineinlegen, als was er von Natur aus sei. Während unser deutscher Arbeiter von Natur aus im allgemeinen strebsam und fleissig sei, sei der Pole von Natur aus faul und müsse zur Arbeit angetrieben werden. Im übrigen fehlten die Voraussetzungen dafür, dass das Gouvernement ein eigenes Wirtschaftsgebiet werden könne, es fehlten die Bodenschätze, und selbst wenn diese vorhanden wären, seien die Polen zur Ausnützung dieser Bodenschätze unfähig.

Der Führer erläuterte, wir brauchten im Reich den Grossgrundbesitz, damit wir unsere Grosstädte ernähren könnten; der Grossgrundbesitz wie die übrigen landwirtschaftlichen Betriebe brauchten zur Bestellung und Ernte Arbeitskräfte und zwar billige Arbeitskräfte... Sowie die Ernte vorbei sei, könnten die Arbeitskräfte nach Polen zurück. Wenn die Arbeiter in der Landwirtschaft das ganze Jahr tätig wären, würden sie einen grossen Teil dessen, was geerntet würde, selber wieder essen, deswegen sei es durchaus richtig, wenn aus Polen zur Bestellung und Ernte Saison-Arbeiter kämen. — Wir hätten auf der einen Seite überbesiedelte Industriegebiete, auf der anderen Seite Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft usw. Hierfür würden die polnischen Arbeiter gebraucht. Es sei also durchaus richtig, wenn im Gouvernement eine starke Übersetzung an Arbeitskräften vorhanden sei, damit von dort aus wirklich alljährlich die notwendigen Arbeiter in das Reich kämen. — Unbedingt zu beachten sei, dass es keine „polnischen Herren“ geben dürfe; wo polnische Herren vorhanden seien, sollten sie, so hart das klingen möge, umgebracht werden.

Blutlich dürften wir uns natürlich nicht mit den Polen vermischen; auch daher sei es richtig, wenn neben den polnischen Schnittern auch polnische Schnitterinnen in das Reich kämen. Was diese Polen dann untereinander in ihren Lagern trieben, könne uns gänzlich gleichgültig sein, kein protestantischer Eiferer solle in diese Dinge seine Nase stecken.

Noch einmal müsse der Führer betonen, dass es für die Polen nur einen Herren geben dürfe und das sei der Deutsche; zwei Herren nebeneinander könne es nicht geben und dürfe es nicht geben, daher seien alle Vertreter der polnischen Intelligenz umzubringen. Dies klinge hart, aber es sei nun einmal das Lebensgesetz.

Das Generalgouvernement sei eine polnische Reservation, ein grosses polnisches Arbeitslager. Auch die Polen profitierten davon, denn wir hielten sie gesund, sorgten dafür, dass sie nicht verhungerten usw.; nie dürften wir sie aber auf eine höhere Stufe erheben, denn sonst würden sie lediglich zu Anarchisten und Kommunisten. Für die Polen sei es auch daher durchaus richtig, wenn sie ihren Katholizismus behielten; die polnischen Pfarrer bekämen von uns ihre Nahrung und dafür hätten sie ihre Schäfchen in der von uns gewünschten Weise zu dirigieren. Die Pfarrer würden von uns bezahlt⁵ und dafür hätten sie zu predigen, wie wir es wünschten. Wenn ein Pfarrer dagegen handle, sei ihm kurzer Prozess zu machen. Die Pfarrer müssten die Polen also ruhig dumm und

⁵ Kościół katolicki nie otrzymywał od rządu GG żadnych dotacji.

blöd halten, dies läge durchaus in unserem Interesse; würden die Polen auf eine höhere Intelligenzstufe gehoben, dann seien sie nicht mehr die Arbeitskräfte, die wir benötigen. Im übrigen genüge es, wenn der Pole im Gouvernement einen kleinen Garten besitze, eine grosse Landwirtschaft sei gar nicht notwendig; das Geld, das der Pole zum Leben benötige, müsse er sich durch Arbeit in Deutschland verdienen. Diese billigen Arbeitskräfte benötigen wir nun einmal, ihre Billigkeit käme jedem Deutschen, auch jedem deutschen Arbeiter zugute.

Im Gouvernement sei eine straffe deutsche Verwaltung notwendig, um die Arbeiter-Reservation in Ordnung zu halten. Für uns bedeutet diese Arbeiter-Reservation die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere unserer grossen Güter, ausserdem bedeutet sie ein Reservoir an Arbeitskräften.

Reichsminister Dr Frank bemerkte, die Polen verdienten in Deutschland zu wenig, sie könnten nicht eine Mark nach Hause schicken und daher müsse Dr Frank die Familien der in Deutschland wohnenden Arbeiter unterhalten⁶.

Demgegenüber betonte Gauleiter Koch, die Landarbeiter erhielten 60% des Lohnes der deutschen Landarbeiter und dies sei auch unbedingt richtig, denn die Löhne der Polen müssten niedriger sein. Sicherergestellt werden müsse, dass ein Teil des Lohnes von den Polen zwangsläufig nach dem Gouvernement überwiesen würde.

Reichsminister Dr Frank bemerkte noch einmal, er müsse auch Kleidung für seine Polen haben, die nur zu beschaffen sei, wenn er den Bezirk Tomaschow behielte.

Der Führer wies auf das niedrige Lebensniveau vieler deutscher Bauern und Landarbeiter hin, die nur an wenigen Tagen im Jahre sich eine Fleischmahlzeit leisten könnten. Die polnischen Gefangenen seien irgendwelcher Vorschriften wegen leider viel besser gepflegt worden.

Zusammenfassend wolle der Führer noch einmal feststellen:

1. Der letzte deutsche Arbeiter und der letzte deutsche Bauer muss wirtschaftlich immer noch 10% besser stehen als jeder Pole.
2. Es müsse eine Möglichkeit gesucht und gefunden werden, dass der in Deutschland lebende Pole nicht seinen gesamten Verdienst in die Hand bekomme, sondern, dass ein Teil des Verdienstes den Familien im Gouvernement zugehe.
3. Ich will nicht, betonte der Führer, dass der deutsche Arbeiter im allgemeinen mehr als acht Stunden arbeitet, wenn wir wieder normale Verhältnisse haben; selbst wenn der Pole 14 Stunden arbeitet, muss er trotzdem noch weniger verdienen, wie der deutsche Arbeiter.
4. Das Ideal-Bild sei: Der Pole darf im Gouvernement nur kleine Grundparzellen besitzen, die seine eigene Ernährung, bezw. die seiner Familie einigermaßen sicherstellen. Was er sonst an Geld für Kleidung, zusätzlicher Nahrung usw. usw. braucht, müsse er durch Arbeit in Deutschland verdienen. Das Gouvernement sei die Ausleih-Zentrale für ungelernete Arbeiter, insbeson-

⁶ Tę część posiedzenia przedstawił Frank na posiedzeniu rady gospodarczej GG w dniu 31. 10. 1940 inaczey, Trial XXIX, 424—425.

dere für landwirtschaftliche Arbeiter. Die Existenz dieser Arbeiter sei eine gesicherte, denn sie würden immer als billige Arbeitskräfte gebraucht werden.

Reichsminister Dr Frank fragte den Führer noch einmal bezüglich der Kreise Tomaschow und Petrikau. Der Führer entschied, dass Pg. Frank sich noch einmal mit Pg. Greiser unterhalten solle; danach wolle er beide Herren zugleich noch einmal zu dieser Frage hören.

M. B.

(M. Bormann)

VI

~~Besitz befindlichen Wertgegenstände (Geld, Wertsachen, Inventarstücke), Akten und sonstiges Schrifttum, soweit diese im Eigentum des ehemals polnischen Staates, einer ehemals polnischen Körperschaft des öffentlichen Rechts oder einer ehemals polnischen Anstalt stehen oder standen, binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung an den für ihren Wohnsitz zuständigen Kreishauptmann (Stadthauptmann) herauszugeben.~~

§ 2

(1) Haben frühere Beamte und Angestellte des ehemals polnischen öffentlichen Dienstes von der Beiseiteschaffung der im § 1 genannten Gegenstände Kenntnis, sind sie verpflichtet, hierüber Meldung zu erstatten und alle zur Wiederauffindung dienlichen Angaben zu machen.

(2) Erlangen die Beamten und Angestellten die Kenntnis erst nach Inkrafttreten dieser Verordnung, ist die Meldung binnen zwei Wochen nach Erlangung der Kenntnis zu erstatten.

§ 3

(1) Wer seiner Verpflichtung gemäss §§ 1 und 2 nicht oder nicht vollständig nachkommt, wird mit Zuchthaus bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu unbegrenzter Höhe erkannt werden.

(2) Die Strafverfolgung tritt nur mit Zustimmung des Leiters der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs ein.

(3) Für die Aburteilung ist das Sondergericht zuständig.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 22. Januar 1940 in Kraft.
Krakau, den 17. Januar 1940.

Der Generalgouverneur
für die besetzten polnischen Gebiete
~~Frank~~

11.

Tagebuch 1940 II²⁵.

Beratung über ausserordentliche Massnahmen zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur berief auf den 16. Mai 1940 eine Sitzung ein, in welcher über ausserordentliche Massnahmen zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement beraten wurde.

An der Sitzung nahmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Herr Reichsminister Dr. Seyss-Inquart
Herr Staatssekretär Dr. Bühler
Herr Brigadeführer Streckenbach
Herr Standartenführer Schulz
Herr Oberst Müller

²⁵ Tagebuch 1940 II, Anlage, przedruk z Trial XXIX, 398—400.

Der Herr Generalgouverneur führte aus:

Die allgemeine Kriegslage zwingt uns zu ernstester Betrachtung der inneren Sicherheitssituation im Generalgouvernement. Aus einer Fülle von Anzeichen und Handlungen könne man den Schluss ziehen, dass eine gross organisierte Widerstandswelle der Polen im Lande vorhanden sei und man unmittelbar vor dem Ausbruch grösserer gewaltsamer Ereignisse stehe. Tausende von Polen seien bereits in Geheimzirkeln zusammengefasst, bewaffnet und würden in der aufrührerischsten Form veranlasst, Gewalttätigkeiten aller Art zu verüben.

Der Herr Generalgouverneur zitierte dann einige Beispiele aus der jüngsten Zeit, so etwa den bürgerkriegsähnlichen Aufstand einiger Dörfer unter Führung des Majors Huballa im Distrikt Radom, die Ermordung volksdeutscher Familien in Josefow, die Ermordung des Försters Hau, die Ermordung des Bürgermeisters von Grasiencia usw.²⁶. Allüberall werden aufrührerische illegale Flugblätter verteilt, z. Teil sogar angeschlagen, und es kann daher kein Zweifel bestehen, dass die Sicherheitslage ausserordentlich ernst ist.

Der Mangel an Polizei- und Heereskräften im Generalgouvernement zwingt zu ausserordentlichen durchgreifenden Befriedungsaktionen. Er habe sich daher entschlossen, in der heutigen Sitzung den anwesenden Herren abschliessend einige Massregeln vorzuschlagen, die geeignet erschienen, dieser polnischen Widerstandsbewegung die Führung zu nehmen, die Autorität des Führers und des Reiches im Generalgouvernement mit unerhörtester Präzision sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass die Ruhe im Lande unter allen Umständen aufrechterhalten bleibe.

Daraufhin trug der Chef der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement Brigadeführer Streckenbach auf Verlangen des Herrn Generalgouverneurs einige detaillierte Tatbestände vor, die des einzelnen das vom Herrn Generalgouverneur entwickelte Bild erhärteten. Demnach besteht die unmittelbarste Gefahr für Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Lande.

Die anderen Herren schlossen sich dieser Einstellung an.

Daraufhin verfügte der Herr Generalgouverneur:

- 1) Mit sofortiger Wirkung wird dem Chef der Sicherheitspolizei in unmittelbarer Verwirklichung die Durchführung eines ausserordentlichen Befriedungsprogramms übertragen.
- 2) Die Art und Weise dieser Durchführung wird entsprechend den besprochenen Richtlinien gewährleistet.
- 3) Die hiernach notwendigen polizeilichen und sonstigen Aktionen werden vom Chef der Sicherheitspolizei direkt geleitet. Jede willkürliche Aktion ist aufs strengste zu verhindern. Bei allem Vorgehen hat immer der Gesichtspunkt des notwendigen Schutzes der Autorität des Führers und des Reiches im Vordergrund zu stehen.

Dann wurden noch die wesentlichen Einzelheiten der Aktionen besprochen

²⁶ Patrz wstęp do nin. rozdz., przyp. 21.

und dem Brigadeführer Streckenbach vom Herrn Generalgouverneur in aller Form die notwendigen Vollmachten erteilt.

Der Herr Generalgouverneur ordnete eingehende Berichterstattung für den 30. Mai 1940 an.

Im übrigen ist die Aktion zunächst bis zum 15. Juni 1940 befristet.
gez. Frank

12.

~~Arbeitssitzungen — Ansprachen des GG 1940 Febr. Nov.~~

Polizei-Sitzung

am Donnerstag, den 30. Mai 1940²⁷.

Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank

Am 10. Mai begann die Offensive im Westen, d. h., an diesem Tage erlosch das vorherrschende Interesse der Welt an den Vorgängen hier bei uns. Was man mit der Greuelpropaganda und den Lügenberichten über das Vorgehen der nationalsozialistischen Machthaber in diesem Gebiet in der Welt ange richtet hat, — nun, mir wäre es vollkommen gleichgültig gewesen, ob sich die Amerikaner oder Franzosen oder Juden oder vielleicht auch der Papst darüber aufgeregt hätten — aber für mich und für einen jeden von Ihnen war es in diesen Monaten furchtbar, immer wieder die Stimmen aus dem Propaganda-ministerium, aus dem Auswärtigen Amt, aus dem Innenministerium, ja sogar von der Wehrmacht vernehmen zu müssen, dass das ein Mordregime wäre, dass wir mit diesen Greueln aufhören müssten usw. Dabei war es natürlich klar, dass wir auch die Erklärung abgeben mussten, wir würden es nicht mehr tun. Und ebenso klar war es, dass bis zu dem Augenblick, wo das Welt-scheinwerferlicht auf diesem Gebiet lag, von uns ja nichts Derartiges in grossem Ausmasse geschehen konnte. Aber mit dem 10. Mai ist uns nun diese Greuelpropaganda in der Welt vollkommen gleichgültig. Jetzt müssen wir den Augenblick benutzen, der uns zur Verfügung steht. Wenn jetzt in jeder Minute und Sekunde draussen im Westen Tausende des besten deutschen Blutes geopfert werden müssen, dann haben wir als Nationalsozialisten die Pflicht, daran zu denken, dass sich nicht etwa die polnische Nation auf Kosten dieser deutschen Opfer erhebt. Daher war es auch der Zeitpunkt, wo ich in Anwesenheit des SS-Obergruppenführer Krüger mit dem Kameraden Streckenbach dieses ausserordentliche Befriedungsprogramm besprach, ein Befriedungsprogramm, das zum Inhalt hatte, nunmehr mit der Masse der in unseren Händen befindlichen aufrührerischen Widerstandspolitiker und sonst politisch verdächtigen Individuen in beschleunigtem Tempo Schluss zu machen und zu gleicher Zeit mit der Erbschaft des früheren polnischen Verbrechertums aufzuräumen. Ich gestehe ganz offen, dass es einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führungsschicht Polens. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit

²⁷ Przedruk z Trial XXIX 442—459.

~~und dem Brigadeführer Streckenbach vom Herrn Generalgouverneur in aller Form die notwendigen Vollmachten erteilt.~~

~~Der Herr Generalgouverneur ordnete eingehende Berichterstattung für den 30. Mai 1940 an.~~

~~Im übrigen ist die Aktion zunächst bis zum 15. Juni 1940 befristet.~~

~~gez. Frank~~

12.

Arbeitssitzungen — Ansprachen des GG 1940 Febr.-Nov.

Polizei-Sitzung

am Donnerstag, den 30. Mai 1940²⁷.

Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank

Am 10. Mai begann die Offensive im Westen, d. h., an diesem Tage erlosch das vorherrschende Interesse der Welt an den Vorgängen hier bei uns. Was man mit der Greuelpropaganda und den Lügenberichten über das Vorgehen der nationalsozialistischen Machthaber in diesem Gebiet in der Welt ange richtet hat, — nun, mir wäre es vollkommen gleichgültig gewesen, ob sich die Amerikaner oder Franzosen oder Juden oder vielleicht auch der Papst darüber aufgeregt hätten — aber für mich und für einen jeden von Ihnen war es in diesen Monaten furchtbar, immer wieder die Stimmen aus dem Propaganda-ministerium, aus dem Auswärtigen Amt, aus dem Innenministerium, ja sogar von der Wehrmacht vernehmen zu müssen, dass das ein Mordregime wäre, dass wir mit diesen Greueln aufhören müssten usw. Dabei war es natürlich klar, dass wir auch die Erklärung abgeben mussten, wir würden es nicht mehr tun. Und ebenso klar war es, dass bis zu dem Augenblick, wo das Welt-scheinwerferlicht auf diesem Gebiet lag, von uns ja nichts Derartiges in grossem Ausmasse geschehen konnte. Aber mit dem 10. Mai ist uns nun diese Greuelpropaganda in der Welt vollkommen gleichgültig. Jetzt müssen wir den Augenblick benutzen, der uns zur Verfügung steht. Wenn jetzt in jeder Minute und Sekunde draussen im Westen Tausende des besten deutschen Blutes geopfert werden müssen, dann haben wir als Nationalsozialisten die Pflicht, daran zu denken, dass sich nicht etwa die polnische Nation auf Kosten dieser deutschen Opfer erhebt. Daher war es auch der Zeitpunkt, wo ich in Anwesenheit des SS-Obergruppenführer Krüger mit dem Kameraden Streckenbach dieses ausserordentliche Befriedungsprogramm besprach, ein Befriedungsprogramm, das zum Inhalt hatte, nunmehr mit der Masse der in unseren Händen befindlichen aufrührerischen Widerstandspolitiker und sonst politisch verdächtigen Individuen in beschleunigtem Tempo Schluss zu ma-chen und zu gleicher Zeit mit der Erbschaft des früheren polnischen Verbre- chertums aufzuräumen. Ich gestehe ganz offen, dass es einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führungsschicht Polens. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit

²⁷ Przedruk z Trial XXIX 442—459.

sich, dafür zu sorgen, dass aus dem polnischen Volk kein Widerstand mehr emporsteigt. Ich weiss, welche Verantwortung wir damit übernehmen. Aber es ist klar, dass wir das tun können, und zwar gerade aus der Notwendigkeit heraus, den Flankenschutz des Reiches im Osten zu übernehmen. Aber noch mehr: SS-Obergruppenführer Krüger und ich haben beschlossen, dass die Befriedungsaktion in beschleunigter Form durchgeführt wird. Ich darf Sie bitten, meine Herren, uns mit Ihrer ganzen Energie bei der Durchführung dieser Aufgabe zu helfen. Was von mir aus geschehen kann, um die Durchführung dieser Aufgabe zu erleichtern, wird geschehen, und zwar, wie ich Ihnen vertraulich sagen kann, in Ausführung eines Befehls, den mir der Führer erteilt hat. Der Führer hat mir gesagt: Die Frage der Behandlung und Sicherstellung der deutschen Politik im Generalgouvernement ist eine ureigene Sache der verantwortlichen Männer des Generalgouvernements. Er drückte sich so aus: Was wir jetzt an Führerschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Daher brauchen wir das Deutsche Reich, um die Reichsorganisation der deutschen Polizei damit nicht zu belasten. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, denn dann hätten wir nur Schereien und einen unnötigen Briefwechsel mit den Familienangehörigen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande. Wir werden es auch in der Form tun, die die einfachste ist. Meine Herren, wir sind keine Mörder. Für den Polizisten und SS-Mann, der auf Grund dieser Massnahme amtlich oder dienstlich verpflichtet ist, die Exekution durchzuführen, ist das eine furchtbare Aufgabe. Wir können leicht Hunderte von Todesurteilen hier unterzeichnen; aber ihre Durchführung deutschen Männern, anständigen deutschen Soldaten und Kameraden zu übertragen, das bedeutet eine furchtbare Belastung. Ich bin deshalb auch dem Parteigenossen Siebert sehr dankbar für die Herausgabe des Erlasses, in welchem er den Polizeiorganen eine gewisse Rücksichtnahme auf die physische Situation der mit solchen Exekutionen betrauten Männer zur Pflicht macht. Ich würde Sie bitten, diesen Erlass, wenn es irgend möglich ist, unter allen Umständen zu berücksichtigen. Aber nicht nur das, jeder Polizei- und SS-Führer, der nun die harte Pflicht hat, diese Urteile zu vollstrecken, muss auch hundertprozentig die Gewissheit haben, dass er hier in Erfüllung eines Richtspruches der deutschen Nation handelt. Daher wird auch für diese Fälle der AB-Aktion das summarische polizeiliche Standgerichtsverfahren durchgehalten, wie ich es mit den Kameraden Streckenbach vereinbart habe, damit auf keinen Fall der Eindruck einer willkürlichen Aktion oder ein ähnlicher Eindruck entsteht. Ich glaube, dass diese zusammenhängende Massnahme bis 15. Juni beendet werden kann, jedenfalls muss alles geschehen, damit es möglich ist. Die bei mir eingeführte Gnadenkommission hat mit diesen Dingen nichts zu tun. Die AB-Aktion vollzieht sich ausschliesslich zwischen dem Höheren SS- und Polizeiführer Krüger und seinen Organen. Es ist das eine rein interne Befriedungsaktion, die notwendig ist, und die ausserhalb des normalen Verfahrens liegt.

Die Wehrmacht hat das Interesse am Generalgouvernement verloren; der entscheidende Waffenträger in diesem Gebiet sind Polizei und SS geworden. Meine Bitte an Sie geht daher dahin, diesen Umständen Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, dass entsprechend den Schwächungen der Wehrmacht, die entsprechend dem Fortgang der Operationen im Westen sich vollziehen werden, Polizei und SS immer mehr in Erscheinung treten. Polizei und SS müssen in den Städten marschieren, damit den Polen gezeigt wird, dass wir da sind.

SS-Obergruppenführer Krüger stellt einleitend fest, dass heute nach fast neunmonatigem Einsatz der SS und der Polizei im Generalgouvernement zum ersten Mal Gelegenheit gegeben sei, zu dem verantwortlichen SS- und Polizeiführerkorps zu sprechen, um ihm die Weisung des Führers und die Richtlinien für ihre zukünftige Tätigkeit zur Kenntnis zu bringen. ... Nach den Erfahrungen der SS und Polizei beim ersten aktiven Einsatz im April dieses Jahres habe sich gezeigt, dass in Zukunft keine Möglichkeit bestehen werde, im Falle der Wiederholung solcher Vorgänge ganze Einheiten und ganze Regimenter in Bewegung zu setzen, um irgendwo eine Bande, die sich in einem Wald versteckt halte, niederzuschlagen. Es sei das damals möglich gewesen, weil die örtlichen Verhältnisse günstig waren und die Vorgänge sich auf einem verhältnismässig kleinen Raum abspielten. In dem Augenblick, wo über an mehreren Stellen Kämpfe mit solchen Banden geführt werden müssten, wäre das bisherige System nicht durchführbar. Aus diesem Grunde seien neuerdings sogenannte Einsatzkommandos gebildet worden bzw. in Bildung begriffen. Die Bildung dieser Einsatzkommandos geschehe in der Form, dass Teile der Ordnungspolizei und Teile der SS zu Jagdkommandos zusammengezogen werden. Diese Jagdkommandos werden modernst ausgerüstet, motorisiert und gut bewaffnet. Sie werden innerhalb eines Distriktes in Zukunft in Stärke von 200 Mann sofort zum Einsatz zur Verfügung stehen. Die nötige Ausrüstung und Bewaffnung sei vom Reichsführer SS zur Verfügung gestellt worden; das Material sei im Anrollen und die Aufstellung dieser Formationen könne dann unverzüglich erfolgen.

Brigadeführer Streckenbach berichtet dann über den gegenwärtigen Stand der AB-Aktion und weist einleitend darauf hin, dass die Sicherheitspolizei in der Zeit vom Herbst vergangenen Jahres bis zum März die Aufgaben gelöst habe, die ihr zugewiesen worden seien und die Aktionen durchgeführt habe, die sich aus der allgemeinen Arbeit der Polizei ergeben hätten. Nebenher seien die Vorbereitungen zur planmässigen und damit auch zur endgültigen Niederhaltung des polnischen politischen Widerstandes und gleichzeitig der Unschädlichmachung des Verbrechertums im Generalgouvernement gelaufen. Mit der ersten Grossaktion gegen die polnische Widerstandsbewegung habe eigentlich nunmehr die planmässige Arbeit begonnen. Dieser grosse Einbruch in die polnische Widerstandsbewegung bedeute einen Anfang, der nie ein Ende nehme. Denn die einmalige Verhaftung von Funktionären bedeute nicht ein Ende der Bewegung, sondern es gehe immer von einer Verhaftung zur anderen. So sei denn auch die Sicherheitspolizei seit der Aktion

vom 31. März nicht wieder von der Widerstandsbewegung losgekommen, sondern sie werde immer Gegner bleiben, solange es überhaupt im Generalgouvernement Kreise gebe, die der deutschen Verwaltung Widerstand entgegenzusetzen wollten.

Die ausserordentliche Befriedungsaktion umfasse zwei Kreise: einmal den Kreis der politisch gefährlichen Menschen im Generalgouvernement, der politischen geistigen Führerschaft des polnischen Widerstandes und zweitens den Kreis von Verbrecherelementen, die auf Grund früherer Taten und ihres früheren Lebens unter Beweis gestellt haben, dass sie sich niemals als irgendwie brauchbare Glieder der Gesellschaft, auch der polnischen Gesellschaft einfügen werden.

In den Händen der Sicherheitspolizei hätten sich zu Beginn der ausserordentlichen Befriedungsaktion etwa 2 000 Männer und einige hundert Frauen befunden, die als irgendwie geartete Funktionäre der polnischen Widerstandsbewegung in Haft gesetzt worden seien. Sie stellten wirklich eine geistige Führerschicht der polnischen Widerstandsbewegung dar. Natürlich sei diese Führerschicht nicht auf die 2 000 Personen beschränkt. In den Akten und Karteien des Sicherheitsdienstes befänden sich weitere etwa 2 000 Namen von Personen, die diesem Kreis zuzurechnen seien. Das seien Personen, die angesichts ihrer Tätigkeit und ihres Verhaltens ausnahmslos ohnehin unter die für das Generalgouvernement geltende Standrechtsverordnung fielen. Die summarische Aburteilung dieser Leute habe in dem Augenblick begonnen, in welchem die ausserordentliche Befriedungsaktion angeordnet worden sei. Die standrechtliche Aburteilung der 2 000 Inhaftierten nähere sich ihrem Ende, und es seien nur noch wenige Personen abzuurteilen.

Nach Durchführung dieses summarischen Standgerichtsverfahrens habe nun schon eine Festnahmeaktion begonnen, die den Kreis dem Sicherheitsdienst bekannten, aber noch nicht inhaftierten Leute ebenfalls in die Hände der Sicherheitspolizei und damit zur summarischen Aburteilung bringen solle. Das Ergebnis dieser Festnahmeaktion stehe noch nicht fest. Er rechne mit einem 75%igen Ergebnis. Insgesamt würde also die Aktion einen Kreis von etwa 3 500 Menschen umfassen. Es sei kein Zweifel, dass man mit diesen 3 500 Personen wirklich den politisch gefährlichsten Teil der Widerstandsbewegung im Generalgouvernement erfasse.

Im Rahmen der ausserordentlichen Befriedungsaktion sei für die Erfassung des Berufsverbrechertums ein Kreis von etwa 3 000 Berufsverbrechern ins Auge gefasst. Angesichts der Mentalität des polnischen Verbrechertums lasse ich diese Zahl natürlich beliebig nach oben oder unten verändern. Aber in der Zahl von 3 000 Verbrechern würden die wirklich gefährlichen unverbesserblichen Elemente getroffen, die auf Grund ihrer geistigen und moralischen Qualitäten für die anderen Menschen nur eine Belastung bedeuteten. Sie füllten nur unnötigerweise die Gefängnisse, die man im Laufe der nächsten Zeit für andere Gefangene brauche. Diese 3 000 Berufsverbrecher unterlägen natürlich nicht der summarischen Aburteilung, sondern hier genüge allein die

Anordnung der ausserordentlichen Befriedigungsaktion, um sie der Liquidation im Rahmen dieser Aktion zuzuführen.

Gouverneur Dr. Zörner drückt im Hinblick auf die bevorstehende AB-Aktion den Wunsch aus, dass von ihr nicht Bauern und Arbeiter, die sich nur im beschränkten Umfang politisch betätigt haben, erfasst werden. Es bestehe ein Interesse daran, dass der Grossteil friedlicher Bauern, der seinen Acker für uns besorge oder mitbesorge, nicht in dauernder Beunruhigung gehalten werde.

SS-Obergruppenführer Krüger:

... Zur Anregung des Gouverneurs Zörner bezüglich der Behandlung der möglicherweise an der Widerstandsbewegung beteiligten Bauern sei festzustellen, dass in der Widerstandsbewegung in erster Linie die geistige Oberschicht stecke, und dass nur wenig Bauern und Arbeiter beteiligt seien. Diese wenigen Fälle würden nach jeder Richtung geprüft, bevor man sich dazu entschliesse, einen Verführten zu liquidieren. Andererseits dürfe man nicht vergessen, dass es gerade in dem Gebiet um Chelm, also einem landwirtschaftlichen Gebiet, wilde Schiessereien gegeben habe, und das SS und Polizei sogar mit MG-Feuer angegriffen worden seien. Wenn es gelinge, die Täter zu fassen, müsse natürlich ganz ausserordentlich durchgegriffen werden, und es könne keine Rücksicht darauf genommen werden, dass es sich vielleicht um Bauern handele.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass er grundsätzlich angeordnet habe, Bauern und Arbeiter von der Aktion auszunehmen.

Der Herr Generalgouverneur fasst das Ergebnis der Beratungen zusammen und führt aus:

... Wenn eine Justizstelle wahnsinnig genug wäre, das Vorgehen irgendeiner Polizeidienststelle im Zusammenhang mit einer grossen politischen Aktion einer strafrechtlichen Untersuchung zu unterziehen und allenfalls eine Anklage gegen diese Polizeidienststelle oder eine andere Dienststelle wegen Verletzung von Dienstpflichten usw. zu erheben, so könnte man in diesem Vorgehen natürlich gerade aus dieser nicht echten Konkurrenz von Verwaltung und Polizei einen scharfen Verstoss gegen das Gemeinschaftsinteresse erblicken. ... Ich habe ja gerade die Sitzung aus dem Grunde einberufen, um die Gouverneure und die Polizeidienststellen darauf aufmerksam zu machen, dass wir über den legalen Rahmen unserer Aufgaben hinaus eine ganz grosse politische Verantwortung hier in diesem Raum zu tragen haben. Es kommt nicht darauf an, dass wir einen legal vorbildlichen Musterstaat ins Leben rufen, sondern es kommt hauptsächlich darauf an, die grosse nationalsozialistische Ostaufgabe hier in diesem Raum zu erfüllen. Es kann also nicht das Ziel sein, hier einen Rechtsstaat aufzubauen, sondern die Ostpolitik muss so geführt werden, dass immer als die entscheidendste Mission der Ausbau der Befehle des Generalgouvernements im Vordergrund steht. ...

Sehr wichtig ist die Frage der Information der allgemeinen Dienststellen über bevorstehende polizeiliche Aktionen. Dieses Problem ist wichtig und sehr schwierig. Es gibt polizeiliche Aktionen, bei denen eine vorherige Information irgendwelcher mit dieser Aktion nicht unmittelbar beteiligter Dienststellen eine Unmöglichkeit wäre. Ich muss das ausdrücklich für die Polizeior-gane des Generalgouvernements feststellen, dass es hier polizeiliche Aktionen gibt, die absolute Geheimhaltung erfordern. Es liegt das eben im Charakter der polizeilichen Massnahmen. Trotzdem würde ich, Herrn Obergruppenführer Krüger bitten, wenn es möglich wäre, dem Gouverneur von solchen Akti-onen jeweils streng vertraulich unter vier Augen Kenntnis zu geben, wobei der Gouverneur selbstverständlich gehalten wäre, diese Aktion streng für sich zu bewahren. Ich wäre dankbar, wenn das möglich wäre, denn es wäre wünschenswert, dass die Gouverneure von solchen Dingen Kenntnis haben. Polizeiliche Aktionen ganz allgemeiner Art, die nicht unter diese Geheimhal-tungspflicht fallen, bitte ich in kameradschaftlicher Weise vorzubereiten.

Die Frage des Gefängniswesens wird schon in nächster Zeit Gegenstand einer grundsätzlichen Besprechung sein. Schon heute kann aber gesagt wer-den, dass die Justiz dann, wenn sie ihre eigenen Gefängnisse hat, auch ihre eigenen Beamten haben muss. Es geht nicht an zu sagen: das ist ein Justiz-gefängnis, aber SS und Polizei müssen es bewachen. Das Reich muss dann hierfür die nötigen Beamten zur Verfügung stellen. Eine scharfe Trennung ist notwendig zwischen den eigentlichen Strafvollzugsanstalten und den Ver-wahrungsgefängnissen.

Was die Konzentrationslager anlangt, so waren wir uns klar, dass wir hier im Generalgouvernement Konzentrationslager im eigentlichen Sinne nicht einrichten wollen. Wer bei uns verdächtig ist, der soll gleich liquidiert werden. Was sich draussen in den Konzentrationslagern des Reiches an Häftlingen aus dem Generalgouvernement befindet, das soll uns zur AB-Aktion zur Ver-fügung gestellt oder dort erledigt werden. Wir können nicht die Reichskon-zentrationslager mit unseren Dingen belasten. Was wir mit den Krakauer Professoren an Scherereien hatten, war furchtbar. Hätten wir die Sache von hier aus gemacht, wäre sie anders verlaufen. Ich möchte Sie daher dringend bitten, niemanden mehr in die Konzentrationslager des Reiches abzuschieben, sondern hier die Liquidierung vorzunehmen oder eine ordnungsgemässe Strafe zu verhängen. Alles andere ist eine Belastung des Reiches und eine dauernde Erschwerung. Wir haben hier eine ganz andere Form der Behand-lung, und diese Form muss beibehalten werden. Ich mache ausdrücklich da-rauf aufmerksam, dass sich an dieser Behandlung nichts ändern wird durch einen allenfallsigen Friedensschluss. Dieser würde nur bedeuten, dass wir dann als Weltmacht noch viel intensiver als bisher unsere allgemeinen poli-tischen Aktionen durchführen würden, er würde bedeuten, dass wir in noch grosszügigerem Masse zu kolonisieren haben, aber ändern würde er an dem Prinzip nichts. Es bleibt bei der schärfsten antipolnischen Tendenz, wo-bei jedoch Rücksicht genommen werden muss auf die Aufrechterhaltung der

Arbeitsfähigkeit des polnischen Arbeiters und des polnischen Bauern. Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir dieses Gebiet des Generalgouvernements nicht halten können, wenn wir einen Ausrottungsfeldzug gegen die polnischen Bauern und Arbeiter beginnen würden in der Form, wie er von einzelnen Phantasten gedacht ist. Es kann sich nur um die Beseitigung der Führerschicht handeln, aber das arbeitende Volk muss unter unserer verantwortlichen Befehlsgewalt nutzbringende Arbeit leisten. Daher ist es zweckmässig, dass die Polizei auch von diesem Volk der Bauern und Arbeiter als eigener Schutz angesehen wird. Helfen Sie mir bitte, diese Splitterpolitik zu unterstützen! Es würde nicht schaden, wenn die Polizei von sich aus öfters demonstrativ den Schutz eines polnischen Arbeiters übernehmen würde gegen einen polnischen Grosskapitalisten. Es müsste sich ganz allgemein unter den polnischen Bauern und Arbeitern die Meinung verbreiten: wir stehen unter dem Schutz des Reiches und seiner Exekutivorgane und brauchen uns nicht zu fürchten, wenn wir unsere Arbeit tun. Diese allgemeine Aktion ist umso wichtiger, je schärfer wir gegen die eigentlichen Machthaber und Führerpersönlichkeiten in Polen vorgehen.

13.

Tagebuch 1940 III²⁸

Krakau-Burg

Freitag, den 12. Juli 1940.

17⁴⁵ Besprechung mit Ministerialrat Wille und Gerichtsassessor Dr. Viehweg.

... Ministerialrat Wille teilt dann mit, dass er gelegentlich einer Dienstreise in die Distrikte in der Richterschaft eine gewisse Unruhe im Hinblick auf die Durchführung der AB-Aktion habe feststellen können.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, dass die AB-Aktion nunmehr als abgeschlossen angesehen werden könne und die schwebenden Fälle im normalen Verfahren erledigt werden würden.

Ministerialrat Wille bemerkt, dass er an dieser politischen Aktion von vornherein desinteressiert gewesen sei, da sie nicht in den Rahmen seiner Tätigkeit falle. Für ihn sei auch weniger die Tatsache der Durchführung der AB-Aktion von Wichtigkeit gewesen, sondern vielmehr die Feststellung, dass die Fälle doch sehr verschiedenartig behandelt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, dass angesichts der Verhältnisse in Polen ein scharfes Durchgreifen notwendig gewesen sei. Man werde aber nunmehr wieder in normale Bahnen zurückkehren können.

Im Zusammenhang mit dieser Frage macht der Herr Generalgouverneur Mitteilung von der Auflösung des Selbstschutzes und bemerkt, dass der SS-Führer Alvensleben in den Stab des Obergruppenführers Krüger

²⁸ Przedruk z Triel XXIX, 403—404.

~~2. die Verordnung gegen den Missbrauch von Uniformen im Generalgouvernement vom 9. Mai 1941 (VBIGG. S. 277).~~

~~Krakau, den 11. Mai 1943.~~

~~Der Generalgouverneur
Frank~~

22

Fernschreiben⁴¹

An
SS-Gruppenführer Müller
Berlin

Feld-Kommandostelle
11. Jan. 1943
RF/V
Geheim

Die Sabotage- und Bandentätigkeit im Generalgouvernement nimmt in einem derartigen Umfang zu, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie wir dem abhelfen können. Ich weiss, dass die Hauptursache die grosse Teuerung und die Erschwerung des Lebens im Generalgouvernement ist. Darüber hinaus aber ist selbstverständlich das Proletariat einer Riesenstadt wie Warschau mit 1,2 Millionen Menschen, unter denen nach meiner Schätzung ohnedies 800 000 arbeiten oder als Kinder arbeitenden Familien angehören, der Hauptträger für alle derartigen Bandenüberfälle sowie für den Schleichhandel. Genau so verhält es sich auf dem Lande mit dem Landproletariat, das 1—2 Hektar mit Familien von 5—8 Köpfen bewirtschaftet, damit einigermassen etwas zum Leben vor allem aber die Grundlage für Schleichhandel und Bandentätigkeit hat.

Ich ordne daher an, dass nun laufend alle bandenverdächtigten proletarischen Elemente männlichen und weiblichen Geschlechts festgenommen und den KL in Lublin, Auschwitz und im Reich zugeführt werden. Die Festnahme muss eine so grosse sein, dass im Generalgouvernement in den nicht durch die Arbeit erfassten Kreisen eine fühlbare Verminderung und damit für die Bandenlage eine spürbare Erleichterung eintritt. Eine Überführung der Verhafteten in Aufenthaltslager oder Zwangsarbeitslager ausser den von mir befohlenen KL verbiete ich.

Die Aktion ist mit grösster Beschleunigung durchzuführen. SS-Obergruppenführer Wolff habe ich gebeten, die Frage der Zugstellung mit Staatssekretär Ganzenmüller zu besprechen. Bitten und Wünsche in dieser Richtung sind im Grossen an SS-Obergruppenführer Wolff zu richten.

Obergruppenführer Wolff z. Ktsn.

gez. H. Himmler

⁴¹ Przedruk z fotografii dokumentu reprodukowanej w Biul. Gł. Kom. IV za s. 56, patrz wstęp do nin. rozdz. przyp. 66.

§ 6

~~Die Urteile der Standgerichte der Sicherheitspolizei sind sofort vollstreckbar.~~

§ 7

~~Soweit sich ein Verbrechen nach den §§ 1 und 2 dieser Verordnung zugleich als ein anderes im Standgerichtsverfahren abzuurteilendes Verbrechen darstellt, sind nur die Verfahrensvorschriften dieser Verordnung anzuwenden.~~

§ 8

~~Diese Verordnung tritt am 10. Oktober 1943 in Kraft.
Krakau, den 2. Oktober 1943.~~

~~Der Generalgouverneur
Frank~~

26

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD.
für den Distrikt Radom⁴⁵

Radom, den 19. Juli 1944

Geheime Reichssache
13. Ausfertigung
4. Ausfertigung
o. V. i. A.

Eingangsstempel:

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
für den Distrikt Radom
Aussendienststelle Tomaschow
Eing. am: 22. 7. 1944

An die
Aussendienststelle
z. Hd. von SS-Hauptstuf. Thiel
in Tomaschow

Betrifft: Kollektivhaftung der Familienangehörigen von Attentätern und Saboteuren.

Vorgang: Ohne.

Der höhere SS- und Pol. Führer Ost hat am 28. 6. 1944 folgenden Befehl erlassen:

⁴⁵ Przedruk dokumentu o oznaczeniu doc. 037-L z Trial XXXVII, 434; pierwsza publikacja dokumentu w wydawnictwie pt. Geheim! Dokumentarische Tatsachen aus dem Nürnberger Prozess, ausgew. u. hrsg. von Dr. O. Pannenbecker, Düsseldorf 1947.

„Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Monaten im Generalgouvernement derart verschlechtert, dass nunmehr mit radikalsten Mitteln und allerschärfsten Massnahmen gegen fremdvölkische Attentäter und Saboteure durchgegriffen werden muss. Reichsführer SS hat mit Zustimmung des Generalgouverneurs angeordnet, dass in allen Fällen, in denen Attentate oder Attentatsversuche auf Deutsche erfolgt sind oder Saboteure lebenswichtige Einrichtungen zerstörten nicht nur die gefassten Täter erschossen werden, sondern darüber hinaus die sämtlichen Männer der Sippe gleichfalls zu exekutieren und die dazugehörigen weiblichen Angehörigen über 16 Jahre in das KZ. einzuweisen sind. Strikte Voraussetzung ist hierfür selbstverständlich, dass wenn der oder die Täter nicht festgenommen, ihre Namen und Wohnorte einwandfrei ermittelt worden sind. Als männliche Angehörige der Sippe haben beispielweise zu gelten:

Der Vater, Söhne (soweit sie über 16 Jahre alt sind), Brüder, Schwäger, Vettern und Onkel des Täters. Analog ist gegen die Frauen vorzugehen.

Mit diesem Verfahren ist beabsichtigt, eine Gesamthaftung durch alle Männer und Frauen der Sippe des Täters sicherzustellen. Es wird ferner damit der Lebenskreis des politischen Verbrechers auf das empfindlichste getroffen. Diese Praxis hat beispielsweise schon Ende 1939 in den neuen Ostgebieten, insbesondere im Warthegau, die besten Erfolge gezeitigt. So wie dieser neue Modus in der Bekämpfung von Attentätern und Saboteuren dem Fremdvölkischen bekannt wird — dies kann durch Mundpropaganda geschehen — werden die weiblichen Angehörigen einer Sippe, in der sich Mitglieder der Widerstandsbewegung oder Banden befinden, erfahrungsgemäss einen vorbeugenden Einfluss ausüben.“

Ich gebe hiervon Kenntnis und ersuche, in den einschlägigen Fällen (nicht zurückliegend) mit grösstmöglicher Beschleunigung die entsprechenden Familienangehörigen zu ermitteln und sofort festzunehmen. Alsdann ist mir über den Erfolg zu berichten und weitere Weisung abzuwarten.

Unterschrift (unleserlich)

Koe

Tomaschow, den 25. 7. 1944.

1. mit den Sachgebietsleitern eingehend besprochen.
2. zu den A. IV L.

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD.
im Distrikt Radom

IV L. 21/44 gRs.

B Ia 138-

Documenta Occupationis
VI

3.

Geheime Staatspolizei
II/B — B. Nr. 129/39 —g—⁴

Posen, den 13. Dezember 1939.

Geheim!

An den
Herrn Landrat
in Jarotschin.

Betrifft: Behandlung von Juden, die sich entgegen dem
Umsiedlungsbefehl auf dem Gebiet des
Deutschen Reiches befinden.

Vorgang: Ohne.

Der Reichsführer-SS hat durch Erlass vom 29. November 1939 — Reichs-
sicherheitshauptamt IV(II 0) 2 — 288/39 g — 1 — folgende Anordnung erlassen:
Juden und Polen, die aus einem Gebiet des Deutschen Reiches in das General-
gouvernement umgesiedelt wurden, sich aber entgegen dem Umsiedlungsbe-

³ Rozporządzeniem z 19. 2. 1940 — Zweite VO über die Kennzeichnung — VBlGG.
1940 I, 79, § 3 ust. 1 został zmieniony następująco: „Zu widerhandlungen werden mit
Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu unbeschränkter Höhe oder mit einer dieser
Strafen bestraft“.

⁴ Oryginał dokumentu w teczce pt. *Evakuierung* — Geheime Staatspolizei,
zabezpieczonej z aktami Landrata w Jarocinie (I. Z. Dok. I—200 k. 35).

fehl auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, wenn auch in einer anderen Provinz, aufhalten, sind sofort standrechtlich zu erschiessen.

Diese Weisung ist mündlich den Ältesten der Judengemeinden, soweit sie noch bestehen, bekanntzugeben.

Beim Antreffen solcher Personen sind diese umgehend der hiesigen Dienststelle zuzuführen.

pieczęć:
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Posen.

gez. Bischoff,
SS-Sturmbannführer u. Reg. Rat.
Beglaubigt:
podpis nieczytelny
Kanzleiangestellte.

4.

„Umsiedlung der Juden aus Krakau“⁵

Bis zum 15. August freie Wahl eines Wohnsitzes im Gebiet des
Generalgouvernements

Eigener Bericht der Krakauer und Warschauer Zeitung
Krakau, 6. August

Nachdem die Verhältnisse im Generalgouvernement immer mehr ständige und endgültige Formen gewinnen, werden die schon längst beabsichtigten Pläne verwirklicht, die Hauptsadt des Generalgouvernements auch äusserlich so auszugestalten, dass sie einen würdigen Rahmen für den Sitz der politischen Zentrale bildet. Im Zusammenhang mit dem Plan, dass äussere Gesicht des Stadtbildes von Krakau zu verschönern, ist der Entschluss gefasst worden, die Juden von Krakau in andere Gebiete des Generalgouvernements umzusiedeln. Die Aktion ist vorbereitet und zwischen den zuständigen deutschen Stellen und dem Vertreter der jüdischen Gemeinde besprochen worden.

⁵ Krakauer Zeitung 6. 8. 1940; w sprawie usunięcia Żydów gen. gub. Frank na posiedzeniu w dniu 12. 4. 1940 powiedział: „Wenn die Autorität des nationalsozialistischen Reiches aufrecht erhalten werden sollte, dann sei es unmöglich, dass die Repräsentanten dieses Reiches gezwungen seien, beim Betreten oder Verlassen des Hauses mit Juden zusammen zu treffen, ... Er beabsichtige deshalb, die Stadt Krakau bis zum 1. November 1940, soweit irgend möglich judenfrei zu machen... (Abteilungsleitersitzungen 1939—1940, Trial XXIX, 374—375). W dniu 2. 8. 1940 naczelnik miasta Krakowa zawiadomił Franka, że miasto opuściło już 9000 Żydów (Tagebuch 1940 III, 764). Według danych aktu oskarżenia w procesie Amona Götha opuściło Kraków w wyniku tej akcji 10 000 Żydów (liczba ta wydaje się za małą) a ponadto wysiedlono do marca 1941 dalszych ca 8 000 Żydów. Getto utworzone w dn. 21. 3. 1941 liczyło wówczas ponad 68 000 mieszkańców; uległo ono zupełnej likwidacji w marcu 1943 (Proces ludobójcy Amona Götha, 26. 28).

B Ia 139

56

SD - Einsatzkommando
Bromberg.

Bromberg, den 30. Oktober 1939.

An den
Kommissar der Stadt Bromberg
Kreisleiter K a m p e

B r o m b e r g .

In der Anlage werden zwei Berichte ueber den Besuch
der katholischen und evangelischen Kirchen Brombergs
zur Kenntnissnahme uebersandt.

H/1

~~16. Oktober 3. 11. 39.~~

[Handwritten signature]

SD - Einsatzkommando Bromberg

[Handwritten signature]

SS - Obersturmfuehrer

Bromberg, den 30. Oktober 1939.

Betrifft: Kirchenbericht vom Sonntag, den 29.X.1939.

Vorgang: Laufende Berichterstattung.

Der Kirchenbesuch in den katholischen Kirchen Brombergs war am Sonntag den 29.X.1939, wie auch an den vorherigen Sonntagen, unverändert rege.

In den polnisch-katholischen Kirchen konnten nach wie vor keine sichtbaren Mängel festgestellt werden. Predigtgottesdienste werden noch keine abgehalten, und die Lesung des Evangeliums sowie die Abkündigungen und das Gebet fuer den Puh-
rer erfolgen weiterhin in deutscher Sprache.

In der deutsch-katholischen Kirchen nahm der Pfarrer **K a l u s c h k e** den Tag des sogenannten "Christ-Koenig-Festes" zum Anlass fuer eine typisch katholisch-kirchliche Propaganda. In alt erprobter Art verstand er es, seine Worte so zu fassen, dass eine Handhabe zu direktem Eingreifen nicht gegeben war, waehrend man den eigentlichen Sinn seiner Predigt als durchaus angreifbar betrachten muss. Er fuehrte u.a. aus:

Nur Christus allein sei der wirkliche Herr aller Menschen Voelker und auch der groessten Maenner. Auch die groessten Namen und die Werke, die sich an diese Namen knuepfen, werden kurz ueber lang in Vergessenheit geraten, waehrend der Name Christus ewigen Bestand hat. Hier nannte Kaluschke die Namen Schiller und Goethe, waehrend man ihm aber anmerken konnte, dass er ganz andre im Sinn hatte. Daher hat sich heute jeder Mensch fuer oder wider Christus zu entscheiden, denn ohne Christus sei man nichts, mit Christus dagegen alles.

970

Christus sei heute der am meisten gehasste aber auch gerade heute der am meisten geliebte Mann.

Nicht die katholische Kirche und ihre Priesterschaft geschuld an der ihnen zur Last gelegten Entwicklung der Dinge, sondern die schlechte Christenheit, Allein die Christen, nicht aber die Kirche und die Priester.

Die deutsch - katholische Kirche war ebenfalls stark besucht. Man konnte wiederum Polen und auch höhere Offiziere als Kirchenbesucher feststellen.

Bronberg, den 30. Oktober 1930.

Betr.: Kirchenbesuch von Sonntag, den 29.10.30

Vorg.: laufende Berichterstattung.

In der evgl.-unierten Pfarrkirche in Bronberg war der Gottesdienst am letzten Sonntag sehr schwach besucht. Es waren annähernd 80 ältere Frauen und etwa 20 Männer anwesend. Der Pfarrer D r o s s sprach in seiner Predigt, die ohne jedes Interesse aufgenommen wurde, von dem Kampf, den jeder Christ zu bestehen hat, um seinen Glauben durchsetzen zu können. Dabei zitierte er Stellen aus der Bibel und führte auch einen unbekanntem griechischen Philosophen an. Den augenblicklichen Kampf des deutschen Volkes um seine Existenz erwähnte er mit keinem Wort.

In den Ankündigungen gab der Pfarrer Dross dann bekannt, dass die Sammlung am Kirchenausgang für den Ankauf von Brennmaterialien bestimmt sei und dass am nächsten Sonntag für den „Gustav-Adolf-Verein“ gesammelt würde. Weiterhin gab er bekannt, dass am Sonntagnachmittag eine Jugendbibelstunde ^{in Gemeindehaus} stattfindet. Hierbei handelt es sich zweifellos um eine getarnte Weiterführung der evgl. Jugendvereine. Ausserdem findet wöchentlich eine Zusammenkunft des „Blaukreuzvereins“ und eine Frauenstunde statt.

Bla 140

- Einsatzkommando
Bromberg

Bromberg, den 13. November 1939.

Seufke
R.

An den
Stadtkommissar der Stadt Bromberg
Kreisleiter K a m p e
B r o m b e r g .

In der Anlage wird der Kirchenbericht vom Sonntag .
den 12.II.1939. zur Kenntnissnahme und zum dertigen
Verbleib übersandt.

SD - Einsatzkommando Bromberg

SS - Untersturmführer
Luntz

Bromberg, den 13. November 1939.

Betr. Kirchenbesuch am Sonntag, den 12. November 1939.Vorg. Laufende Berichterstattung.

Die katholischen Kirchen Brombergs waren am Sonntag, den 12. II. 1939. wieder sehr stark besucht. Auffallend viele junge Männer wurden in den Kirchen festgestellt.

Die Gottesdienste wurden diesmal - obwohl wie üblich ohne Predigt - in sehr feierlicher Form mit aufmarschierten Fahnen usw. abgehalten. Verstöße gegen die bekannten Anordnungen sind bisher nicht vorgekommen.

In der deutsch-katholischen Kirche war der Hauptgottesdienst, der diesmal auch ohne Predigt stattfand, von sehr viel Militär und auch Schützpolizei besucht. Der Geistliche an der deutsch-katholischen Kirche, Präbendar K a l u s c h k e, betete sehr feierlich für den Führer und dankte der Vorsehung für seine Erhaltung.

In der evangelischen Christuskirche hielt Pfarrer E i c h - s t a e d t einen Militärgottesdienst ab, der von drei Kompanien Militär und außergewöhnlich viel Zivilisten besucht war. E. sprach in seiner Predigt von dem Kampf, den jeder Christ - für seinen Glauben - genau wie der Soldat für sein Vaterland - auszufechten und zu bestehen habe.

SD-Stadtkommando Bromberg.

Bromberg, den 2. November 1939.

An den
Stadtkommissar Bromberg
s.Hd. Kreisleiter Pg. K a m p e ,

66

H i e r .

Betr.: Lagebericht.

In der Anlage wird ein Lagebericht mit dem Stand vom
1.11.39 zur Kenntnisnahme und dort.Vorbleib überreicht.

Anlage: 1.

Der Führer des SD-E.K. Bromberg

Braunich
SS-Obersturmführer.

*Beilage
an 1/2*

BT a 141

Stand vom 1. Nov. 1939.

Geheim!

- 1 a.) Wenn auch in der Berichtszeit von einem Umschlagen der Stimmung innerhalb der polnischen Bevölkerung nicht gesprochen werden kann, so sind dennoch gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß in den ärmeren Schichten hier und da ein Aufatmen beginnt. Man merkt, daß der Kampf der deutschen Behörden und Parteidienststellen in erster Linie gegen die Intelligens geführt wird. So steht das ganze Trachten dieser mehr oder weniger indifferenten Schicht danach, in den Besitz eines volkdeutschen Ausweises zu gelangen, und damit auch der Verrechte teilhaftig zu werden, die dem deutschen Bürger aus der Masse des polnischen Elements herausheben. Auf dieser Linie bewegen sich auch die Gerüchte aus polnischen Arbeiterkreisen, die verschiedentlich bestätigt werden konnten und denen zufolge in absehbarer Zeit alle polnischen Mädchen gezwungen werden würden, nur Deutsche zu heiraten. Jeder, der nur irgendwie kann, ist mit allen Mitteln bemüht, sich in irgendeiner Form als deutsch kennzeichnen zu lassen, um so, wenn nicht auf geradem, so eben auf krummen Wege, die Genehmigung zum weiteren Verbleiben im Gaugebiet zu erwirken.

Nach wie vor jedoch kursieren die verschiedensten Gerüchte mit dieser oder jener politischen Tendenz, offeneichtlich genährt und geschürt von gewissen bisher nicht erfassten polnischen Kreisen. Die Hoffnung, England und Frankreich werden eines Tages doch noch mit einer entscheidenden Hilfe kommen, ist noch keineswegs aufgegeben; neuerdings will man sogar von der Ausrüstung eines Fliegerexpeditionskorps wissen, das mit ganz neuen bisher unbekanntem Flugzeugtypen, die deutschen Besatzungstruppen vertreiben wird. Jede dieser Maschinen soll mit 8 modernen Maschinengewehren ausgerüstet sein. Die Tatsache, daß in diesen Tagen große Teile der bisherigen deutschen Besatzungstruppe Bromberg verlassen und damit auch das Internierungslager nicht mehr unter militärischer Bewachung

Bewachung stehen wird, scheint derartigen Gerüchten weitere Nahrung zu geben.

Der zwangsweise Abtransport kongreßpolnischer Einwohner insbesondere aus dem Landgebiet hat dazu geführt, daß nunmehr in steigendem Maße auch freiwillige Abwanderungen zu verzeichnen sind. Die täglichen Züge nach dem Osten, nach Radom, Lublin usw. sind voll besetzt. Wenn man schon die Westgebiete verlassen muss, dann will man wenigstens versuchen, so rechtzeitig umzusiedeln, daß man sich noch eine möglich günstige neue Wirkungsstätte aussuchen kann. Nach bisher noch nicht überprüften Meldungen heißt es, daß man mit Vorliebe einen Bekannten voranschickt, der möglichst kavalier gekleidet versucht, die vorhandenen und noch nicht beschlagnahmten Barmittel in das Gebiet des Reststaates auszuführen. Wenn auch in einer früheren Anordnung bestimmt wird, daß alle Barbeträge über 100 Złoty auf eine der vorhandenen Banken einzuzahlen sind, ist es trotzdem kein Geheimnis, daß grössere Teile der Bevölkerung dieser Bestimmung nicht oder nur zum Teil nachgekommen sind.

- .) Die eindeutigen Anordnungen des Stadtkommissars über die Vorrechtstellung der Volkdeutschen haben sich auf die Gesamtstimmung innerhalb der deutschen Bevölkerung sehr positiv ausgewirkt. Namentlich die ärmeren Kreise beginnen langsam, sich von dem indirekt noch immer auf ihnen lastenden Druck der polnischen Mehrheit zu befreien. Wenn auch die allmählich einsetzenden Massnahmen zur Rationalisierung der Nahrungsmittelbestände, (2 fleischlose Tage in der Woche, Verbot der Herstellung von Schlagsahne usw.) sowie das leichte Ansteigen der Preise bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern hier und da gewisse Misstimmung hervorrufen, so werden diese Schwierigkeiten im allgemeinen doch im Gefühl der endlich errungenen Freiheit gern in Kauf genommen.

Demgegenüber ist jedoch festzustellen, daß nach wie vor unter dem bisher aktivsten Teil der Volkdeutschen eine gewisse Unzufriedenheit über das plötzliche Auftauchen dieser und jener "Auch-Volkdeutscher" besteht, die sich heute als die erprobten volkdeutschen Kämpfer hinstellen, in der Vergangenheit jedoch sich stets zu drücken verstanden haben. Es wird vor allem übel vermerkt, daß die von Reichsstatthalter Forster ausgegebene Parole: "Schluß mit dem Parteienstreit zwischen JdP und DV" - von den lauen und

und spießhaften Vertretern innerhalb der Volkgruppe dahingehend ausgelegt wird, daß man nunmehr verkündet: Seht ihr, Vertreter der JdP und DV, wir haben schon immer gesagt, Eure Parteien waren einseitig und Euer Handeln falsch; wir haben uns von jeher von jeder Partei ferngehalten, wir sind "neutral" geblieben, und diese unsere Einstellung wird nunmehr auch vom Reichsstatthalter als die einzig richtige anerkannt. - Es wird somit der Eindruck erweckt, als ob die Existenz der einen Partei allein ihre Berechtigung gefunden hätte in dem Kampf gegen die andere. Es erscheint notwendig, einmal grundsätzlich zu klären, daß alle Volkdeutschen, die sich aktiv in der einen oder anderen Partei betätigt haben, ja doch in erster Linie gegen das Polentum und für die Erhaltung des Deutschtums gekämpft haben, somit also mehr als alle anderen heute ein Recht darauf haben, bevorzugt und anerkannt zu werden.

Im Übrigen ist das Verhältnis zwischen JdP und DV in Bromberg gut, besondere Spannungen sind nicht zu verzeichnen; zu gewissen Reibungen ist es jedoch nach hier vorliegenden Meldungen in Schulitz gekommen. Nach eingehender Prüfung des Sachverhalts wird gesondert berichtet werden.

-) Der Landkreis Bromberg behält nach wie vor seine führende Stellung in der Durchführung der getroffenen Maßnahmen bei. Die Hackfruchternte ist nunmehr ausnahmslos beendet, die Herbstbestellung durchgeführt und die Winterfurche wird nunmehr mit Hilfe der 800 angeforderten und eingesetzten Militärpferde gezogen. Die Beschlagnahme des gesamten polnischen Besitzstandes, nicht nur des kongresspolnischen, ist bereits durchgeführt. Irgendwelche Gesuche um Freigabe polnischen Eigentums werden nicht angenommen, wie überhaupt polnische Volksangehörige vom kommissarischen Kreisbauernführer B r u n k garnicht empfangen werden.

Die Ernährungslage Brombergs erscheint nach wie vor als gesichert, wenn auch die Transportschwierigkeiten noch nicht behoben werden konnten. Um diesen Mangel zu beheben, wurde nunmehr von der Kreisbauernschaft eine General-Pferdemusterung für den Stadt- und Landkreis Bromberg angesetzt, um einmal den gesamten Pferdebestand zu erfassen und gleichzeitig damit zu ermöglichen, die größten Lücken

Lücken an den notwendigsten Stellen aufzufüllen.

Die Versorgung der Stadt- und Landbevölkerung mit Brennmaterialien soll durch eine neugegründete "Landhandelsfirma" sichergestellt werden. In Oberschlesien sollen genügend Kohlenvorräte zum Versand bereit liegen, die aber infolge von Transportschwierigkeiten seitens der Reichsbahn noch nicht herbeigeschafft werden können. Es hat den Anschein, als wenn durch Kompetenzschwächen der einzelnen Eisenbahndirektionen, deren Zuständigkeit wohl noch nicht endgültig abgegrenzt ist, sowie durch das Fehlen von Tarifen viel dazu beigetragen wird, daß der Güterverkehr noch in dem Maße lahmliegt.

Wenn auch zur Regelung des Wirtschaftslebens eine Marktordnung für landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt wurde (Festsatzung von Höchstpreisen und Ablieferungspflicht), so mußte trotzdem wiederholt festgestellt werden, daß der Landwirt im Augenblick nur ungern seine Erzeugnisse verkauft, da er auf eine Angleichung an die Preise im Altreich hofft und seine Verdienstschanne auf diese Weise wesentlich höher liegen würde.

Die Aussiedlung der kongreßpolnischen Siedler geht in vollem Umfange weiter. Bisher sind insgesamt etwa 1000 Kongreßpolen nach dem Osten abgeschoben worden. Die dadurch leer gewordenen Siedlerstellen werden zunächst von den angrenzenden Besitzern mitbewirtschaftet. Hierbei zeigt es sich jedoch, daß gerade Volksdeutsche vielfach versuchen, sich gegenseitig die besten Ländereien abzufragen, wie überhaupt die Pflichten als Freuhänder recht leichtfertig wahrgenommen werden. Man glaubt in diesen Kreisen immernoch, die anvertrauten Betriebe eines Tages ohne weiteres erwerben zu können. Auf gleicher Linie liegen die Äußerungen mancher Gutsbesitzer, die durchaus nicht damit einverstanden sind, daß ihnen die polnischen Siedlerstellen, die sie vor der Zwangsparsellierung besaßen, nicht wieder zugesprochen werden. Die Zahl der Anfragen aus dem Altreich nach freiwerdenden Gehöften ist so umfangreich, daß sie im Augenblick überhaupt nicht bearbeitet werden können. Hierbei macht sich vor allem der starke Mangel an geschultem Büropersonal und Mitarbeitern bemerkbar. Eine genaue Übersicht kann infolgedessen noch nicht gegeben werden.

Verschiedene Wirtschaftszweige, die bisher ganz auf den Export angewiesen

angewiesen waren, liegen im Augenblick brach. So hatte z.B. um diese Zeit der landwirtschaftliche Handel größere Kontingente an Ölfrüchten (Blauohn) ins deutsche Reich und in andere Länder ausgeführt. Man hofft in diesen Kreisen, in Kürze ausreichende Absatzmöglichkeiten zu finden in der Annahme, daß gerade das Reich diesen Artikel notwendig brauchen kann.

Gerade aus ländlichen Kreisen wird des Öfteren Klage geführt, daß die noch aus der Vorkriegszeit datierenden teilweise erheblichen Außenstände bei polnischen Firmen noch nicht eingetrieben werden konnten, da inzwischen der gesamte polnische Besitz beschlagnahmt wurden. Da es sich vielfach aber bei diesen ausstehenden Forderungen um Existenzfragen handelt, erscheint eine möglichst baldige endgültige Regelung dieser Frage notwendig.

Auch in der Stadt selbst geht die Beschlagnahme und Enteignung des polnischen Besitzstandes in schnellem Tempo weiter. Das Ziel ist, zunächst einmal den Stadtkern völlig polenfrei zu machen und die Polen, soweit sie als Anwesende überhaupt in Frage kommen, in die Außenbezirke umsiedeln. Möbel und sonstige Hausgeräte dürfen bei dieser Aktion nicht mitgenommen werden, sondern sollen als Entschädigungsgut für die beraubten Volksdeutschen sichergestellt werden. Gleichfalls wird eine Entschädigung für enteignete polnische Grundstücke innerhalb der Stadt nicht beabsichtigt. Unentschieden ist noch, ob die z.Zt. in den Vorstädten Brombergs wohnenden Deutschen eine Aufforderung zur Übersiedlung in das Stadttinnere bekommen sollen.

Trotz verschiedener Schwierigkeiten macht die Entwicklung hinsichtlich der Neuordnung des städtischen Schulwesens befriedigende Fortschritte. Gegenüber den im letzten Lagebericht angegebenen Schülerzahlen ist ^{ein} leichtes Ansteigen der deutschen und ein Rückgang der polnischen Schülerzahl zu verzeichnen (im wesentlichen verursacht durch den steigenden Abtransport der Kongreßpolen.). Nachdem durch die Aktionen zur Erfassung der polnischen Intelligens alle polnischen männlichen Lehrkräfte aus dem Schuldienst gezogen sind, wird der Unterricht, soweit nicht deutsche Lehrer vorhanden sind, durch weibliches polnisches Lehrpersonal durchgeführt. Nach Mitteilung des hiesigen Schulamtsleiters kommt auch für die Zukunft

Zukunft der Einsatz polnischer männlicher Lehrkräfte nicht mehr in Frage. Nach eingehender Überprüfung sollen diese Lehrer gegebenenfalls in einen anderen Beruf überführt werden. Auch die polnischen Lehrerinnen werden entlassen werden, sobald geeigneter Ersatz vorhanden ist. Ob und wie weit baltendeutsche Lehrer u.ä. hierfür in Frage kommen, läßt sich z.Zt. noch nicht übersehen.

Es ist bemerkenswert, daß die polnischen Schüler, wie vielfach beobachtet werden konnte, sich dem deutschen Lehrpersonal gegenüber auffallend zurückhaltend und reserviert verhalten. Nach Ansicht deutscher Lehrer ist diese Haltung zweifellos auf eine Beeinflussung der Schüler durch die polnischen Lehrkräfte zurückzuführen.

An die Lösung des Hilfeschulen-Problems will man in der Art herangehen, daß bei geeigneter Gelegenheit sämtliche Hilfeschüler zusammen mit ihren Eltern zusammengesogen werden, um sie zu erfassen und insgesamt in das voraussichtliche Gebiet des Reststaates abzuschieben.- Eine Lösung, die durchaus zweckmäßig ist und in jeder Weise gebilligt werden kann. -

Die vom Stadtkommissar durch öffentlichen Anschlag erlassenen Richtlinien, nach denen es u.ä. der polnischen Bevölkerung untersagt wird, mit dem deutschen Gruß zu grüßen, finden nunmehr auch sinngemäße Anwendung auf die polnischen Schulen.

Eine Gefährdung des gesamten hiesigen Schulbetriebs ist darin zu erblicken, daß sämtliche Lehrkräfte, soweit sie dem Selbstschutz (Küsternungsgruppe A) angehören, zu einer 6 wöchigen militärischen Übung eingezogen werden sollen, die gleichzeitig als Wehrmachtsübung gewertet wird. Da hierdurch praktisch der größte Teil des Lehrpersonals dem Schuldienst gerade in der Aufbauzeit entzogen werden würde, ist die Durchführung dieser Anordnung für das Schulwesen völlig untragbar.

Die Lage am auf kirchlichem Gebiet hat auch in der Berichtszeit keine wesentlichen Änderungen erfahren. Der Kirchenbesuch in den katholischen Kirchen Broberges war auch am 29.10. unverändert regu
illegale

illegale Amtshandlungen von Pfarrern, die ein behördliches Eingreifen notwendig gemacht hätten, waren bisher nicht festzustellen. Bemerkenswert ist, daß als Besucher der deutsch-katholischen Kirche (Pfarrer Kaluschke) neben Polen auch höhere deutsche Offiziere festgestellt werden konnten. Ein Bericht über den Verlauf des Gottesdienstes in der evangl.-unierten Pfarrkirche am Reformationstag, sowie 2 Kirchenberichte vom vergangenen Sonntag werden als Anlagen beigelegt.

Das Gesundheitswesen der Stadt Bromberg, z.Zt. unter Leitung vom Medizinalrat Dr. Krümer, ist noch stark im Aufbau begriffen und hat mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen. In erster Linie ist hier der Mangel an Krankenhausbetten zu nennen, zumal die Frage über die zukünftige Unterbringung der noch in Bromberg liegenden Verwundeten nicht endgültig entschieden ist. Es ist geplant, die alte Lungenheilanstalt Mühlthal wieder stärker zu belegen und alle in den sonstigen Krankenhäusern Brombergs liegenden Lungenkranken dort untersubringen. Wenn auch durch den Bau eines neuen grossen Krankenhauses für Bromberg in absehbarer Zeit die augenblickliche Raumnot behoben werden wird, so ist doch damit noch keine Sofortlösung gegeben. Man denkt deshalb daran, das erst zu einem Drittel fertiggestellte Städtische Krankenhaus, in kürzester Zeit wenigstens auf zwei Drittel zu vollenden. Daneben wird das derzeitige Gebäude des Gesundheitsamtes (das ehem. Stadtpräsidentenpalais) für Fürsorgezwecke mit einem Kostenaufwand von RM 36.000,- umgebaut.

Im Hinblick auf die anderen Schwierigkeiten ist die Frage nach Ärzten zur Zeit keineswegs besorgniserregend, da neben den bereits praktizierenden 16 reichs- und volkdeutschen Ärzten in Kürze 14 baltendeutsche ^{Praxen} aufmachen werden, die an die Stelle von abgewanderten und ausgesiedelten Polen treten. Zusätzlich werden außerdem von den ehemals rund 90 polnischen Ärzten 16 ausländische Polen voraussichtlich zur Weiterausübung ihrer Praxis zugelassen werden.

Besondere Schwierigkeiten entstehen aus dem Mangel an geeigneten Schwestern zur Betreuung der Krankenhäuser. Noch heute liegt die Ausübung dieses Berufes durchweg in polnischer Hand. Es ist geplant, und bereits vom Danziger Senator Grossmann genehmigt werden

worden, die Posener Diakonissinnen nach Mühlthal b/Bromberg zu versetzen, um so zunächst wenigstens einen Teil deutscher Schwestern zur Verfügung zu haben. Ein ähnlicher Mangel ist auf dem Gebiet des Hebammenwesens festzustellen. Auch hier wird so vorgegangen, daß man zunächst noch einige polnische Hebammen ihren Beruf ausüben lässt, solange nicht ausreichender Ersatz vorhanden ist.

Die in Bromberg vorhandenen 6 Apotheken sind sämtlich in Betrieb. Die vorhandenen Medikamente reichen vorläufig noch aus, wobei man bemüht ist, auch die noch zur Verfügung stehenden polnischen Bestände allmählich aufzubauchen.

Das Gebiet der öffentlichen Fürsorge konnte bisher soweit organisiert werden, daß die Säuglingsfürsorge sowohl wie die Geschlechtskrankenfürsorge heute bereits voll arbeitet. Unter Leitung eines Facharstes aus Berlin ist eine Geschlechtskrankenberatungsstelle eingerichtet worden, die bereits mit täglichen Sprechstunden arbeitet. Die übrigen Sparten der Fürsorge (Krüppel-, Tuberkulosenfürsorge usw.) können erst langsam aufgebaut werden, da es sowohl an Räumen wie an Kräften mangelt.

Zur Verhinderung von Seuchen und Verbreitung anderer ansteckender Krankheiten ist auch in Bromberg die Anmeldepflicht von Krankheiten bestimmter Art eingeführt. Darüberhinaus sollen in Zukunft an die Wohnungen infizierter Familien auffällige Warnungsplakate angebracht werden, die das Betreten dieser Häuser verbieten, um auch auf diese Weise jedes Übergreifen von Krankheiten unmöglich zu machen.

Ausser den wenigen in ihrem Umfang normalen Krankheitsfällen an Typhus, Ruhr, Scharlach usw. sind im Augenblick keinerlei besorgniserregende epidemieartige Erscheinungen festzustellen. Im besonderen Hinblick hierauf wird das hiesige Obdachlosenasyll, in dem noch aus der polnischen Zeit mehrere Hunderte Obdachloser unter unglaublich hygienischen Umständen wohnen, einer besonderen Beobachtung unterzogen.

Am Sonntag, den 29.10. nahm das kulturelle Leben Brombergs seinen großen Auftakt mit der Erstaufführung von Schillers "Wilhelm Tell" im hiesigen Stadttheater in Gegenwart des Reichstatthalters Forster. Der Andrang zu dieser Aufführung, zu der nur Deutsche gegen Anweisung zugelassen wurden, war derartig stark, daß schon wenige Stunden nach

nach Eröffnung des Kartenverkaufs sämtliche Eintrittskarten vergriffen waren und das Danziger Ensemble sich entschlossen musste, eine Wiederholung für den Montag anzusetzen. Die glanzvolle Aufführung und die hervorragenden Leistungen der Danziger Schauspieler hinterliessen bei den Besuchern einen ausserordentlich starken Eindruck. In seiner Eröffnungsansprache wies Kreisleiter Kampe u.a. darauf hin, daß neben dem Ausbau dieses Theaters der Neubau eines grossen Schauspielhauses geplant sei, zu dem der Reichsstatthalter schon seine grundsätzliche Genehmigung erteilt habe. Die Anerkennung der Leistungen der hiesigen Laienspielbühne, der sogen. "Deutschen Bühne", wurde von den Brombergern mit Genugtuung aufgenommen.

Da nunmehr in der Berichtszeit auch ein drittes Kino eröffnet werden konnte, ist auf dem Gebiet Theater und Film für die nächste Zeit den dringendsten Ansprüchen Genüge geleistet. Auch das deutsche Vereinsleben beginnt sich langsam wieder zu beleben, wenn auch zunächst nur in Form von feierlichen Gedenkstunden für die Opfer des polnischen Terrors.

BtA 142

1 - Einsatzkommando
Bromberg

Bromberg , den 6. November 1939.

An den
Stadtkommissar der Stadt Bromberg
Kreisleiter K a m p e
B r o m b e r g .

Betr. Kirchenbesuch am Sonntag, den 5.XI.1939.
Vorg. Laufende Berichterstattung

Handwritten initials

Der Besuch der katholischen Kirchen Brombergs am Sonntag den 5. November war wegen des sehr schlechten Wetters auffallend schwach.

In den polnischen Kirchen wurde das Evangelium in deutscher Sprache verlesen und das Gebet fuer den Fuehrer gesprochen. Offensichtliche Misstaende konnten nicht festgestellt werden.

Die Predigt in der deutsch - katholischen Kirche bewegte sich durchaus im Rahmen des Angebrachten. Auch hier war der Besuch sehr schwach.

Handwritten signature

SS - Obersturmfuehrer

Bla 143

SD-Einsatzkommando Bronberg

Bronberg, den 10. November 1939

Resid Me. R

An den
Kommissar der Stadt Bronberg
Kreisleiter K a m p e .
B r o n b e r g .

Betr.: Lagebericht.

Anliegend überreicht hiesige Dienststelle den Lage-
bericht vom 9. 11. 1939 mit der Bitte um Kenntnisnahme
und zum dortigen Verbleib.

Anl.: 1 (Bl. 7)

Der Führer des SD-E.K. Bronberg

i. V.

Wintzen
SS-Untersturmführer

Lagebericht.

(Stand von 9. XI. 1939.)

1a.) Die Stimmung der deutschen Bevölkerung hat in den letzten Tagen eine Aenderung erfahren. Man bemerkt jetzt eine weitverbreitete Unruhe über angeblich geplante Aktionen der Polen zum 11. 11. 39, sowohl in der Stadt wie auch auf dem Lande. Gekürt werden diese Gerüchte durch den in weiten Kreisen bekannt gewordenen verstärkten Wachdienst der Selbstschutzformationen. Sehr unglücklich wirkte in dieser Hinsicht die am Sonntag, den 5. 11. in der „Deutschen Bühne“ während einer Pause öffentlich bekannt gegebene Alarmierung des Selbstschutzes, die dann führte, dass aufgeregte ältere Volkdeutsche die Vorstellung sofort verließen, in dem Glauben, es handle sich um die Verhütung einer sofortigen Aktion der Polen.

Die Herkunft dieser Gerüchte konnte bisher nicht festgestellt werden. Es hat jedoch den Anschein, als ob weniger polnische Kreise als gerade die deutsche Bevölkerung selbst an der Verbreitung massgeblichen Anteil hätte. So konnte u. a. festgestellt werden, dass derartige Aufstandsparolen bereits aus Berlin importiert wurden.

Die Einsichtung der vorläufigen Volksdeutschen-Aussagen und die Ausstellung neuer auf Grund eingehender Prüfung (Fragebogen hierzu s. Anlage) hat allgemein grosse Befriedigung hervorgerufen. Man ist der Überzeugung, dass die Elemente, die sich in die deutsche Volksgemeinschaft einzuschleichen versuchten, nunmehr endgültig ausgesondert werden.

Auch die Stüberung einiger Kaffeeschüsser Brombergs von polnischen Besuchern ist mit grosser Genugtuung aufgenommen worden. Als besonders entwürdigend wird jedoch inner stärker der überall zu beobachtende freundschaftliche Verkehr deutscher Soldaten, Polizisten, Eisenbahnern etc. mit polnischen Frauen empfunden. Es erscheint notwendig, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu schenken, zumal namentlich neu einströmende Truppenteile aus den Westen von den hiesigen völkischen Problemen nur geringe oder falsche Vorstellungen haben.

- 1b.) Kennenwerte Stimmungslagerungen unter den Polen sind nicht zu verzeichnen. Die niedergedrückte Stimmung wurde verfrt durch die bereits oben erwähnten Lokalstüberungen. Das Fortschreiten des Abtransportes von Kongresspolen auch aus den Stadtkreis Bromberg (am 4.11. erstmalig ca 550 Personen) sowie die weitere Aussiedlung aus den Stadtkern trägt zur Steigerung der Ungewissheit über das zukünftige Schicksal bei.

Aus der Vielzahl der verschiedensten Gefühle über den 11.11. ist eines besonders hervorzuheben. Hiernach wolle man deutscherseits versuchen, mit Hilfe von Agenten in polnischen Uniformen die polnische Bevölkerung zu Gewaltakten aufzustacheln und sie auf diese Weise zu provozieren. Man wolle sich deutscherseits hiermit neue Gründe schaffen, mit den Erschießungen fortzufahren. Als Abwehrmassnahme wird in diesen Kreisen Ruhe und äußerste Vorsicht gefordert. Die im Laufe des 9. November auch unter den Polen bekanntgewordene Nachricht über das Attentat auf den Führer hat offensichtlich, soweit dies bisher festzustellen war, ein Gefühl der Befriedigung ausgelöst; man ist der Ansicht, dass die seelische Belastung des deutschen Volkes ungeheuer angewachsen ist.

- 2a.) Am 1.11.39 trafen in Bromberg 14 baltendeutsche Aerzte ein, die hier an Stelle der polnischen Aerzte eingesetzt werden. Es handelt sich fast durchweg um ältere Herren, die ihre zum Teil gut eingerichteten Praxen in Lettland und Estland aufgaben, um sich hier eine neue Existenz aufzubauen. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Verteilung der Wohnungen, da diese zum grossen Teil völlig ausgeräumt bzw. bereits von Wehrmachts- oder Parteidienststellen belegt waren. Bis zur endgültigen Einrichtung hat die Stadtverwaltung die Verpflegung der Aerzte übernommen, wie auch zunächst noch von der Ärztekammer Tagegelder bezahlt werden, da in der ersten Zeit an ein eigenes Auskommen noch

nicht zu denken ist.

An 8.11.39 eröffnete die „Deutsche Bühne“ Bronberg ihre diesjährige Spielzeit mit der Komödie von Paul Schurek „Strassennusik“, die in den für das hiesige Deutschland traditionsreichen Räumen des Klyceum ein äußerst dankbares Publikum fand.

Die von den Danziger Operetten-Ensemble bestrittene Aufführung des „Zigeunerbaron“ am 7.11.39 hatte wiederum ein ausverkauftes Haus zu verzeichnen. Darstellung und schauspielerische Leistung fanden reichen Beifall. Beide Veranstaltungen waren nur für Deutsche zugelassen.

29.) In Landkreis Bronberg sind mit dem Stand vom 1.11.39 insgesamt 30 Schulen in Betrieb genommen; Die Bemühungen der Schulverwaltung um die Eröffnung von weiteren 25 Schulen im Kreisgebiet haben noch keine endgültige Lösung gefunden, da es hier bisher sowohl an geeigneten Räumen wie auch personellen Kräften mangelt.

Die Gesamtarbeit dieser Sparte wird besonders stark durch das Fehlen eines Kraftfahrzeuges behindert. Es ist auf die Dauer nicht tragbar, dass diese so überaus wichtige Arbeit auf dem Lande durch den Mangel an technischen Hilfsmitteln irgendwie zurückstehen muss.

Eine Aufstellung über die eröffneten und geplanten Schulen wird als Anlage beigelegt.

Zu der im Bericht vom 1.11.39 mitgeteilten voraussichtlichen Einziehung von Lehrkräften für eine mehrwöchige militärische Übung sind Ausführungsbestimmungen noch nicht ergangen. Einberufungen sind bisher nicht erfolgt.

2c.) Endgültige Ueberleitungen von Betrieben in deutsche Hände sind bisher noch nicht durchgeführt worden. Es werden jedoch schon Mittel bereit gestellt, die als Darlehn an Volkdeutsche ohne Verzügen ausgegeben werden sollen, die auf einen Betrieb reflektieren. Für grössere Betriebe übernehmen diese Darlehn die Banken, für kleinere die Handelskammer.

Die Lebensmittelversorgung des Stadtkreises Bronberg stösst insofern auf Schwierigkeiten, als der Landkreis Bronberg als Versorgungsgrundlage zu klein ist. Verhandlungen, diesen Versorgungskreis auch noch auf andere Landkreise auszuweihen, sind bereits in Gange. Die Versorgung der hiesigen Bevölkerung mit bezugs-scheinpflichtigen Waren stösst infolge Fehlens dieser Waren ebenfalls auf Schwierigkeiten, da sich hierbei Transportschwierigkeiten ergeben. Seit dem 1.11.39 erhalten auch Polen Bezugscheine.

Zur Sicherstellung des notwendigen Zuchtmaterials in den landwirtschaftlichen Viehbeständen sind zum Schlachten nur bestimmte Klassen von Vieh zugelassen, sodass die Fleischversorgung pro Kopf und Woche auf ein Pfund Fleischwaren festgesetzt wurde. Die Kreisbauernschaft hat die Herstellung und den Vertrieb von süsser Sahne und Schlagshane verboten.

Die im Altreich bekannte Versorgung der Städte mit Fischen versagt in Bromberg gänzlich. Man hat hier noch keine Geschäfte geschaffen, die diesen Artikel in genügender Masse vertreiben und auch heranziehen können. Es sind keine Unternehmer vorhanden, die hier diesen neuen Handelszweig aufziehen. Bei der wasserreichen Umgebung Brombergs wäre es ein leichtes die Stadt mit ausreichend Fischen zu versorgen, zumal das Wirtschaftsamt hierzu seine vollste Unterstützung geben würde. Ebenso liegt die Versorgung mit Seefischen von Danzig aus vollkommen darnieder, obwohl vor dem Kriege eine Andeutung dieses Wirtschaftsgebets vorhanden war.

Mit den Zahlungen an volkdeutsche Reutner, wie auch an Hinterbliebene des letzten Feldzuges ist begonnen worden. Die Auszahlungen erfolgen vorerst noch in polnischer Währung. - Unter den Angestellten der volkdeutschen Betriebe herrscht darüber grosse Unzufriedenheit, dass dieselben ihre Stellen nicht verlassen dürfen, aber auch ihre Gehälter nicht aufgebessert werden. Sie erhalten den alten Satz in Kioty, den sie bereits vor dem Polenfeldzuge bekamen, obwohl sich die Preise der Waren schon allmählich an die des Reiches anlehnen. Angestellte, die jetzt von Reichsbehörden eingestellt werden, erhalten schon vielfach ihr Gehalt in Reichsmark und stehen sich daher um das Doppelte besser als andere Angestellte. Eine Angleichung der Gehälter an reichsdeutsche Verhältnisse ist bisher nicht bekannt.

945

Die Zahl der hiesigen Arbeitslosen beläuft sich auf etwa 10000. Eine genaue Festlegung der Zahl ist zur Zeit nicht möglich, da sich täglich neue Arbeitslose melden, die erst jetzt nach Bromberg zurückkehren. ~~und andererseits immer ein Teil in Arbeit vermittelt werden kann.~~ Unter den volksdeutschen Arbeitern sind die wenigsten Facharbeiter, sodass in dem augenblicklich herrschenden Mangel an Fachkräften nicht Abhilfe geschafft werden kann.

Eine Verschiebung Volksdeutscher ins Reich ist bisher nicht geplant. Es sollen aber in Kürze Umschulungslager errichtet werden, in denen sich Volksdeutsche ihre Fertigkeit als Facharbeiter aneignen können.

Vertraulich!

Persönlich!

Herrn

Kriminaldirektor Leeligen



Bromberg

Gestapo

976

Ria
NY

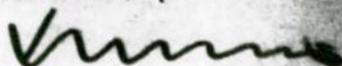
An den

Stadtkommissar von Bromberg
Kreisleiter K a m p e

Bromberg
Rathaus

Die mir zur vertraulichen Kenntnisnahme überreichten Geheim-
vorgänge vom S.D. Bromberg reiche ich in der Anlage zurück.
Ich füge ferner eine Bescheinigung des Einsatz-Kommandos der
Sicherheitspolizei bei, aus der hervorgeht, dass Nachteiliges
über Herrn Kurt L e h m a n n jun. nicht bekannt geworden
ist.

Der Beauftragte für die Wirtschaft
von Bromberg und Umgebung



Anlagen:

Beichte



Geheim!

Bromberg, den 11.10.39

K3.7/11k.

An die

Geheime Staatspolizei, Einsatzkommando 16
s.Hd. v. Kriminaldirektor L o e l g e nB R O M B E R G.Betr. Heinrich L u n d und L e h m a n n jun. s.Zt.
Mitarbeiter bei der Stapo Bromberg.Vorg. ohne.

Im Folgenden werden einige Ausführungen über die oben genannten Personen, die zur Zeit bei der Stapo Bromberg tätig sind, zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Diese Ausführungen beruhen auf den Mitteilungen zweier zuverlässiger VM. Nach hiesigen Feststellungen schädigt die Beschäftigung der genannten Personen das Ansehen der Geheimen Staatspolizei bei der volkdeutschen Bevölkerung erheblich und ist insofern, das Zutreten zur Gestapo zu untersagen:

Heinrich L u n d, Sohn eines Fabrikbesitzers, ist im Bromberger Deutschtum ohne der Ubelatbeleidigten Personen. L. hat es verstanden, das Reizitum seines Vaters, von dem jeder alteingesessene Bromberger weiß, dass er zu den reichsten Leuten der Stadt zählte, so weit herunterwirtschaftet, dass es letzten Endes in polnische Hände überging. L. hat die Haupteinnahmen seines Geschäftes für Automobile und Trinkgelage draufgehen lassen. Als dann sein Vater dieses Treiben ein Ende bereiten wollte, hat er es verstanden, den Kunden verschiedene Konten einzurichten, um zu verhindern, dass überhaupt dieses in das väterliche Geschäft hineingehörende Geld in die Bestimmungsort erreichte. Ganz zuletzt erreichte zwar sein Vater noch die Entfernung des L. aus der Firma, aber der Verfall war nicht mehr aufzuhalten. Lund lebte dann noch einige Zeit in Bromberg von seinem offener Bettel, Zuhältereien und Lechprellereien und wurde dann mit Hilfe des poln. Automobilklubs, dem er angehörte und der ihn gern los sein wollte, mit einer ordnungsmässigen Pass nach

278

Deutschland geschickt, wo er sich längere Zeit aufhielt und dann nach Danzig abgeschoben wurde.

Nach seinem Erscheinen hier in Bromberg erkundigte sich L. sofort nach dem Verbleib des Herrn Frest, der nach seiner Auffassung an der Versteigerung des väterlichen Grundstückes Schuld sein soll. Tatsache ist, dass dieses Grundstück sehr hoch beliehen war- dieses Gutl stammt zwar von Frest- der dann aber seine Forderung seinem Compagnen Paul Dutowski übertrug, der dann letzten Endes diese Forderung ausklingte und die Versteigerung des Grundstückes herbeiführte. Lund sprach dann auch bei Frest vor, legitimierte sich dort mit seiner Erkennungsmarke und forderte von Frest, nachdem er ihm entsprechend unter Druck geastet hatte, die Herausgabe seines Vermögens. Frest erklärte sich hierauf zur Herausgabe der einen Hälfte bereit, während für die andere Hälfte oben genannter Dutowski geradegeten sollte. Würtlich schreibt ein VM hieran: "Mir liegt nichts an der Verteidigung eines Herrn Frest, aber wenn ein Herr Lund dort wirklich etwas herauspresst, dann wäre dafür Sorge zu tragen, dass diese Mittel seiner Frau, bzw. Tochter oder aber seinen Eltern zur Verfügung gestellt werden. Herr L. jedenfalls hat sich jedes Recht auf eine Entschädigung von irgend einer Seite verwirkt." Ein anderer VM schreibt würtlich in anderem Zusammenhange: "So sind schon Fälle vorgekommen, dass Volksdeutsche, die ihr Vermögen vorher in sträflichem Leichtsinne verbracht haben, jetzt als die armen Geschädigten in Erscheinung treten und Wiedergutmachung verlangen und auch erhalten. Der Fall eines Herrn Heinrich Lund ist nur ein Beispiel".

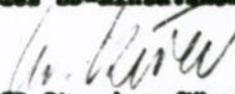
Im Falle L e h m a n n liegen die Verhältnisse sehr ähnlich. Auch er war längere Zeit aus seiner Familie vertrieben, weil diese den Lebenswandel, der sich fast nur noch in entsprechenden Nachtlokalen abwickelte, nicht mehr decken

979

decken konnte. Nach seiner Rückkehr in die Familie und somit in die väterliche Fabrik, der Schokoladenfirma "Lukullus", erlangte L. bald einen sehr traurigen Ruf wegen seines asozialen Verhaltens gegenüber seinen Angestellten, insbesondere der weiblichen, die Deutschen nicht ausgenommen. Auch L. hat es nicht für nötig befunden, sich in den ganzen Jahren irgendwie um deutsche Belange zu kümmern. Wörtlich schreibt ein VN zum Fall Lehmann:

"Welche Geisteshaltung hier vertreten wird, mag schon aus der Tatsache hervorgehen, dass auch dieser Herr bei mir erschien, von mir die Herausgabe eines Autos verlangte, das wenige Tage vorher von mir von seiner Dienststelle abgeholt werden war. Als ich diese Herausgabe verweigerte, mit der Begründung, dass ein ordnungsgemäßer Anlieferungschein vorhanden sein müsse, erklärte mir dann Herr L., dass er bei der Gestapo sei, von dort käme und das müsste mir wohl genügen. Der gewünschte Erfolg trat nicht ein. Erst hinterher hörte ich von anderen Führern der Gestapo, dass die Fahrkarte, auf Betreiben von L. bis jetzt nach Polen Niedbalaki gebracht werden sollen, einem Mann, der dafür bekannt ist, dass er bisher den Deutschen die Meisterprüfungen unmöglich machte und dem ich ausserdem jede fachliche Eignung zur Führung einer Kraftwagenwerkstatt abspreche. Bei einer derartigen Auftragsgebung wären in aller erster Linie deutsche Betriebe zu berücksichtigen, von denen noch einige ohne wesentliche Aufträge sind"

Der Führer des SS-Einsatzkommandos 16


SS-Sturmabführer.

Bromberg, den 19.10.1939

An den
Stadtkommissar von Bromberg
Kreileiter K a m p f

B r o m b e r g .

Betr.: L e h m a n n jr. Bromberg, z.Zt. Teuhänder der Bonbon- und Schokoladengeschäfte.

Vorg.: mündliche Unterredung v. 18.10.1939

Anlg.: 2 Listen.

Der in der Anlage in Durchschrift beigefügte Geheimbericht behandelt im zweiten Teil den im Betreff genannten Lehmann jr der z.Zt. als Teuhänder für 11 Geschäfte (Bonbon-, Schokolade-, Zuckerwarengeschäfte) eingesetzt ist. Auf Grund des angezogenen Berichts wurde L. sofort von seiner vorläufigen Tätigkeit für die Geheime-Staatspolizei entbunden. - Die in dem Bericht enthaltenen Angaben sind von hieraus überprüft worden. -

Über das väterliche Geschäft des L., die Firma "Lukullus", ist hier bekannt, daß der gesamte Betrieb sein polnisch angezogen war und der größte Teil der früher beschäftigten Volksdeutschen aus Zweckmäßigungsgründen entlassen wurden. Die derzeitige Absicht der Firma Lehmann, die von dem Sohn des Inhabers als Teuhänder verwalteten 11 Geschäfte aufzukaufen, um Alleininhaber dieser Branche zu sein, kann demnach keineswegs begründet werden.

Es wird dringend gebeten, durch Einwirken auf die Handelskammer entsprechende Vorbeugungsmaßnahmen treffen zu lassen. Auf den Geheim-Charakter wird besonders hingewiesen.

SS-Oberschaff *Threy*

Sicherheits-Polizei
Einsatz-Kommando

Bromberg, den 24. Oktober 1939

B e s c h e i n i g u n g

Der Kaufmann Kurt L e h m a n n jun. war seit dem 1. September ds. Js. bei der Staatspolizeileitstelle Danzig und zuletzt bei dem Einsatz-Kommando 16 in Bromberg ehrenamtlich als Dolmetscher und Kraftfahrer tätig.

Er ist z.Zt. beurlaubt, um die treuhänderische Tätigkeit für die Industrie- und Handelskammer durchzuführen.

Nachteiliges über Kurt Lehmann jun. nichts bekannt geworden.

/-/ Lölgen

Bia 145

Kronberg, den 9. November 1919.

Unterstützung! Bringend!

from

Arbeitslos. Arbeitsloser Kampf,
Kronberg.

Ich bitte, die Befestigung des dgl. Zug des West.
Kriegsministeriums

Johann Tymowski, Kronberg, Büllertstraße 22
und
Jermine Petrovka, Kronberg, Adolf-Hitler-Straße 40,
sowie engangig, mit ihren Familien sind Geinunden des
Einsatzes des Betriebs, anzufügen zu sollen.

1. Ich zwei Töchter im Alter von 17 und 14 Jahren, die angestellt
im goldenen Militär-Jugendheim tätig gewesen sein sollen. Einer
der beiden Töchter ist aus Kronberg mit dem goldenen Militär aus-
gewandert.

2. Ich zwei, in Grollau geborene Töchter.
Lebensstände der Angehörigen füge ich bei

Herrn Giller
Bef.

Der Stadtkommissar
des Stadtkreises Bromberg.

Sicherheitspolizei
Bromberg, am 9. November 1939

Empfänger: 9 X 1939

Herrn

schm
Kriminaldirektor Loellgen
Bromberg

Lieber Pg. Loellgen !

In der Anlage reiche ich Ihnen einen Vorgang zur direkten Erledigung weiter. Es handelt sich hier um zwei kongresspolnische Familien, die Masseret gefährlich sind, da die Männer an besonders lebenswichtigen Plätzen ihre Arbeit verrichtet haben und infolgedessen dort Bescheid wissen. Es kommt hier eine Liquidierung der gesamten Familie in Frage.

Ich bitte, diesen Fall so schnell wie möglich zu klären.



Heil Hitler !

Quay
Kreisleiter.

1)

B e r i c h t .

Zwecks Stellungnahme zu dem Ansuchen des Herrn Kreisleiters vom 9.11.39. betreffs der Ingenieure Johann T g m o w s k i und Ireneus P i e t r z o n k a , beide tätig im hiesigen Elektrizitätswerk, wurden u-a. der Volksdeutsche, Ingenieur Wilhelm B u c h h o l z , wohnhaft Adolf Hitlerstrasse 38, und der Reichsdeutsche Techniker und Elektromeister Emil R i t t , wohnhaft Hoffmannstrasse 9, befragt. Bei beiden handelt es sich um unbedingt zuverlässige Deutsche, denen in politischer Hinsicht Nachteiliges nicht nachgesagt werden kann. Sowohl B u c h h o l z als auch R i t t waren schon zu polnischer Zeit auf Grund ihrer Tüchtigkeit die führenden Elektrobetriebe am Orte. Beide kamen auch geschäftlich sehr oft mit T g m o w s k i und P i e t r z o n k a in Berührung, da Letzteren vonseiten des Städtischen Elektrizitätswerkes die Aufsicht über die Ausführung der Installationen und Kraftanlagen oblag. Sie hätten somit B u c h h o l z und R i t t ohne weiteres Schwierigkeiten in den Weg legen können.

P i e t r z o n k a ist als Nationalpole anzusehen, der aber stets deutschfreundlich gesinnt war. Er ist mit einer Deutschen aus Breslau verheiratet, die kaum polnisch versteht. Die Umgangssprache in der Familie ist deutsch. Zwei aus der Ehe hervorgegangene Töchter haben die hiesige polnische Schule besucht.

Die in dem Schreiben des Herrn Kreisleiters aufgestellte Behauptung, dass P i e t r z o n k a Kongresspole ist, ist nicht zutreffend, da er in der Nähe von Posen beheimatet ist.

Seit dem Jahre 1924 ist P i e t r z o n k a in Bromberg wohnhaft und als Ingenieur tätig. Er wurde seinerzeit bei der " Allgemeinen Lokalbahn Bromberg " als Betriebsingenieur eingestellt. Es war dies ein rein deutsches AEG-Unternehmen, das erst im Jahre 1929 von der Stadtverwaltung übernommen wurde. Obiger Tatbestand ist aus der Personalakte des P i e t r z o n k a , die auf dem hiesigen Rathaus, Zimmer 10, ausliegt, ersichtlich.

P i e t r z o n k a wurde dann von der hiesigen

Stadtverwaltung übernommen, man hat ihm aber von polnischer Seite nie das richtige Vertrauen entgegengebracht. Trotzdem er später der ~~besten~~ tüchtigste Ingenieur im Werk war, vor allem grossen Anteil am Bau des neuen Elektrizitätswerkes hat, wurde er nicht mit der Leitung desselben beauftragt, sondern ihm der Ingenieur T e m o w s k i , der aus Kongresspolen stammt, als Chefingenieur vorgesetzt.

Sowohl B u c h h o l z als auch R i t t stellen P i e t r z o n k a bezüglich seines Verhaltens dem Deutschland gegenüber das beste Zeugnis aus. B u c h h o l z erklärt, dass P i e t r z o n k a zu ihm stets deutsch gesprochen habe, auch bis zu der letzten Zeit, da es vonseiten der Stadtverwaltung sämtlichen Beamten durch öffentlichen Anschlag verboten war, deutsch zu sprechen. R i t t erklärt sogar, dass er das Bestehen seiner Firma nur dem P i e t r z o n k a zu verdanken habe. Er habe ihm sämtliche Eingaben an die Stadtverwaltung und an das Elektrizitätswerk unentgeltlich angefertigt, ja, er sei sogar so weit gegangen, und habe ihm kleine Tips gegeben, wie er sich verschiedenen Schwierigkeiten gegenüber, die ihm von polnischer Seite bereitet wurden, verhalten sollte. Er lief hierbei sogar Gefahr, seine Stellung zu verlieren.

Bei T e m o w s k i handelt es sich um einen Kongresspolen. Die von dem kommissarischen Leiter des Elektrizitätswerkes, Herrn R e h , aufgestellte Behauptung, dass die Söhne des T e m o w s k i im polnischen Militärjugendbund tätig gewesen sein sollen, dürfte nicht zutreffend sein. Beide haben das ehemalige hiesige Copernikus-Gymnasium besucht und der Älteste Sohn dürfte der Militärischen Vorbereitung der Schüler, der sämtliche Gymnasiasten angehören mussten, angehört haben. Es ist ebenfalls nicht zutreffend, dass einer dieser Söhne mit dem polnischen Militär verschwunden ist.

In politischer Hinsicht kann T e m o w s k i ebenfalls Nachteiliges nicht nachgesagt werden.

Beiden ist überdies zugute zu halten, dass sie beim Einrücken der deutschen Truppen nicht geflohen sind, sondern für die Aufrechterhaltung des Betriebes gesorgt haben.

2) Herrn Krim.Dir. Löblgen
vorgelegt.

++ ++ ++
[Signature]
Krim.Ass.

Lebenslauf.

Ich bin am 22. Februar 1895 in Baranow b. Kempen / Posen / geboren, mein Vater Ludwig, geb. in Groß - Wartenberg / Bs. Breslau / war Hauptlehrer, die Mutter: Maria geb. Taboraki, geboren in Baranow. Von 1900 - 05 besuchte ich die Volksschule in Baranow, von 1905 das Prinz - Heinrich - Gymnasium in Kempen, wo ich 1914 die Reifeprüfung ablegte.

Am 5. August 1914 trat ich als Kriegsfreiwilliger ein und machte den ganzen Feldzug - 1 Jahr im Osten, dann im Westen - im R.F.A.R. 50 u. P.A.R.43 mit. Von der Artillerie Gebirgs - Schießschule in Sonthofen, wohin ich im Oktober 18 abkommandiert war, wurde ich im Nov. 18 in die Heimat entlassen. Ich bin pr. Leutnant d.R. u. D.

Im Januar 19 nahm ich mein Studium an der Technischen Hochschule Breslau auf u. bestand im März 22 die Diplom - Hauptprüfung in der Abteilung für Maschinen - Ingenieurwesen u. Elektrotechnik. Vom III.22 war ich als Konstrukteur in der Maschinenfabrik C. Hechmann / Abt. Apparatebau u. Zuckerefabrikseinrichtungen/ in Breslau beschäftigt u. wurde wegen bevorstehender Schließung der Fabrik zum Januar 24 entlassen. Im März 24 erhielt ich die Stelle des Betriebsingenieurs beim hiesigen E - Werk u. der Straßenbahn / seinerzeit: Allgemeine Lokalbahn / u. wurde im J. 29 von der Stadt übernommen. Beim Bau des neuen Mt. - Werkes habe ich hervorragenden Anteil genommen u. sämtliche Vorarbeiten für den Bau des neuen Hochspannungsnetzes, der Umspannerstationen, der Vorortniederspannungsnetze und für die Umschaltung des Gleichstromnetzes ausgeführt u. auch die Ausführung geleitet.

Lebenslauf.

Am 26.I.1888 wurde ich Johann Tymowski im Dorfe Mrowina, Kreis Konskie, Kongreßpolen, als Sohn des Landwirtes Stanislaus Tymowski und seiner Ehefrau Anna geb. Radonski geboren und bin katholischen Bekenntnisses. Das Gymnasium besuchte ich in Warschau und legte die Reifeprüfung in Kasan / Rußland / im Jahre 1907 ab.

Von 1907 bis 1913 studierte ich an der Kaiserlich-königlichen böhmischen Technischen Hochschule in Prag. In Februar 1913 legte ich Diplom-Hauptprüfung in der Fachrichtung Maschinenbau und in Juni 1913 in der Fachrichtung Elektrotechnik ab.

Halbjährige praktische Ausbildung bekam ich während der Sommerferien.

Vom 1. X. 1913 bis zum 1. X. 1915 Tätigkeit als Elektroingenieur bei der Fma. "Wroblewski und Binzer" in Warschau.

Vom 1.X.1915 bis 1.III.1918 tätig, als Lehrer an der städtischen Gewerbeschule in Warschau.

Gleichzeitig vom 1.III. 1916 bis 1. III. 1918 tätig als Elektroingenieur bei der Stadtverwaltung Warschau.

Vom 1. III. 1918 bis 10. XI. 18 und von 20.X.1919 bis 1.III. 1920 war Ich Referent für das Fortbildungswesen bei Ministerium für öffentlichen Unterricht in Warschau.

Vom 11. I. 1918 bis zum 20. X. 1919 und vom 15.VIII.20 bis 1.XI. 1920 war ich beim polnischen Militärdienst.

Vom 1.III.1920 bis 1. VIII. 1929 war ich Betriebsleiter des Fabrikzeltwerkes der Firma K. Scheibler und L. Grohmann A.G. in Lodz.

288

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
Tgb.Nr. 252/392

Bia 146
Bromberg, den 2. Dezember 1939

Geheim!

An

den Herrn Kreisleiter der NSDAP

in Bromberg.

Ueberbringerin dieses Schreibens ist die Ehefrau des ehemals polnischen Eisenbahnersekretärs Ludwig L i b i - s c h e w s k i , geb. am 2.9.1885 zu Rehsken, wohnhaft gewesen in Bromberg, Sikingerstrasse 12.

Ludwig L i b i s c h e w s k i stand seit dem Jahre 1937 mit der Geheimen Staatspolizei, Grenzkommissariat Marienburg, in Verbindung und hat wertvolle nachrichtendienstliche Arbeit in uneigennütziger Weise geleistet. Er wurde kurz vor Kriegsausbruch von den Polen festgenommen und verschleppt. Sein Verbleib ist bisher unbekannt geblieben.

Es wird gebeten, der Ehefrau L i b i s c h e w s k i in Rücksicht auf die geschilderten Umstände weitestmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Eheleute L i b i - s c h e w s k i waren beide bemüht, in jeder Weise deutsche Interessen zu vertreten.



[Handwritten Signature]
Kriminalkommissar.

Danzig, den 16. November 1939.

2

Der höhere W.-u. Polizeiführer
Danzig-Westpreußen

St. Nr.	St. Nr.	St. Nr.	St. Nr.

Verhandlungen - Niederschrift.

Am 15. November 1939 um 16.00 Uhr fand bei der Staatspolizeileitstelle Danzig eine Sitzung unter Leitung von SS-Gruppenführer Hildebrandt statt. Zu dieser Sitzung waren geladen und erschienen:

- 1/ Regierungspräsident Herrmann, Danzig,
- 2/ Huth, ständiger Vertreter des Reichsstatthalters,
- 3/ Peters, komm. Reg.-Vizepräsident, Marienwerder,
- 4/ Eimann, SS-Sturmabführer, Danzig,
- 5/ Dr. Nickel, Oberregierungsrat, Staatsbank Danzig,
- 6/ Milz, Kreisleiter, Landratsamt Höhe,
- 7/ Wirth, Oberstleutnant, Kommandeur Pol.-Batl. 64, *Präsident*
- 8/ Stummel, stellv. Präsident des Landesamtes Danzig,
- 9/ Seeger, Gauorganisationsleiter, Danzig,
- 10/ Hölzel, Reichsbahn-Bauassessor, Reichsbahn Danzig,
- 11/ Schroeder, Reichsbahndirektor, Reichsbahn Danzig,
- 12/ Pleth, Major der Schutzpolizei, Befehlshaber der Ordnungspolizei Danzig/Westpreußen,
- 13/ Krüger, SS-Untersturmabführer, SS-Wachsturmbann B,
- 14/ Pelz, Polizeileutnant,
- 15/ Löbgen, Kriminaldirektor, Stapoleitstelle Danzig,
- 16/ Zelle, Kriminalkommissar, *Kelch* Befehlshaber der Sicherheitspolizei Danzig/Westpreußen,
- 17/ Modrow, Kreisleiter, Berent,
- 18/ Dressler, SS-Obersturmführer,
- 19/ Ebrecht, SS-Oberführer, Führer d. SS-Abschn. XXVI,
- 20/ Dr. Tenzmann, Regierungsrat, Stapo Danzig,
- 21/ Dr. Möbius, Medizinalrat, Gotenhafen, (in Vertretung für Senator Dr. Grohmann,
- 22/ Retelsky, SS-Obersturmbannführer, Landesbauernführer Danzig.

Zweck der Sitzung war die erste Fühlungnahme der zu bildenden Arbeitsgemeinschaft zur Durchführung folgender Aufgaben:

- 1.) Angelegenheit "Baltendeutsche",
- 2.) "Truppenübungsplatz Mariensee" und
- 3.) "Evakuierung von etwa 400 000 Polen und Juden aus dem Gebiet Danzig/Westpreußen".

SS-Gruppenführer

SS-Gruppenführer H i l d e b r a n d t umriss kurz die für Durchführung dieser drei Aufgaben erforderlichen Vorarbeiten und gab Erläuterungen über die beabsichtigte Lösung. Regierungsdirektor Dr. T r ö g e r als Befehlshaber der Sicherheitspolizei Danzig/ Westpreussen gab anschliessend Erläuterungen über Durchführung der sicherheitspolizeilichen Massnahmen dieser drei Aufgaben.

Im einzelnen wurde zu den drei Angelegenheiten durch SS-Gruppenführer H i l d e b r a n d t folgendes erklärt:

1.) Baltendeutsche:

Da nun schon einige Transporte von Baltendeutschen eingetroffen, diese z.T. im Danziger Bezirk untergebracht bzw. weitergeleitet wurden, konnten Erfahrungen gesammelt werden, die aufgetretene Misstände erkennen liessen und bei zukünftigen Transporten ausgeschlossen sein werden. Im Danziger Bezirk selbst werden Baltendeutsche nicht mehr verbleiben, sondern weitergeleitet. Es ist Vorsorge getroffen, dass die Abfertigung neuer Transporte von Baltendeutschen schnellstens durchgeführt wird. Bemerkt wird hierbei, dass es sich bei den Baltendeutschen vorwiegend um intelligente Personen handelt, --in der Hauptsache sind es Beamte, Gewerbetreibende und Handwerker--, dagegen nur vereinzelt Bauern. Eine Ansiedlung dieser baltendeutschen Bauern im Danziger Gebiet ist wegen Fehlens von Siedlerstellen nicht mehr möglich. Sie werden daher in Gebiete des Altreichs weiterbefördert.

2.) Truppeneübungsplatz Mariensee:

Diese Aktion sollte mit der Evakuierung der polnischen Bevölkerung in dem zu räumenden Gebiet am 16. November 1939 beginnen. Wenn auch die Vorbereitungen restlos getroffen waren, konnte infolge Fehlens der erforderlichen SS- und Polizei-Kräfte die Aktion am 16. November 1939 nicht beginnen. Es wurde nach Klärung der Frage der Einsatzkräfte sodann der Beginn der Aktion auf den 18. November 1939 um 5.00 Uhr festgesetzt, da zu diesem Zeitpunkt dann die erforderlichen Einsatzkräfte bereitstehen. Vereinbart und zugesagt wurde die Absperrung durch Oberstleutnant W i r t h, Kommandeur des Polizei-Batl. 64 Graudenz, mit einem Batl. und Bereitstellung von 30 Lastkraftwagen für ~~den~~ Abtransport der zusammengebrachten Polen zum Lager Wischin.

*den Haupt-
sachen des Problems
sind jedoch immer
hervorzuheben*

3.) Evakuierung von Juden und Polen:

Im Laufe der Aussprache über diese Angelegenheit ergaben sich verschiedene Ansichten über die Art der Durchführung. So wurde

SS-Gruppenführer H i l d e b r a n d t umriss kurz die für Durchführung dieser drei Aufgaben erforderlichen Vorarbeiten und gab Erläuterungen über die beabsichtigte Lösung. Regierungsdirektor Dr. T r ö g e r als Befehlshaber der Sicherheitspolizei Danzig/ Westpreussen, gab anschliessend Erläuterungen über Durchführung der sicherheitspolizeilichen Massnahmen dieser drei Aufgaben.

Im einzelnen wurde zu den drei Angelegenheiten durch SS-Gruppenführer H i l d e b r a n d t folgendes erklärt:

1.) Baltendeutsche:

Da nun schon einige Transporte von Baltendeutschen eingetroffen, diese z.T. im Danziger Bezirk untergebracht bzw. weitergeleitet wurden, konnten Erfahrungen gesammelt werden, die aufgetretene Misstände erkennen liessen und bei zukünftigen Transporten ausgeschlossen sein werden. Im Danziger Bezirk selbst werden Baltendeutsche nicht mehr verbleiben, sondern weitergeleitet. Es ist Vorsorge getroffen, dass die Abfertigung neuer Transporte von Baltendeutschen schnellstens durchgeführt wird. Bemerkt wird hierbei, dass es sich bei den Baltendeutschen vorwiegend um intelligente Personen handelt, --in der Hauptsache sind es Beamte, Gewerbetreibende und Handwerker--, dagegen nur vereinzelt Bauern. Eine Ansiedlung dieser baltendeutschen Bauern im Danziger Gebiet ist wegen Fehlens von Siedlerstellen nicht mehr möglich. Sie werden daher in Gebiete des Altreichs weiterbefördert.

2.) Truppenübungsplatz Mariensee:

Diese Aktion sollte mit der Evakuierung der polnischen Bevölkerung in dem zu räumenden Gebiet am 16. November 1939 beginnen. Wenn auch die Vorbereitungen restlos getroffen waren, konnte infolge Fehlens der erforderlichen SS- und Polizei-Kräfte die Aktion am 16. November 1939 nicht beginnen. Es wurde nach Klärung der Frage der Einsatzkräfte sodann der Beginn der Aktion auf den 18. November 1939 um 5.00 Uhr festgesetzt, da zu diesem Zeitpunkt dann die erforderlichen Einsatzkräfte bereitstehen. *dem Hauptkommando des Mariensee und Hauptkommando Mariensee Markt* Vereinbart und zugesagt wurde die Absperrung durch Oberstleutnant W i r t h, Kommandeur des Polizei-Batl. 64 Graudenz, mit einem Batl. und Bereitstellung von 30 Lastkraftwagen für ~~den~~ Abtransport der zusammengebrachten Polen zum Lager Wischin.

3.) Evakuierung von Juden und Polen:

Im Laufe der Aussprache über diese Angelegenheit ergaben sich verschiedene Ansichten über die Art der Durchführung. So wurde

wurde angeregt, die Aktion nicht von Norden nach Süden, sondern von Süden nach Norden auszulösen. Dieses deshalb, weil der Süden weniger stark besiedelt und auch die Feststellung darüber, wer Pole ist, besser zu treffen ist als im Norden. Die Gesamtktion würde dadurch besser in Fluss kommen.

Hinsichtlich der rein bäuerlichen Gegenden wurde gewünscht, die Evakuierung dieser Personen erst dann beginnen zu lassen, wenn der Ersatz von Anziedelnden bereits eingetroffen ist, die sofort die frei gewordenen Gehöfte übernehmen können. Dadurch werden Unterbrechungen der reinen landwirtschaftlichen Arbeiten vermieden und die Sicherstellung der unbedingt notwendigen Ernteerträge gewährleistet. Schwierigkeiten bei der Evakuierung werden besonders auf dem flachen Lande eintreten, weniger in den Städten. Dies ging aus den vorgebrachten Äusserungen hervor, die sich auf die verschiedensten Sachgebiete erstreckten.

Die für die Lösung dieser Aufgaben verantwortlichen Mitarbeiter und Dienststellen wurden durch SS-Gruppenführer **Hildebrandt** aufgefordert, zu den einzelnen Punkten schriftlich Stellung zu nehmen und diese Stellungnahmen ihm beschleunigt einzureichen.

Schluss der Sitzung um 19.00 Uhr.

Herrn Regierungsdirektor Dr. Tröger vorgelegt

Z.d.A. *Präsidenten*
Zentralmünsterplatz Mariensee.

Jürgen

Anwesenheitsliste

456

5

Name	Dienstgrad	Behörde
Pinnau	11-Regim. Inf.	44-45.
H. Meyer	O. R. U.	1. u. 2. B. 2.
Pöhl	Brigade	Landwehramt Köln
21)	Wirth	Pöhl
		Kor. Kor. G. 64
J. J. J. J.	Stellv. Prim. des K. A. B.	Danzig
Pöhl	SS-Unterschwefel	Danzig
Pöhl	Lehringenieurmeister	H. G.
Kögel	Lehringenieurmeister	Lehringenieur
Kögel	Major d. I. B.	Lehringenieur
Kögel	1. u. 2. B. 2.	1. u. 2. B. 2.
Pöhl	Kor. Kor.	Kor. Kor. G. 64
Pöhl	Brigade	Brigade
Pöhl	Lehringenieur	Lehringenieur
D. Pöhl	Lehringenieur	Lehringenieur
Pöhl		Lehringenieur

6. 221

Stroeff, 44- Oberst. Infanterie Nr 99- Abtheilung XXVI.

Platz H. Reg. Kreispräsidenten Meinhardt.

Hofmann, Reg. Rat, Bayer. Landes

Med. Rat. Dr. Medicus, Göttingen

(i. Vert. f. Quar. Dr. Hofmann)

457 7

Danzig, den 16. November 1939.

1/ Vermerk :

Bei der Besprechung am 15.11.39 über die Evakuierung von P o l e n wurde übereinstimmend darauf hingewiesen, dass es angebracht wäre, auch die Familienangehörigen derjenigen gefährlichen Polen, die nicht mehr am Leben sind, zu evakuieren.

2/ Die Anregung ist begründet, daher mir zur nächsten Dienstbesprechung am 18.11.39 vorlegen.

3/ ... bei der Überprüfung am 12.1.40 mit
f. Brommelt 3/10
f

Regierungsdirektor.

Ergebnis der Besprechung am 20.11. um 11.00 Uhr

8

Betrifft: Räumung des zukünftigen Truppenübungsplatzes Danzig-Mariensee.

Zu einer Besprechung, die unter Vorsitz des SS-Gruppenführers Hildebrandt stattfand, hatten sich die aus beiliegender Anwesenheitsliste ersichtlichen Personen eingefunden.

Oberstleutnant der Schutzpolizei Wirth erläuterte zunächst den Plan, nach dem die Abriegelung des sog. polnischen Teiles des Geländes sowie die Evakuierung der Polen aus dem Landkreis Danziger Höhe und Kreis Berent stattfinden würde. Danach wird die Abriegelung am 21.11.1939 vormittags 5.00 Uhr durchgeführt sein. Zugleich wird mit der Evakuierung der Polen in den Landkreisen Danziger Höhe und Berent nach den Vorschlägen der Landräte begonnen werden. 10 Kraftwagen der Schutzpolizei werden zu diesem Zweck in das Gebiet Danzig-Höhe entsandt werden. Die Polen-Evakuierung im Gebiet Danzig-Höhe wird durch dessen komm. Landrat Milz und SS-Sturmbannführer Eimann durchgeführt werden. Die Evakuierung in demjenigen Teil des Landkreises Berent, der nicht Übungsgelände werden wird, wird gleichfalls durch Kraftwagen der Schutzpolizei durchgeführt werden, und zwar nach den Vorschlägen des komm. Landrates Modrow. Am 23.11. wird die um den polnischen Teil des Übungsgeländes gestellte Sperrkette nach einem bestimmten Plan vorrücken und die im Sperrgebiet wohnenden Polen allmählich zusammendrücken.

Einheitliche Befehlsstelle befindet sich in Neu-Fietz, und zwar sowohl für den komm. Landrat Modrow als auch für einen Vertreter des Oberstleutnants Wirth. Täglich werden vom Bahnhof Gladau 2 Züge abgehen, die durchschnittlich je 1000 Mann fassen. Die Abfahrtszeiten werden 12.00 und 16.30 Uhr sein. 2 Stunden vor den festgesetzten Abfahrtszeiten stehen die Züge a verladebereit. Die Schutzpolizei übernimmt das Verbringen der Polen bis in die Züge. Mit diesem Zeitpunkt beginnt die Tätigkeit der Begleitkommandos, die von dem SS-Sturmbannführer Eimann gestellt werden. Die Begleitkommandos übergeben ihre Transporte dem Beauftragten des SS-Obergruppenführers Krüger auf dem Bahnhof Siedce.

Die

Die weitere Besprechung ergab, dass sowohl der komm. Landrat Modrow als auch der komm. Landrat Milz genaue Namenslisten der zu evakuierenden Polen (genaue Personalien einschliessl. Geburtstag und -ort) zusammenstellen werden, um sie später der Geheimen Staatspolizei zur Verfügung zu stellen.

Die Aussprache ergab weiterhin, dass bei der Auswahl der zu evakuierenden Polen die insoweit ergangenen Richtlinien des RPSS von den beteiligten Landräten beachtet werden.

Amr.

Höger

DANZIG, den 20. November 1939.

Anwesenheitsliste der Besprechung um 11.00 Uhr

- Polizeipräsidium / Zimmer 77 -

Betrifft: Truppenübungsplatz Mariensee.

Name	Amtsbezeichnung	Behörde
Schwarz v. Krumpholtz Witt	F. Offiz. XXI. 11- Hauptmann Offiz.	11- Befehlshaber
Dinsing Hauptmann	11- Hauptmann	11- 19 P 8
Lauterbach Hauptmann	Leutnant Hauptmann	König-Land Bismarck
Hauptmann Hauptmann	Hauptmann Hauptmann	König-Land Bismarck
Hauptmann	Hauptmann Hauptmann	H. + P. 13. 11. 39.
Hauptmann	Hauptmann	Hauptmann

B Ia 149
RWS

ABSCHEFT.

449

Nieder schrift.

über die am 8. 11. 1939 stattgefundene Besprechung beim Generalgouverneur Polen in K r a k a u.

THEMA: Unterbringung und Ansiedlung der Volksdeutschen aus den Baltenländern, Kolymien pp; Evakuierung der Juden und Kongresspolen aus dem Altreich und den Reichsgauen Danzig, Posen sowie Ost-Oberschlesien und Süd-Ostpreussen.

Teilnehmer:

- W-Obergruppenführer Krüger, Höherer W- und Polizeiführer im General-Gouvernement Polen,
- W-Gruppenführer Hildebrandt, Höherer W- und Polizeiführer Lauzig-Westpreussen,
- W-Gruppenführer Koppe, Höherer W- und Polizeiführer Posen,
- W-Gruppenführer von dem Bach-Zalwski, Höherer W- und Polizeiführer Südost,
- W-Gruppenführer Redies, Höherer W- und Polizeiführer Nordost,
- W-Brigadeführer Streckenbach, Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement Polen,
- Generalmajor der Ordnungspolizei Becker, Befehlshaber der Ordnungspolizei im Generalgouvernement Polen.

Den Vorsitz in der Besprechung führte W-Obergruppenführer Krüger. Nach einleitenden Worten erteilte er dem W-Brigadeführer Streckenbach, der mit der Zentralplanung der Uebersiedlung bzw. Evakuierung im Ostraum beauftragt worden ist, das Wort.

W-Brigadeführer Streckenbach erläuterte als erstes die Grenzlage der neuen Gebiete: Reichsgau Danzig, Reichsgau Posen, Osterschlesien, Süd-Ostpreussen und die Grenzen des Generalgouvernements Polen. An Hand einer Skizze, auf der die Stärken der voraussichtlich aus bzw. umzusiedelnden Volksdeutschen bzw. zu

DOKUMENT 3 (S. 1)

11 F

11/4
2
201-288

11211

4256

evakuierenden Polen angegeben waren, erklärte -Brigadeführer Streckenbach ferner, dass die Umsiedlung bzw. Evakuierung auf einer anderen Basis durchgeführt werden müsse, als sie vom Reichsführer-~~SS~~ und Chef der deutschen Polizei zuerst vorgesehen war.

Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die in dem Generalgouvernement im Raume zwischen Bug und Weichsel evakuierten Polen und Juden bereits wieder in westlicher Richtung zurückwandern, mussten zuerst Massnahmen für entsprechende Absperrung, die dieses Rückwandern unterbinden, geschaffen werden. Die Stadt Lódz, deren Verbleib beim Reichsgau Posen noch nicht endgültig sei, sei zunächst in der Evakuierung, selbst auch von Juden, noch nicht zu berücksichtigen.

Brigadeführer Streckenbach gliederte die Planung in folgende 4 Punkte:

- 1) Evakuierung der Juden und Polen aus dem Altreich,
- 2) Evakuierung der Juden und Polen aus den Reichsgauen Danzig, Posen, Ostoberschlesien sowie Süd-Ostpreussen,
- 3) Rückführung und Ansiedlung der Volksdeutschen aus dem Generalgouvernement,
- 4) Umsiedlung der Volksdeutschen aus der Ukraine, Wolynien und den baltischen Staaten.

Nach dem dem Reichsführer-~~SS~~ bereits vorgelegten Plan sollen zunächst:

- a) Bis Ende Februar 1940 sämtliche Juden und Kongresspolen aus dem Reichsgauen Danzig und Posen, sowie aus Ostoberschlesien und Süd-Ostpreussen evakuiert werden,
- b) der verbleibende Rest der Polen anschliessend durch Kommissionen untersucht werden, ob sie als Polen oder als Volksdeutsche bzw. als noch erwünschte Polen zu bewerten sind.

Die Evakuierung der bei dieser Untersuchung noch festgestellten unerwünschten Polen hat in der anschliessenden Zeit, also mit Beginn des Jahres 1941 zu erfolgen.

832-107

2 / A4

DOKUMENT 3 (s. 2)

12 F

4257

130

Die Evakuierung der Polen bzw. die Umsiedlung der Volksdeutschen aus dem Generalgouvernement, der Ukraine und Wolhynien ist wie folgt vorgesehen: Die Verhandlungen mit der Reichsbahn werden allgemein von ~~W~~-Brigadeführer Streckenbach von Krakau aus geführt. Die Reichsbahn wird ab Mitte November zunächst Transportsüge für den Abtransport der Juden und Polen bereitstellen und zwar auf durchgehenden direkten Eisenbahnlinien. Die im Gau Danzig abzutransportierenden Juden und Polen werden auf bestimmten Eisenbahnlinien in den Bezirk Warschau abgehoben. Nachdem einige Transporte vom Gau Danzig abgelassen sind, und somit entsprechender Raum in Westpreussen für die Aufnahme von Volksdeutschen geschaffen worden ist, werden im Bezirk Warschau Gruppen von Volksdeutschen zusammengestellt und den zurückfahrenden Transportsügen in die freigemachten Gebiete Westpreussens befördert.

Der Transport auf Landstrassen soll nicht in Frage kommen, da für die Bewachung solcher Transporte, ganz gleich ob mit Kraftfahrzeugen oder Fußmarsch, nicht genügend Bewachungsmannschaften zur Verfügung stehen und auch hinsichtlich der Verpflegung und zwischendurch erforderlichen Unterbringung auf dem Marsch weit mehr Schwierigkeiten auftreten würden.

Mit der Wehrmacht wird in den nächsten Tagen Verbindung aufgenommen werden, dass eine Abriegelung des Generalgouvernements gegenüber den Reichsgauen Danzig und Posen bzw. Ostoberschlesien und Süd-Ostpreussen erfolgt, um ein Zurückfluten der Evakuierten in die freigemachten Teile des Reiches auf alle Fälle zu unterbinden. Später wird diese Aufgabe dem Grenzwachtdienst bzw. den Selbstbehörden und der Polizei zufallen.

DOKUMENT 3 (r. 3)

13 F

832-102
 2/44

4258

131
12

< Aus dem Altreich bzw. aus den neu besetzten Ostgebieten sind sunnonst bis Ende Februar 1940 rund 1 000 000 Juden und Polen zu evakuieren. Davon aus Westpreussen 400 000 Polen einschl. Juden. Die Zahl der rückwandernden Volkdeutschen aus der Ukraine und Wolhynien beträgt voraussichtlich 100 000, dazu kommen noch aus dem Raume zwischen Bug und Weichsel etwa 30 000 und sonstverstreute noch etwa 20 000. Die Zahl der bereits nach Westpreussen (Posen) zurückgekehrten Volkdeutschen aus Wolhynien beträgt etwa 7 bis 8 000.

Es soll angeordnet werden, dass die zu evakuierenden Polen und Juden nur Handgepäck mitführen dürfen. Die Mitnahme von Devisen, Edelmetallen, Kunstgegenständen und dergl. ist grundsätzlich zu verbieten.

Die Adresse der Zentralplanungsstelle in Krakau ist: "Höherer W- und Polizeiführer des Generalgouvernements Polen, Krakau, Alca Slowakiege 14."

Der Funk- und Fernschreibverkehr ist über den Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Breslau möglich.

F.d.R.d.A.

W. Kellner
 Kriminal-Operassistent.

DOKUMENT 3 (s. 4)

14 F

892-107	2744
---------	------

4259

BIa
101 - 149

BI α
101 - 149